

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

170. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich
 XI. Gesetzgebungsperiode Mittwoch, 17. Dezember 1969

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1970

Spezialdebatte

Beratungsgruppe XIII: Bauten und Technik

Inhalt

Personalien

Ordnungsruf (S. 14602)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses
 über die Regierungsvorlage (1388 d. B.):
 Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1970
 (1462 d. B.)

Spezialdebatte

Beratungsgruppe XIII: Kapitel 64: Bauten
und Technik

Spezialberichterstatter: Kulhanek
 (S. 14557)

Redner: Weikhart (S. 14558), Dr. Wit-
 halm (S. 14567), Dr. van Tongel (S. 14570),
 Regensburger (S. 14574), Wielandner
 (S. 14581), Bundesminister Dr. Kotzina
 (S. 14585), Frühbauer (S. 14588), Doktor
 Gruber (S. 14593), Horr (S. 14602),
 Ing. Helbich (S. 14605), Melter (S. 14608),
 Babanitz (S. 14611), Josef Schlager
 (S. 14615), Haberl (S. 14620) und Moser
 (S. 14621)

Annahme der Beratungsgruppe XIII
 (S. 14629)

Eingebracht wurden

Einspruch des Bundesrates

1485: ÖIG-Gesetz-Novelle 1969 (S. 14557)

Anfrage der Abgeordneten

DDr. Pittermann, Haberl und Genossen
 an den Bundesminister für Verkehr und ver-
 staatlichte Unternehmungen, betreffend den
 Text des novellierten ÖIG-Gesetzes (1535/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr 40 Minuten

Vorsitzende: Präsident Dr. Maleta,
 Zweiter Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner,
 Dritter Präsident Wallner.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Ich gebe bekannt, daß von der Bundes-
 regierung der Einspruch des Bundesrates gegen
 den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom
 22. Oktober 1969, betreffend ein Bundesgesetz,
 mit dem das Bundesgesetz vom 16. Dezember
 1966 über die Ausübung der Anteilsrechte des
 Bundes an verstaatlichten Unternehmungen
 (ÖIG-Gesetz) abgeändert und ergänzt wird
 (ÖIG-Gesetz-Novelle 1969) (1485 der Beilagen),
 eingelangt ist. Ich werde den Einspruch des
 Bundesrates in der nächsten Sitzung zur Zu-
 weisung bringen.

**Bericht des Finanz- und Budgetausschusses
 über die Regierungsvorlage (1388 der Bei-
 lagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1970
 (1462 der Beilagen)**

Spezialdebatte

Beratungsgruppe XIII

Kapitel 64: Bauten und Technik

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung
 ein. Gegenstand ist die Spezialdebatte über
 die Beratungsgruppe XIII des Bundesvoran-
 schlages. Diese umfaßt Kapitel 64: Bauten
 und Technik.

Spezialberichterstatter ist der Herr Abge-
 ordnete Kulhanek. Ich bitte ihn um den
 Bericht.

Spezialberichterstatter **Kulhanek:** Hohes
 Haus! Bericht des Finanz- und Budget-
 ausschusses über das Kapitel 64: Bauten und
 Technik, des Bundesvoranschlages für das
 Jahr 1970.

An Ausgaben sind für das Jahr 1970 insge-
 samt 8045 Millionen Schilling, an Einnahmen
 533 Millionen Schilling vorgesehen.

An der Debatte beteiligten sich 23 Abge-
 ordnete sowie der Bundesminister. Im übrigen
 wird auf den gedruckt vorliegenden Ausschuß-
 bericht verwiesen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt
 somit den Antrag, der Nationalrat wolle
 beschließen:

Dem Kapitel 64: Bauten und Technik,
 des Bundesvoranschlages für das Jahr 1970

14558

Nationalrat XI. GP. — 170. Sitzung — 17. Dezember 1969

Kulhanek

(1388 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich bitte, in die Spezialdebatte einzugehen.

Präsident: Wir gehen in die Debatte ein.

Als erster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Weikhart. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Weikhart** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine geehrten Damen und Herren! Als der Herr Bundeskanzler Dr. Josef Klaus am 20. April des Jahres 1966 vor dem Parlament seine Regierungserklärung verlas, legte er besonderen Wert auf die Wohnungswirtschaft. Er sagte unter anderem — ich zitiere aus dem parlamentarischen Protokoll —:

„Eine moderne Sozialpolitik muß aber auch neue Aufgaben erkennen, neuen Gefahren entgegenzutreten und asoziale Verhältnisse durch den Mut zu einer Neuordnung beseitigen.“

Diesen Mut brauchen wir vor allem auf dem Gebiete der Wohnungswirtschaft. Hier können keine zaghaften Einzelmaßnahmen, hier kann nur noch eine Generalbereinigung Abhilfe schaffen.“

Und in weiterer Folge meinte der Herr Bundeskanzler:

„Dafür zu sorgen, daß unseren jungen Familien eine ausreichende Zahl von modernen und familiengerechten Wohnungen zu finanziell erschwinglichen Bedingungen zur Verfügung steht, erscheint der Bundesregierung als das wichtigste familienpolitische Ziel.“ (Abg. *A. Schlager*: *Bravo, Bundeskanzler!*) Da haben Sie ein bisserl zu früh geschrien. Lassen Sie sich nur ein bisserl Zeit, Herr Kollege Schlager, es werden schon noch einige „Schlager“ folgen.

Und er meinte weiter:

„Sie erachtet es aber als ihre besondere Aufgabe, die nachstehenden Probleme einer raschen, konkreten Verwirklichung zuzuführen und dem Hohen Haus die notwendigen Regierungsvorlagen und Berichte ehestens zu unterbreiten“.

Er führt dann elf Punkte an, darunter auch den Punkt 6: „eine gerechte und soziale Gesamtreform der österreichischen Wohnungswirtschaft“.

Seit dieser Zeit sind drei Jahre und acht Monate vergangen. Hat nun, so fragen wir uns, die Regierung das Versprechen eingehalten und vor allem den jungen Familien eine ausreichende Zahl von modernen Wohnungen zu finanziell erschwinglichen Preisen zur Verfügung gestellt? Hat die Regierung das Versprechen gehalten und eine gerechte und soziale Gesamtreform der österreichischen Wohnungswirtschaft vorgelegt?

Weit und breit ist von einer Gesamtreform nichts zu hören und zu lesen gewesen. Weit

und breit sind die versprochenen modernen Wohnungen in ausreichender Zahl zu finanziell erschwinglichen Preisen nicht zu finden. Der zündende Funke einer besonderen Leistung, um mehr zu bauen, ist bis zur heutigen Stunde ausgeblieben.

Die Regierung hat auch auf diesem Sektor, wie auf manch anderem, wesentlich mehr versprochen, als sie zu halten imstande gewesen ist.

Seit der ersten Wohnungszählung im Jahre 1951 und erst recht nach der zweiten Wohnungszählung im Jahre 1961 stehen wir Sozialisten auf dem Standpunkt, daß in der Wohnungsfrage das Kernproblem der qualitative Wohnungsnotstand darstellt.

Zu dieser Frage wollen wir neuerlich die Ergebnisse der damaligen Wohnungszählung von 1961 als Ausgangsbasis nehmen. Wir wissen aus der Statistik von 1961, daß rund 990.000 Wohnhäuser gezählt wurden. Aber wir wissen zugleich, daß davon 34 Prozent vor dem Jahre 1880 gebaut wurden und 21,5 von 1881 bis 1918 gebaut wurden.

Ersparen Sie mir da alle Details, die die Wohnungszählung noch aufzuweisen hatte, weil das allen Damen und Herren dieses Hohen Hauses ja noch in Erinnerung ist.

An diesen Ziffern aber, Hohes Haus, konnte man schon damals die Ursachen unseres schlechten Wohnstandards erkennen. An diesen Ziffern sieht man jene Zeit des 19. Jahrhunderts, wo Wohnungen in erster Linie aus Gewinnabsichten kapitalkräftiger Leute gebaut wurden und weniger nach den sozialen Bedürfnissen der Menschen! Und diese Sünden, die im vorigen Jahrhundert bis zum ersten Weltkrieg begangen wurden, müssen die jetzigen Generationen büßen!

Mit diesen Ziffern will ich neuerlich das Hohe Haus auf diesen Notstand lenken und damit zum Ausdruck bringen, daß ein erheblicher Teil unseres Wohnbestandes überaltert ist, daß diese Wohnungen nicht mehr entsprechen und nur durch neue ersetzt werden können. Dieser Veralterung unseres Wohnungsbestandes muß durch intensiven und verstärkten Neubau entgegengewirkt werden.

Es ist keine unbekannte Tatsache, wenn wir sagen, daß nahezu eine Million Menschen in Wohnungen ohne Wasserleitung wohnt, ohne Klosettanlage im eigenen Wohnungsverband, von einem Bad oder Vorzimmer überhaupt nicht zu sprechen. Solche Wohnungen entsprechen daher in der übergroßen Mehrzahl, für heute gesehen, kaum den primitivsten Anforderungen. Auf keinen Fall jenen der jungen Generation und damit auch nicht den Vorstellungen der jungen Familien.

Weikhart

Unsere jungen Menschen von heute haben eben von Größe und Ausstattung einer Wohnung andere Vorstellungen, als es etwa noch ihre Großeltern gehabt haben.

Darüber hinaus wissen wir, daß in Zehntausenden Fällen mehr als drei Personen in einem Wohnraum leben, wodurch die Wohnungen einen unerträglichen Überbelag aufweisen.

Abgesehen davon müssen wir auch mit einem jährlichen Nettozuwachs an Haushalten rechnen, der gegenwärtig von Kennern der Materie mit rund 13.000 Einheiten geschätzt wird.

Nicht zuletzt dürfen wir nicht vergessen, daß sich die längere Lebenserwartung der Menschen von heute bemerkbar macht und mit in die Kalkulation einbezogen werden muß. Die Lebenserwartung betrug im Jahre 1900 bei Männern 39 Jahre und bei Frauen 41 Jahre. 61 Jahre später, nach den statistischen Aufzeichnungen des Jahres 1961 betrug die Lebenserwartung bei Männern aber schon 66 Jahre und bei Frauen 72 Jahre.

Aus der Erkenntnis, daß die Wohnungsnot einem Krebsgeschwür vergleichbar ist, das an der Gesundheit unserer Staatsbürger nagt, das unsere Kinder gefährdet, unsere Familien zu zerstören droht, die Leistungskraft der arbeitenden Menschen hemmt und damit für unsere Wirtschaft schädigend wirkt, haben wir Sozialisten ein Wohnbauprogramm erarbeitet. Dieses Programm mit dem Titel „Mehr, besser und schneller bauen“, das viele von Ihnen bereits im Besitze haben, soll dazu beitragen, der Wohnungsnot in übersehbarer Zeit ein Ende zu setzen. Die Sozialisten geben mit diesem Programm allen Staatsbürgern offen bekannt, was sie auf diesem Sektor, wenn sie am 1. März 1970 das Vertrauen der Wähler erringen, vorhaben.

Das Programm setzt sich in zwei Etappen zum Ziel, innerhalb einer Zehnjahresperiode, also von 1971 bis einschließlich 1980, 775.000 Wohnungen zu bauen. Das heißt, im Jahre 1980 den Bau von 100.000 Wohnungen zu erreichen.

Ich höre schon die Kritiker, die dann fragen werden, was die Sozialisten wollen. In einem ersten Entwurf hatten sie eine Million Wohnungen drinnen stehen, und jetzt sind sie auf 775.000 zurückgegangen. Sie wissen, wir machen kein Hehl daraus und haben es bei anderen Programmen nicht nur in diesem Hohen Hause, sondern auch in aller Öffentlichkeit gesagt: Diese Programme, die wir der Öffentlichkeit übergeben haben — damit auch das jetzt in Rede stehende Wohnbauprogramm —, wurden von Experten, von Fachleuten, auch von Politikern konzipiert. Dieses Konzept ist den ordentlichen Parteinstanzen

zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt worden — eine echte demokratische Vorgangsweise. Aus dieser Erwägung heraus war sich die Parteinstanz im klaren, daß eine Million Wohnungen eine Notwendigkeit für Österreich darstellt. Aber um real auf dem Boden der Wirklichkeit zu bleiben, sagen wir, in diesen zehn Jahren soll nun einmal die Zahl von 775.000 neu zu erbauender Wohnungen erreicht werden.

Die erste Etappe ist von 1971 bis einschließlich 1975 geplant. In diesem Zeitraum sollen insgesamt 325.000 neue Wohnungen gebaut werden. 1971 sollen die bundesgeförderten Wohnungen, die sicherlich die Zahl von 30.000 erreichen, als Ausgangsposition genommen werden. Und dann soll, unserem Programm gemäß, pro Jahr die Wohnungsbaukapazität um je 5000 Wohnungen erhöht werden. Das ergäbe bis 1975 eine Gesamtzahl der bundesgeförderten Wohnungen von 200.000. Der übrige Wohnbau, durchgeführt von den Ländern, Gemeinden und Privaten, beträgt derzeit nach der Baustatistik in der Fertigstellung rund 25.000 Wohnungen jährlich. In unseren Berechnungen lassen wir diese Zahl stabil auf 25.000 pro Jahr stehen, obwohl wir schätzen können, daß auch diese Zahl bei steigender Wirtschaft eine steigende Tendenz aufweisen wird.

Daher ergibt sich unter Annahme der bisherigen Bauleistungen auf diesem Sektor von 1971 bis 1975 eine Bauleistung — Länder, Gemeinden, Private — von 125.000 Wohnungen. Damit würde das Ziel, das wir uns in der ersten Etappe nach unserem Programm gesteckt haben, von zusammen 325.000 Wohnungen erreicht werden.

Und nun zur Hauptsache. Welche Finanzierungsberechnung haben wir dieser Gesamtzahl an Wohnungen zugrunde gelegt? Wir rechnen als Ausgangsbasis die Baukosten des Jahres 1969 mit 3600 S pro Quadratmeter Wohnungsnutzfläche.

Dabei möchte ich erwähnen, daß diese 3600 S Baukosten pro Quadratmeter im Wiener Wohnbaubeirat vom ÖVP-Gemeinderat Hahn, von Kommerzialrat Schmidt der ÖVP als realer Betrag gutgeheißen wurden.

Nun unterscheiden wir Mietwohnungen, Eigenheime und Eigentumswohnungen. Für die Mietwohnungen entfallen nach unserem Programm 10 Prozent an Eigenmitteln, 45 Prozent öffentliches Darlehen, also Bundesdarlehen, und 45 Prozent Kapitalmarktdarlehen, alles auf einen Quadratmeter berechnet. Diese 10 Prozent Eigenmittel ergeben 360 S. 45 Prozent öffentliche Darlehen ergeben 1620 S und 45 Prozent Kapitalmarktmittel 1620 S.

Weikhart

Damit wären, am Quadratmeter gemessen, die Baukosten nun praktisch gedeckt.

Nun etwas Neues: Die 45 Prozent öffentlichen Darlehen des Bundes sollen für die Dauer der Tilgung der Kapitalmarktdarlehen, also für 25 Jahre, rückzahlungsfrei gestellt werden. Die 45 Prozent Kapitalmarktdarlehen im Betrag von 1620 S mit einer Laufzeit von 25 Jahren und einer jährlichen Verzinsung von $7\frac{1}{4}$ Prozent ergeben eine Annuität von 8,6 Prozent von 1620 S, also den Betrag von 139,32 S pro Jahr.

Wenn ich das auf Quadratmeter und Monat umrechne, ergibt das einen Betrag von 11,61 S.

Dazu wird als Ausgleich unserem Programm gemäß ein Annuitätenzuschuß in der Höhe von 3 Prozent gegeben, also — ich habe es gleich ausgerechnet — 48,60 S pro Jahr oder pro Quadratmeter und Monat 4,05 S. *(Abg. Dr. J. Gruber: Die Grundkosten sind aber nicht dabei!)* Wir reden ja nur von Baukosten, das muß doch klar sein. Damit reduziert sich der Schuldendienst des Wohnwerbers von 11,61 S pro Quadratmeter und Monat auf 7,56 S pro Quadratmeter und Monat.

Bei gleichen Voraussetzungen der Baukosten mit 3600 S pro Quadratmeter hat der Wohnwerber nach dem von Ihnen, von der ÖVP beschlossenen Wohnbauförderungsgesetz 1968 einen Betrag von 11,35 S pro Quadratmeter und Monat zu bezahlen.

Nun die Berechnung der Eigenheime und Eigentumswohnungen. Auch hier wieder die gleichen Baukosten, 3600 S pro Quadratmeter. *(Abg. Dr. J. Gruber: Bei Eigenheimen gilt das aber nicht!)* Ob das bei Ihnen gilt oder nicht, nach unserem Programm ist das mit 3600 S errechnet und von Ihren eigenen Leuten bei der vorletzten Wohnbauförderungssitzung gutgeheißen worden. *(Abg. Dr. J. Gruber: Aber Herr Kollege Weikhart! Jetzt hat die Gemeinde Wien beziehungsweise das Land Wien in den Wohnbauförderungsbestimmungen schon andere Sätze für Eigenheime drinnen! Über 4600!)* Wir haben 3600 S auf der Basis 1969 errechnet. Ich werde Ihnen schon sagen, daß wir auch in der Kalkulation der nächstfolgenden Jahre die sogenannte Geldverdünnung entscheidend mitberücksichtigt haben. Aber um eben eine Rechnung aufzustellen, bleiben wir bei den 3600 S.

Warum hier 20 Prozent Eigenmittel und bei den Mietwohnungen 10 Prozent? Ganz einfach: Die Mietwohnung gehört dem Mieter nie, ist nie sein Eigentum. Eigentumswohnungen und Eigenheime gehen in das Eigentum der betreffenden Wohnwerber über, und deswegen auch ein höherer Eigenmittelanteil. Diese 20 Prozent würden 720 S pro Quadratmeter ergeben. Damit sind aber nur mehr

40 Prozent aus öffentlichen Darlehen ebenfalls für die Dauer der Rückzahlung der Darlehen von 25 Jahren rückzahlungsfrei mit 1440 S festgelegt; ebenso die 40 Prozent Kapitalmarktdarlehen von 1440 S. Auch hier wieder eine Laufzeit von 25 Jahren bei einer jährlichen Verzinsung von $7\frac{1}{4}$ Prozent; das ergibt wieder einen Annuität von 8,6 Prozent von 1440 S, das sind also 123,84 S oder pro Quadratmeter und Monat 10,32 S.

Dazu erhält der Wohnwerber ebenfalls einen Ausgleich in Form eines Annuitätenzuschusses, hier in der Höhe von 2,2 Prozent, der mit 31,68 S pro Jahr leicht zu errechnen ist, oder 2,64 S pro Quadratmeter und Monat. Nach Abzug dieses Annuitätenzuschusses ergäbe sich ein Netto-Schuldendienst von 7,68 S pro Quadratmeter und Monat, den der Wohnwerber nun zu bezahlen hat.

Bei Mietwohnungen, sagte ich, beträgt der Schuldendienst 7,56 S. Jetzt haben wir bei den Eigentumswohnungen und Eigenheimen einen Schuldendienst von 7,68 S errechnet. Wir haben in unserem Programm aber einen einheitlichen Quadratmeterpreis von 7,60 S festgelegt. Wenn wir einen Preisvergleich mit dem Wohnbauförderungsgesetz 1968, das die ÖVP im Sommer 1967 beschlossen hat, anstellen, ergibt unser Programm für eine Wohnung mit 70 Quadratmeter Nutzfläche eine Verbilligung um 262,50 S, bei einer solchen von 100 Quadratmetern eine solche um 375 S pro Monat. Wenn wir das auf das Jahr umrechnen, ergibt das eine Verbilligung bei einer Wohnung von 70 Quadratmetern um 3150 S und bei einer solchen von 100 Quadratmetern um 4500 S.

Die Notwendigkeit des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 wurde damals damit begründet, daß vor allem überall gleiche Startbedingungen geschaffen werden müssen. Diese Forderungen — wir haben es damals ja in den Diskussionen im Ausschuß und im Hause erwähnt — haben wir schon in den fünfziger Jahren gestellt. Aber immer wieder ist die gleiche Startbedingung — Wohnhaus-Wiederaufbaufonds, Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds, Wohnbauförderung 1954 — von der ÖVP abgelehnt worden. Wenn wir aber jetzt in die einzelnen Bundesländer hineinsehen, können wir feststellen, daß auch jetzt durch dieses Gesetz die gleichen Startbedingungen nicht gelungen sind, daß es Bundesländer mit verschieden hoher Darlehensgewährung gibt.

Gemäß unserem Programm wird aber darüber hinaus — was ich Ihnen nun im einzelnen versucht habe vorzurechnen — den finanziell schwächeren Bevölkerungsgruppen durch ein System sozial differenzierter Wohnbeihilfen in stärkerem Ausmaß als je zuvor eine

Weikhart

Unterstützung gewährt. In der Gesamtfinanzierung unseres ganzen Wirtschaftsprogrammes wurde das auch bereits berücksichtigt und hierfür — Herr Abgeordneter Dr. Gruber, im Gegensatz zum Wohnbauförderungsgesetz 1968 — ein jährlicher Betrag von 200 Millionen Schilling in Aussicht genommen. (*Abg. Dr. J. Gruber: Wo steht das?*) Ich sagte es Ihnen ja doch schon! Hören Sie doch! In unserem Finanzierungsprogramm für unser gesamtes Wirtschaftsprogramm haben wir das miteinbezogen. Sie haben doch schon so viel von der Finanzierung gesprochen! (*Abg. Dr. J. Gruber, das SPÖ-Wirtschaftsprogramm vorzeigend: Da haben Sie es schamhaft verschwiegen!* — *Abg. Dr. Withalm: Wir haben es gesagt!*) Entschuldigen Sie: Wenn das verschwiegen ist, dann sage ich es Ihnen ja deswegen, damit Sie es eben wissen! Wir haben nichts zu verschweigen. (*Abg. Dr. J. Gruber: 200 Millionen Schilling pro Jahr? Danke!*)

Unsere Annahme ging auch bei Mietwohnungen von einer Nutzfläche im Schnitt — noch einmal: im Schnitt! — von 70 Quadratmetern und bei Eigenheimen und bei Eigentumswohnungen im Schnitt von 80 Quadratmetern Nutzfläche aus.

Was kostet nun die Bundeswohnbauförderung von 1971 bis 1975 nach unserem Programm?

Die Gesamtbaukosten werden — wiederum im Schnitt — mit 12,4 Milliarden Schilling errechnet. Dabei sei noch einmal erwähnt, daß bei diesem Geldansatz bei den Gesamtbaukosten auch schon der jährliche Geldverdünnungskoeffizient — ich will es so ausdrücken — entsprechend berücksichtigt beziehungsweise miteinkalkuliert ist. Von diesen Gesamtbaukosten wird vom Bund für öffentliche Darlehen — wiederum im Schnitt — ein Betrag von 5283 Millionen Schilling zu erbringen sein. Dieser Betrag wird auch ohne weitere Budgetbelastung tatsächlich aufgebracht werden, weil er den zweckbestimmten Wohnbaubeiträgen entnommen wird. Wie uns allen bekannt ist, haben gerade diese zweckbestimmten Wohnbaugelder der Wohnbauförderung 1968 von Jahr zu Jahr steigende Tendenzen. Wir sagten das auch sehr deutlich, als die Fonds noch getrennt waren.

An Kapitalmarktmitteln ist naturgemäß auch der gleiche Betrag von 5283 Millionen Schilling jährlich aufzubringen. Wir haben uns über die Aufbringung mit Finanzfachleuten von den Kreditinstituten, von den Sparkassen eingehendst beschäftigt. Es wurde uns hier bestätigt, daß der Kapitalmarkt diesen Betrag auch jährlich aufbringt und damit diese Summe auch gedeckt erscheint.

Dann zum Schluß noch die Gesamteigenmittel für diese Bauperiode mit 1865 Millionen

Schilling. Damit wären diese 12,4 Milliarden Schilling gedeckt. Hierzu auch eine Bemerkung — für den Fall, daß jemand nachrechnen sollte —: Wir haben bei den Mietwohnungen 10 Prozent an Eigenmitteln, bei den Eigentumswohnungen 20 Prozent an Eigenmitteln und bei der Berechnung der Finanzierung einen Schnitt von 15 Prozent zugrunde gelegt.

In der Zusammenfassung ergibt nun diese Wohnbaufinanzierung an öffentlichen Darlehen und Kapitalmarktdarlehen je 5283 Millionen Schilling und an Eigenmitteln 1865 Millionen Schilling. Dazu kommen noch die jährlichen Annuitätzuschüsse, die zum Teil aus den öffentlichen Mitteln — Beiträgen und Rückflüssen — entnommen werden und mit 360 Millionen Schilling pro Jahr im Durchschnitt von uns errechnet wurden. Das heißt, es ergibt sich demnach für die Periode 1971 bis Ende 1975 ein jährlicher Abgang von rund 300 Millionen Schilling. Dieser Abgang von 300 Millionen Schilling — das sagen wir ganz offen — ist aus Budgetmitteln auch zu decken.

Dabei dürfen wir ja auch nicht vergessen, daß wir schon in der Koalitionszeit, Herr Vizekanzler: in der „bösen“ ... (*Abg. Dr. Withalm: Warum reden Sie da gerade mich an, Herr Kollege?*) Weil Sie einer von denen sind, die draußen immer so tun, als ob wir in der Koalition nichts weitergebracht hätten; dabei war es die fruchtbringendste Zeit von 20 Jahren, die diese Republik erleben konnte. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Wenn Sie darüber lachen, meine Herren, dann lachen Sie eigentlich sich selbst ein Armutszeugnis, denn die Österreicher müssen stolz sein auf 20 Jahre Aufbauleistung, die wir vollbracht haben von dem Trümmerhaufen weg bis zur heutigen Situation! (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Dr. van Tongel.*)

Ich kann Ihnen ganz offen sagen: Es wäre wirklich gelacht, wenn wir die 300 Millionen Schilling nicht aufbringen könnten. Ich erinnere an die Zeiten, als Proksch, als die Sozialisten in der Regierung gewesen sind. Hier sitzt der Bundesminister. Er war damals noch Staatssekretär. Als Zeuge muß er mir recht geben: Wir haben stets dafür gekämpft, daß aus Budgetmitteln für den Wohnbau entsprechende Beträge gegeben werden. In dem Augenblick, als die Sozialisten aus der Regierung draußen waren und in Opposition gegangen sind, in diesem Augenblick hat die ÖVP aus Budgetmitteln nicht einen Groschen mehr für den Wohnbau übrig gehabt und hat ihn auch heute nicht übrig. (*Abg. Dr. J. Gruber: Wir haben doch immer die Anleihen drinnen gehabt!*) Hören Sie auf! Diese Anleihen! (*Zwischenruf des Abg. Dr. J.*

Weikhart

Gruber.) 125 Millionen, 250 Millionen, 300 Millionen, und von den Anleihen wissen Sie auch, daß für die eine Hälfte den Zinsendienst der Bund übernommen hat und so weiter, und so weiter. Also die billigste Form, die es ermöglicht hat. Aber wir haben es gemacht. Jetzt, seitdem die ÖVP-Regierung im Amte ist, ist überhaupt kein Groschen mehr für den Wohnbau aus echten Budgetmitteln vorhanden.

Hohes Haus! Das wäre die Rechnung für die erste Etappe unseres Programms von zusammen 325.000 Wohnungen. Jeder vernünftige Mensch wird einsehen, daß niemand so vorausschauen kann, daß er bereits jetzt die nächsten zehn Jahre einer genauen wirtschaftlichen und finanziellen Berechnung unterziehen könnte. Selbstverständlich wird die finanzielle Festlegung für die Jahre 1976 bis 1980 auf Grund der bis dahin gesammelten Erfahrungen genauestens vorgenommen werden. Aber, Hohes Haus, das Ziel der Sozialisten ist und bleibt es, bis zum Jahre 1980 die 775.000 Wohnungen auch tatsächlich zu erreichen!

Wir sagen dazu gleich offen heraus: Wenn wir mit dem notwendigen Vertrauen der österreichischen Wählerschaft ausgestattet werden, dann werden wir das Wohnbauförderungsgesetz 1968 ändern; mit aller Deutlichkeit wollen wir das heute wiederholen. Wir werden vor allem diese Ungleichheit, die Sie diesem Gesetz angeheftet haben, nämlich zwei Drittel Eigentumswohnungen und Eigenheime und nur ein Drittel etwa Mietwohnungen, was draußen wirklich als ein Unrecht empfunden wird, abändern.

Wir sagen gleich dazu, damit es auch da keinen Irrtum gibt: Es wird von uns aus jedem Wohnwerber freigestellt, der sich um eine Wohnung beziehungsweise um ein Darlehen bewirbt, welche Entscheidung er selbst treffen will. Ob Eigentums- oder Mietwohnung, soll uns gleich sein, nur mit einem Unterschied (*Abg. Dr. J. Gruber: Ist eh klar! 20 Prozent ...!*): Sie haben ein Diktat in dieses Gesetz hineingegeben: Zwei Drittel und ein Drittel, obwohl man weiß — ob das in Deutschland ist, ob es in Holland ist, ob es in den skandinavischen Ländern ist —, daß der Mietwohnungsbau in der Zahl den Eigentumswohnungsbau bei weitem übertrifft. (*Abg. Dr. J. Gruber: Dann bleibt eh soviel übrig!*)

Im Gleichklang, möchte ich fast sagen, mit dem Wohnungsprogramm finden wir es als unsere erste Verpflichtung, auch auf dem Baulandsektor Ordnung zu schaffen! Der laufende Bodenwucher und die Spekulation mit Baugründen muß kraft ordentlicher Gesetze endlich unterbunden werden. Was wir brauchen, was der Wohnbau in der Zukunft

braucht, das ist eine funktionsfähige Bodenordnung! Die Bodenverbauung — so stellen wir uns das vor — soll sich im Rahmen von Planungskonzepten der einzelnen Gemeinden richten und auch eine großflächige Verbauung ermöglichen.

Zur ordnungsgemäßen Bodenbeschaffung sollen eben gesetzliche Maßnahmen angestrebt werden. Aber wir brauchen nicht nur eine Bodenpolitik, um das zu sichern, was der Wohnbau in der Zukunft braucht, sondern wir brauchen auch ein geeignetes Assanierungsgesetz. Beides ist uns die ÖVP in diesen Jahren der Alleinregierung schuldig geblieben.

Wir wollen es hier und gerade heute wieder deutlich zum Ausdruck bringen: Wir streben ein ordentlich, gut durchdachtes Assanierungsgesetz an, mit dessen Hilfe veraltete und schlechte Wohngebiete abgerissen werden können. An deren Stelle sollen neue, moderne und gesunde Wohnviertel entstehen!

Natürlich soll auf den erhaltungswürdigen Althausbestand nicht vergessen werden. Wir haben ein Interesse, daß solche erhaltungswürdige Wohnhäuser instandgesetzt werden, damit den dort wohnenden Mietern das Dach über dem Kopf gesichert bleibt.

Wir beharren aber auf unserer Forderung, für jedes Bundesland einen Reparaturausgleichsfonds anzustreben, um die Reparaturkosten für die Mieter erleichtern zu helfen! Unser Interesse am erhaltungswürdigen Althausbestand haben wir bei den Beratungen über das Wohnungsverbesserungsgesetz unter Beweis gestellt.

Ich brauche nicht besonders zu betonen: Wir haben durch unsere Initiative eine schlechte Regierungsvorlage tatsächlich so umgemodelt und so umgewandelt, daß daraus auch etwas Brauchbares geworden ist. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Diesen Vorwurf können Sie sich ersparen, Herr Kollege, denn Sie waren nicht dabei, Sie verstehen das nicht! (*Beifall bei der SPÖ.*) Alle diejenigen, die in diesem Ausschuß mit dabei waren, ob links oder rechts, werden das von mir heute Gesagte auch bestätigen. (*Abg. Dr. Mussil: Sie haben gesagt: „gar nichts“!*) Herr Generalsekretär, das ist wenigstens ein Einbekenntnis und ein Milderungsgrund.

Hohes Haus! Nun auch einige Worte an den Herrn Bundesminister. Der Herr Bundesminister für Bauten und Technik hat vorige Woche eine Pressekonferenz abgehalten und über den Entwurf eines Wohnbauforschungsplanes gesprochen. Mit Hilfe dieses Planes sollen angeblich in der Zukunft Fehlentwicklungen verhindert werden.

Nebenbei, Herr Bundesminister, glaube ich, es wäre nicht nur Ihre Pflicht, bei einer Presse-

Weikhart

konferenz die Journalisten zu informieren, es wäre auch Ihre Pflicht, dem Parlament davon Mitteilung zu machen, damit nicht die Abgeordneten jeweils immer aus der Zeitung erfahren, was ein Ministerium für die Zukunft vor hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Bei dieser Pressekonferenz meinte der Herr Bautenminister laut „Volksblatt“ vom 11. Dezember:

„Bautenminister Dr. Kotzina übergab gestern bei einer Pressekonferenz den Entwurf eines Wohnbauforschungsplanes der Öffentlichkeit.“

„Das österreichische Wohnungswesen steht derzeit an einem Wendepunkt. Die quantitative Wohnungsnot tritt immer mehr in den Hintergrund, der qualitative Fehlbestand an Wohnungen droht größer zu werden. Dieser Entwicklung soll durch eine gut dotierte Wohnbauforschung gesteuert werden.“

Herr Bundesminister, Sie haben recht. Der qualitative Fehlbestand wird immer größer. Nur wundere ich mich, Herr Bundesminister und meine Damen und Herren der ÖVP, daß Sie jetzt erst zu dieser Einsicht gekommen sind, zu dieser späten Einsicht, wo wir Sozialisten schon bei der Wohnungszählung darauf aufmerksam gemacht haben und seit vielen Jahren von diesem qualitativen Wohnungsnotstand in Österreich auch sprechen.

Und dann heißt es im „Volksblatt“ weiter: „In den vergangenen acht Jahren stieg der Wohnungsbestand von 2,3 Millionen auf 2,6 Millionen Einheiten. Im gleichen Zeitraum sank der Anteil schlecht ausgestatteter Wohnungen von fast 700.000 Einheiten auf 415.000 Einheiten oder von 32 Prozent auf 16 Prozent.“

Herr Bundesminister, ich möchte Sie fragen: Wieso kommen Sie zu dieser Feststellung, daß der Anteil schlecht ausgestatteter Wohnungen in den vergangenen acht Jahren von 700.000 auf 415.000 Wohnungen oder, in Prozenten ausgedrückt, von 32 Prozent auf 16 Prozent gesunken ist? *(Abg. Dr. J. Gruber: Herr Kollege Weikhart, das steht da drinnen im Handbuch der Arbeiterkammer!)* Ich leugne nicht, daß gebaut wurde, daß in den acht Jahren eine Leistung vollbracht wurde, aber ich bestreite, daß damit auch auf dem Althaussektor die Zahl dieser Wohnungen von 700.000 auf 415.000 gefallen ist. Das bestreite ich; diese Behauptung wurde ja auch in dieser Pressekonferenz, wie man dem „Volksblatt“ entnehmen kann, aufgestellt. *(Zwischenruf des Abg. Dr. J. Gruber.)* Ich habe da einen anderen Verdacht. Ich habe den Verdacht, daß sich der Herr Bundesminister — ich sage noch immer, ich bin der Meinung, daß sich der Herr Bundesminister in dieser Auffassung irrt *(Abg. A. Schlager: Unglaublich!)* — in dieser

Beziehung beeinflussen läßt durch einen sogenannten Mikrozensus, den ein pensionierter Hofrat aus der Steiermark errechnet haben soll. *(Widerspruch bei der ÖVP.)* Oder, Herr Bundesminister, will damit etwa dieser pensionierte Hofrat sagen, daß diese 300.000 Altwohnungen modernisiert und damit der österreichischen Bevölkerung zur Verfügung gestellt worden sind? Dazu müßte ich schon sagen, da müßten die Wiener ... *(Anhaltende Zwischenrufe.)*

Präsident *(das Glockenzeichen gebend)*: Also, bitte, sich etwas zurückzuhalten!

Abgeordneter Weikhart *(fortsetzend)*: ... und andere Einwohner von Städten davon schon etwas bemerkt haben. Leider ist das nicht der Fall. Herr Bundesminister *(andauernde Unruhe — der Präsident gibt erneut das Glockenzeichen)*, diese alten Kaluppen sind nach wie vor da und werden auch nach wie vor sogar mit Ablösen weiter verkauft und vermietet!

Herr Bundesminister, Sie haben im vergangenen Jahr auch einen Irrtum begangen *(Ruf bei der ÖVP: Schon wieder!)*, als Sie von einer Entspannung auf dem Wohnungsmarkt gesprochen haben, zwar nicht in Österreich sprachen Sie, sondern in München, wie ich aus dem Österreich-Bericht der „Wiener Zeitung“ entnehme.

„Kotzina.“ — so lautet die Überschrift der „Wiener Zeitung“ — „Entspannung auf Wohnungsmarkt“.

„Auf dem österreichischen Wohnungsmarkt sei durch die Wohnungsreform bereits eine spürbare Entspannung eingetreten, die bestätige, daß der eingeschlagene Weg richtig war, erklärte gestern Bautenminister Dr. Kotzina bei der Eröffnung der 3. Internationalen Fachmesse für Baustoffe, Bauteile und Innenausbau in München.“

In den letzten Monaten seien dem Wohnungsmarkt nicht nur beachtlich mehr Neubauwohnungen angeboten worden, und zwar auf Grund des Verbots des gleichzeitigen Besitzes mehrerer geförderter Wohnungen, sondern es seien auch Altwohnungen in beträchtlicher Zahl auf den Markt gekommen, betonte der Minister. Das habe preisdämpfende Wirkungen gehabt. Im Sommer 1967 habe der Preisrückgang schon 10 bis 20 Prozent ausgemacht. Immer mehr werde bei den Altwohnungen auch schon von dem früher üblichen Weg der Ablöseforderungen abgegangen und stärker von der Möglichkeit der freien Zinsvereinbarung Gebrauch gemacht.“

Dazu, Herr Bundesminister — und wenn die ÖVP auch noch so dagegen wettet —, sage ich noch einmal: Da irrt der Herr Bundes-

14564

Nationalrat XI. GP. — 170. Sitzung — 17. Dezember 1969

Weikhart

minister, aber auch die Österreichische Volkspartei.

Nehmen Sie sich doch, meine Herren, den „Kurier“ der letzten Zeit zur Hand! Nehmen Sie die „Presse“ zur Hand, und schauen Sie in den Annoncen nach! Aber ich bitte Sie, schicken Sie dann — so wie wir es gemacht haben — auch tatsächlich Personen zu den angegebenen Stellen, und die werden Ihnen sagen, daß eine Hinterhofwohnung — naß oder feucht, Zimmer und Küche — 25.000 bis 30.000 Schilling kostet! Sie werden sehen, Herr Minister, wenn Sie einige solche Annoncen auch tatsächlich überprüfen lassen, daß das, was Sie in München erklärt haben, absolut nicht stimmt.

Sie haben in München noch etwas gesagt: „Der Bautenminister wies einleitend darauf hin, daß mit der Verabschiedung des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 und des Mietrechtsänderungsgesetzes Ende Juni des vergangenen Jahres jene Wohnungsreform vorläufig abgeschlossen worden sei, um die man zuvor jahrelang vergeblich gerungen habe. Der Lösung dieser Frage sei gerade in Österreich besondere Bedeutung zugekommen, weil es in der Versorgung mit Wohnraum nicht gelungen sei, mit der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung nach dem zweiten Weltkrieg Schritt zu halten.“

Dabei muß ich sagen, Herr Bundesminister, daß ein solches Wohnbauförderungsgesetz 1968, wie Sie es allein — die ÖVP — in diesem Hause im Sommer 1967 beschlossen hatten, einen verteuernenden Effekt erzielte.

Das Mietrechtsänderungsgesetz mit dem „Schluß der Debatte“ — wo der Herr Abgeordnete Kern im Ausschuß erklärte, es könnte überhaupt nicht darüber gesprochen werden —, das zeigt Ihre demokratische Einstellung. (Abg. Dr. Mussil: Abgeordneter Häuser im Sozialausschuß!) Das möchte ich Ihnen auch noch sagen. Obwohl Sie wußten, was wir an Abänderungsanträgen zur Verfügung haben. (Abg. Libal: Wühalm hat verlangt: Schluß der Debatte!, und der Kern hat gefolgt!)

Ich darf Ihnen nur sagen, meine Herren: Diese Zustimmung hätten Sie von uns tatsächlich auch nie bekommen. (Zwischenrufe bei der ÖVP. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) Aber ob die Wohnungssuchenden damit zufrieden sind, das werden Ihnen die Menschen noch selber sagen.

Wir hatten, meine Herren von der ÖVP — das wissen Sie ganz genau —, sowohl für die Mieter als auch für die Wohnungssuchenden eine weit bessere Lösung, aber es gab eben nichts anderes als Ihr Programm und vor allem bei der Mietrechtsänderung nach dem „Schluß der Debatte“ — obwohl wir noch nicht einmal den

§ 1 behandelt hatten — eine Beschlußfassung. (Abg. Dr. van Tongel: Das war Kerns Geschoß!)

Aber eines darf ich vermerken: Was wir brauchen, um die alten unsozialen, gesundheits-schädlichen Wohnungen wegzubringen, ist, daß in diesem Lande mehr als bisher und schneller als bisher gebaut werden muß! (Abg. Dr. J. Gruber: Und besser! — Abg. Linsbauer: Und ein gutes Parteibuch! Ein sozialistisches Parteibuch für Wien!) Deswegen wird auch unsere Parole: Baut mehr Wohnungen mit finanziell tragbaren Mieten!, nicht verstummen.

Ich bitte nun noch etwas sagen zu dürfen. (Abg. Linsbauer: Ein sozialistisches Parteibuch für Wien!) Die Unterlagen hierfür, meine Damen und Herren der ÖVP ... (Abg. Linsbauer: Das hört er nicht, daß man das Parteibuch braucht!) Entschuldigen Sie, man muß nicht jede Dummheit, die durch Zwischenrufe herauskommt, unbedingt hören und auch unbedingt beantworten! (Beifall bei der SPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Das ist eine Wahrheit und keine Dummheit!)

Herr Bundesminister und meine Damen und Herren von der ÖVP! Um besser und schneller bauen zu können, dafür liefert Ihnen das sozialistische Wohnbauprogramm gerade die besten Unterlagen. (Abg. Robert Graf: Ja, aber das Geld liefert es nicht!) Hochverehrter Herr Abgeordneter, Sie scheinen auf den Ohren gesessen zu sein (Heiterkeit), denn ich habe fast eine halbe Stunde lang genau mit Ziffern pro Quadratmeter bis zur Gesamtfinanzierung alles erklärt. Aber es scheint, Sie wollen es einfach nicht wissen.

Meine Herren! Ich erwarte ja meinen Kontraredner, den Abgeordneten Gruber. Und es muß etwas Besonderes los sein, weil man auch schon weiß, daß sogar der Herr Klubobmann, der Generalsekretär, unter die Häuslbauer gegangen ist, und auch er wird heute hier das Wort nehmen! Wahlen sind in Sicht, und deswegen muß also etwas gesagt werden. (Ruf bei der SPÖ: Maurer ist er geworden! Freimaurer!)

Aber, meine Herren, hören Sie nur zu. Jetzt frage ich Sie: Wann und wo hat Ihre Partei je so ein Programm ausgearbeitet? Vom Vorlegen überhaupt keine Rede. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Kiloprogramm!) Vor den Wahlen schrieb die Österreichische Volkspartei: „Mehr Mittel für den Wohnbau! — darum stärkt die ÖVP“. „Österreich braucht eine klare Mehrheit, Beseitigung der ungerechten und unsozialen Verhältnisse in der Wohnungswirtschaft — darum stärkt die Österreichische Volkspartei!“ (Ironischer Beifall bei der ÖVP. — Rufe bei der ÖVP: Sehr gut!)

Weikhart

Meine Herren! Mit diesem Applaus geben Sie sich ja selber eine Blöße. *(Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Dr. Withalm: Wenn Sie die Forderung erheben, die ÖVP soll die Mehrheit haben, dann werden wir doch noch applaudieren dürfen!)* Sie werden doch nicht behaupten wollen, daß etwa mit dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 dem Wohnbau mehr Mittel zugeführt werden? Oder gibt es einen unter Ihnen, der diese Behauptung aufstellen kann? *(Ruf bei der SPÖ: Der Gruber!)* Ich behaupte sogar, daß es weniger sind; daß die steigenden Einnahmen da sind, darüber gibt es gar keinen Zweifel, das hat nie jemand bestritten. Diese steigenden Einnahmen sind ja auch in unserer Finanzierung mit in Rechnung gestellt worden. Aber sonst gibt es keinen Groschen! Die ÖVP hat es sich ganz bequem gemacht bei diesem Wohnbauprogramm. Die ÖVP hatte weder den Mut noch den Willen, eine bessere Finanzierung in ihrem eigenen Wohnbauprogramm 1968 anzustreben. Ich möchte im Gegenteil sagen, es wurden jährlich Budgetmittel weggenommen. *(Abg. Robert Graf: Ihr Programm hat einen Mutwillen!)*

Hohes Haus! Man könnte über Wohnbau im österreichischen Parlament nicht sprechen, wenn man nicht auch das Konzept, den Programmwurf der ÖVP, betitelt „Fortschritt und Sicherheit“, einer Analyse unterziehen würde.

Wir haben da auf Seite 20 über „Fortsetzung und Reform der Wohnungswirtschaft“ einiges stehen. *(Der Redner trinkt aus einem Glas Wasser. — Ruf bei der ÖVP: Prost!)* Wir sind nicht im Wirtshaus. Das entspricht nicht der Würde des Parlaments, solche Bemerkungen zu machen, das muß ich Ihnen schon sagen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

„Die Volkspartei“ — so heißt es nun — „wird die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen dafür schaffen: daß zusätzliche Mittel für den Wohnungsbau bereitgestellt werden.“ Und nun hören Sie: „Diese Mittel sollen dadurch gewonnen werden, daß Wohnbaudarlehensnehmer im Rahmen einer befristeten Aktion durch entsprechende Nachlässe angeregt werden, ihre Wohnbaudarlehen vorzeitig zurückzuzahlen.“

Hiezu ein ganz offenes Wort. Hohes Haus! Wenn ich mir den Wohnhaus-Wiederaufbau ansehe, dann muß ich sagen, daß die Mehrzahl derer, die eine Wohnung erhalten haben, durch den Krieg nicht die geringste Schädigung am Wohnhaussektor erlitten haben, beziehungsweise ihre Wohnungen nicht zerstört wurden. Sie haben kraft dieses Gesetzes, das in erster Linie ja nur für die tatsächlich Geschädigten geschaffen worden war, ein Darlehen zu hundert Prozent der Baukosten erhalten, ohne einen Groschen Zinsen dafür zu

bezahlen. *(Ruf bei der ÖVP: Sie haben ja zugestimmt!)*

Ja, das ist gar nichts Neues. Das brauchen Sie nur im Protokoll nachzulesen. Wir haben zugestimmt, weil es uns klar war, daß im Jahre 1948, als wir das Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz geschaffen haben, die finanziellen Voraussetzungen geschaffen werden mußten, um die 100.000 Wohnungen, die uns der Krieg zerstört hat, wieder aufbauen zu können. Aber wir haben nicht beschlossen, daß davon auch Generaldirektoren Wohnungen erhalten sollen, sondern wir haben nur die wirklich durch den Krieg Geschädigten gesehen. *(Abg. Linsbauer: Und die Parteigenossen!)* Das war in erster Linie das Ziel, das wir uns gestellt haben.

Aber nun, meine Herren: Der Betreffende hat das Geld billig bekommen. Er ist ein Geldmann, er kann das Geld zurückgeben und bekommt für das billige Geld, das er im Darlehenswege erhalten hat, jetzt nachdem Wohnbauprogramm noch ein Geld vom Staat zurück. Ist denn das Ihre Weisheit am Wohnbausektor? *(Abg. Machunze: Schon wieder Kritik am Rosenzweig!)* Da muß ich schon sagen: Das ist außerordentlich wenig. Sie haben kein moralisches Recht — ich werde das Punkt für Punkt noch durchgehen —, über andere zu urteilen, wenn Sie selber nicht imstande sind, ein ordentliches Programm mit einer ordentlichen Finanzierung dem Hause vorzulegen. *(Abg. Robert Graf: Sie wären froh, wenn Sie so ein Programm hätten, Herr Weikhart!)* Dann haben Sie es nicht einmal gelesen. *(Abg. Robert Graf: Aber natürlich!)* Dann haben Sie weder unser Programm noch Ihr eigenes gelesen. *(Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Präsident: Es kann sich ja jeder zu Wort melden!

Abgeordneter **Weikhart** *(fortsetzend)*: Sonst könnten Sie so einen Zwischenruf, der von Unwissenheit strotzt, nicht machen.

Ich darf also nun sagen: „Diese Mittel“ — so steht hier — „sollen dadurch gewonnen werden, daß Wohnbaudarlehensnehmer im Rahmen einer befristeten Aktion durch entsprechende Nachlässe angeregt werden, ihre Wohnbaudarlehen vorzeitig zurückzuzahlen.“ Das ist also eine befristete Aktion. Was wird Ihnen das, meine Herren, nun für den Wohnbau eintragen?

Nun zum nächsten Absatz: „Weitere Auflockerung des Wohnungsmarktes durch steuerrechtliche und zivilrechtliche Erleichterungen bei Tausch“. Nun, da machen Sie draußen keinen Stich. Den Tausch verlangen wir seit 15 Jahren! Und seit 15 Jahren hat die ÖVP unsere Forderung auf Tausch abgelehnt — und jetzt finden wir ihn im ÖVP-Programm!

14566

Nationalrat XI. GP. — 170. Sitzung — 17. Dezember 1969

Weikhart

(*Abg. Dr. J. Gruber: Das ist etwas anderes!*) Ich weiß es schon, daß es etwas anderes mit den Steuererleichterungen und so weiter ist. Aber entschuldigen Sie: Wo werden damit Wohnungen gebaut, wo werden dadurch Wohnungen frei? (*Abg. Dr. J. Gruber: Der Wohnungsmarkt wird etwas mobil gemacht! Mehr ist ja nicht gesagt worden!*) Ein Geschäft wird gemacht, aber nicht der Wohnungsmarkt mobil im Interesse unserer Wohnungssuchenden. (*Abg. Dr. J. Gruber: Durch die steuerlichen Bestimmungen wird das verhindert!*)

„Erwerb und Veräußerung von Eigentumswohnungen.“ — Ist das auch schon etwas Besonderes? Das kann man doch jetzt auch schon! Das ist ja gar nichts Neues! Das geben Sie also in Ihr Wohnungsprogramm hinein.

„Erweiterung der durch die Wohnbauförderung 1968 geschaffenen unverzinslichen Eigentumdarlehen für Kinderreiche und Jungfamilien (bis zu 30 Jahren) auf unverzinsliche Darlehen zum Kauf von Eigentumswohnungen (bis zu 50 Prozent des Grundanteiles)“. — Das heißt also: Einer erhält ein Darlehen für den Grundkauf. Nun, da werden sich die Grundbesitzer aber schön freuen. Da werden schon allein auf Grund dessen die Grundpreise nun in die Höhe gehen, denn der Staat wird das bezahlen.

„Erleichterung bei der Begründung des Eigentums an ehemaligen Genossenschafts- bzw. Mietwohnungen.“ — Kann er das nicht jetzt schon? Na, freilich kann er das! Das muß jetzt in das Programm hineingegeben werden? Damit soll etwa der Wohnbau aufgefrischt werden? Dieses Recht steht jedem einzelnen seit Jahren schon zur Verfügung.

„Möglichkeit, bei Eigentumswohnungen beide Ehegatten als Miteigentümer grundbüchlicherweise eintragen zu können.“ — Da muß ich schon sagen: Auch schon was! Nun, da hört sich schon alles auf. Das kann er ja! Wer hindert ihn denn daran? Kein Gesetz hindert ihn daran. Das geben Sie also in die neue Reform Ihrer Wohnungswirtschaft hinein.

„Hilfe für die Bewohner von Altwohnungen durch Zinsenzuschüsse für Kredite, die der Heranführung des erhaltungswürdigen Althausbestandes an den modernen Wohnkomfort dienen.“ — Meine Herren! Jetzt frage ich Sie: Wo ist hier die Finanzierung? Wo wird hier eine Finanzierung angegeben, damit die Zinsenzuschüsse für die Bewohner von Altwohnungen gegeben werden können? Sie kritisieren bei uns. Wir legen es Ihnen hin. (*Abg. Dr. J. Gruber: Das haben wir ja schon beschlossen!*) Sie sagen bei Ihnen überhaupt nichts. Das kann man nicht mit Witzen abtun. Dazu ist die Materie wahrlich viel zu ernst! (*Zwischenrufe bei der ÖVP. — Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.*)

Dann darf ich noch eines erwähnen, um den Widerspruch der ÖVP aufzuzeigen. Sie sagen da: „Verstärkter Schutz der Erholungslandschaft der Großstädte; Regionale Zusammenarbeit zur Schaffung und Erhaltung von Erholungslandschaften.“ Als die Gemeinde Wien eine gigantische Erholungslandschaft in ihr Programm gestellt hat und dieses Programm auch in den nächsten fünf Jahren einer Verwirklichung zuführen wird — nämlich die Donau zu regulieren, eine eigene Insel entstehen zu lassen und diese Insel der erholungsbedürftigen Bevölkerung zu widmen —, waren Sie dagegen. Und jetzt finden wir es in Ihrem Programm. Da muß ich wohl sagen, meine Herren: Das ist nicht ernst zu nehmen, was uns da die Österreichische Volkspartei bietet.

Und nun, meine Damen und Herren: Ihr Programm, um deutlicher zu werden, das Wohnungsprogramm, kauft Ihnen draußen bestimmt niemand ab. Sie haben seit 1966 die alleinige Mehrheit und hätten die Möglichkeit gehabt, diese Ihre Forderungen, die Sie da hineingeben, längst zu erfüllen. Jetzt dient es Ihrem Wohnungsprogramm sozusagen als Adabei, zum Augenauswischen angesichts der kommenden Wahl.

Wo, so frage ich Sie, meine Herren, haben Sie hierfür eine Finanzierung der Öffentlichkeit vorgelegt? Gerade deswegen frage ich das, weil Sie immer die Gegegenreife an uns gestellt haben. Deswegen sind Sie mit diesem Programm wirklich entlarvt vor der gesamten Wählerschaft in Österreich. Eine reine Heuchelei, was die Österreichische Volkspartei damit begehrt. Ich möchte sagen: eine unschöne, nur Sie diskriminierende Gangart.

Sie haben nicht den Mut, vor der Öffentlichkeit ein exaktes Wohnbauprogramm vorzulegen, wie wir es getan haben. Deswegen sagen wir es bei dieser letzten Budgetdebatte vor dem Ableben dieser ÖVP-Alleinregierung noch einmal: Diese Regierung hat auch auf dem Wohnbausektor versagt, und diese Regierung gehört weg! Ihr wird von den breiten Bevölkerungsschichten niemand eine Träne nachweinen. Die Wählerschaft hat Ihnen schon bei vielen regionalen Wahlen eine Antwort gegeben. Sie hat bei vielen regionalen Wahlen Ihnen gegenüber die Unzufriedenheit zum Ausdruck gebracht. Die österreichische Wählerschaft wird am 1. März 1970 das gleiche tun und damit den Sozialisten den Weg freigeben für „Mehr, besser und schneller bauen“. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Withalm das Wort. (*Abg. Benya: Der Bautenfachmann! Der Baumeister für 1970!*)

Abgeordneter Dr. Withalm (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wenn der Herr Kollege Weikhart in seiner Rede gesagt hat, man spüre, daß die Wahlen vor der Tür stehen, so muß ich sagen: Er hat es am Schluß wahr gemacht. Ich werde mir gestatten, auch in meiner Rede — das liegt anscheinend nahe — einige Bemerkungen dazu zu machen. *(Abg. Benya: Das haben wir gar nicht anders erwartet!)*

Herr Kollege Weikhart! Was den Applaus anbelangt, den Sie aus unseren Bänken bekommen haben, so scheint hier ein Mißverständnis vorzuliegen. Ich kann mir vorstellen, daß Sie sich darüber gewundert haben, aus unseren Bänken Applaus zu bekommen. Aber wenn Sie ein Plakat zitieren, auf dem steht: „Stärkt die ÖVP!“, dann ist, glaube ich, der Applaus, den Sie dafür bekommen haben, wenn Sie eine solche Forderung erheben, durchaus gerechtfertigt. *(Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Ich habe Ihr Plakat nur wiedergegeben! Verdrehen Sie nicht die Worte im Mund, Herr Generalsekretär! — Abg. Dr. J. Gruber: Genau das hat er gesagt!)* Er hat zitiert. — Herr Kollege Weikhart, ich glaube, wir sind uns klar darüber, wie das gemeint war — Sie sehen das aus dem Gelächter meiner Fraktion —, und ich glaube, auch ein kleiner Scherz muß in diesem Haus hier noch in vorweihnachtlicher Zeit möglich sein.

Aber Ihre Bemerkungen zur Frage der großen Koalition — Sie haben ja geradezu einen leidenschaftlichen Ausbruch gehabt, als Sie von der großen Koalition sprachen — regen mich doch zu einigen Bemerkungen an. Ich habe das Gefühl, Sie mißverstehen mich, Herr Kollege Weikhart, was meine Einstellung zur Frage der Koalition anbelangt. Ich habe nie erklärt, daß ich ein grundsätzlicher Gegner einer Koalition bin. Ich spreche hier bewußt von Koalition. Ich sage immer wieder, daß ich durchaus anerkenne, daß die große Koalition in der Zeit von 1945 bis 1955 ohne jeden Zweifel ganz große Verdienste aufzuweisen hat. Ja ich sage sogar, wenn es in der Zeit von 1945 bis 1955 die große Koalition nicht gegeben hätte — weiß Gott, wir hätten vielleicht heute noch keinen Staatsvertrag! Ich glaube, das ist doch wirklich eine Anerkennung, die ich damit der großen Koalition zolle.

Aber ich spreche, wenn ich von der Zeit von 1955 bis 1965 rede, von den Auswüchsen der Koalition; also nicht vom Grundsatz einer Koalition, sondern von den Auswüchsen. Und wir, die wir damals dem Koalitionsausschuß angehört hatten, wissen doch, wie es meinetwegen im Jahre 1960, im Jahre 1963,

im Jahre 1964 — soll ich darüber wirklich reden, über die Jahre 1963, 1964? — um die große Koalition gestanden ist. Ich bin also kein grundsätzlicher Gegner einer Koalition, sondern ich stelle nur immer wieder fest, daß die Koalition, die von 1945 bis 1955 einmalige Verdienste für Österreich aufzuweisen hat, in der Zeit nachher mühsamer und mühsamer geworden ist, bis sie letzten Endes überhaupt nicht mehr handlungsfähig war.

Meine Damen und Herren! Es sind zwei Gründe, die mich veranlassen, heute bei der Gruppe Bauten zu sprechen. Der erste Grund: Ich meine, daß nirgends der Fortschritt, der seit 1966 in Österreich zu verzeichnen ist, so sichtbar in Erscheinung tritt wie gerade beim Kapitel Bauten. *(Beifall bei der ÖVP.)* Und hier befinde ich mich natürlich, Herr Kollege Weikhart, in diametralem Gegensatz zu Ihnen. Wenn Sie gesagt haben, daß das, was der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung am 20. April 1966 gesagt hat, nicht zugetroffen ist, daß nichts davon in Erfüllung gegangen ist, so kann ich Ihnen dazu nur eines sagen: Wer bei uns in Österreich sehenden Auges, allerdings auch guten Willens, durch das Land fährt, der nimmt nicht nur Baustellen gigantischen Ausmaßes wahr, sondern der sieht auch, daß in ganz Österreich — von Vorarlberg bis in das Burgenland — gerade auch die Einfamilienhäuser wie die Pilze aus dem Boden schießen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn Sie mich fragen — und das ist jetzt wirklich der diametrale Gegensatz —, welche Gesetzesmaterie ich für die bedeutungsvollste dieser Legislaturperiode von 1966 bis 1970 halte, dann sage ich Ihnen, ohne auch nur eine einzige Sekunde zu zögern: die Wohnungsgesetzgebung. Ich halte die Wohnungsgesetzgebung für die bedeutungsvollste Gesetzesmaterie, die wir in dieser Legislaturperiode beschlossen haben. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ich behaupte nicht mehr und nicht weniger, als daß wir in Österreich die sozialste Wohnbauförderung von ganz Europa haben. Sagen Sie mir einen einzigen Staat, wo es sozialere Wohnbauförderungsmaßnahmen gibt als bei uns in Österreich. Wir haben in den Jahren 1966 bis 1968 in Österreich nicht weniger als 154.500 Wohnungen fertiggestellt, ein ganz wesentlicher Teil davon als Wohnungseigentum beziehungsweise als Einfamilienhäuser. Meine Damen und Herren! Das ist der wirkungsvollste Beitrag zur Sicherung der Freiheit, der Würde und der Unabhängigkeit des Menschen. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn ich eben sagte, daß, wer sehenden Auges, aber auch guten Willens durch unser Vaterland fährt, die signifikanten Fortschritte auf dem Wohnbausektor einfach nicht über-

14568

Nationalrat XI. GP. — 170. Sitzung — 17. Dezember 1969

Dr. Withalm

sehen kann, der wird auch, wenn er objektiv ist, feststellen und anerkennen müssen, daß auch im Straßenbau in Österreich ungeheuer viel geschieht.

Meine Damen und Herren! Wir Österreicher müssen uns offensichtlich immer von Ausländern oder von internationalen Stellen sagen lassen, daß bei uns etwas vorwärts geht. Selbst glauben wir es sonst offensichtlich nicht. Was wurde nicht an unseren Autobahnen herumgörgelt, es gehe nichts weiter, sie seien schlecht. Ja genügt es wirklich nicht, daß man heute nicht einmal drei Stunden braucht, um auf der Autobahn von Wien nach Salzburg zu fahren, oder nicht eine halbe Stunde braucht, um von Wien nach Wiener Neustadt zu kommen? Müssen wir tatsächlich erst den Bericht der OECD oder die „Weltstraßen-Statistik 1969“ zur Hand nehmen, wo steht: Das kleine Österreich steht an dritter Stelle im Autobahnbau Europas. Wir liegen mit 5,7 km pro 100.000 Einwohner hinter der Bundesrepublik Deutschland mit 6,6 und hinter den Niederlanden. Hinter uns kommen mit unter 5 pro 100.000 die Schweiz, Italien, Schweden, Belgien. Das sind Fakten!

In Anbetracht dieser Fakten, auf die wir stolz sein könnten und auf die wir stolz sein müßten, ist das Gerede vom „Fleckerlteppich“ geradezu eine Lächerlichkeit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn ich diese wenigen Feststellungen treffe, dann keineswegs, um womöglich das Verdienst dafür ausschließlich für die Bundesregierung in Anspruch zu nehmen. Um solche Erfolge erzielen zu können, bedarf es des Zusammenwirkens verschiedener Faktoren, nicht zuletzt der Tüchtigkeit und des Fleißes der ganzen österreichischen Bevölkerung. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Bei aller Bescheidenheit: Ich sprach vom Zusammenwirken verschiedener Faktoren. Einer dieser Faktoren — ich glaube, denn doch nicht der unwesentlichste Faktor — ist die Regierungspartei und die von dieser Partei gestellte Bundesregierung. Es geht einfach nicht an — und das nehmen wir auf die Dauer nicht hin —, Fortschritte, die erzielt werden, womöglich auf das Konto all derer zu schreiben, die in Opposition stehen, während Mißerfolge „freundlicherweise“, dann allerdings hundertprozentig, uns, der Regierungspartei angelastet werden.

Damit bin ich schon beim zweiten Grund, der mich veranlaßt hat, heute das Wort hier zu ergreifen. Als Klubobmann der Regierungsfraktion bin ich verhalten, die Budgetdebatte, ob sie nun immer erfreulich oder weniger erfreulich verläuft, sehr aufmerksam zu verfolgen. *(Abg. Ing. K. Hofstetter: Zum Unterschied von Kreisky!)* Wir haben jetzt

die fünfte und damit die letzte Budgetdebatte in dieser Legislaturperiode.

Die Budgetdebatte gilt in parlamentarischen Demokratien als der Höhepunkt der Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition. War das auch bei uns in Österreich in dieser Legislaturperiode der Fall?

Im Jahre 1966 — wir alle erinnern uns daran — gab es heftigste Kritik der Opposition am ersten von der Regierung erstellten Budget. Dann kam die Ankündigung der Sozialistischen Partei — das war am 15. September 1966 in der „Arbeiter-Zeitung“ —, daß sie für 1967 ein Alternativbudget erarbeiten werde. Ich darf die „Arbeiter-Zeitung“ zitieren, in der es damals hieß: „Die Sozialisten werden in der kommenden parlamentarischen Herbstarbeit ihr Hauptaugenmerk der Auseinandersetzung um das Budget 1967 widmen. Es ist beabsichtigt, dem ÖVP-Budgetentwurf mit konkreten Alternativen gegenüberzutreten. Die Budgetalternative wird deshalb auch das Hauptthema der Klubtagung im Oktober sein. Das wurde Mittwoch von SP-Zentralsekretär Abgeordneten Gratz und dem stellvertretenden SP-Klubobmann Czettel in einer Pressekonferenz in Bregenz mitgeteilt.“

Zu diesem Alternativbudget kam es nicht. *(Abg. Steiner: Bregenz ist weit!)* Es wurde gesagt, eine Oppositionspartei hätte ja doch nicht die Möglichkeit, ein Alternativbudget vorzulegen.

Mit Recht aber glaubte dann die Öffentlichkeit erwarten zu können, daß anläßlich der Debatte über das letzte Budget dieser Legislaturperiode nun endlich die große Konfrontation zwischen Regierung und den Oppositionsparteien erfolgen werde. Wer damit wirklich gerechnet hatte — und man konnte damit auf Grund der großspurigen Ankündigung der Oppositionsparteien rechnen —, muß bitter enttäuscht sein. Speziell die Sozialistische Partei hatte im Herbst dieses Jahres angekündigt, anläßlich der Budgetdebatte 1970 käme es zur großen Abrechnung mit der Regierungspartei.

Wir diskutieren das Budget 1970 in diesem Hohen Haus seit dem 1. Dezember 1969. Das bisherige Ergebnis ist, um es zurückhaltend auszudrücken, sehr enttäuschend. Darf man sich da wirklich wundern, wenn jemand auf die Idee kommt, daß die derzeitige Art der Durchführung der Budgetdebatte dringendst reformbedürftig ist?

Herr Kollege Dr. Broda! Sie nicken dazu! Ich glaube daher, daß Sie gleicher Meinung sind wie ich. Allerdings waren wir uns darüber im klaren, daß das in dieser Legislaturperiode nicht mehr erreichbar sein werde.

Dr. Withalm

Aber jetzt ein Wort an Sie, an die Oppositionsparteien: Meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei und von der Freiheitlichen Partei:

Als die Vertreter der ununterbrochenen Kritik seit 1966 hatten und haben Sie Gelegenheit, zu jedem einzelnen Kapitel der Ausgaben und Einnahmen nicht nur mit Phrasen, sondern mit nachprüfbaren Zahlen zu sagen, wo Sie mehr oder weniger ausgeben würden und wo Sie mehr oder weniger Einnahmen erschließen würden.

Sie tun das nicht, sondern Sie drücken sich um diese klare Antwort herum. So aber, sehr geehrte Vertreter der beiden Oppositionsparteien, können Sie dieses Hohe Haus vor der nächsten Wahlentscheidung einfach nicht verlassen. Ich bin fair genug, Ihnen das nicht erst am letzten Tag dieser Budgetdebatte, nicht erst bei der Gruppe Finanzen, sondern schon heute zu sagen.

Wenn Sie im kommenden Wahlkampf die Politik der Bundesregierung in Grund und Boden verdammen wollen — ich zweifle nicht daran, daß Sie das tun werden —, gleichzeitig aber den österreichischen Wählern programmatische Luftschlösser bauen wollen, dann sind Sie als Volksvertreter moralisch dazu verpflichtet, hier und jetzt und nicht erst in sechs Wochen draußen im Wahlkampf der Bevölkerung klipp und klar zu sagen, welche andere Budgetpolitik Sie betreiben würden, wenn Sie Ihr Wahlziel, zur Mehrheit dieses Hauses zu werden, erreichen würden.

Sie, die sozialistische Opposition, haben eine Fülle von Programmen — Herr Kollege Weikhart, Sie haben eben über ein Programm gesprochen — produziert; es müßte doch eigentlich, so meine ich, ein leichtes sein, in Konfrontation mit unserem Budget Ihre Zielvorstellungen sehr konkret zu entwickeln.

Die Zielvorstellungen, die Sie der österreichischen Bevölkerung geben, sind aber sinn- und wertlos, solange Sie nicht offen und ehrlich sagen, mit welchen Methoden zu wessen Gunsten beziehungsweise zu wessen Lasten Sie diese Ziele erreichen wollen.

Sie sagen, das Defizit von 8,9 Milliarden Schilling sei Ihnen zu hoch. Auch uns wäre natürlich ein niedrigeres Defizit sympathischer. Wie hoch soll das Defizit nach Ihrer Meinung sein? Soll es ganz verschwinden? Auch das soll uns recht sein. Aber wie stellen Sie sich das vor? Machen Sie Vorschläge!

Wollen Sie Steuern erhöhen? Wenn ja, bei wem beziehungsweise ab welcher Grenze und um wieviel? (Abg. Ing. Scheibengraf: Sollen wir für Sie regieren?)

Meine Damen und Herren von den Oppositionsparteien! Wenn Sie Ausgaben kürzen wollen, dann sagen Sie, wenn ja, zu wessen Lasten beziehungsweise in welchem Ausmaß. (Abg. Weikhart: Die Regierung sind ja Sie, doch nicht die Opposition! In welchem Parlament gibt es das, daß die Opposition ein Budget vorlegt?) Sie haben doch 1966 — das habe ich eben zitiert, Herr Kollege Weikhart — erklärt, Sie wollen ein Alternativbudget vorschlagen. Das haben Sie damals nicht tun können, wie Sie später behauptet haben. Aber zuvor haben Sie emphatisch verkündet: Wir wollen am 1. März 1970 die Mehrheit der Stimmen der österreichischen Wähler erringen beziehungsweise bekommen, damit wir dann unser Programm verwirklichen können. Ja wie schaut dieses Programm aus? Das, was Sie jetzt der Bevölkerung als Programm vor Augen halten, können Sie am besten illustrieren, wenn Sie die echte Alternative zu unserem Budget hier an diesem Platze deponieren. (Beifall bei der ÖVP.)

Sie reden davon, daß die Subventionen abgebaut werden sollen. Auch hier eine Frage: Zu wessen Lasten soll das gehen? Zu Lasten der Konsumenten oder zu Lasten der Bauern und der Produzenten? Das ist eine Frage, die das Volk leidenschaftlich interessieren muß.

Meine Damen und Herren! Ihr verschwommenes Gerede über Defizit und Staatsverschuldung bringt keinen einzigen Schilling mehr oder weniger, solange nicht wenigstens einer der beiden Parteivorsitzenden der beiden Oppositionsparteien oder Sie als einer der Klubobmänner der beiden Oppositionsparteien oder meinetwegen als der von seiner Partei für den Fall des Wahlsieges nominierte Finanzminister unserem Finanzminister gegenübertritt und klipp und klar folgendes erklärt:

Der Ausgabenrahmen dieses Budgets soll nach meinen Vorstellungen erweitert oder verringert werden, und zwar ganz konkret um soundso viele Milliarden Schilling. Die Ausgaben sollen in folgenden Ansätzen entweder erhöht oder verringert werden. Die Einnahmen sollen aus diesen oder jenen Quellen erhöht werden. Aus der Summe dieser Maßnahmen ergibt sich dann entweder eine Erhöhung oder Verminderung der Staatsschuld.

Meine Damen und Herren! Ich gebe zu: Zu diesen Feststellungen gehört Mut! Aber wie soll man wirklich eine Antwort auf alle diese Fragen erhalten, wenn nicht einmal die Bereitschaft besteht, daß der Parteivorsitzende der Sozialistischen Partei Österreichs Doktor Kreisky über sein ureigenstes Finanzierungs-konzept — ich nehme an, daß es sein ureigenstes Finanzierungs-konzept ist — mit

14570

Nationalrat XI. GP. — 170. Sitzung — 17. Dezember 1969

Dr. Withalm

unserem Finanzminister Dr. Koren diskutieren will.

Seit Jahr und Tag sagen Sie dem österreichischen Volk — und das sagen Sie eigentlich schon seit dem 6. März 1966 — bei jeder von der Mehrheit dieses Hauses beschlossenen Ausgabenerhöhung — denken Sie zum Beispiel zuletzt an die Witwenrente —: „Das ist alles viel zu wenig!“, und bei jeder von der Mehrheit dieses Hauses neubeschlossenen Einnahme: „Um Gottes willen! Das kann man doch dem Volk nicht zumuten! Das ist alles viel zu viel!“ Jetzt erklären Sie: „Das Defizit ist viel zu groß!“, obwohl wir, wenn wir in den letzten vier Jahren Ihre Politik betrieben hätten, ein ungleich größeres Defizit und eine wirklich gefährliche Staatsverschuldung erreicht hätten.

Wir müssen Ihnen daher hier et nunc mit aller Deutlichkeit sagen: Meine Damen und Herren! Das gilt speziell für die sozialistische Opposition. Kommen Sie endlich — es ist nicht mehr allzu viel Zeit — aus dem Fuchsbau, in den Sie sich seit 1966 verkrochen haben, heraus. (*Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.*) Zeigen Sie endlich wenigstens eine Spur der Courage, die die Österreichische Volkspartei seit 1966 aufgebracht hat. (*Beifall bei der ÖVP.*) Legen Sie endlich die Karten Ihrer Politik offen und ehrlich auf den Tisch.

Das österreichische Volk soll wissen, woran es ist. Das österreichische Volk hat ein Recht darauf, zu erfahren, daß alle politischen Parteien ihre Auffassungen klar und unmißverständlich darlegen. Dadurch, aber auch nur dadurch wird es möglich sein, daß das österreichische Volk am 1. März 1970 eine klare und unmißverständliche Entscheidung trifft. (*Langanhaltender Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. van Tongel das Wort.

Abgeordneter Dr. van Tongel (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Wortmeldung ist nicht etwa durch die Ausführungen meines Vorredners provoziert worden, aber ich werde mich selbstverständlich mit seinen Ausführungen beschäftigen.

Herr Dr. Withalm! Wir brauchen von Ihnen weder Zensuren noch Belehrungen über Stil und Inhalt unserer Opposition. (*Zustimmung bei der FPÖ. — Abg. Dr. Haider: Über die Stil- und Inhaltslosigkeit!*) Als eine kleine Fraktion in diesem Hohen Hause haben wir seit dem Jahre 1956 unsere Pflicht als Volksvertreter erfüllt. Wir haben bei jeder Budgetdebatte unter den größten Schwierigkeiten, ohne alle die Möglichkeiten, die den beiden großen Fraktionen zur Verfügung

stehen, uns hier geschlagen. Wir haben auch seit dem März 1966 hier immer unsere Stellungnahme klar und deutlich bezogen. (*Beifall bei der FPÖ.*) Wir verwahren uns, daß Sie uns jetzt in dieser auslaufenden Budgetdebatte, in der die ÖVP nichts anderes als Aggressivität und Provokation an den Tag gelegt hat, um hier Schwierigkeiten zu machen und Wahlkampfstimmung zu erzeugen, angehen wollen. Ich spreche nicht für die Kollegen der SPÖ. Ich spreche für meine Fraktion.

Noch etwas: Mit solchen dummen Zwischenrufen werden Sie, Herr Staatssekretär Haider, nichts ausrichten, sondern höchstens von den Zensoren auf der Galerie einen Einsen bekommen. (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Dr. Haider: Da bin ich beruhigt!*) Aber am Nachmittag sind Sie besser. Sie wissen, warum! (*Abg. Libal: Er kann nichts Besseres!*) Sie brauchen in der Mittagszeit ein Doping. (*Zustimmung bei der FPÖ. — Heiterkeit bei der SPÖ. — Abg. Weikhart: Da sieht er doppelt! — Abg. Kern: Eine Frechheit, so etwas! — Abg. Dr. Gruber: Das sollte man zu einem von Ihnen sagen, da würden Sie sich beschweren! — Weitere Zwischenrufe.*) Schauen Sie sich doch den Kollegen Haider am Nachmittag an.

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner (*das Glockenzeichen gebend*): Meine Herren! Beruhigen Sie sich wieder! Nicht so empfindlich sein gegenseitig! (*Abg. Kern: Aber nicht provozieren!*)

Abgeordneter Dr. van Tongel (*fortsetzend*): Ich bedaure sehr, daß der Herr Generalsekretär und Klubobmann Dr. Withalm jetzt hinausgegangen ist. (*Abg. Robert Graf: Es ist ihm halt zuwider, Ihnen zuzuhören! — Heiterkeit bei der ÖVP.*) Für diese Art von Zwischenruf haben Sie von den Zensoren auf der Galerie einen Einsen bekommen. Ich beglückwünsche Sie zu solchen Zwischenrufen! Es zeigt den geistigen Stil, den Sie haben. (*Abg. Robert Graf: Ihre Bemerkung von vorhin zeigt von Ihrem geistigen Stil! Darauf können Sie sich etwas einbilden!*) Über Wein und Retourkutschen wollen wir nicht allzuviel reden.

Meine Damen und Herren! Anscheinend ist von Dr. Withalm vergessen worden, was er vor eineinhalb Jahren der österreichischen Bevölkerung verkündet hat: Ein Dreierkomitee habe sich zusammengefunden, um die notwendigen Einsparungen durchzuführen. Hier in der Budgetdebatte haben wir Freiheitlichen dauernd Einsparungen verlangt. Wo sind sie? Wo sind sie heuer? Darauf geben Sie Antwort! (*Abg. Guggenberger: Ist schon geschehen!*) Ich stelle fest: Geschehen ist gar nichts. (*Abg. Dr. Gruber: Milliarden*

Dr. van Tongel

sind das!) Jawohl, ein Auto im Bundeskanzleramt. Diese Antwort genügt zunächst für den Herrn Dr. Withalm.

Jetzt werde ich mich mit der Gruppe Bauten und Technik beschäftigen. (*Abg. Dr. Gruber: Hoffentlich haben Sie da mehr Glück!*) Wenn ich von Ihnen gelobt werden würde, würde ich mich schämen. (*Zustimmung bei der FPÖ. — Heiterkeit bei der SPÖ. — Abg. Dr. Haider: Der ist schief gewickelt heute!*)

Die vom Bautenministerium vor drei Jahren eingeleitete Neubewertung des Bundesstraßennetzes, die Erarbeitung aller wissenschaftlichen Grundlagen für die Gesamtplanung des österreichischen Hauptverkehrsstraßennetzes kommt trotz des vorhin verkündeten Lobes des Herrn Dr. Withalm um 15 Jahre zu spät. Bei keiner einzigen Nationalratsdebatte in den ganzen Jahren hat der Ressortminister auch nur einmal auf die Dringlichkeit und Notwendigkeit eines fundierten Gesamtkonzeptes einer langfristigen Finanzplanung und die Umorientierung der Verkehrspolitik, die Abstimmung der Hauptverkehrsträger Schiene—Straße hingewiesen, geschweige denn irgendwelche Unterlagen präsentiert, die zu einer Willensbildung hier im Nationalrat hätten führen können.

Der sogenannte Fünfzehnjahresplan, mit dem des öfteren argumentiert wurde, war ein reines Rechenexempel auf der Basis der geschätzten Eingänge aus dem zweckgebundenen Bundeszuschlag zur Mineralölsteuer, der heutigen Bundesmineralölsteuer. Dabei war nur die erste Etappe durchgerechnet, die Zahlen für die zweite und dritte Etappe waren reine Hausnummern. Die Autobahnplanung war überhaupt nicht miteinbezogen, denn damals wurde die Autobahn noch ausschließlich mit außerordentlichen Mitteln finanziert. Die eingesetzten Hausnummern wurden schon in den ersten Jahren nicht eingehalten, bezogen auf die erste Etappe in den Jahren 1957 bis 1962.

In der zweiten und dritten Etappe, die eigentlich erst 1971 hätte auslaufen sollen, war jährlich konstant ein Betrag von ganzen 1,3 Milliarden Schilling für die Bundesstraßen B vorgesehen, davon 900 Millionen Schilling für den Ausbau. Damit wollte man auf dem Papier jährlich 300 km ausbauen.

Tatsächlich werden derzeit insgesamt rund 3 Milliarden aufgewendet, davon über 2 Milliarden für den Ausbau. Und trotzdem liegt die jährlich Vollausbauleistung bei etwa 200 km.

Der Autobahnbau — das sei loyal und korrekt festgestellt — wurde 1954 gegen den Widerstand der Sozialistischen Partei begonnen. Die „Arbeiter-Zeitung“ hat damals

einen Leitartikel unter dem Titel „Aprilscherz“ geschrieben. Unter anderem wurde der Autobahnbau mit Arbeitsbeschaffung motiviert. Man muß loyal feststellen, daß der damalige Baubeginn ein richtiger Entschluß gewesen ist. Aber in der Folge hat man keinen Versuch unternommen, ein verkehrspolitisch fundiertes Konzept zu erarbeiten und einen exakten Termin-, Prioritäten-, Finanzierungsplan und so weiter dem Parlament vorzulegen, der die Wirtschaftlichkeit und Zügigkeit des Autobahnbaues garantiert hätte.

Statt dessen wurde Jahr für Jahr bei der Budgeterstellung um die außerordentlichen Zuweisungen für Autobahnbau, Elektrifizierung der Österreichischen Bundesbahnen und Automatisierung des Telephonnetzes gepackelt und die Zuweisungen nicht nach der technischen Notwendigkeit, sondern nach dem Ergebnis eines parteipolitischen Tauziehens festgesetzt. Dadurch war der Autobahnbau von Anfang an gezwungen, finanziell zu hasardieren, weil sich die für einen rationalen Baufortschritt notwendigen Bausummen nicht mit dem politischen Pokerspiel in Einklang bringen ließen. Die Folgen davon: Schuldenwirtschaft, Schwierigkeiten der Bauwirtschaft, die oft Außenstände bis zu 400 und 500 Millionen Schilling hatte, viele Konkurse, Bau-skandal. Aufgabe eines verantwortungsbewußten Ministers wäre es gewesen, fundierte Informationen und Planungsgrundlagen vorzulegen, einschließlich der notwendigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, Verkehrsanalysen, um dem Nationalrat die Möglichkeit einer zukunftsorientierten Lösung für den Autobahnbau zu geben.

Bei den ebenfalls jahrelangen Streitereien um die Nord—Süd—Übergänge, wie Felbertauern-, Tauern-tunnel, Durchschleusverkehr usw., hat man wenigstens bereits Gutachten in Auftrag gegeben. Aber auch erst so spät, daß die Entscheidung durch den Bau des Felber-Straßentunnels vorweggenommen wurde.

Das Projekt der Autobahn Salzburg—Villach mit den beiden Scheiteltunnels Katschberg und Tauern wurde nicht etwa auf Grund eines Planungskonzeptes beschlossen, sondern verdankt seine — sehr späte — Realisierung der Privatinitiative des Salzburger Rechtsanwaltes Freyborn, der sich jahrelang mit eigenen Mitteln dafür eingesetzt hat und dieses Projekt auch propagandistisch so weit vorbereitet hat, daß es endlich zum Bauabschluß kam. (*Abg. Steiner: Sie sind mehr als mangelhaft informiert!*) Ich bin sogar sehr genau informiert. Herr Freyborn ist ein Salzburger, ich habe seine Entwürfe im ersten Stadium bekommen, studiert und an den damaligen

Dr. van Tongel

Herrn Handelsminister weitergeleitet. Da sind Sie sehr schlecht informiert. (*Abg. Dr. J. Gruber: Dr. van Tongel als der Fachmann, der das begutachtet hat!*) Sie mit Ihrer Volkshochschule sind natürlich Fachmann für alles. (*Abg. Dr. J. Gruber: Mit der Apothekerwaage haben Sie das abgewogen!*) Ja, ja. Widerlegen Sie das bitte, wenn Sie können. (*Abg. Dr. J. Gruber: Die Frechheit, die er sich heute erlaubt hat, kann er sich nicht ungestraft erlauben!*) Tatsache ist, daß Rechtsanwalt Freyborn der Projektant war. Widerlegen Sie das, wenn Sie es können. Kommen Sie herunter und widerlegen Sie das. Sagen Sie, wer vor Freyborn die Sache behandelt hat. Kommen Sie herunter und sagen Sie es hier. (*Abg. Steiner: Die Arbeit des Herrn Dr. Freyborn ist durchaus anerkennenswert! Aber daß das Bautenministerium immer die Detailplanung vorwärtsgetrieben hat, das wissen Sie selbst!*) Aha, auf einmal. Ich habe davon gesprochen, daß das jahrelang verzögert wurde, das ist urkundlich bewiesen. (*Abg. Guggenberger: Weil Sie den Mallnitzer Tunnel bauen wollten, das war der Grund!*) Sie müssen ja alles ganz genau wissen. Ganz genau wissen Sie alles, wollen Sie uns hier einreden.

Vielleicht wird Sie das auch interessieren: Herrn Freyborn hat man dann allerdings bei der Gesellschaftsgründung ausgebootet. Ein österreichisches Schicksal.

Statt hier beim Bau der Scheitelstrecke, die auf Mautbasis finanzierbar ist, einer echten Privatinitiative Platz zu geben, hat man auch diesen Bau, der sich für eine Sonderfinanzierung wie kein anderer angeboten hatte, wieder in den schwerfälligeren Beamtenapparat eingespannt.

Gebaut wird bisher auf der Scheitelstrecke nicht. Stimmt das vielleicht auch nicht? (*Abg. Steiner: Momentan nicht! Zuerst muß man ja den Grund einlösen!*) Aha, momentan ist ja Winter. Aber vorher war Sommer. Der Tunnelanschlag, den der Initiator Freyborn bereits für 1968 vorgesehen hatte, wird frühestens im Sommer 1970 erfolgen. Stimmt das etwa auch nicht? (*Abg. Steiner: Es stimmt!*) Wir werden erst sehen, ob es dann stimmen wird. Wertvolle Baujahre sind wieder verlorengegangen, weil man nicht fähig war, von den eingefahrenen Geleisen abzuweichen. (*Abg. Steiner: Dann würde man sagen: Schlechte Vorplanung! Genau wie Sie es immer machen! Aber da ist eine ordentliche Detailplanung vorhanden!*) Aha, auf einmal. Aber die Zeit ist ja weit überschritten.

In den letzten Jahren hat die Bundesstraßenverwaltung immerhin einige längst überfällige Maßnahmen eingeleitet. Was heute an wissenschaftlich fundierten Informationen

mit Blickrichtung auf die Vollmotorisierung und das Jahr 2000 vorliegt, ist durchaus beispielgebend für so manchen anderen Sektor, aber auch beispielsweise für die Gemeinde Wien, die konzeptlos und mit lächerlichen Finanzansätzen Straßenbau betreibt, der angesichts der Verkehrsverhältnisse und der Zukunftsperspektiven geradezu eine Farce ist.

Der Komplex der Neubewertung soll nun bis zum Frühjahr 1970 vorliegen, vielleicht sogar noch vor den Wahlen. Aber die Neubewertung beziehungsweise die darauf basierende Kostenschätzung wird die Öffentlichkeit auch mit einigen schockierenden Zahlen konfrontieren. Sie wird uns schwarz auf weiß beweisen, wie alarmierend der Rückstand und wie gigantisch die künftigen Bauaufgaben sind. Für den Autobahnbau wird man noch mindestens 50 bis 60 Milliarden Schilling benötigen, für den Ausbau der Bundesstraßen gut 40 bis 50 Milliarden. Die Landesstraßen und noch mehr die Gemeindestraßen entziehen sich jeder nur einigermaßen annähernden Schätzung. Das heißt, wenn man die Ergebnisse der Neubewertung nicht durch ein entsprechend fundiertes Finanzkonzept ergänzt und sich strikt für dessen Realisierung einsetzt, dann bleibt das bisher von den Wissenschaftlern und Beamten Geleistete sinnloses Stückwerk. Das ist eine bedingte Feststellung, damit es dann nicht wieder heißt, wir haben das bisher Geschehene heruntergesetzt.

Weiters: Was geschieht mit den Ergebnissen der Neubewertung, die als wesentliches Kriterium eine Prioritätenreihung sämtlicher Hauptverkehrsstraßen ermöglichen wird? Was geschieht, wenn die Regionalpolitiker sich mit den Ergebnissen konfrontiert sehen, die aber absolut nicht mit ihren Wählerperspektiven in Einklang zu bringen sind? Werden die politischen Mandatäre die nötige Einsicht in die übergeordneten Erfordernisse haben, um mit den eigenen Wünschen zurückzubleiben?

Und nun zum Finanzkonzept. Nicht aber den bequemsten Weg nehmen, das heißt neuerlich aus den Brieftaschen der ohnedies schon weit überlasteten Kraftfahrer, insbesondere der Pkw-Besitzer, zumindest nicht ohne exakte Rechnungslegung und verbindliche Verpflichtung für die zielgerichtete Verwendung der Mittel. Die Wegekostenrechnung nach dem Status quo, das heißt nicht nach dem Soll des Aufwandes, sondern nach dem durch das Steuereinkommen willkürlich begrenzten de-facto-Aufwand, ergibt eine bedeutend überhöhte Steuerleistung der Kraftfahrer. Nach den Schlüsselziffern der Wegekostenrechnung — anlastbar den Kraftfahrern 50 Prozent der Kosten der Gemeindestraßen, 60 bis 70 Prozent der Landesstraßen, 70 bis

Dr. van Tongel

80 Prozent der Bundesstraßen und 90 Prozent der Kosten der Autobahnen — sollten die Straßenbenützer etwa 6 Milliarden Schilling aufbringen. Tatsächlich aber, Hohes Haus, liegt der Ertrag an spezifisch den Kraftfahrern auferlegten Steuern bei 9 bis 10 Milliarden. Man wird also langfristig umschichten müssen, dem Straßenbau die ihm zustehenden und aus gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen unerläßlichen Mittel zuführen müssen. Dabei hat man sich in Hinkunft nach dem Soll zu richten, das sich auf Grund der Neubewertung ergeben wird.

Bei bestimmten Einzelprojekten, so insbesondere den überdurchschnittlich aufwendigen Alpendurchstichen, kann man, sofern Wirtschaftlichkeitsrechnungen vorliegen, durchaus — das haben wir immer gesagt — auf Mautbasis finanzieren. Konsequenterweise wäre aber hier der Privatwirtschaftsweg vorzuziehen.

Nicht zumutbar und wirtschaftlich unsinnig aber ist die Einführung einer generellen Maut für die schon bestehenden Autobahnen und neue Normalstrecken. Was jedoch mit aller Intensität angestrebt werden sollte, wäre die Errichtung eines Straßenbau-Verwaltungsfonds, dem alle zweckgebundenen Steuererträge zuzuführen wären und darüber hinaus zusätzliche Beträge aus allgemeinen Steuermitteln. Der Fonds könnte damit über genau vorauszukalkulierende Einnahmen verfügen, hätte volle Dispositionsfreiheit ohne Rücksicht auf Budgetbindungen und Finanzüberweisungen. Auf weitere Sicht wäre er auch in der Lage, bei entsprechender Finanzbasis Baumaßnahmen anderer Baulastträger wie Länder und Gemeinden mit bestimmten Quoten zu dotieren, um damit verkehrspolitisch wichtige Bauten regionalen Charakters gezielt zu fördern.

Ich bin auf Ihr Straßenbaukonzept neugierig, Herr Steiner, das Sie hoffentlich hier als großartiger Fachmann entwickeln werden. Ich bin sehr neugierig. (*Abg. Steiner: Wir haben darüber geredet, als die Tauernautobahn gebaut wurde!*)

Ein Straßenbaufonds böte die Gewähr, daß die verfügbaren und noch auf Jahrzehnte zu knappen Beträge optimal, verkehrsgerecht, effektiv, volkswirtschaftlich zielgerichtet und rationell eingesetzt werden. Der Fonds hätte überdies die Möglichkeit, auf dem Kapitalmarkt zu operieren, um damit eine erhebliche Beschleunigung der Baumaßnahmen zu gewährleisten.

Die erst in jüngster Zeit bekanntgewordenen Zahlen aus den Untersuchungen für den Komplex der Neubewertung beweisen die

unerhörte Wirtschaftlichkeit des Autobahnbau- und die Dringlichkeit der straßenbaulichen Maßnahmen für den Fremdenverkehr, der in den kommenden Jahrzehnten unter schärfstem Konkurrenzdruck stehen wird. Es wäre volkswirtschaftlich unverantwortlich, weiterhin mit Halbheiten zu experimentieren, statt konsequente Schlüsse und Entschlüsse auf Basis des nunmehr erhärteten Informationsmaterials zu fassen.

Jetzt noch einige Zahlen: Ersparnisse bei den Autofahrten für PKW und LKW: 30 Prozent Treibstoff, 30 Prozent Reifen, 20 Prozent Wartung und 40 Prozent Amortisation; die Unfallhäufigkeit auf Bundesstraßen ist fünfmal so hoch als auf Autobahnen, die Ersparnis auf Autobahnen 60 Prozent.

So erweist eine Kosten-Nutzen-Rechnung, daß auf Grund der Wirtschaftlichkeitsberechnungen bereits 1969 ein Rückstand von 530 km Autobahnen bestanden hat und daß jeder nicht gebaute Kilometer durch die höheren Kosten des Verkehrs auf den bestehenden Bundesstraßen enorme Verluste verursacht hat. (*Abg. Steiner: Wer hat das errechnet, Herr Dr. van Tongel?*) Das werde ich Ihnen auf die Nase binden! Jedenfalls ein erstrangiger Fachmann, der seit Jahrzehnten mit diesem Thema beschäftigt ist und diese Ziffern nicht vom parteitaktischen Standpunkt errechnet. Hoffentlich genügt Ihnen das. Sie können dort rückfragen. (*Abg. Hartl: Wenn Sie keinen Namen und keine Adresse sagen!*) Herr Hartl, haben Sie uns schon einmal einen Ihrer Informanten hier im Haus genannt? Sie haben derer mehrere als wir, seit Jahrzehnten! (*Abg. Steiner: Das ist in der Zeitung gestanden! Das hat der Bautenminister auch gesagt!*) Das hat der Bautenminister auch gesagt? Warum fragen Sie dann so komisch? Sie müßten ja Beifall spenden, wenn ich angeblich den Bautenminister zitiere. Ich glaube nicht, daß ich ihn zitiert habe.

Meine Damen und Herren! Im Oktober 1969 fand in Wien eine Konferenz über grenzüberschreitende Fernverkehrsstraßen Österreichs und seiner Nachbarstaaten statt. Im Schlußprotokoll hieß es: „Österreich stellt fest, daß derzeit der Ausbau mehrerer Nord-Süd-Verbindungen studiert wird, welche aus finanziellen Gründen nicht verwirklicht werden können.“

Es sei hier festgestellt, daß keine auch noch so attraktiven Straßenprojekte darüber hinwegtäuschen dürfen, daß Österreich Gefahr läuft, trotz seiner Schlüsselstellung in Europas künftigem Straßennetz eine zweitrangige Rolle zu spielen. — Damit Sie es wissen, das wurde auf der Konferenz festgestellt. — Es hat den

Dr. van Tongel

Anschein, als sollte sich die Alpenrepublik in den kommenden Jahren immer mehr zu einem Hindernis für die europäischen Verkehrsströme entwickeln. — Und das, meine Damen und Herren, zu einem Zeitpunkt, in dem man in der Bundesrepublik Deutschland an eine Autobahn Hannover—Würzburg—Ulm denkt, die sich in Memmingen in zwei Äste gabeln wird, wovon einer bis an die österreichische Grenze führt und im Raum von Füssen mit einer weiteren Autobahnverbindung aus Richtung München zusammentrifft.

Ich könnte hier noch reichliches Material vorbringen. Nach heutigen Zeitungsmittteilungen hat der gestrige Ministerrat eine Halbjahressperre der Budgetansätze in Höhe von 2 Milliarden Schilling für Straßenbau und Wohnbau beschlossen. Ich weiß nicht, ob diese Zeitungsmeldungen stimmen. Ich darf daher den Herrn Bautenminister fragen, inwieweit sein Ressort von diesem gestrigen Ministerratsbeschluß betroffen ist.

Und weil Sie, Herr Kollege Steiner, gar so viel und gar so fachmännisch vom Tauernautobahnbau geredet haben, darf ich hier Feststellungen treffen, die ich von den beiden betroffenen Ländern bekommen habe, von Salzburg und Kärnten nämlich, damit Sie es genau wissen.

Bekanntlich hat nach langjährigen Diskussionen der Vorbereitungsarbeiten der Nationalrat einstimmig im März 1968 eine Autobahngesetz-Novelle verabschiedet. Sodann wurde ein Jahr später, im März 1969 das Tauernautobahn-Gesetz beschlossen, welches eine Bundesgarantie von 6,9 Milliarden vorsieht. Im Mai 1969 kam es dann zur Gründung der Tauernautobahn AG. und zur Übergabe der fertigen Ausschreibungsunterlagen durch Bundesminister Dr. Kotzina an die AG. Im November 1969 aber ist der Tauern-tunnel noch immer nicht ausgeschrieben. Ebensowenig ist die Planung für den Katschberg-tunnel fertiggestellt. Somit ist wiederum ein Jahr allein nur für die Ausschreibungen verlorengegangen.

Dazu kommt noch, daß in Kärnten mit der Umfahrung Spittal an der Drau noch immer nicht ernsthaft begonnen wurde. Es heißt darüber hinaus, daß die Trasse im Katsch-Tal überhaupt erst im Jahre 1972 begonnen werden soll.

Es ergibt sich die Frage, die ich an den Herrn Bundesminister stellen möchte: Warum solche Verzögerungen?

In Salzburg wurden statt der notwendigen 160 Millionen Schilling jährlich nur 120 Millionen Schilling bewilligt, wie dies bei den Salzburger Budgetverhandlungen festzustellen war. Auch verlautet — jetzt passen Sie

auf, Herr Steiner —, daß die 18 km lange Strecke von Werfen bis Eben überhaupt zurückgestellt werden soll. (*Abg. Steiner: Das ist aber nicht die Gesellschaftsstrecke! Die Gesellschaftsstrecke beginnt in Eben im Pongau!*) Vielleicht werden Sie uns sagen, wie es damit steht. Sie werden ja dann herunter kommen und werden versuchen müssen, mich zu widerlegen.

Meine Damen und Herren! Ich bin nicht hier der Vertreter der Gesellschaft, sondern ich bin ein Volksvertreter, der sich mit Belangen des Straßenbaues beschäftigt.

Es ist daher bei dieser Sachlage selbstverständlich, daß meine Fraktion dem Kapitel Bauten nicht die Zustimmung erteilen wird. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Regensburger das Wort.

Abgeordneter Regensburger (ÖVP): Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Herr Staatssekretär a. D. Weikhart hat sich heute mit der Wohnungswirtschaft beschäftigt. Mein Kollege Dr. Gruber wird dieses Problem im besonderen diskutieren. Ich glaube, Herr Staatssekretär Weikhart, wir haben uns ja schon im Zusammenhange mit dem Wohnungsverbesserungsgesetz über diese Fragen auseinandergesetzt.

Wenn Sie aber heute angekündigt haben, daß die Sozialistische Partei, wenn sie in Österreich die Mehrheit bekommen sollte, dieses Wohnbauförderungsgesetz 1968 gleich ändern oder novellieren wird, so möchte ich sagen, daß wir von der Österreichischen Volkspartei uns auch schon bisher den Kopf bezüglich einer Novellierung dieses Gesetzes zerbrochen haben und schon in den vergangenen Wochen die Experten der Bundesländer befragt wurden, ob Wünsche bezüglich einer Novellierung des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 vorliegen, speziell im Hinblick auf eine Begünstigung bei vorzeitiger Rückzahlung, wie es bereits im Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz vorgesehen ist.

Wenn das Wohnbauförderungsgesetz 1968, wie behauptet wurde, schon nicht mehr Geld bringen soll, so ist auf jeden Fall durch die Verländerung der Mittel, durch die Aufteilung der Mittel an die Bundesländer, bewirkt worden, daß eine sachgerechtere und zielgerechtere Verteilung vorgenommen wird. Ich kann mich noch gut erinnern, wie während der Budgetdebatte hier draußen Staatssekretär Weikhart und unser verstorbener Prinke beisammen-saßen und nach dem alten Koalitionsschlüssel, also nach dem Schema 08/15, die Verteilung der Mittel vornahmen, ohne in die Details eingehen

Regensburger

zu können, ohne auf die besondere Problematik der Bundesländer Bezug nehmen zu können.

Der Abgeordnete Dr. van Tongel meinte heute, daß es die Oppositionsparteien nicht notwendig hätten, Zensuren und Belehrungen entgegenzunehmen. (*Abg. Dr. van Tongel: Ich habe für meine Fraktion gesprochen!*) Ja, sicher: Man kann darüber geteilter Meinung sein, Herr Abgeordneter Dr. van Tongel. Aber was war denn das, wenn Sie unseren Freund Staatssekretär a. D. Dr. Haider der Trunkenheit bezichtigen? (*Abg. Dr. van Tongel: Das habe ich nicht gesagt!*) Ich möchte Sie hören, wenn ein Vertreter oder ein Abgeordneter der Österreichischen Volkspartei einem Abgeordneten der Freiheitlichen Partei solches oder ähnliches zurufen würde!

Ich will gar nicht davon reden, daß Sie den Abgeordneten Steiner im nächsten Atemzug als einen Nichtfachmann, als einen Mann, der vom Baugeschehen überhaupt nichts versteht, einstufen möchten. (*Zwischenrufe.*) Direkte Fachleute sind wir hier wahrscheinlich alle nicht, Sie als Apotheker genausowenig wie ich als Lehrer. Trotzdem haben wir einen gesunden Hausverstand und bemühen uns, in die Materie einzudringen. Immerhin können wir uns doch zugute halten, daß wir schon im Straßenbau gearbeitet haben und daß wir uns in Gremien beschäftigen, die sowohl für Wohnbau als auch Straßenbau zuständig sind.

Ich darf noch darauf hinweisen, Herr Abgeordneter Dr. van Tongel, daß gerade die Abgeordneten der Freiheitlichen Partei nicht nur, was Zensuren und Belehrungen anlangt, sehr großzügig sind (*Abg. Melter: Im Gegensatz zu Lehrern!*), sondern hier im Hohen Hause Töne anschlagen und angeschlagen haben, daß ich mich, wenn ich nach Hause, nach Tirol komme, schon manchmal genieren mußte, mit allen Abgeordneten des Hohen Hauses in einen Topf geworfen zu werden, weil eben das Fernsehen diese Exzesse auch wahrheitsgetreu übertragen hat. (*Zwischenruf des Abg. Melter.*)

Ich erinnere an den 19. November 1969, wie hier der Herr Abgeordnete Zeillinger einen unbescholtenen, mit hohem Ansehen ausgestatteten Beamten so quasi der Korruption und der Verleumdung verdächtigte. (*Abg. Melter: Seidl!*) Nicht nur gegen den Minister und andere Regierungsmitglieder geht der Herr Abgeordnete Zeillinger — ich habe ihm das einmal in einem Zwischenruf gesagt — unkollegial, sondern sogar unmenschlich und brutal vor. (*Abg. Dr. van Tongel: Was war denn am 19. November 1969?*) Ich war schon im Parlament von 1959 bis 1962 und konnte von 1957 bis 1959 hier Abgeordnete kennenlernen, die

von einer vierten Fraktion waren. Aber solche Töne habe ich von dort her nicht kennengelernt. (*Abg. Dr. van Tongel: Regensburger, was war am 19. November 1969?*) Ja, jetzt am 19. November 1969: Sie wissen ja, im Zusammenhang mit der Beratung der Berichte III/42 und III/44 und dann Brennerautobahn und Brennersee. Da hat der Herr Abgeordnete Zeillinger nicht nur das System des Herrn Bundesministers bekrittelt, sondern den Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Herrn Hofrat Dr. Dultinger, verdächtigt, er hätte so quasi über einen Hinterweg, weil er eine Professur auf der Hochschule für Technik anstrebte, über Professor Borowicka diesen Plan zur Anwendung gebracht und dadurch die sogenannte West- oder Seetrasse der Brennerautobahn verhindert und die Osttrasse in die Tat umgesetzt. Ich lese einen Teil des Briefes, den Herr Dr. Dultinger an den Abgeordneten Zeillinger geschrieben hat, vor. (*Abg. Dr. van Tongel: Lesen Sie bitte auch seine Antwort vor!*)

„Ich habe mich beim Studium Ihrer Ausführungen, die ich inhaltlich selbstverständlich Satz für Satz bestreite und die im einzelnen zu widerlegen ich noch Gelegenheit nehmen werde, natürlich auch gefragt, ob Sie, sehr geehrter Herr Abgeordneter, hier einfach auf dem Rücken eines zunächst wehrlosen Staatsbürgers eine vorsätzliche Verleumdung begehen wollten“ — (*Abg. Steiner: Typisch Zeillinger!*) — „oder ob Sie das Opfer einer unrichtigen Information geworden sind.“

Ich will nun auch nicht annehmen, daß Abgeordneter Zeillinger hier vorsätzlich eine Verleumdung begehen wollte, aber er ist schon sehr großzügig mit seinen Darstellungen, ohne daß er vorher sich echt erkundigt, um welche Gründe es sich in Wirklichkeit handelt. (*Abg. Dr. van Tongel: War das jetzt auch Dultinger?*)

Weiter schreibt und behauptet dann Dr. Dultinger:

„Die ‚Steinchen, die den von Ihnen erwähnten Kreis schließen, sind in Wahrheit Schlammstückchen aus dem Brennersee. Ich wäre glücklich, wenn Sie, sehr geehrter Herr Abgeordneter, auch zu dieser Erkenntnis kommen würden. Bedenken Sie bitte, daß man den Ruf eines Mitbürgers jedenfalls nicht leichtfertig mit Schmutz bewerfen sollte.“

Ich könnte auch noch einen Brief des Rektors der Technischen Hochschule verlesen. (*Abg. Dr. van Tongel: Bitte, lesen Sie doch die Antwort vor!*) Jeder einzelne Satz, der in diesem Zusammenhang vom Herrn Abgeordneten Zeillinger hier gesprochen wurde, kann widerlegt werden (*Abg. Melter: Warum widerlegen Sie nicht!*), sowohl was die Senkung

14576

Nationalrat XI. GP. — 170. Sitzung — 17. Dezember 1969

Regensburger

der Brückenkonstruktion betrifft (*Abg. Dr. van Tongel: Widerlegen Sie es!*) und was die Osttrasse betrifft (*Abg. Dr. van Tongel: Sie stellen nur Behauptungen auf! Widerlegen Sie das!*), und es wird heute von Fachleuten sogar gesagt, daß dann, wenn diese Seetrasse oder Westtrasse in Angriff genommen worden wäre oder zur Endausführung gelangt wäre, damit nicht nur ein großes Risiko verbunden gewesen wäre, sondern daß unter Umständen à la Longarone eine Flutwellengefährdung hätte zutage treten können.

Dann sagt der Abgeordnete Zeillinger, daß vier Professoren Gutachten vorgelegt hätten und daß sich alle außer Professor Borowicka für die Seetrasse ausgesprochen hätten. Das stimmt nicht! Der Herr Professor Dr. Fritsch hat selbstverständlich wie andere die Möglichkeit des Baues der See- oder Osttrasse für möglich gehalten, aber es wurde von allen mit erklärt und mit festgestellt, daß die Sache unsicher sei und die Bauzeit sich selbstverständlich sehr in die Länge ziehen würde. (*Zwischenrufe.*)

Was Professor Jelinek betrifft, der auch zitiert worden ist, so hat den Herr Professor Krapfenbauer selbst als Gutachter herangezogen.

Ich könnte nun weiterlesen, nicht nur daß Professor Borowicka verdächtigt wurde, daß er in diesem Zusammenhang 2 Millionen Schilling verdient habe, und daß das auch nicht stimmt, daß das auch eine glatte Verleumdung war. (*Zwischenruf des Abg. Steiner.*) Ich warte nur darauf, daß Herr Abgeordneter Zeillinger hier an das Rednerpult tritt und sich sowohl bei Dr. Dultinger wie auch bei Professor Borowicka entschuldigt. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. van Tongel: Aber die Antwort! — Abg. Steiner: Verleumdung!*) Ich möchte hören, was von ihm hier gesagt würde, wenn ein Abgeordneter einer anderen Fraktion nur im Detail dessen etwas Ähnliches sagen würde, was er in diesem Zusammenhang sagte. (*Abg. Dr. van Tongel: Warum verlesen Sie die Antwort nicht? Dann werden wir sie verlesen! — Abg. Steiner: Das soll Zeillinger selbst tun! Er verleumdet immer!*)

Ich will nun versuchen, eine wenigstens annähernde Bilanz über den Ressortbereich des Bundesministeriums für Bauten und Technik zu erstellen, und ich glaube, daß die Summe in der Bilanz nicht nur in den Zahlen und in den Leistungen, im finanziellen Aufwand imponierend ist, sondern daß auch Hunderte von Fundamentierungsmaßnahmen weiterhin eine zukunftsorientierte Baupolitik gewährleisten. Ich erinnere nur daran, daß im

Straßenbau im Jahre 1965 3226 Millionen Schilling zur Verfügung standen und im Jahre 1970 5075 Millionen Schilling zur Verfügung stehen werden, daß insgesamt dem Bautenressort im Jahre 1965 4971 Millionen Schilling zur Verfügung gestanden sind und daß es insgesamt im Jahre 1970 8045 Millionen Schilling sein werden.

Angesichts der sprunghaften Entwicklung im Straßenverkehr, des Bauwesens und der Technik im gesamten war es selbstverständlich schon längst klar, daß diese wachsenden Aufgaben nur im Bereich eines eigenen Ministeriums und Ressorts gelöst werden können. Erst das Wahlergebnis vom Jahre 1966 hat die Basis geboten, diesen Gedanken Realität werden zu lassen.

Der Herr Bundesminister Kotzina hat sich dann mit seinen Mitarbeitern sofort auf den Weg gemacht, er hat keinen Augenblick gezögert und mit der Grundsatzarbeit begonnen. Parallel zu dieser Grundsatzarbeit galt es aber auch, die Kontinuität in der Auftragsvergabe und in der Bauabwicklung fortzusetzen, zu verbessern und den gesteigerten Ansprüchen anzupassen; denn die Rückschläge, die die Bauwirtschaft in den meisten europäischen Industriestaaten im Jahre 1967 zu erleiden hatte, waren nicht ungefährlich und ließen mit Recht die Befürchtungen laut werden, daß sich diese Entwicklung auch auf Österreich ausdehnen könnte.

Aber das Ziel bauwirtschaftlicher Maßnahmen des Herrn Bundesministers war richtig, auf eine Stabilisierung des Baugeschehens hinzuwirken, um dabei die zu erwartenden rückläufigen Tendenzen soweit wie möglich in Grenzen zu halten.

Dabei kamen dem Ministerium eine Reihe von Faktoren zugute, die eben, wie ich schon sagte, aus der eingeleiteten Grundsatzarbeit rekrutierten und entsprossen. Erstens einmal die vom Beirat für Bauwirtschaft gewonnenen Erkenntnisse zur Verbesserung der Situation in der Bauwirtschaft. Zweitens die erarbeitete Bauwirtschaftstatistik. Sie eröffnete volle Einsicht und Übersicht über die vorhandenen Baukapazitäten und den Auftragsstand, was wieder die Grundlage für die erforderlichen Koordinierungsmaßnahmen bildete.

Ein weiteres Instrument stand schließlich dem Ministerium auch mit dem Terminplan zur Verfügung. Dieser Terminplan enthält nämlich für jede Sparte des Bauwesens genaue Phasendiagramme, in denen die einzelnen Zyklen der verschiedenen Arbeitsvorgänge exakt fixiert sind.

Regensburger

Aufbauend auf die gesamten Grundlagen war es dann vor Ostern 1968 so weit, daß die erste Rahmenübersicht über das voraussichtliche Baugeschehen vorhanden war und erstellt werden konnte und sich die Bauwirtschaft schon an dieser Übersicht orientieren konnte. So ist es gelungen, die bauwirtschaftliche Konjunkturverflachung in engen Grenzen zu halten. Dies war nicht so einfach, wie es heute aussehen mag; denn zum rezessiven Einfluß von außen her kam noch der Umstand, daß auf Grund des neuen Wohnbauförderungsgesetzes 1968 in manchen Bundesländern der Umstellungsprozeß sich sehr schleppend vollzog.

Die dann das ganze Jahre 1968 andauernden Bemühungen um Zusatzimpulse für die Bauwirtschaft wirkten sich in der erstmals für Österreich erstellten Vorschau 1969 aus. In dieser Vorschau, die im November 1968 fertiggestellt wurde und die Baumaßnahmen von Bund, Ländern, Großgemeinden und größeren Privatauftraggebern erfaßt, wird für das Jahr 1969 ein Gesamtbauinvestitionsvolumen von 43,6 Milliarden Schilling prognostiziert; das ist eine Steigerung um 5 Prozent. Nach Ablauf der Bausaison hat der Beirat für Bauwirtschaft, dem neben den Sozialpartnern Vertreter der mit Bauaufgaben befaßten Ministerien und Experten der Bundesländer angehören, die Vorschau 1969 im April 1969 einer genauen Überprüfung unterzogen. Dabei wurde festgestellt, daß unter Berücksichtigung der Tatsache, daß noch weitere bauwirksame Maßnahmen eingeleitet werden konnten, dieses Prognoseziel, das ich vorhin nannte, erreicht werden wird.

Die Bauwirtschaft hat also mit einer Zuwachsrate von 5 Prozent im Jahre 1969 den Anschluß an die allgemeine Konjunkturentwicklung gefunden und die Phase der Abflachung rascher als in anderen Staaten überwunden.

Alle Reformüberlegungen des Bundesministeriums für Bauten und Technik haben — ich glaube, dies hat aus meinen bisherigen Darlegungen schon herausgeklungen — auf weitestgehend wissenschaftlicher Basis stattgefunden.

Dabei muß aber wohl beachtet werden, daß trotz aller Vorsicht und aller wissenschaftlicher Rücksichtnahme das Baugeschehen — das bestätigen Experten übereinstimmend — von einer Fülle kaum erfaßbarer und vorberechenbarer Faktoren mitbestimmt wird. Ich denke dabei nur an die Launen der Witterung, an die Tücken der Geologie und anderes mehr.

Aber schon im ersten Jahr seiner Amtstätigkeit hat Herr Bundesminister Dr. Kotzina im Rahmen eines den tatsächlichen Verkehrs-

bedürfnissen angepaßten Rangordnungsprogramms mit den Arbeiten auf dem Gebiet der Neubewertung der Bundesstraßen begonnen. Um die Bundesländer ständig über die Methoden und Absichten der Neubewertung auf dem laufenden zu halten und sie zu informieren, wurde beim Bundesministerium für Bauten und Technik ein Beamtenkomitee geschaffen, in dem sämtliche Bundesländer vertreten sind.

Im Rahmen der Neubewertung des Straßennetzes in Österreich wurde bisher eine Reihe von Untersuchungen vergeben oder bereits abgeschlossen. Im Rahmen der funktionellen Bewertung wurden Untersuchungen mit dem Ziel vergeben, unter Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung, des Kraftfahrzeugbestandes, des Fremdenverkehrs und der Verwaltungsstruktur eine Einteilung des hochrangigen Straßennetzes in Kategorien zu schaffen. Unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Verkehrsentwicklung und zur Verkehrlichen Bewertung für das Jahr 1980 und für den Zeitpunkt der Vollmotorisierung wurde eine Prognose des Kraftfahrzeugverkehrs auf den österreichischen Bundesstraßen erstellt. Diese Arbeiten sind, wie Sie ja wissen, abgeschlossen.

Es wurden uns erst in den letzten Tagen hier Broschüren übermittelt, die Auskunft geben über die Verkehrsprognose bis 1980 und 2000 und die Bevölkerungsprognose bis 1980. Für 1980 wird in Österreich ein Kraftfahrzeugbestand von 2 Millionen PKW angenommen. Jetzt haben wir rund 1 Million PKW. Dies entspricht einem Motorisierungsstand von 280 PKW pro 1000 Einwohner. Die Vollmotorisierung wird in den einzelnen politischen Bezirken zu verschiedenen Zeitpunkten erreicht werden, und es ist anzunehmen, daß dies in den Jahren 1990 bis 1995 sein wird. Am Straßenverkehr werden, wenn die Vollmotorisierung eingetreten ist, 3,2 Millionen PKW teilnehmen, das ist 1 PKW auf 2,5 Personen.

Während für das Jahr 1970 für den Bau und die Erhaltung von Bundesstraßen und Autobahnen 4,9 Milliarden Schilling veranschlagt sind, errechnete die Prognose für die nächsten elf Jahre zweckgebundene Einnahmen von insgesamt 62 Milliarden Schilling, und unter den gleichen Voraussetzungen dürften dies bis zum Jahre 2000 270 Milliarden Schilling sein.

Unter Bedachtnahme auf die Ergebnisse der funktionellen Bewertung und der verkehrlichen Bewertung wurde auch ein Vorschlag für ein neues Bundesstraßennetz erarbeitet, welches als Unterlage für den Anhang zum neuen Bundesstraßengesetz dienen soll. Der Straßenkataster der Bundesstraßenverwaltung wurde zur Führung mittels elektronischer

14578

Nationalrat XI. GP. — 170. Sitzung — 17. Dezember 1969

Regensburger

Datenverarbeitung eingerichtet. Für die österreichischen Autobahnen wurde ein Nutzen-Kostenkatalog erstellt. Weiters wurde die Ausarbeitung einer Methode zur Investitionswahl beim Ausbau von Bundesstraßenabschnitten, welche den Straßenzustand, die Betriebskosten und Unfallkosten berücksichtigt, in Auftrag gegeben; die Ergebnisse dieser Arbeit werden in Kürze bekanntgegeben werden.

Die Untersuchungen, die, wie ich schon sagte, als Grundlage der Neubewertung des Bundesstraßennetzes dienen sollen, werden aber auch für andere Wirtschaftszweige eine sehr wertvolle Unterlage darstellen.

Zur Durchführung der von mir vorhin genannten Untersuchungen beziehungsweise Aufgaben verfügt das Bundesministerium für Bauten und Technik über eine moderne Computeranlage. Eine zweite steht unmittelbar vor dem Ankauf. Aber auch bereits vorhandene Rechenzentren wurden in Anspruch genommen. So wird zum Beispiel gegenwärtig das gesamte Rechenzentrum Graz in voller Kapazität beansprucht. Dabei wurden bisher 4100 Teilstrecken von Bundesstraßen und Autobahnen erfaßt.

Es ist interessant, daß seit 1. 1. 1969 die Planung von neuen Autobahnlosen, so die Inntalautobahn, die Tauernautobahn und die Rheintalautobahn, voll elektronisch erfolgt. Schon jetzt werden sämtliche Autobahnlose in Kärnten und zwei in der Steiermark elektronisch berechnet. Beim neuen Autobahnknoten Linz-Süd wird die Bauorganisation mittels Netzplan elektronisch durchgeführt.

Im Zuge der Reform des österreichischen Bundesstraßenwesens hat der Herr Bundesminister den Entwurf eines neuen Bundesstraßengesetzes in das Begutachtungsverfahren gebracht, wobei die Begutachtungsfrist mit Ende dieses Jahres abläuft. Das neue Gesetz soll das aus dem Jahre 1948 stammende Bundesstraßengesetz ablösen und durch Normen ersetzen, die der allgemeinen Entwicklung der Motorisierung und der damit verbundenen höheren Anforderung an den Straßenbau gerecht werden.

Neben einer spezifischen Einteilung in mehrere Straßenkategorien bringt der Entwurf wesentliche Neuerungen, die mit dem stärker in den Vordergrund tretenden Bau von hochleistungsfähigen Schnellstraßen und den Erfordernissen einer verbesserten Verkehrssicherheit zusammenhängen. Besondere Prägung enthält der Entwurf durch die Wirtschaftlichkeitserwägungen zugunsten einer verbesserten und ausgebauten Straßenbauökonomie.

Im einzelnen soll an die Stelle der bisher gültigen Zweiteilung in Autobahnen und Bundesstraßen eine Vierteilung treten. Das Bundesstraßennetz soll künftig in Autobahnen, Autostraßen — das sind die Schnellstraßen —, in Bundesstraßen erster Ordnung und Bundesstraßen zweiter Ordnung eingeteilt werden. Der Hauptunterschied zwischen Autobahnen und Autostraßen, also Schnellstraßen, liegt im Prinzip der Kreuzungsfreiheit, das für Autobahnen gelten, für Autostraßen aber nicht unbedingt gelten soll. Die Bundesstraße erster Ordnung soll sich durch die besondere Verkehrsbedeutung von der Bundesstraße zweiter Ordnung unterscheiden. Neu sollen auch Bestimmungen aufgenommen werden, die die sogenannten Nebenbetriebe auf Autobahnen und Autostraßen betreffen; dies aus Gründen einer einheitlichen Planung und aus Rücksicht auf die besonderen Sicherheitsvorkehrungen. Nebenbetriebe sind zum Beispiel Tankstellen, Rasthäuser, Motels und so weiter.

Um Rechtsstreitigkeiten über die Kostenbeteiligung von Gemeinden am Bau von Bundesstraßen im verbaute Gebiet vorzubeugen — wir wissen ja, daß das bisher manchmal zu unliebsamen Bauverzögerungen geführt hat —, sind im Entwurf jene Arbeiten taxativ aufgezählt, die von den Gemeinden zu tragen sind.

Die rasche Entwicklung im Straßenbau verlangt selbstverständlich auch eine intensive Straßenbauforschung. Bisher hatten wir leider dafür nicht die entsprechenden Mittel, und nun soll in dieses neue Bundesstraßengesetz eine Passage aufgenommen werden, in der vorgesehen wird, daß künftig bis zu einem halben Prozent der Bundesstraßenmittel für die Straßenbauforschung verwendet werden sollen.

In die Kette der Erfolge und Leistungen gliedert sich auch die Bilanz der Bemühungen um die Beschleunigung des Ausbaues des Autobahn- und Bundesstraßennetzes würdig ein.

So kam es bezüglich, wie es den Damen und Herren des Hohen Hauses bekannt ist, der Inntalautobahn zu einem Übereinkommen zwischen dem Bund und dem Land Tirol, das die Fertigstellung dieser wichtigen 73 Kilometer langen Verbindungsstrecke zwischen Kufstein und Innsbruck in der halben Bauzeit, das ist bis zum Jahre 1972, ermöglicht, also rechtzeitig bis zur Eröffnung der Olympischen Spiele in München.

Zur Brennerautobahn wird heuer mit dem letzten Teilstück zwischen Brennersee und Staatsgrenze oder im Frühjahr des kommenden Jahres der Schlußstein gelegt. Und die erste

Regensburger

Hochgebirgsautobahn Europas hat damit ihre Vollendung erreicht.

Dabei sei auch erwähnt, daß die Europa-Brücke das einzige Bauwerk Österreichs ist, das international für wertvoll genug erachtet wurde, um in den Katalog der bemerkenswertesten Bauwerke der Gegenwart aufgenommen zu werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es ist deshalb mehr als bedauerlich, wie ich schon eingangs meiner Ausführungen sagte, wenn schon des öfteren der Versuch unternommen wurde, die Brennerautobahn von der Traumstraße zur „Alptraumstraße“ oder gar „Korruptionsstraße“ umzumünzen. Beim Bau der Brennerautobahn ist eine technisch hervorragende und alle Erwartungen übersteigende Leistung erbracht worden. Dies ist auch vom Präsidenten des Rechnungshofes anerkannt, und ich glaube, wir müssen alle den Leistungen der Brennerautobahn-AG hohe und volle Anerkennung zollen.

Vor mehreren Monaten hat das Hohe Haus auch ein Gesetz über die Finanzierung der 53 km langen Scheitelstrecke der Tauernautobahn beschlossen. Die vorsorglich für diese Autobahn schon im Februar 1965 in Auftrag gegebene Planung versetzte den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik in die Lage, wenige Tage nach der Gründung der Tauernautobahngesellschaft die fertiggestellten Ausschreibungsunterlagen für den Tauerntunnel zu übergeben, sodaß der Inangriffnahme des zweiten großen Brückenschlages über die Alpen eigentlich nichts mehr im Wege stand.

Wenn der Herr Abgeordnete Dr. van Tongel hier von anderen guten Kräften berichtet, so möchte ich dem nichts entgegensetzen, nur darauf verweisen, wie Altbundeskanzler Gorbach einmal sagte: „Ein schönes Kind hat viele Väter, nur bei einem mißgeratenen will es keiner sein.“ Weil eben doch zu erwarten ist, daß die Tauernautobahn ein gut geratenes Kind wird, melden sich die Väter anscheinend schon reihenweise an, aber es sei festgestellt, daß das Bundesministerium für Bauten und Technik bereits im Jahre 1965 die Planarbeiten vorgenommen hat und nach Installierung der Tauernautobahn-AG dieser schon als Ausschreibungsunterlagen übermitteln konnte.

Das vom Bautenministerium entwickelte Sonderfinanzierungsprogramm läßt zuversichtlich hoffen, daß die 183 km lange Gesamtstrecke von Salzburg nach Villach innerhalb von fünf Jahren leistungsgerecht ausgebaut sein wird.

Die im Autobahnbau erzielten Fortschritte ermöglichten es, heuer auch weitere Strecken auf der Südautobahn zwischen Graz und Gleisdorf zu eröffnen. Wir haben es ja erst im Fernsehen gesehen. Wie ich aus der Presse entnehmen

konnte, haben die sozialistischen Mandatäre und Funktionäre aus der Steiermark nicht teilgenommen. Wahrscheinlich konnten die nicht mit zusehen, wie der Herr Bundesminister für Bauten und Technik einer Reihe von Beamten, Arbeitern und Angestellten Ehrenzeichen überreicht hat, die ihnen auf Grund der Leistungen vom Herrn Bundespräsidenten verliehen wurden. (*Abg. J. Schlager: Das ist reine Demagogie! Sie wissen ganz genau, warum sie nicht teilgenommen haben!*) Auch in Wien nähern sich wichtige Abschnitte der Süd- und der Nordostautobahn der Vollendung.

Zum Brückenschlag über die Alpen gesellt sich auch der große Brückenschlag über die Donau mit den großen Bauwerken in Linz, Melk, Krems und Deutsch-Altenburg. Zum Jahresende werden, abgesehen von den bereits sieben bestehenden Bundesstraßenbrücken über die Donau, insgesamt fünf Projekte in Arbeit stehen, die insgesamt einen Kostenaufwand von 710 Millionen Schilling erfordern.

Nach fünfzehn Jahren Diskussion über die Trassenführung der Rheintal-Autobahn im Raume Bregenz ist es gelungen, eine Lösung zu finden, die nun konkrete Planungsarbeiten ermöglicht. Im März dieses Jahres konnte anläßlich einer Straßenbauenquete auch eine Entscheidung über den Ausbau der Bundesstraßen im Mur- und Mürztal herbeigeführt werden. Im Rahmen des für zunächst sechs Jahre erstellten Ausbaukonzeptes für die Triester und Grazer Bundesstraße wird auch der erste Abschnitt der Pyhrn-Autobahn zwischen Graz und Deutschfeistritz in Angriff genommen werden.

Eine sachgerechte Lösung fand auch die mit vielen Emotionen belastete Frage der Trassenführung der Südautobahn zwischen Wr. Neustadt und Hartberg. Eine Überprüfung des burgenländischen Wunsches, in Verlängerung der schon fixierten Schnellstraßenverbindung Wien—Eisenstadt—Mattersburg auch über den Raum Mattersburg hinaus nach Oberwart einen Ausbau vorzusehen, hat der Herr Bundesminister für Bauten und Technik im Rahmen der Neubewertung des Bundesstraßennetzes zugesagt. Insgesamt eine wahrhaft großartige Erfolgsmeldung, obwohl ich aus zeitökonomischen Gründen nur großkariert berichtet habe.

Über die Reform des Wohnungswesens, wie ich bereits sagte, und über die Wohnbauproblematik wird der Abgeordnete der ÖVP Dr. Gruber noch sprechen. Ich möchte nur einige Sätze hiezu sagen.

Das Wohnungswesen gehörte und gehört zu den Hauptanliegen des Bundesministers für Bauten und Technik. Seit 1961 stieg der Wohnungsbestand von 2,3 Millionen Wohnungen

14580

Nationalrat XI. GP. — 170. Sitzung — 17. Dezember 1969

Regensburger

auf über 2,6 Millionen im Jahre 1968, wobei im gleichen Zeitraum die Anzahl der schlecht ausgestatteten Wohnungen — denn, wie ich schon früher hier feststellte und es heute vom Staatssekretär Weikhart bestätigt wurde, leiden wir ja viel mehr an der Qualität der Wohnungen als an der Quantität — im Verhältnis zum Gesamtwohnungsbestand vom Jahre 1961 von 32 Prozent auf 16 Prozent zurückgegangen ist. Man hat im Jahre 1961 695.000 Einheiten schlecht ausgestatteter Wohnungen gezählt und schätzte im Jahre 1968 415.000 Einheiten.

Von 1960 bis 1969 haben sich die Wohnbauinvestitionen des Bundes, der Länder, der Gemeinden und privater Bauträger verdoppelt. Im Jahre 1960 wurden 8,7 Milliarden Schilling aufgewendet, und im Jahre 1969 sind es bereits 17,9 Milliarden Schilling.

Interessant ist auch die Feststellung, daß aus der bauwirtschaftlichen Gesamtschau zu entnehmen ist, daß die Hälfte aller Bauinvestitionen auf den Wohnbau entfällt. Österreich ist auch der erste Staat, der die Notwendigkeit einer kontinuierlichen und gezielten Wohnbauforschung als öffentliches Anliegen anerkannt hat und die Finanzierung aus zweckgebundenen Einnahmen gemäß § 5 Abs. 4 des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 institutionalisiert hat. Von finanzieller Seite her hat dadurch Österreich die einmalige Chance, in der Wohnbauforschung eine führende internationale Position zu erringen.

Nun noch kurz etwas zur Trinkwasserversorgung und zur Gewässer Reinhaltung.

Die Sorge um eine hinreichende Trinkwasserversorgung und die notwendigen verstärkten Maßnahmen zur Bekämpfung der Gewässerunreinigung haben das Bautenministerium veranlaßt, eine Wasserbautenförderungs-Novelle auszuarbeiten, diese dem Parlament zuzuleiten, und hier wurde dann auch im Juli dieses Jahres Beschluß darüber gefaßt.

Dieses Gesetz zielt bekanntlich auf einen konzentrierten Einsatz der vorhandenen Mittel ab, auf die Bildung regionaler Schwerpunkte und die Einbeziehung der gewerblichen und industriellen Abwasserreinigung in die Möglichkeit der Förderung durch den Fonds. Wie wichtig eine gründliche Lösung auf diesem Gebiete ist, zeigt ein Bericht der Europäischen Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen. Darin wird der Wasserverbrauch innerhalb dieser in den Vereinten Nationen institutionierten Länder mit mehr als 130 Milliarden Kubikmeter pro Jahr beziffert und gleichzeitig wird dort festgestellt, daß die Trinkwasserreserven, speziell die hygienisch einwandfreien Trinkwasserreserven ständig zurückgehen. Wenn ich

von 130 Milliarden Kubikmeter sprach, um hier einen Vergleich zu bieten: das ist ungefähr der dreifache Inhalt des Bodensees.

Für Österreich haben Fachleute festgestellt, daß man für die nächsten 20 Jahre 40 Milliarden Schilling benötigen würde, um allen diesen Notwendigkeiten und Bedürfnissen nachzukommen.

Mit der Erstellung eines Zehnjahresprogramms von seiten der Bundesregierung, das Investitionen von 20 Milliarden Schilling vorsieht, hat die Bundesregierung diesen Erfordernissen bereits grundsätzlich Rechnung getragen. Man höre und staune: Zirka 70 Prozent aller Mittel, die der Wasserwirtschaftsfonds seit seiner Gründung im Jahre 1959 bereitstellte, wurden nach 1966 zur Verfügung gestellt. Von den seit der Gründung im Jahre 1959 bis jetzt zur Verfügung gestellten rund 4 Milliarden Schilling entfallen auf die laufende Legislaturperiode 2,7 Milliarden Schilling.

Es wäre gerade über das Problem der Wasserversorgung und der Abwasserreinigung noch verschiedenes zu sagen. Aber ich will eure Zeit und eure Geduld nicht allzusehr in Anspruch nehmen. Ich bin der Meinung, daß Österreich ein Land ist, das stolz darauf sein kann und glücklich sein darf, Wasserreserven für die Zukunft zu haben. Wir leben in einem verhältnismäßig wasserreichen Lande, nur mit dem Nachteil, daß sich die Ballungszentren der Bevölkerung und der Industrie in verhältnismäßig wasserarmen Gebieten befinden, aber ich glaube hier sagen zu dürfen, ohne ein Prophet sein zu wollen, daß die Güte unseres Wassers in Zukunft neben unserer guten Luft speziell in den Alpenländern eine Fremdenverkehrsattraktion werden wird, weil es heute schon Länder und Städte gibt, die nur gereinigte Abwässer als Trinkwasser zur Verfügung haben. Ich habe Unterlagen, aus denen ich ersehen konnte, daß in deutschen Städten manche Bewohner das Wasser kochen und trinken, das fünf vor ihnen ausgeschieden haben.

Wenn ich dann noch zum Schluß, aber nicht zuletzt das Ingenieurkammergesetz und das Vermessungsgesetz nenne, Gesetze, die auch in dieser Legislaturperiode beschlossen und vom Bundesministerium für Bauten und Technik ausgearbeitet wurden, so schließt sich die Kette der Leistungen des Bautenressorts zu einem bewundernswerten, nicht retuschierbaren Dokument fortschrittlicher und initiativer Planungsarbeit, zu einem Dokument von überragendem Können und Wissen österreichischer Ingenieure und dem Fleiß unserer österreichischen Beamten, Angestellten und Arbeiter. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Als nächstem Redner erteile ich dem Abgeordneten **Wielandner** das Wort.

Abgeordneter **Wielandner** (SPÖ): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Vizekanzler **Withalm** hat heute zwar sehr wenig von den Bauten gesprochen, aber er hat es für notwendig befunden, einer künftigen sozialistischen Regierung Ratschläge zu erteilen. Diese Ratschläge hätte er besser der derzeitigen Regierung gegeben, dann wären die abgelaufenen Regionalwahlen besser ausgefallen. (*Abg. Dr. J. Gruber: Er hat nicht einer künftigen sozialistischen Regierung, sondern der jetzigen Opposition Ratschläge gegeben! — Ruf bei der ÖVP: Das hat der Weikhart gesagt!*) Stärkt die ÖVP!, hat er gesagt. Man darf ja einen vorweihnachtlichen Scherz machen. Ich glaube, es war wirklich ein vorweihnachtlicher Scherz, den er hier gemacht hat, als er meinte, die Koalition wäre nicht mehr handlungsfähig gewesen. Aber wir haben eben damals schon erkannt, wohin das führen wird, wenn Sie eine ÖVP-Alleinregierung in Österreich haben werden. Das haben wir am Wohnbauförderungsgesetz 1968 gesehen, das der Herr Vizekanzler als das beste Gesetz hingestellt hat. (*Abg. Guggenberger: Es gibt nichts Besseres in Europa!*) Wir sehen es ja draußen bei den Eigenheimbauern. Sie müssen bereits drei Jahre lang warten, bis sie zum Zuge kommen. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Setzen Sie sich einmal in eine Bürgermeisterkanzlei, dann werden Sie sehen, welche Auswirkungen dieses „beste“ Gesetz hat. (*Abg. Dr. J. Gruber: Wenn es so schlecht wäre, würde niemand damit bauen wollen!*) Nur die Mittel kriegen sie nicht! (*Abg. Steiner: Das dauert eine gewisse Zeit!*) Aber der Herr Abgeordnete **Regensburger** hat Ihnen ja schon die richtige Qualifikation gegeben, als er gesagt hat, daß das beste Gesetz novelliert werden muß. (*Abg. Regensburger: Sie können nicht behaupten, wenn man eine Novellierung durchführt, daß das Gesetz schlecht ist!*) Ja, es muß viel korrigiert werden, was diese ÖVP-Alleinregierung inszeniert hat. (*Zwischenruf des Abg. Steiner.*) Er hat davon gesprochen, was derzeit in Österreich gebaut wird. Er hat aber nicht gesagt, womit man baut: mit der Schuldensteigerung von 28 auf 49 Milliarden Schilling. (*Abg. Dr. J. Gruber: Aber nicht aus der Wohnbauförderung!*)

Damit sind die Investitionen bezahlt worden, meine Herren, und jeder Österreicher ist bereits in der Wiege mit 7000 S belastet. (*Abg. Regensburger: Herr Abgeordneter Wielandner! Sie werden doch nicht behaupten, daß, wenn man eine Novellierung durchführt, das*

Gesetz schlecht ist!) — Das habe ich nicht behauptet, ich habe nur gesagt, daß es nicht den Erfordernissen entspricht. Aber das haben wir Ihnen schon seinerzeit im Bautenausschuß gesagt, als wir über dieses Gesetz gesprochen haben.

Jede künftige Regierung muß sich den Kopf darüber zerbrechen, wie sie die derzeitigen Schulden von 49 Milliarden bezahlt. (*Abg. Steiner: Wo soll man einsparen, Herr Kollege? — Abg. Weikhart: Das ist die Angelegenheit der Regierung, da müssen Sie die Regierung fragen, aber nicht ihn!*)

Die bisherige Budgetdebatte hat nichts gebracht, hat der Herr Vizekanzler gesagt. Sicherlich waren Ihnen, meine Herren von der rechten Seite, die Ausführungen der sozialistischen Abgeordneten hier von dieser Stelle aus während der Budgetdebatte nicht angenehm.

Aber wir können Ihnen sagen: So wie wir in den sozialistischen Gemeinden draußen und in den Bundesländern gezeigt haben, daß wir gute Verwalter sind, so werden wir es auch auf der Bundesebene beweisen, wenn uns die Wähler die entsprechende Kraft geben! (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Kranzlmayr: Haben die sozialistischen Länder und Gemeinden keine Schulden?*) Sicherlich haben sie sie, aber vielleicht ist das Geld besser angelegt als hier. (*Abg. Weikhart: Aber nicht so! — Abg. Steiner: Herr Weikhart! Viel höhere!*)

Mein Herr Vorgänger hat sich mit den Fragen der Wasserwirtschaft beschäftigt, ich darf es ebenfalls tun. Die Fragen der Wasserwirtschaft, der Abwasserbeseitigung und des Wasserbauförderungsfonds ziehen sich wie ein roter Faden durch die Beratungen in diesem Haus. Es ist kein Wunder, denn von Jahr zu Jahr wird dieses Problem größer. Aber leider setzt man auch hier — und Ihre Novelle war nichts anderes — nur halbe Maßnahmen.

Die Steigerung des Verbrauches: im Jahre 1912 in Wien 60 l, 1948 178 l, 1965 301 l, eine Steigerung um 400 Prozent pro Kopf und Tag. Wir brauchen aber nicht nur Trinkwasser, sondern auch die Industrie, die Kraftwerke, die Landwirtschaft brauchen Wasser. Beispielsweise benötigt man für eine Tonne Stahl 250 Tonnen Wasser. Eine Tonne Zellstoff, Papier braucht 200 bis 1000 m³ Wasser. Ein VW braucht zum Beispiel 7,2 m³ Wasser, bis er fertig ist. Für 100 l Bier benötigt man je nach dem Betrieb 1000 bis 3000 l Wasser. (*Abg. Benya: Und beim Wein?*) Das habe ich nicht ausgerechnet. (*Heiterkeit.*)

Durch die vielseitige Verwendung und Bedeutung des Wassers sind es insbesondere

14582

Nationalrat XI. GP. — 170. Sitzung — 17. Dezember 1969

Wielandner

sieben Faktoren, die die Verschmutzung der Gewässer bewirken:

1. Krankheitserreger. Ich verweise zum Beispiel auf die Katastrophe in Urfahr, die Auswirkungen auf ganz Österreich, auf den Fremdenverkehr Österreichs hatte.
2. Die Gewerbe- und Industrieabwässer: Arsenverbindungen, radioaktive Substanzen.
3. Die fäulnisfähigen organischen Substanzen und ungeklärte Wässer aus den Haushalten.
4. Die ungelösten, insbesondere organischen Substanzen von den Berg- und Hüttenbetrieben.
5. Die Salze, gelöste Substanzen, auch Nährsalze, Phosphor, Stickstoff, ausgewaschen von landwirtschaftlich genutzten Böden.
6. Die Fette und Öle. Da verweise ich besonders auf die Tankwagen.
7. Die waschaktiven Mittel.

Wo werden die Industriestandorte sein, wenn das Grundwasser erschöpft ist und die nächsten Flüsse durch Abwässer anderer Betriebe als Nutzwasserlieferanten unverwendbar sind? Was wird aus den Stauräumen der Kraftwerke, wenn sie mit Abfall und Faulschlamm gefüllt werden? Wo werden die Städte ihr Trinkwasser gewinnen, wenn das Grundwasser verseucht und vergiftet ist? Woher wird die Landwirtschaft das Wasser für die Tierhaltung nehmen, wenn Flüsse und Bäche Stoffe enthalten, die für die Tiere und Pflanzen schädlich sind?

Wir schätzen — das hat auch der Herr Abgeordnete Regensburger bereits gesagt —, daß in den kommenden 20 Jahren etwa 40 Milliarden auf diesem Sektor notwendig sein werden. Mit seiner Rechnung, daß in diesen 20 Jahren die Lösung dieser Frage — nach den derzeitigen Budgetansätzen — möglich sein wird, kann ich allerdings nicht konform gehen. Denn tatsächlich stehen etwa 700 Millionen Schilling im kommenden Haushalt zur Verfügung. Bekanntlich braucht man dann 30 Jahre, wenn man eine Förderung im Ausmaß von 20 Milliarden erreichen will. Das ist also ungefähr das Dreifache dessen, was wir derzeit zur Verfügung haben, um in den zehn Jahren so weit zu kommen, wie es notwendig wäre.

Wir haben uns immer wieder erkundigt, wie der Stand beim Fonds ist, wie viele Anträge derzeit dort liegen. Wir haben voriges Jahr erfahren, daß es mit 31. Oktober 7,2 Milliarden beim Kanalisations- und Kläranlagenbau und beim Wasserleitungsbau 2,5 Milliarden gewesen sind. Dann sind in der Zeit vom 1. Oktober 1968 bis 15. Dezember 1968 104 Anträge mit 699 Millionen Schilling zum Fonds gekommen.

Heuer haben wir wieder gebeten, uns die entsprechenden Zahlen zur Verfügung zu stellen. Wir haben sie aber mit einem Stichtag erhalten, der für uns völlig uninteressant ist, Herr Bundesminister, und zwar mit dem Stichtag 31. Juli 1969. Wir, die Vertreter der Opposition, möchten schon bitten, die Zahlen des letzten Standes zu bekommen, wenn wir Sie im Bautenausschuß darum ersuchen. Oder sind in der Zwischenzeit so viele Anträge eingegangen, daß das Bild optisch noch schlechter wäre, als es sich derzeit zeigt?

Der Herr Finanzminister hat in seiner Budgetrede ebenfalls auf die Vermehrung der Mittel gegenüber dem Jahre 1965 hingewiesen. Er zieht immer Vergleiche zwischen 1969 und 1965. Ich frage mich, warum. Denn damals war der Finanzminister ein ÖVP-Minister, und heute ist der Bautenminister genauso ein ÖVP-Minister, wie es damals der Handelsminister gewesen ist. Es ist also Ihre Seite, die damals entsprechende Vorsorgen hätte treffen müssen.

Ich habe schon gesagt, daß die heurige Novellierung nicht ausreichend ist, daß wir uns gemeinsam überlegen müssen, wie wir zu einer Lösung dieses gewaltigen Problems eher gelangen können.

Den Herrn Bundesminister bitte ich, bei künftigen Verhandlungen auf diese Frage ein besonderes Augenmerk zu lenken und zu versuchen, vom Bundesminister für Finanzen mehr Geldmittel zu bekommen. (*Abg. Steiner: Woher nimmt es der Herr Finanzminister? Höhere Steuern?*)

Die Erfahrungen anderer Staaten müßten wir uns ebenfalls zunutze machen. Wir müssen gemeinsame großräumige Untersuchungen durchführen. Einzelinitiativen sind da nicht am Platze. Ich nenne hierfür ein Beispiel: Wir haben in Österreich ein speläologisches Institut, und zwar beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft. Das ist ein Einmannbetrieb, der diese Untersuchungen in der Praxis durchführt. Ich verweise zum Beispiel auf die Grundwasserläufe am Dachstein. Unsere Gemeinde mußte Untersuchungen am Hochkönigmassiv durchführen lassen, und diese Untersuchungen waren nicht billig! Dabei könnte man doch diese Tätigkeiten gemeinsam koordinieren, das Institut besser ausbauen beziehungsweise ausgestalten, damit es wirkungsvoller tätig werden könnte.

Zum Beispiel macht man es in Bayern anders: Man plant dort auf Landesebene großräumig und untersucht die Grundwasserläufe. Erst dann plant man die regionalen Wasserversorgungsanlagen.

Wielandner

Im Lande Salzburg haben wir seit Jahren einen Streit um das Fuschlseeprojekt. Jetzt stellt sich aber heraus, daß dieses Projekt eigentlich gar nicht verwirklicht zu werden braucht, weil im Bereich des Untersberges Trinkwasser in ausreichendem Maße vorhanden ist. Wenn entsprechende Untersuchungen stattgefunden hätten, hätte man das bereits früher feststellen können. *(Abg. Dr. J. Gruber: Diese Untersuchungen hätten ihr in Salzburg ohnehin machen können!)* Das kann man doch von der Bundesebene aus machen, diese Stellen sind doch bekanntlich den Ministerien unterstellt, das wissen Sie doch genau, Herr Kollege Dr. Gruber!

Eine logische Folgerung daraus ist, daß das Zusammenwirken aller zuständigen Stellen dringend notwendig ist, damit diese Lebensfrage gelöst wird und wir nicht vor ein Problem gestellt werden wie beispielsweise Holland: Trinkwasseralarm in Holland! — Ein ganzes Land hatte diese Sorge und war von dieser Gefahr bedroht. Ihr Programm weist ja einige entsprechende Ansätze auf, aber diese hätten Sie auch schon verwirklichen können. *(Abg. Dr. J. Gruber: Aber nicht alles auf einmal!)*

Jetzt etwas anderes: Herr Abgeordneter Weikhart hat heute schon gesagt, daß preisdämpfende Wirkungen der Gesetze, die Sie beschlossen haben, absolut nicht eingetreten sind. Ich darf mich noch einmal mit dem Wohnungsproblem beschäftigen, und zwar nicht mit dem Neubau, sondern mit der Vermietung von Altwohnungen.

Ich bin selber zu einer entsprechenden Adressenvermittlung gegangen, habe dort einen Anzahlungsbetrag geleistet. Ich suchte dann einige Wohnungen auf. *(Abg. Doktor J. Gruber: Das hast du schon einmal erzählt!)* Man kann das nicht oft genug sagen, damit Sie wissen, wohin Ihre Mietrechtsänderungsgesetze und Ihre Wohnbaugesetze tatsächlich führen. Bei der ersten Adresse hat sich ergeben, daß die entsprechende Wohnung bereits längst vergeben war, die Miete hätte nicht 800, sondern 1800 S gekostet. Die zweite Wohnung war nicht, wie angekündigt, eine Garçonniere, sondern eine Wohnung mit einer Miete von 2500 S. Bei einer anderen Adresse hat sich herausgestellt, daß die entsprechende Wohnung für eine Untermieterin, also für eine Dame, und nicht für irgendeinen Mieter bestimmt war.

Es muß doch möglich sein, diesem Unfug endlich zu Leibe zu rücken und derartige Vermittlungen zu unterbinden. — Wenn Sie das alles konkret lesen wollen, da *(der Redner hält ein Blatt Papier hoch)* steht auch noch etwas.

Einige grundsätzliche Bemerkungen zum Entwurf des Bundesstraßengesetzes 1969, das sich derzeit im Begutachtungsverfahren befindet.

Der Entwurf nimmt keine Rücksicht auf elementare Lebensinteressen der Gemeinden im Hinblick auf den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan. Keine Bestimmungen über die Verpflichtungen der Anrainer von Bundesstraßen im Baufall. Das Gesetz soll bewirken, daß die Gemeinden den Ausbau der Bundesstraßen im verbauten Ortsgebiet selbst durchführen.

Wir sehen also wiederum den Versuch einer Umschichtung von Aufgaben des Bundes, was nicht werden kann, ohne daß auch entsprechende Auswirkungen auf den Finanzausgleich zu verzeichnen sein werden. Die Einzelheiten bleiben selbstverständlich den Beratungen im Bautenausschuß vorbehalten. Ich habe mir jedoch erlaubt, diese grundsätzlichen Anmerkungen bereits heute zu deponieren.

Herr Kollege Regensburger hat sich mit dem Terminplan beschäftigt. Ich darf ihm sagen, woher diese Dinge kommen. Sie sind eine Erfindung des Salzburger Landtagsabgeordneten und Arbeiterkammerpräsidenten Brunaier, der lange darum gerauft hat, diesen Terminplan im Lande einzuführen. Jetzt wird er auf der Bundesebene kopiert. *(Abg. Regensburger: Gegen gute Einfälle haben wir uns noch niemals gewehrt!)* Sicherlich, ich wollte nur feststellen, woher dieser Vorschlag kommt und daß sich Sozialisten mit den Dingen schon entsprechend beschäftigen. Man hat zwar hier einen sehr schönen Plan, aus dem wir die Verkehrsentwicklung ersehen. Ich darf Ihnen aber sagen, daß diesen Erfordernissen absolut nicht Rechnung getragen wird. *(Abg. Machunze: Kollege Wielandner, nicht immer Wien kritisieren!)*

Nun zu einigen Straßenbauproblemen auf der Landesebene. Ich habe im Juni 1968 eine Anfrage an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik wegen des Ausbaues der Todesstrecke Gasteiner Klamm gerichtet. Er hat mir damals geantwortet, daß der Ausbau nicht möglich wäre. Es hat dann selbstverständlich einen Sturm in der Presse und bei den Bewohnern des Gasteiner Tales gegeben. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung hat dann der Herr Bundesminister eine Enquete im Gasteiner Tal einberufen.

Um den 20. November 1968 sind dann Zeitungsmeldungen gekommen, die etwa gelautet haben: „Sondermittel für Gasteiner Klamm“, „Straßenbauenquete der Salzburger Handelskammer in Bad Hofgastein“, „Ausschreibung nach Vorlage eines baureifen Pro-

14584

Nationalrat XI. GP. — 170. Sitzung — 17. Dezember 1969

Wielandner

jektes“, „Kompromiß bei der Tauernautobahn“, „Baureifes Projekt für Gasteiner Klamm. Minister Kotzina sichert eheste Ausschreibung zu.“

Was ist in der Zwischenzeit geschehen? Praktisch nichts.

Am 20. November 1969 schreibt die „Salzburger Wirtschaft“: „Gefahrenstrecke Gasteiner Klamm ausschalten“. Also ein Jahr später. (*Abg. Steiner: Zuerst muß man doch einmal ein Projekt machen, das wissen Sie doch!*) Es ist voriges Jahr schon geschrieben worden, daß man sie ausschreiben kann. Jetzt wird es wieder in der Presse gefordert, jetzt macht man wieder die Zusammenkunft, und jetzt sagt man wieder: Selbstverständlich, wir werden das schon machen. Wir werden das Projekt so rasch wie möglich beginnen.

In einer anderen Zeitung steht: „Ausbau der Gasteiner Klamm noch heuer. Bautenministerium gab Zusatzkredit frei.“ Wie schaut dieser Zusatzkredit aus? Es ist ein Betrag von 10 Millionen Schilling. Das wissen Sie ja, das ist auch in der Zeitung gestanden. Nach der Schätzung von Fachleuten sind 210 Millionen Schilling erforderlich, um die Gasteiner Klamm und den dazugehörenden Bereich entsprechend ausbauen zu können.

Das nächste ist die Tauernautobahn. Heute wurde so schön davon gesprochen, wie wesentlich die Tauernautobahn ist. Im Jahre 1965 wurde ein Entschließungsantrag der drei Parteien in diesem Hause eingebracht. Dieser war der Anstoß dafür, daß sich der Herr Bautenminister mit dieser Frage beschäftigt hat. Im Jahre 1969 kamen dann die Zeitungsmeldungen. Zum Beispiel: „Finanzielle Schwindsucht bedroht Tauernautobahn“. Der Herr Kollege van Tongel hat heute schon darauf verwiesen. Statt 160 Millionen Schilling, die erforderlich sind, sind 120 Millionen für die Tauernautobahn im kommenden Jahr vorgesehen. Fachleute sagen, daß man mit diesen Beträgen die beschlossenen Termine nicht einhalten wird können. Das habe nicht ich erfunden, sondern das haben Fachleute im Salzburger Landtag gesagt. Was tut nun das Bundesministerium für Bauten und Technik, damit diese Termine tatsächlich gehalten werden können?

Die nächste Frage: Was geschieht mit dem Anschlußstück in Eben? Ist man nun in Wien bereit, auch diesen Anschluß tatsächlich zu bauen, oder stimmen die Gerüchte, die man in Salzburg gehört hat, daß eine Anschlußstelle nicht vorgesehen ist? Sicher ist das auch für den Kollegen Steiner interessant, weil er in der Nähe wohnt und wahrscheinlich nicht sehr gerne durch den Graben herausfährt, wenn er zur Autobahn kommen will. (*Abg. Steiner: Ja, richtig!*)

Beispielsweise hat man mit viel Geld auch den Ausbau der Nordeinfahrt Zell am See durchgeführt. Wir fragen: Ist es richtig, Herr Bundesminister, daß für die Ortsdurchfahrt Zell am See kein Projekt besteht, daß man dort wieder in den „Sack“, auf Sicht oder Dauer gesehen, hineinmünden wird?

Zum Komplex Gerlosstraße hat Ihnen mein Freund Adam Pichler vor kurzen einen Brief geschickt und hat Sie darauf hingewiesen, daß die Anrainer benachteiligt sind, weil sie von der Maut nicht befreit werden. Herr Minister! Ich bitte Sie, dazu Stellung zu nehmen, denn der Herr Landeshauptmann von Salzburg hat im Salzburger Landtag erklärt, daß die Maut weiterhin bezahlt werden müsse und der Bund nicht bereit wäre, die Gerlosstraße zu übernehmen. (*Abg. Dr. Scrinzi: Vorsicht!*)

Nun zu den Mitteln für den Straßenausbau im Lande Salzburg überhaupt.

Nach Zeitungsberichten haben wir projektierte Bauvorhaben für die Salzachtal-Bundesstraße von 38 Millionen Schilling; im Voranschlag scheint ein Betrag von 10,1 Millionen auf; für den Paß Gschütt 28,1 Millionen, Voranschlag 8,8 Millionen; Gasteiner Bundesstraße 40 Millionen Schilling, im Voranschlag 11 Millionen. Wenn wir uns die Zahlen ansehen, die die Fachleute für den Ausbau der Gasteiner Klamm mit 210 Millionen Schilling schätzen, vermehrt sich dieser Betrag um ein beträchtliches.

Für die Mittelpinzgauer Bundesstraße 36 Millionen, im Voranschlag 3,1 Millionen; für die Gerlos-Bundesstraße 59,61 Millionen — also für den Oberpinzgauer Karrenweg, wie wir ihn nennen —, und im Budget sind tatsächlich 11,92 Millionen vorgesehen. Das heißt also, von etwa 400 Millionen sind ungefähr 45 Millionen im Haushaltsplan enthalten. Da glauben Sie, daß wir mit diesen Voraussagen fertig werden, wenn es darum geht, die Straßen auszubauen.

Ich verweise wieder darauf, daß die Radstädter Tauernstraße auf der Scheitelstrecke dank unserer Entschließungsanträge nun in Ordnung gebracht wurde. Aber wir brauchen den Ausbau der Zubringerstrecken. (*Abg. Steiner: Wir sind beigetreten!*) Beigetreten, ist richtig, Kollege Steiner! Aber wir brauchen einen zügigeren Ausbau der Zubringerstrecken im Pongau und im Lungau, damit diese Strecke auch entsprechend genützt werden kann. Weiters fordern wir einen zügigeren Ausbau der Ennstal-Bundesstraße, insbesondere im Raum von Schladming und Radstadt. (*Abg. Guggenberger: Alle Straßen müssen verbessert werden!*) Sicherlich. Wir wissen, daß diese Dinge dringende Erfordernisse sind. (*Abg. Krottendorfer: Wer ist Oberstraßen-*

Wielandner

meister in Salzburg?) Denn während der Sommerreisezeiten treten Verkehrsstockungen auf (*Abg. Dr. J. Gruber: Das wissen wir auch!*), Kollege Dr. Gruber, die ungeheuerlich sind und die Sie in Oberösterreich bestimmt nicht haben. (*Abg. Dr. J. Gruber: Ja, wir haben sie auch!*)

Die Statistik für das Jahr 1980 zeigt uns, wie bedrohlich diese Entwicklung ist. Daher müssen wir für einen vermehrten Einsatz von finanziellen Mitteln eintreten und die Ansätze dieses Budgets ablehnen. (*Abg. Steiner: Wo mehr hernehmen?*)

Zum Beispiel die „Salzburger Wirtschaft“: „Neuerliche harte Kritik am Straßenausbau“. Die Zeitung ist am 11. Dezember — also vergangene Woche — herausgekommen. (*Abg. Machunze: Pressefreiheit!*) Reden wir nicht von Pressefreiheit, Herr Kollege Machunze! Das sind Feststellungen, die bei einer Versammlung von Gewerbetreibenden gemacht wurden, die sicherlich nicht unserer Couleur angehören, sondern meist Ihrer. (*Abg. Steiner: Unsere Leute dürfen fordern! — Abg. Dr. Kleiner: Machunze meint, man kann unter der Pressefreiheit auch Märchen erzählen!*)

Mein Freund Adam Pichler hat wiederholt eine Änderung des Aufteilungsschlüssels zugunsten der Gebirgsländer gefordert. Herr Bundesminister! Ich weiß schon, daß Sie im Ausschuß gesagt haben, daß das praktisch keine Bedeutung mehr hätte. Aber wir müssen trotzdem immer wieder die Forderung auf ordentliche Budgetmittel stellen, denn es ist eben etwas anderes, ob man im Gebirge baut oder nicht.

Schließlich und endlich fordern wir diese Dinge nicht für uns oder um unserer selbst willen, sondern für unsere Wirtschaft, für unseren Fremdenverkehr und damit für Österreich. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister für Bauten und Technik Dr. Kotzina. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Bauten und Technik Dr. Kotzina: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich knüpfe an die einleitenden Worte des Herrn Staatssekretärs Weikhart an, der darauf hingewiesen hat, daß die Bundesregierung mehr versprochen als gehalten hat. In diesem Zusammenhang hat er dann seine Feststellungen bezüglich meines Ressorts gemacht.

Ich habe mir das stenographische Protokoll der im Vorjahr durchgeführten Debatte über mein Ressort vorlegen lassen und dieses Protokoll auch studiert. Genau auf den Tag ist

es ein Jahr — Dienstag, den 17. Dezember 1968 — her, daß eine Reihe von Hinweisen und Wünschen von 26 Debattenrednern gestellt wurden. Ich habe mir die offenen Punkte herausgeschrieben und bin zu dem befriedigenden Ergebnis gekommen, daß die Anregungen und Hinweise, die bei der vorjährigen Diskussion gemacht wurden, im Laufe dieses Jahres auch weitgehend erfüllt werden konnten. (*Präsident Wallner übernimmt den Vorsitz.*)

Zunächst zum Straßenbau. Es wurde verlangt, daß dem Autobahnbau der Vorrang eingeräumt werde. Ich glaube, daß durch dieses Budget dieser Notwendigkeit Rechnung getragen wurde. Ich darf darauf hinweisen, daß auch die wissenschaftlichen Erkenntnisse der jüngsten Vergangenheit diese Notwendigkeit unterstrichen haben. Wenn im Jahre 1965 332 km Autobahn dem Verkehr zur Verfügung standen, dann waren es im heurigen Jahr immerhin schon 442 km. Ich darf darauf hinweisen, daß im Jahre 1970 zu diesen 442 km weitere 50 km kommen werden und — wenn die Terminpläne eingehalten werden können — insgesamt 80 km kommen könnten, sodaß im nächsten Jahr sicher 490 km und bestenfalls 520 km Autobahn dem Verkehrsgeschehen zur Verfügung stehen werden.

Es ist weiterhin darauf hingewiesen worden, daß es notwendig sei, Schwerpunkte zu bilden. Der Herr Abgeordnete Dr. van Tongel hat im besonderen das Rheintal, das Inntal und die Tauernautobahn als solche notwendigen Schwerpunkte bezeichnet. Ich glaube, daß die Entwicklung der jüngsten Zeit diesem Begehren Rechnung getragen hat, indem an diesen Schwerpunkten mit verstärkter Kraft gearbeitet wurde und auch weiterhin gearbeitet wird, und daß nach Überwindung der finanziellen Schwierigkeiten in der Vorziehung dieser Notwendigkeiten und in der Setzung dieser Schwerpunkte auch im vergangenen Jahr, also im Jahr 1969, die Frage der Finanzierung der Scheitelstrecke der Tauernautobahn dank eines einmütigen Beschlusses dieses Hohen Hauses auch bewältigt werden konnte.

Ich darf in diesem Zusammenhang gleich darauf hinweisen, daß es nunmehr eine Angelegenheit der Tauernautobahn-Aktiengesellschaft ist, die Finanzierung in die Wege zu leiten und auch zu bewirken. Sie ist deswegen gegründet worden, damit sie außerhalb des normalen Budgets in die Lage versetzt wird, diese teure Autobahnstrecke vorzeitig und rechtzeitig zu finanzieren und die Finanzierung nicht mit der nicht zulänglichen Finanzierung auf normaler Budgetbasis zu verwirklichen.

Jetzt, nach Überwindung all dieser Schwierigkeiten, glaube ich, ist die Zeit gekommen,

14586

Nationalrat XI. GP. — 170. Sitzung — 17. Dezember 1969

Bundesminister Dr. Kotzina

wo wir uns mit vermehrter Kraft dem Ausbau der Südautobahn zuwenden können. Wenn hier die ersten Teilstücke zwischen Wien und Wiener Neustadt einerseits und zwischen Gleisdorf und Graz andererseits dem Verkehrsgeschehen zur Verfügung stehen und im nächsten Jahr auch der Kärntner Abschnitt verkehrsreif werden wird, dann glaube ich, ist die Tatsache, daß nunmehr in Hinkunft an der Südautobahn zügig weitergebaut werden kann, der Entscheidung, die am 2. April 1969 gesetzt wurde, zu verdanken. Da wurden die Weichen dafür gestellt, daß nunmehr in Sicherheit geplant werden kann und auch die notwendigen Vorbereitungen gesetzt werden können.

Auch das Schnellstraßenprogramm für die Steiermark und das Burgenland ist nunmehr in ein konkretes Stadium getreten. An Hand der fertiggestellten Planungen werden nunmehr die notwendigen Baumaßnahmen eingeleitet werden.

Bezüglich der Rangordnung, die mit Recht verlangt wurde — aber das ist nicht ein Verlangen der jüngsten Zeit, sondern eine Notwendigkeit, die auf längere Zeit zurückgeht —, glaube ich, daß die Vorarbeiten, die von meinem Ministerium in die Wege geleitet beziehungsweise schon abgeschlossen wurden, nunmehr die Voraussetzungen für ein neues Bundesstraßengesetz bilden werden. In diesem wird auf Grund der Neubewertung auch die entsprechende Rangordnung hinsichtlich der Dimensionen und der Zeiten vom Hohen Hause beschlossen werden müssen. Auch werden die Voraussetzungen dafür zu schaffen sein, daß eine Reihe von wichtigen Straßenzügen in unserem Vaterlande — ich nenne nur einige Beispiele, weil sie mein Vorredner erwähnt hat, zum Beispiel die Hochkönigsstraße oder die Gerlosstraße — in das Bundesstraßenverzeichnis übernommen wird, damit in einem weiteren Akzent durch die Bundesstraßenverwaltung den Verkehrsnotwendigkeiten in unserem Vaterlande Rechnung getragen wird.

Es sind aber auch durch Kontakte mit den Nachbarstaaten die Voraussetzungen geschaffen worden, daß der Ausbau der Grenzübergänge, der grenzüberschreitende Verkehr koordiniert mit den Nachbarstaaten bewältigt werden kann.

Ich sehe einen weiteren Hinweis in dem Verlangen, die Donau auszubauen. Auch hier — obwohl es nicht mein Ressort ist — darf ich feststellen, daß mit dem Baubeginn Ottensheim-Wilhering auch wieder ein großer und wichtiger Akzent im Ausbau der Donau — auch im Zusammenhang mit dem späteren Rhein-Main-Donau-Kanal — seitens Österreichs gesetzt wurde.

Zum Wasserbautenförderungsgesetz, das mein Vorredner, Herr Abgeordneter Wielandner, im besonderen unter die Lupe genommen hat, möchte ich darauf hinweisen, daß der Wasserwirtschaftsfonds in den jüngsten Zeiten ganz erhebliche Mehrleistungen erbringen konnte. Waren es im Jahre 1965 noch 468 Millionen Schilling, die durch den Wasserwirtschaftsfonds diesen großen und wichtigen Aufgaben zugeführt werden konnten, so waren es im Jahre 1969 bereits 810 Millionen Schilling. Sie werden für das Jahr 1970 durch eine Beratung seitens des zuständigen Beratungsorgans über 1 Milliarde Schilling betragen. Also auch hier sieht man, daß dank der Budgetpolitik und dank der Bemühungen des Ressorts die Beträge von Jahr zu Jahr stark zunehmen, um diesen sehr gigantischen Aufgaben auch in der Folgezeit gerecht werden zu können. Wenn ich diese fünf Jahre überblicke und die Beträge addiere, so sind es immerhin bei 5 Milliarden Schilling, die durch den Wasserwirtschaftsfonds diesen Aufgaben zugewachsen sind.

Und nun ein kurzes Wort auch zu den Hochbauten, soweit sie mein Ministerium zu verwalten beziehungsweise zu verantworten hat. Ich darf darauf hinweisen, daß das besondere Augenmerk in den vergangenen Jahren und in besonderem Maße auch im Jahre 1970 dem Bau der höheren Lehranstalten und den Hochschulen zugewendet wurde und wird. In den Jahren 1962 bis 1965 beispielsweise wurden 14 neue Schulen fertiggestellt. In den Jahren 1966 bis 1969 waren es 25 neue Schulen. Im Jahre 1970 werden insgesamt 36 neue Schulen gebaut, 23 Neubauten werden fortgeführt, und 13 neue Schulbauten sollen im Jahre 1970 begonnen werden. Daran ist das Interesse klar und eindeutig erkennbar, das das Budget dem Bau von Schulbauten zuwendet.

Ich darf in diesem Zusammenhang noch erwähnen, daß für die Hochschulbauten über das Budget hinaus besondere Akzente dadurch gesetzt werden können, daß das sogenannte Leasingprogramm, also die Vorfinanzierung einer Reihe von Hochschulbauten und Hochschulinstituten, im Jahre 1970 voll zum Tragen kommen wird.

Ein wichtiges Kapitel, vielleicht das wichtigste überhaupt, das in meinem Ressort behandelt und besprochen wurde, ist der Wohnungsbau. Ich darf mit Genugtuung darauf hinweisen, daß die Anlaufschwierigkeiten, die zweifelsohne im Jahre 1968 und übergreifend bis zu einem gewissen Grade auf das Jahr 1969 vorhanden waren, durch eine enge Zusammenarbeit mit den Bundesländern, die nunmehr verantwortlich für die Abwick-

Bundesminister Dr. Kotzina

lung sorgen, weitestgehend überwunden werden konnten. Dank dieser engen Zusammenarbeit — ich möchte sagen, freundschaftlichen Zusammenarbeit — konnten nunmehr auch die allergrößten Hindernisse der Vergangenheit überwunden werden. Das Jahr 1970, glaube ich, wird das Jahr sein, in dem die Wohnbauförderung 1968 voll und ganz zum Tragen kommen wird.

Als ein Ergänzungsgesetz für die Wohnbauförderung 1968 betrachte ich, von der wohnungspolitischen Seite her gesehen, das sogenannte Wohnungsverbesserungsgesetz, das mit 1. Jänner 1970 in Kraft tritt und das das Hohe Haus einstimmig beschlossen hat. Um nur eine Größe hervorzuheben: In den kommenden zwei Jahren wird mit diesem Gesetz im Interesse der Verbesserung von Wohnungen ein Bauvolumen von etwa 1,2 Milliarden Schilling bewirkt werden können.

Es ist richtig, daß das Bodenbeschaffungsgesetz und das Assanierungsgesetz noch der Behandlung durch das Hohe Haus harren. Es ist auch richtig, daß zur Ergänzung der gesamten wohnbaupolitischen Maßnahmen diese beiden Gesetze, die unter Umständen auch ein einziges Gesetz werden können, in allernächster Zeit — ich würde sagen, zu Beginn der nächsten Legislaturperiode — notwendig werden.

Ich bekenne mich nach wie vor dazu, daß die Maßnahmen, die wir in dieser Legislaturperiode hinsichtlich der Wohnbaupolitik gesetzt haben, Grundlagen sind und keinen Abschluß gefunden haben. Es wird noch lange Zeit dauern, bis hier durch verschiedene Novellen auf diesem Gebiete ein möglichst perfekter und zufriedenstellender Zustand erreicht wird. Ich glaube aber ebenso sagen zu können, daß diese Grundlagen, die nunmehr gesetzt wurden, bei aller Notwendigkeit, sie weiter auszubauen und zu verändern, Grundsätze und Grundlagen darstellen, auf denen gut weitergearbeitet werden kann.

Ich möchte darauf hinweisen, daß diese gesetzlichen Maßnahmen, die wir in den Jahren 1967 beschlossen hatten, immerhin zusätzliche Rückflüsse von 212 Millionen Schilling bewirkt haben. Das ist ein Betrag, der zusätzlich dem Wohnbaugeschehen zufließen kann und zugute kommt. Sicherlich werden im nächsten Jahr, im Zuge der Novellierung der Wohnbauförderungsbestimmungen, weitere Maßnahmen bewirken, daß zusätzliche Mittel noch durch verstärkte Rückflüsse dem Wohnbaugeschehen in den siebziger Jahren zugute kommen werden.

Ich möchte besonders darauf hinweisen, daß es eine gute Entscheidung des Hohen Hauses war, im Zusammenhang mit dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 auch zu be-

schließen, daß ein Prozent der Mittel grundsätzlich für die Wohnbauforschung zur Verfügung gehalten wird, damit mit Hilfe dieser Mittel die künftige moderne Wohnbaupolitik durch entsprechende Forschungsmaßnahmen in die richtigen Kanäle, in die richtigen Wege geleitet wird.

Ich darf hier im besonderen auf den ersten Architektenwettbewerb hinweisen, der in Oberösterreich angelaufen ist, der aber auch in allen übrigen acht Bundesländern in den nächsten Monaten zum Tragen kommen soll.

Und so wie wir davon erfüllt waren, daß es notwendig ist, durch entsprechende Forschungen auf den verschiedensten Gebieten, auch des Baugeschehens, die Grundlagen zu erweitern, mit denen in der künftigen Zeit auch die entsprechende Baupolitik betrieben werden soll, sollen auch in diesem Budget erstmalig für die Straßenbauforschung Mittel vorgesehen sein. Es ist der Betrag noch nicht so groß, aber das künftige Bundesstraßengesetz würde auch vorsehen, daß zweckgebunden für die Straßenbauforschung ausreichende Mittel zur Verfügung stehen sollen.

So darf ich denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, noch einmal mit einem Überblick über das Budget meines Ressorts feststellen, daß der Umfang des Budget für die Bauten, soweit ich sie für den Bund zu verwalten habe beziehungsweise verantwortlich zeichne, ohne Wohnbau vom Jahr 1965 von einem Betrag von unter knapp 5 Milliarden Schilling, 4,9 Milliarden, gewachsen ist auf über 8 Milliarden im heurigen Jahr und daß schon aus diesem Wachstum des Budgets erkennbar ist, daß von Jahr zu Jahr steigend für das Geschehen der öffentlichen Bauten mehr erfolgte. Die einzelnen Details hinsichtlich dieses Gesamtbudgets sind ja aus den Unterlagen klar erkennbar.

Aber wenn ich schon auf das wachsende Budget, das dem Baugeschehen dient, hinweise, dann sei noch besonders betont, daß es möglich war, im Jahr 1969 eine Reihe von Akzenten zu setzen, die diesem wachsenden Budget zusätzlich zugute kommen, daß durch einen forcierten Bau der Inntalautobahn beispielsweise 1970 zusätzlich 400 Millionen Schilling außerhalb des Budgets zu wachsen werden, daß dafür vorgesehen ist, daß mit Hilfe des Landes Tirol in den Jahren 1971 und 1972 weitere 500 Millionen Schilling zu diesen 400 Millionen des Jahres 1970 kommen sollen.

Ich verweise darauf, daß durch das Tauernautobahn-Finanzierungsgesetz im Jahre 1970 ein Baugeschehen von 1,5 Milliarden Schilling ausgelöst werden kann. Es wird im Frühjahr 1970 der erste Tunnelbau ausgeschrieben werden, und es wird einige Monate darauf

14588

Nationalrat XI. GP. — 170. Sitzung — 17. Dezember 1969

Bundesminister Dr. Kotzina

der zweite, der Katschbergtunnel, ebenso ausgeschrieben werden können und im Laufe des Jahres 1970 auch vergeben werden, was, wie gesagt, ein Bauvolumen von 1,5 Milliarden Schilling in sich birgt.

Durch das sogenannte Leasing-Finanzierungssystem, eine Art Vorfinanzierung, wird eine Milliarde für das Baugeschehen auf dem Hochschulbausektor zusätzlich ausgelöst werden, und es wird auch durch das Wohnungsverbesserungsgesetz etwa 1 Milliarde Schilling außerhalb des Budgets ausgelöst werden. Beträge, die dem Baugeschehen zugute kommen, Beträge, die den einzelnen Notwendigkeiten im Sinne der Wohnbauförderung, im Sinne des Baugeschehens für die öffentliche Hand entsprechen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit diesen kurzen Hinweisen möchte ich abschließend feststellen, daß in den vergangenen Jahren, besonders 1969, die Weichen dafür gestellt wurden, daß hinsichtlich der Wohnbaupolitik eine weitere Entwicklung ermöglicht wird, daß hinsichtlich der Straßenbaupolitik weitere Akzente gesetzt werden müssen und daß auch hinsichtlich der Schulbauten eine Reihe von Initiativen sich diesen Maßnahmen noch anschließen werden.

Alles in allem steht fest, daß die gelegten Geleise nicht mehr weggeräumt werden können, sondern daß in dieser Richtung weiterhin gewirkt und geschafft werden wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Frühbauer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Frühbauer (SPÖ): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Herr Generalsekretär der Österreichischen Volkspartei Dr. Withalm als Vizekanzler hat selbstverständlich in seinen Ausführungen dargelegt, wie die Bauwirtschaft heute ausgelastet ist, wie die Eigenheime aus dem Boden wachsen, wie die Autobahnbauten fortschreiten. Ich muß dem gegenüberhalten, daß eigentlich die eigene Parteipresse der Österreichischen Volkspartei, gerade jene für die Bauwirtschaft maßgeblichen und zuständigen Innungsmeister das Gegenteil von dem aussagen, was der Herr Vizekanzler hier dargelegt hat. Denn aus dem „Volksblatt“ vom 3. November 1968 kann man zum Beispiel lesen, daß die Bauinvestitionen 1968 um 27 Prozent niedriger waren als 1967, die Mittel für den öffentlichen Wohnungsbau entgingen 1968 auf Grund der Verländerung dem Baugewerbe. Auch der Kraftwerksbau, wird im „Volksblatt“ festgestellt, ist rückläufig, minus 12 Prozent im Verbundkonzern. Die für den Straßenbau

bereitgestellten Mittel wurden 1968 nicht voll vergeben.

Man könnte sagen: Das ist bereits überholt, wir sind jetzt im Jahre 1969, da ist alles weit besser geworden! Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, was führt die „Österreichische Bauzeitung“ vom 4. Oktober 1969 in einem Referat von Bundesinnungsmeister Kommerzialrat Dipl.-Ing. Molzer bei der Landesinnungstagung 1969 über die Bauwirtschaft aus?

„Wir müssen feststellen“ — sagt Kommerzialrat Dipl.-Ing. Josef Molzer —, „daß in den vergangenen Jahren das Bauvolumen rückläufig geworden ist; wir müssen feststellen, daß die Investitionen in der Bauwirtschaft in den letzten beiden Jahren um 23 und 15 Prozent zurückgegangen sind; wir müssen ferner registrieren, daß die Beschäftigtenzahlen absinken und die Insolvenzen Rekordhöhen erreichen. Angesichts dieser Zahlen liegt der Schluß nahe, daß die österreichische Bauwirtschaft einer schweren Belastung ausgesetzt ist ...“

Das hat aber nicht nur in Niederösterreich seinen Niederschlag gefunden, sondern auch zum Beispiel am 6. Dezember 1969 in einem Bericht über die Fachgruppentagung des steirischen Baugewerbes.

Dort wird nach einem Tätigkeitsbericht unter anderem vom Innungssekretär Dr. Haintz festgehalten:

„Den vorhandenen Kapazitäten steht allgemein ein zu geringes Auftragsvolumen gegenüber, wodurch sich der Wettbewerb in letzter Zeit sehr verschärft hat.“

Dem darf ich noch hinzufügen, daß das Wirtschaftsforschungsinstitut in seinem Bericht für 1968 bei den Anlageinvestitionen in der Bauwirtschaft ein Minus von 3,5 Prozent ausweist, im ersten Quartal 1969 ein Minus von 4 Prozent und im zweiten Quartal 1969 ein Plus von 2 Prozent. Dabei wird aber festgehalten, daß es nicht mehr möglich ist, den Verlust aufzuholen.

So sieht also die Tatsache auf dem Sektor des Baugewerbes aus. Nach den Ausführungen des Herrn Vizekanzlers wird man sagen: Wenn das der Herr Vizekanzler sagt, muß das stimmen! Aber man sieht: Das stimmt nicht, weil so vieles nicht stimmt, was von maßgeblichen Herren der Österreichischen Volkspartei im Zuge ihrer Propagandakampagne für die bevorstehenden Nationalratswahlen ausgesprochen wird.

Es stimmt zum Beispiel auch nicht, daß Österreich 5,7 km Autobahn pro 100.000 Einwohner hat. Diese Ziffer wurde berichtet; es

Frühbauer

sind nur 5,5 km. Es ist das nicht tragisch, aber es zeigt, daß auch der Herr Vizekanzler hier nicht das Richtige aussagt. *(Zwischenruf des Abg. Suppan.)*

Wenn der Herr Vizekanzler erklärt, daß es sich bei den Wohnbaugesetzen um die besten Gesetze der Österreichischen Volkspartei, der Regierungspartei gehandelt hat *(Zwischenruf des Abg. Staudinger)*, dann muß man sich die Frage stellen, wie die anderen Gesetze aussehen, wenn die maßgeblichen Leute der Bauwirtschaft schildern, eine wie schlechte und ungute Situation für sie zurzeit vorhanden ist. *(Zwischenruf des Abg. Dr. J. Gruber.)* Herr Kollege Dr. Gruber! Man könnte über dieses Kapitel vielleicht diskutieren, wenn Sie nicht auch zu Dingen sprechen würden, von denen Sie vielleicht auch nicht mehr verstehen, als ich verstehe. Aber diese Belehrungen sollte man ja von einem Lehrer eigentlich gewohnt sein, und daß man das auch im Hohen Haus nicht ablegen kann, was man sonst in seinem Beruf ausübt. *(Abg. Libal: Der Gruber ist ja allwissend, er ist ja der Gescheiteste von allen!)*

Bei der Behandlung des heutigen Kapitels 64 ... *(Abg. Dr. J. Gruber: Reg dich nicht auf, ich tue nur dasselbe wie der Kollege Weikhart! — Abg. Weikhart: Zuerst der liebe Gott, dann der Gruber! — Weitere Zwischenrufe.)*

Präsident **Wallner** *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich bitte um Ruhe!

Abgeordneter **Frühbauer** *(fortsetzend)*: Bei der Behandlung des Kapitels Bauten und Technik möchte ich noch einmal an die Ausführungen fast aller Sprecher bei der Behandlung der Gruppe IX — Handel, Gewerbe, Industrie — im Zusammenhang mit der Bedeutung des Fremdenverkehrs erinnern.

Es ist dort allgemein zum Ausdruck gebracht worden, daß für uns als ein Reiseland, in dem man 1969 voraussichtlich erstmals an Deviseneinnahmen die 20-Milliarden-Schilling-Grenze überschreiten wird, naturgemäß der Ausbau der Straßen sehr, sehr wichtig ist und daß es für uns entscheidend ist, hier Vorsorge zu treffen, kommen doch 84,5 Prozent der Fremden auf der Straße nach Österreich. Es waren insgesamt 56,5 Millionen Menschen, die 1968 auf der Straße eingereist sind. Und auch hinsichtlich des Güterverkehrs beginnt die Straße eine immer größer werdende Bedeutung einzunehmen.

Man kann zwar hier vielleicht mit Freude festhalten — als Eisenbahner möchte ich das sagen —, daß die Aufteilung im internationalen Güterfernverkehr doch noch 54 Prozent

Schiene und nur 23,4 Prozent Straße ist. Wenn man sich aber die Steigerungsprozente ansieht, merkt man, daß der Zuwachs auch beim Verkehrsaufkommen auf Grund des arbeitsteiligen Systems unserer Wirtschaft nicht zugunsten der Schiene ausfällt, sondern sich sehr stark zugunsten des Güterverkehrs auf der Straße auswirkt, nämlich mit 16,5 Prozent.

Die Belastung der Straße steigt also enorm, und der Ausbau der Straßen kann damit aber leider nicht in dem Ausmaß Schritt halten. Wenn wir die Vergleiche von 1958 bis 1967 sehen, haben wir eine Fahrzeugzuwachsprozentszahl von 82, bei der Straßenlänge aber nur von 4,3 Prozent und bei der Fläche nur von 33,1 Prozent. Damit beginnen die Probleme, die es außer Zweifel heute nicht nur in den Ballungsräumen, sondern auch in einer Reihe von Ländern gibt.

Die Prognosen, die heute vorliegen, sagen uns ja, daß wir 1980 mit 2 Millionen PKW zu rechnen haben und 1990 faktisch die Vollmotorisierung mit 3,2 Millionen PKW erreicht ist. Die Fachleute sagen: Es ist zuwenig Geld für den Ausbau der Verkehrswege vorhanden! Die Fachleute weisen darauf hin, daß mit den Mitteln, die heute zur Verfügung stehen, zwar nach dem System der Wegkostenrechnung, wie man es bisher gehandhabt hat, wohl eine vollkommene Abdeckung der Mittel erreicht ist. Ja es gibt Untersuchungen, die behaupten, daß die Kraftfahrer in Österreich mehr bezahlen, als wirklich dann verbaut wird.

Doch stimmt diese Rechnung, glaube ich, nicht ganz, wenn man dabei bereit ist, auch eine Gegenüberstellung durchzuführen. Denn nicht nur die reinen Aufwendungen für den Neubau der Straßen in Österreich darf man, glaube ich, hier einbeziehen, sondern selbstverständlich müßte man neben dem Bau- und Erhaltungsaufwand auch die anteiligen Kosten der Verkehrsregelung — Polizei, Gendarmerie — und natürlich auch Amortisationskosten miteinbeziehen. Damit kommt man, glaube ich, zu einem anderen Ergebnis als demjenigen, das bisher aufgezeigt wurde.

Die Untersuchung für die Neubewertung des Bundesstraßennetzes, die uns vom Herrn Bautenminister mit der Broschüre „1980 und 2000“ übergeben worden ist — wir hätten uns nur gefreut, Herr Minister, wenn wir diese Broschüre auch schon zu dem Zeitpunkt bekommen hätten, wo sie der Presse übergeben wurde, sodaß wir uns auch schon in diesem Zeitpunkt mit dieser Broschüre hätten beschäftigen können —, zeigt, daß es bereits sinnvoll ist, bei einer Tagesdurchschnittsbelastung von 5000 bis 6000 Fahrzeugen auf Autobahnbau überzugehen. Sie zeigt auch,

14590

Nationalrat XI. GP. — 170. Sitzung — 17. Dezember 1969

Frühbauer

daß man eine enorme Kostensenkung sowohl hinsichtlich der Unfallschäden als auch hinsichtlich des Zeitaufwandes und hinsichtlich des Kraftstoffverbrauches erreicht und daß eine wesentliche Ersparnis bei den PKW-Besitzern, aber insbesondere beim Schwerverkehr eintreten würde.

Wir müssen, glaube ich, doch aussprechen, daß es bei uns keine koordinierte, sinnvolle Verkehrspolitik gibt und daß die Entwicklung in einer Art vor sich geht, die den Bedürfnissen der Bevölkerung nicht voll entspricht und auch nicht unserer Wirtschaft entspricht. Denn was wurde seit 1966 wirklich auf diesem Sektor getan?

Es ist wohl das Verkehrskonzept ausgearbeitet worden. Es ist eine Reihe von Untersuchungen in Auftrag gegeben worden. Die Untersuchungen sind zum Teil auch abgeschlossen. Ich denke nur an die Wegekostenstudie. Es ist jetzt ein Jahr her, daß Professor Kraus die Wegekostenstudie dem Herrn Bundesminister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft überreicht hat. Damit wurde sie naturgemäß auch dem Bautenministerium zugänglich. Aber bis heute ist das Ergebnis dieser Wegekostenstudie noch nicht veröffentlicht, bis heute sind daraus noch keine Konsequenzen gezogen worden. Denn wie sieht das in Wirklichkeit aus?

Ich will nicht mehr auf die Einzelheiten des amerikanischen AASHO-Test eingehen, der mit sehr viel Aufwand untersucht hat, welche Belastung ein schwerer LKW auf der Straße im Verhältnis zu einem PKW verursacht. Man ist dort auf Grund des Belastungsgesetzes und des Abnützungsgesetzes zu dem Verhältnis gekommen, daß ein schwerer LKW-Zug bei der Straße die gleichen Abnützungserscheinungen verursacht wie 478 leichte PKW.

Ich möchte ein einfacheres System zur Anwendung bringen, und zwar das System der verkehrsmäßigen und gewichtsmäßigen Belastung der Straße. Wenn wir uns nur die Angaben der Reifenindustrie ansehen, so hat ein PKW-Reifen einen spezifischen Flächendruck von 2,3 kg pro Quadratzentimeter. Ein Reifen für einen LKW mit einer Tragfähigkeit von 3000 kg hat einen spezifischen Flächendruck von 5,3 kg pro Quadratzentimeter. Die flächenmäßige Inanspruchnahme eines LKW entspricht ungefähr der von drei PKW und bei einem LKW-Zug der von zirka 4,25 PKW.

Aus dieser vereinfachten Umrechnung ergibt sich schon eindeutig und ohne auf die Achsdruckbelastung und auf die Details noch einzugehen, daß ein LKW 6,9mal soviel an

Wegekosten verursacht, und ein LKW-Zug 9,8mal soviel als ein PKW.

Die deutsche Wegekostenstudie, die uns heute schon vorliegt, aus der man also schon nachlesen kann, was das Ergebnis dieser wissenschaftlichen Untersuchung ist, zeigt in Deutschland trotz sehr umstrittener Aufteilung der Gesamtkosten — in Deutschland hat man nämlich bei der Wegekostenstudie 91,2 Prozent als Kapazitätskosten, die lediglich durch den Raumbedarf des Fahrzeuges entstehen, ausgelegt, und nur 7,3 Prozent der gesamten Wegekosten auf die Achslastabhängigkeit überwälzt —, trotz der von Experten als nicht richtig anerkannten Aufteilung der Gesamtkosten, daß der PKW 90 Prozent der Kosten aufbringt, während es beim LKW nur 54 Prozent sind. Bei den schwereren LKWs zeigt sich sogar noch, daß bei über 12 t das auf 46 Prozent absinkt, bei Anhängern auf 43 Prozent, bei Sattelschleppern auf 41 Prozent und beim 32-t-Zug, wenn er eine Fahrleistung von 120.000 km im Jahr aufbringt, gar nur mehr eine Deckung der von ihm verursachten Wegekosten von 38,4 Prozent gegeben ist.

Die österreichische Studie von Professor Dr. Kraus hat an und für sich ein ähnliches Ergebnis gebracht. Wenn eine Untersuchung angestellt wird, wie sich das Verhältnis zwischen Schwerverkehr und PKWs unter Belastung der Zinsenaufwände abzeichnet, so zeigt sich, daß faktisch der Personenverkehr mit 70,2 Prozent Kosten trägt und der Güterverkehr nur mit 39,9 Prozent.

Ohne nun auf die Berechnungs- und Aufteilungsgrundsätze eingehen zu können, weil die Details dieser Wegekostenstudie, wie gesagt, noch nicht veröffentlicht sind, zeigt es sich, daß auch in Österreich die Masse der PKW-Besitzer die Hauptlast der Kosten für den Straßenbau trägt. Dies ergibt sich auch aus der Belastung der Treibstoffe für Verbrennungsmotoren und umgekehrt für Dieselmotoren. Denn es zeigt sich, daß bei einem Dieselpreis von 2,50 S in Österreich und in Deutschland mit 3,98 S schon hier eine sehr, sehr große Spanne besteht und daß bei Aufbringung der Mittel in Österreich der Dieseltreibstoff nur mit 26 Prozent beteiligt ist, während die Masse der PKW-Besitzer mit 74 Prozent belastet erscheint. Daher ist eine Diskriminierung der PKW-Fahrer zugunsten des Schwerverkehrs auf den Straßen gegeben, dadurch auch die Verzerrung, die es heute im Wettbewerb zwischen Schiene und Straße gibt. Es gibt auch keinen Umleitungseffekt, der außer Zweifel sinnvoll wäre, wie das die Verkehrspolitik uns in Deutschland zeigt.

Frühbauer

Man müßte nun den Herrn Minister fragen: Was werden Sie aus diesen Tatsachen, die zwar noch nicht öffentlich bekannt sind, die zum Beispiel in der Zeitschrift „Verkehr“ als heißes Eisen bezeichnet werden, weil man in der Verkehrssektion der Bundeswirtschaftskammer wohl diese Frage der Wegekostenstudie schon diskutiert hat, aber erst im Februar eine weitere Sitzung einberuft — anscheinend wird es davon abhängen, ob die Bundeswirtschaftskammer ihre Zustimmung zur Veröffentlichung gibt —, für Schlüsse ziehen?

Und hier zeigt sich, daß, glaube ich, die Herren des Ministeriums — und insbesondere der Herr Minister — schon wissen, was sie tun möchten. Denn beim 31. Österreichischen Straßentag am 12. Mai 1969 in Graz hat der Herr Minister folgendes ausgeführt:

„Ich danke hier in dem Zusammenhang der Österreichischen Gesellschaft für Straßenwesen als einem treuen Mitkämpfer um die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für die Finanzierung der Bundesstraßen und der Autobahnen. Ich bin hundertprozentig davon überzeugt, daß das Jahr 1970 uns zusätzliche Mittel für den Bundesstraßenbau und für den Autobahnbau bringen wird, weil es ganz einfach zwingend notwendig ist. Es wird auch die Mineralölsteuer — ich brauche mich hier nicht näher auszudrücken, wir alle wissen ja, wo hier die erste Quelle zu suchen sein wird und auch vorhanden ist — weitere Mittel für den Bundesstraßenbau erbringen können und müssen.“

Herr Minister! Für mich wirft sich damit die Frage auf: Sie wissen hundertprozentig, daß es 1970 mehr Mittel geben wird. Heißt das, daß die Erhöhung des Benzin- und des Dieseltreibstoffes eine beschlossene Sache ist und nur noch nicht verlautbart wurde wie so manches, was man vor den Wahlen der Bevölkerung nicht sagen will, oder sind es andere Konsequenzen, die Sie sehen in der hundertprozentig sicheren Chance, mehr Mittel dafür aufzubringen?

Denn die Versprechungen der Regierungspartei sind ja an und für sich vor Wahlen immer vorhanden, nur werden sie nicht eingelöst. Ich brauche gar nicht zurückverweisen auf 1966. Da würde man noch eine halbe Stunde brauchen, um das aufzuzählen. Ich will nur schon einen Vorgriff machen auf die Wahlpropaganda, die jetzt im Flusse ist.

Der Herr Bautenminister hat vorher über die Tauernautobahn berichtet, über die Ausschreibung der beiden Tunnels. Es ist auch im Programm der Regierungspartei schon wieder groß drinnen, daß bis 1974 die wintersichere Verbindung über die Alpen durch die Fertigstellung der Scheitelstrecke zwischen Salzburg

und Villach vollendet sein wird. (*Rufe bei der ÖVP: Na also! Gut! Sehr gut!*) Na also! Und am 12. Dezember 1969, Kollege Gruber, heißt es zum Beispiel, daß unter Vorsitz von Minister a. D. Dr. Heilingsetzer eine Aufsichtsratssitzung der Tauernautobahngesellschaft hinsichtlich der Tunnels stattgefunden hat und daß dort bedauerlicherweise festgestellt worden ist, daß erst ein Jahr später — Ende 1975 — mit der Fertigstellung der von Ihrem Programm und auch vom Herrn Minister schon für 1974 versprochenen Scheitelstrecke der Tauernbahn gerechnet werden kann. (*Abg. Weikhart: Spielt der ÖVP keine Rolle! — Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Dr. Pittermann: Frühbauer! Die verstehen etwas vom Bauen, aber nicht von der Propaganda! — Ruf bei der ÖVP: Das ist eine Mischung zwischen Optimismus und Pessimismus!*)

Es zeigt nur, wieviel Wahrheitsgehalt man dem Programm der Regierungspartei zubilligen kann, wenn heute schon, noch bevor die Wahl geschlagen ist, nachzuweisen ist, daß es hier Punkte gibt, die mit den Tatsachen in keiner Art und Weise übereinstimmen.

Ich darf mich — zum Schlusse kommend — einigen Problemen aus meinem Wahlkreis zuwenden. Es freut mich, daß der Herr Minister ausgeführt hat, daß man sich künftig bemühen wird, eine Koordinierung in den Planungen mit den Nachbarstaaten herbeizuführen, und es freut mich auch, in der Anfragebeantwortung von ihm die Mitteilung erhalten zu haben, daß man versuchen wird, den Anschluß an die Strecke der italienischen Autobahn von Udine nach Tarvis nach Möglichkeit durch Umfinanzierungsüberlegungen und zusätzlichen Mittelbeschaffungen auch auf der Strecke zwischen Wernberg, Villach und Tarvis herzustellen.

Die Frage der Planung des Karawankentunnels, Herr Minister, wirft sich dann insofern auf: Sind Sie bereit, diese Überlegungen, die jugoslawischerseits gemacht werden, um den Anschluß an das österreichische Autobahnnetz und auch an die Tauernautobahn im Raume Villach zu erreichen — Sie erklären, es müßten erst die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden —, im kommenden Bundesstraßengesetz zu berücksichtigen, damit hier auf gesetzgeberischer Ebene keine Schwierigkeiten auftreten, und hat man auch bei der Planung und der Ausführung der Strecke Wernberg—Tarvis auf die Überlegungen der Jugoslawen hinsichtlich des Anschlusses an das österreichische Autobahnnetz Rücksicht genommen? (*Abg. Dr. J. Gruber: Sie sind also doch überzeugt, daß der Minister Kotzina im nächsten Parlament wieder als Verkehrs-*

14592

Nationalrat XI. GP. — 170. Sitzung — 17. Dezember 1969

Frühbauer

minister die Straßenangelegenheiten über hat?) Ich nehme an, daß der Minister seine Tätigkeit bis zum 1. März noch nicht eingestellt hat. (*Abg. Dr. Pittermann: Die Eisenbahn soll er auch noch ruinieren? — Abg. Dr. J. Gruber: Wir nehmen das dankbar hin!*) Oder ist es so, daß die Minister nur mehr für Wahlkampfaufgaben bereitgestellt werden und ihre Tätigkeit als Ressortverantwortliche einstellen bis zum 1. März? Ich nehme das nicht an. (*Abg. Dr. J. Gruber: Sie wissen doch, daß keine Regierungsvorlagen dann mehr eingebracht werden! — Abg. Dr. Pittermann: Nicht einmal das stimmt!*) Herr Kollege Gruber! Sie wissen aber umgekehrt, daß Sie nach wie vor dort, wo Sie wollen, das noch produzieren. Also scheint es doch noch möglich zu sein. Vorarbeiten, die im Ressort aufliegen, wird bestimmt auch der neue Herr Bautenminister gerne übernehmen, wenn es eine sinnvolle Arbeit der Beamtenschaft war. (*Abg. Dr. J. Gruber: Ausreden helfen nichts mehr! — Abg. Skritek: Sie glauben ja selber nicht mehr, daß er wiederkommt!*)

Eine weitere Frage besteht hinsichtlich der Trassenführung der Tauernautobahn im Bereich der Gemeinde Landskron. Es haben darüber einmal mit Ihnen die Abgeordneten Dr. Scrinzi, Guggenberger und ich über Ersuchen der Vertreter dieses Gebietes gesprochen und gebeten, ob man unter Berücksichtigung der Sorgen, die die Bevölkerung in diesem Gebiet wegen des Schutzes ihres Grundwassers und des Wasserversorgungsaufkommens in der Gemeinde Landskron hat, nicht eine Umplanung von der geplanten Nord- auf die Südtrasse erreichen könnte. Es hat sich nämlich gezeigt, daß nach den ursprünglichen Berechnungen eine sehr hohe Kostenüberschreitung von rund 190 Millionen Schilling entstehen würde, wenn man dem Wunsch der Bevölkerung Rechnung trägt.

Die Verantwortlichen der Gemeinde haben sich nunmehr auf Grund von zusätzlich eingeholten Sachverständigengutachten nochmals mit diesem Problem auseinandergesetzt und durch Sachverständige nachweisen können, daß unter der Annahme, daß nur ein Drittel des Bodens felsig ist, 26 Millionen Schilling, wenn es zu 50 Prozent Felsgrund geben würde, 38 Millionen, und wenn der Grund bei der Südtrasse zu zwei Drittel aus Felsgrund bestehen würde, 51 Millionen Schilling Mehrkosten entstehen würden. Diese müßten aber ohne Zweifel — das glaubt man mit Recht sagen zu können — im Interesse der Wasserversorgung dieses großen Gemeindegebietes schon übernommen werden, wenn man für die Zukunft damit dieses Gebiet schützt. Ich darf ersuchen, daß die Herren Ihres Ministeriums diese Frage nochmals einer Überprüfung unterziehen.

Ich habe im Vorjahr über das Problem der höheren Lehranstalten in Villach gesprochen, ich habe über das Bundesgymnasium für Mädchen gesprochen, in der letzten Woche fand die Hundertjahrfeier dort statt. Ich habe inzwischen Mitteilung bekommen, daß der Herr Bautenminister sowohl gegenüber dem Herrn Landeshauptmann als auch gegenüber dem Herrn Bürgermeister, aber auch im Finanz- und Budgetausschuß zum Ausdruck gebracht hat, es würden keine Schwierigkeiten mehr bestehen, mit der Planung für das Mädchengymnasium in Villach zu beginnen, wenn seitens des Unterrichtsressorts das Raum- und Funktionsprogramm vorhanden wäre.

Ich darf den Herrn Minister darauf hinweisen, daß das Raum- und Funktionsprogramm für das Mädchengymnasium in Villach im Frühjahr 1968 unter der Zahl 3371/68 bereits übermittelt worden ist und daß mit Erlaß des Bundesministeriums für Unterricht vom 19. September 1968 das Raumerfordernisprogramm mit 24 Klassen und einer Erweiterungsmöglichkeit auf 31 Klassen erstellt wurde. Ich darf daher ersuchen, daß man nunmehr den Planungsauftrag gibt, weil das Mädchengymnasium, das seit 30 Jahren besteht, noch immer in dem Gebäudekomplex des vor hundert Jahren gegründeten Knabengymnasiums untergebracht ist.

Im Ausschuß habe ich auch darauf hingewiesen, daß im Bereich des Gailtales die Naßfeld-Landesstraße heute durch den Bau der Felbertauernstraße die Funktion einer Bundesstraße übernommen hat, weil ein gewisser Umleitungseffekt eintreten mußte, da die Plöckenpaß-Bundesstraße den Verkehrsstrom, der sich jetzt durch die Felbertauernstraße nach dem Süden ergibt, nicht mehr bewältigen kann und sich daher enorme Aufgaben ergeben, da über den Naßfeldpaß ausgewichen wird. Ich darf nur einige Zahlen nennen: Waren es 1966 10.000, 1967 18.000, ist der Verkehr sprunghaft im Jahre 1968 mit der Felbertauernstraße auf 29.000 angestiegen. Wir haben heuer bereits 43.364 Ein- und Ausreisen gehabt. Wenn man daran denkt, daß im Jahre 1970 der Grenzübergang ganzjährig geöffnet sein wird, so zeigt sich eindeutig die Funktion dieser Naßfeld-Landesstraße im grenzüberschreitenden Durchzugsverkehr. Es müßte daher beim neuen Bundesstraßengesetz diese Straße in das Bundesstraßennetz aufgenommen werden, wobei das Land Kärnten außer Zweifel seinen Verpflichtungen insofern nachkommt, daß es einen großzügigen Ausbau der Landesstraße durch Verbreiterung, Asphaltierung und Lawinenschutzbauten bereits durchgeführt hat.

Ich darf abschließend feststellen, daß wir keine koordinierte Verkehrspolitik durch die

Frühbauer

ÖVP-Regierung erreicht haben, daß die Schwierigkeiten, die sozialistische Minister vor 1966 durch den Widerstand der Österreichischen Volkspartei bei der Durchsetzung ihrer Verkehrskonzepte gehabt haben, auch durch die ÖVP-Alleinregierung faktisch keine Änderung erfahren haben. Es gibt wohl sehr viele schöne Worte, aber es gibt keine entscheidenden Taten. Im Verkehrskonzept ist wohl viel versprochen worden, aber wenig wurde erfüllt. Ich werde beim Kapitel Bundesbahnen noch auf Details zurückkommen und das nachweisen.

Das Verkehrssystem ist heute nicht in der Lage, optimale Leistungen zu minimalen volkswirtschaftlichen Kosten zu erbringen. Dies bedeutet in Wirklichkeit nach wie vor Milliarden an Steuergeldern, um einerseits das Defizit unausgenützter Verkehrsträger abzudecken und andererseits Milliarden zur Deckung des Finanzbedarfes neuer Verkehrsträger aufzubringen. Auch durch dieses Budget ist keine Änderung in dieser verfehlten Verkehrspolitik eingetreten, weshalb wir selbstverständlich diesem Kapitel keine Zustimmung geben können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Gruber. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Gruber (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Frühbauer hat zu Beginn seiner Rede Klagen vorgebracht, die die Bauwirtschaft betreffen. Er sagte, daß eine zu geringe Auslastung der Kapazität vorhanden wäre. Er hat Zeitungen verlesen, die aus dem Vorjahr stammen. *(Abg. Frühbauer: Von heuer, vom Dezember 1969!)* Ich glaube, daß das nicht mehr allzu zeitgemäß ist. Ich habe mir daher auch eine Zeitung hergenommen, die allerdings vom 7. Dezember 1969 stammt. In dieser Zeitung steht unter der Überschrift „60.000 Arbeitslose“: „Um 15 Prozent weniger Arbeitsuchende, aber um 38 Prozent mehr offene Stellen waren Ende November dieses Jahres bei den Arbeitsämtern im Vergleich zum Vorjahr gemeldet.“ Das ergibt „den niedrigsten Novemberstand seit dem Jahre 1964“.

Das sind die Meldungen, die wir jetzt lesen. Diese Meldung stammt aus der „Arbeiter-Zeitung“, damit Sie nicht sagen, ich hätte vielleicht eine regierungsfreundliche Zeitung hier zitiert. Es ist also eine bekannte Tatsache, daß der Arbeitsmarkt heuer eher angespannt ist, daß wir also keineswegs diese Klagen haben, von denen der Herr Abgeordnete Frühbauer gesprochen hat.

Aber es gibt doch immerhin Klagen in der Bauwirtschaft. Hier habe ich auch eine Zei-

tungsmeldung vom 10. Dezember 1969. Das „Volksblatt“ — ich darf es auch zitieren, weil der Herr Abgeordnete Weikhart auch das „Volksblatt“ zitiert hat. *(Abg. Weikhart: Aber wir sehen es unpolitisch!)* Herr Kollege Weikhart, hier lese ich eine Überschrift: „Wien hortet Wohnbaugeld des Bundes — 724 Millionen Schilling nicht verbaut“, ja nicht einmal vergeben. *(Abg. Weikhart: Das ist doch alles im Wiener Rathaus aufgeklärt, wieso und warum! Da kommen Sie zu spät!)* Wieso und warum: Weil der Herr Finanzstadtrat Vizebürgermeister Slavik nicht den richtigen Ansatz im Budget für 1969 hatte. *(Abg. Weikhart: Ist ja falsch! Weil die Unterlagen der Wohnungswerber nicht gestimmt haben, das ist es!)* Das ist ja wieder eine andere Sache. *(Abg. Weikhart: Das weiß doch ganz Wien, nur bis Oberösterreich hat sich das noch nicht durchgesprochen!)* Es weiß jedenfalls ganz Wien, daß von den für 1969 verfügbaren Geldern für das Bundesland Wien in der Höhe von 1024 Millionen Schilling jedenfalls 724 Millionen Schilling in diesem Jahr nicht verbaut worden sind, weil sie im Wohnbauförderungsbeirat gar nicht vergeben worden sind: daher konnten sie nicht verbaut werden. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Dann redet man davon, daß man mehr Wohnungen bauen will, und verbaut nicht einmal das Geld, das man zur Verfügung hat! *(Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Das ist falsch! Wieder falsch! Es wäre gescheiter, Sie kümmern sich um die Oberösterreicher, Herr Ober-Oberösterreicher!)* Das ist für mich absolut keine Beleidigung, Herr Staatssekretär Weikhart *(neuerlicher Zwischenruf bei der ÖVP)*, nur haben Sie nicht entkräften können, daß die Wohnbauförderungsmittel des Jahres 1969 in Wien nicht verbaut worden sind! *(Abg. Weikhart: Das ist falsch! Das stimmt nicht!)* Nein, die sind nicht verbaut worden! *(Abg. Weikhart: Erkundigen Sie sich bei Ihren Leuten im Wiener Rathaus! Bei denen, die im Beirat sitzen!)* Ich habe mich erkundigt! *(Abg. Weikhart: Das ist ja falsch, was Sie sagen!)* Beim Herrn Gemeinderat Hahn habe ich mich erkundigt! Genau das ist richtig! Das tut Ihnen weh, das weiß ich. *(Abg. Weikhart: Mir tut es gar nicht weh!)*

Die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft gibt mit Datum vom 28. November *(Zwischenruf des Abg. Machunze)* bekannt: Besondere Schwierigkeiten ergeben sich in Wien auf dem Sektor des öffentlich geförderten Wohnbaus. Von den 1,934 Milliarden Schilling, die der Wohnbeirat für Bauvorhaben positiv begutachtet hat, sind bisher Baumittel in der Höhe von nur 375 Millionen Schilling bescheidmäßig erledigt worden.

14594

Nationalrat XI. GP. — 170. Sitzung — 17. Dezember 1969

Dr. Gruber

Also es scheint hier auf der ganzen Linie nicht zu stimmen, und dann will man uns einreden, daß zuwenig Gelder vorhanden sind, und man verbaut nicht einmal die Gelder, die vorhanden sind. Da kann man nur sagen: Hic Rhodus, hic salta! Hier hätte sich die sozialistische Wohnbaupolitik schon Lorbeeren holen können, wenn sie mit dem angeblich so schlechten Wohnbauförderungsgesetz 1968 wenigstens das getan hätte, was sie hätte tun können, und nicht die Gelder gehortet hätte. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Sie müssen eine bessere Wohnbauförderung machen!)* Die Bundesmittel sind gehortet worden, Herr Kollege Weikhart!

Sie haben heute Ihre Rede damit begonnen, daß Sie auf die Regierungserklärung des Bundeskanzlers Dr. Klaus aus dem Jahre 1966 zurückgegriffen haben, und Sie haben geglaubt, Sie könnten dann sozusagen eine Negativbilanz erstellen. Der Herr Klubobmann der Österreichischen Volkspartei hat Ihnen die andere Seite sehr deutlich gesagt und hat Ihnen auch erklärt, wie positiv diese Bilanz gerade in bezug auf den Wohnbau aussieht. Ich glaube, daß man diesen Ausführungen nur ganz wenig hinzuzufügen braucht.

Ich darf noch einmal wiederholen, daß wir sowohl in gesetzgeberischer Hinsicht wie aber auch in verwaltungsmäßiger Hinsicht Leistungen erbracht haben, die nie zuvor, in keiner Gesetzgebungsperiode des Nationalrates zuvor, erbracht worden sind. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ich stelle fest, Herr Kollege Weikhart, daß seit dem Jahre 1954 oder besser gesagt seit 1953, als das Wohnbauförderungsgesetz 1954 beschlossen worden ist, auf gesetzgeberischer Ebene nichts unternommen worden ist, um das Wohnungsproblem in Österreich in den Griff zu bekommen. Es bedurfte der ÖVP-Alleinregierung *(Abg. Weikhart: Kunst!)*, um eine solche Vorlage ins Haus zu bringen und das Wohnungsproblem nach so langer Zeit in Angriff zu nehmen und auch in großen Zügen einer Lösung zuzuführen. *(Abg. Weikhart: Weil wir einem so schlechten Gesetz nie die Zustimmung gegeben hätten!)* Vom Jahre 1953 bis zum Jahre 1967 ist auf dem Sektor des Wohnungswesens kein Gesetz beschlossen worden, und in diesen dreieinhalb Jahren ist nicht nur ein Gesetz beschlossen worden, sondern es sind gleich eine Reihe beschlossen worden. *(Zwischenruf des Abg. Libal.)* Reden Sie doch nicht soviel, Herr Kollege Libal, Sie haben ja den Gesetzen zum Teil sogar Ihre Zustimmung gegeben! Kritisieren Sie also doch nicht! *(Abg. Libal: 23 Millionen!)* Wir haben die sogenannte Kleine Wohnungsreform... *(Abg. Weikhart: Dem Wohnbauförderungsgesetz ist nicht zugestimmt worden!)*

Das ist das entscheidende Gesetz!) Das weiß ich, das tut Ihnen heute sogar leid! Zur Kleinen Wohnungsreform, die wir im Jahre 1967 beschlossen haben, haben Sie Ihre Zustimmung gegeben. *(Abg. Weikhart: Spielen Sie nicht den übergescheiten Ober-Oberössierrreicher!)* Bitte sehr, sehr einverstanden damit. Herr Kollege Weikhart! Sie haben dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 Ihre Zustimmung nicht gegeben *(Ruf bei der ÖVP: Er hätte eh zugestimmt!)*, weil Sie mit einigen Ihrer Ansichten nicht durchgekommen sind. *(Abg. Weikhart: Mit entscheidenden!)* Wir werden uns vielleicht noch bei gewisser Gelegenheit darüber unterhalten. Ich komme ja auch zu Ihrem Wohnbauprogramm, und wir können ja einige sehr entscheidende Unterschiede herausarbeiten. *(Abg. Weikhart: Jetzt stirbt er schon!)*

Aber zu dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 ist dann noch das Wohnungsverbesserungsgesetz 1969 dazugekommen, wo Sie dann doch schon wieder klug genug waren, diesem Gesetz die Zustimmung zu geben, um sich nicht allzu harter Kritik in der Öffentlichkeit aussetzen. *(Widerspruch bei der SPÖ. — Abg. Moser: Das sagen Sie nicht, wie es ausgeschaugt hat! — Abg. Weikhart: Was haben wir für einen Mist gekriegt! — Abg. Moser: Sie sagen nicht, wie es ausgeschaugt hat, wie es hergekommen ist!)* Herr Kollege Moser! Ich finde nur etwas sehr eigenartig. Da steht in der „Arbeiter-Zeitung“, ebenfalls vom 7. Dezember 1969: „Abgeordneter Moser: Gesetz unverständlich. Die Giftzähne des ÖVP-Entwurfes für ein Wohnungsverbesserungsgesetz wurden nach langen und zähen Verhandlungen von den Sozialisten im Parlament gezogen!“ *(Abg. Moser: Stimmt!)* „Dennoch ist das jetzt beschlossene Gesetz nicht gut, weil es viel zu kompliziert ist, erklärte Abgeordneter Moser.“ Natürlich vor der Mietervereinigung. Dort mußte er das Gesetz, dem er selbst die Zustimmung gegeben hatte, wieder schlecht machen. Ich wundere mich nur, daß Sie einem so schlechten Gesetz Ihre Zustimmung gegeben haben! Das eine Mal gut, das andere Mal schlecht, das eine Mal hü!, das andere Mal hott! So geht das bei Ihnen auf der ganzen Linie dahin! *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Moser: Wo steht das?)*

Nun darf ich aber nicht nur erwähnen, was auf gesetzgeberischer Ebene geschehen ist, sondern ich muß auch sagen, wie die Wohnbauleistung tatsächlich ausgesehen hat. Der Herr Kollege Weikhart meinte, diese „ausreichende Zahl“, von der in der Regierungserklärung die Rede ist, die sei doch nicht erreicht worden. Was heißt hier schon „ausreichende Zahl“? Es wird immer noch Leute geben, die auf eine Wohnung warten, und die können dann mit

Dr. Gruber

Fug und Recht sagen: Aber mein Wohnbedürfnis ist noch nicht befriedigt! Wir waren aber bemüht, nach der Anstrengung aller Kräfte eine große Anzahl von Wohnungen bereitzustellen, wie es auch noch nie vorher in Österreich innerhalb eines solchen Zeitraumes geschehen ist. Nennen Sie mir einen anderen Zeitraum, in dem so viel Wohnungen gebaut worden sind! Wenn seinerzeit die Zahl 50.000 Wohnungen pro Jahr immer als eine Traumziffer genannt worden ist, dann kann ich mit Genugtuung feststellen, daß diese Traumziffer in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung erreicht worden ist (*neuerlicher Beifall bei der ÖVP*), nicht aber früher!

Es ist vom Generalsekretär der Partei schon darauf hingewiesen worden, daß in dem Zeitraum von 1966 bis einschließlich 1968, also innerhalb von drei Jahren, mehr als 154.000 Wohneinheiten fertiggestellt worden sind. Ich darf aber noch eines sagen. Während wir in den früheren Epochen viel geringere Durchschnittsgrößen pro Wohneinheit hatten, ist in den letzten Jahren diese Durchschnittsgröße auf 76 Quadratmeter angestiegen. Ich möchte das deswegen erwähnen, weil sich mit diesem Ansteigen der Quadratmeter-Durchschnittsgröße auch eine Steigerung der Wohnbauleistung ergibt. Wenn Sie zur Grundziffer 50.000 Wohneinheiten nehmen, so ergibt sich etwa im Verhältnis zu 72 Quadratmeter bei 76 Quadratmeter eine Steigerung von 2777 Wohneinheiten. Das wird nämlich zumeist übersehen, daß schon in dieser Steigerung der Durchschnittswohnungsgröße auch eine Steigerung der Wohnbauleistung enthalten ist.

Ich sage das auch deswegen, weil die internationalen Vergleiche diesbezüglich weitgehend irreführen. Wenn uns immer wieder präsentiert wird, daß die Sowjetunion zum Beispiel nach Schweden und der deutschen Bundesrepublik in bezug auf Wohnbauleistung an dritter Stelle steht, und wenn man nur die Zahl der fertiggestellten Wohnungen erwähnt, dann, glaube ich, kann man mit Fug und Recht darauf hinweisen, daß dort die Wohnungen vielleicht eine Durchschnittsgröße von 30 oder 35 Quadratmeter haben, während sie bei uns mehr als das Doppelte aufweisen. (*Abg. Haberl: In Deutschland? — Abg. Moser: In Schweden?*). Es ist also unmöglich. ... (*Ruf bei der SPÖ: Wo in Deutschland?*) In der Sowjetunion habe ich gemeint. Weil immer wieder gesagt wird, wir in Österreich stünden sogar hinter den Ostblockländern in bezug auf die Wohnbauleistung pro 1000 Einwohner. Ich glaube, daß das auch einmal ausgesprochen werden muß.

Kollege Weikhart hat sich sehr eingehend mit dem Problem auseinandergesetzt, wieso es

im Zuge der Wohnungsverbesserung, die neben der Wohnbauleistung ja auch eingetreten ist, dazu kommen konnte, daß die Zahl der schlecht ausgestatteten Wohnungen nun auf einmal prozentmäßig nur mehr 16 Prozent ausmacht, während bei der Wohnungszählung im Jahre 1961 diese Ziffer noch 32 Prozent ausmachte. Ich bin sehr froh, daß jetzt der Abgeordnete Dr. Staribacher neben ihm sitzt, weil er ihm vielleicht ein bißchen helfen kann, diese Dinge aufzuklären. Ich habe schon gesagt, diese neuen Ziffern sind auf Grund der Erhebungen des Mikrozensus im Jahre 1968 in die Wohnbaustatistik eingegangen. Ich habe schon in meiner letzten Rede zum Wohnungsverbesserungsgesetz darauf hingewiesen, daß auch die Arbeiterkammer Wien in ihrem Wirtschaftsstatistischen Handbuch alle die Ziffern, die auf den Berechnungen des Mikrozensus beruhen, aufgenommen hat mit genauer Quellenangabe, woher das stammt. (*Abg. Dr. Staribacher: Dr. Gruber, nur weil es keine besseren gibt, aber die Schwierigkeiten und die Differenzen sind da!*) Wollen Sie damit nun sagen, daß das nur eine Marotte eines pensionierten Hofrates aus der Steiermark ist? Diesen Ausdruck hat nämlich Kollege Weikhart gebraucht, und er hat damit den ganzen Mikrozensus abzuqualifizieren versucht als eine unseriöse Art der Erhebung. Und dagegen muß ich mich mit aller Entschiedenheit aussprechen. (*Abg. Dr. Staribacher: Aber, Herr Dr. Gruber, der Mikrozensus hat seine eigenen Probleme, die Sie im Statistischen Zentralamt genau erfahren können!*) Darüber haben wir schon einmal diskutiert. Herr Dr. Staribacher, der Mikrozensus hat seine eigenen Probleme, genauso gut wie auch die Erhebung bei der Häuser- und Wohnungszählung ihre Probleme hat, denn auch dort können Sie nicht alle Fehlerquellen ausschließen.

Wir wollen also hier nicht darüber streiten, was besser und was schlechter ist. Aber den Mikrozensus jetzt, weil das Ergebnis dem Herrn Abgeordneten Weikhart nicht in den Kram paßt, als eine Marotte eines pensionierten Hofrates hinzustellen, das geht denn doch etwas zu weit. (*Abg. Dr. Staribacher: Aber problematisch bleibt er trotzdem!*)

Ich stelle also fest, daß wir einen Prozentsatz von Sub-Standardwohnungen lediglich von 16 Prozent in Österreich haben, das ist die Hälfte dessen, was im Jahre 1961 an Sub-Standardwohnungen ausgewiesen ist. (*Abg. Weikhart: Aber die sind ja da! Sind sie verschwunden?*) Nein, sie sind zum Großteil verbessert worden. Ich glaube, das ist an Ihnen einfach spurlos vorbeigegangen, weil Sie nicht wahrhaben wollen, daß in der Zwischenzeit auch im Althausbestand etwas

14596

Nationalrat XI. GP. — 170. Sitzung — 17. Dezember 1969

Dr. Gruber

zur Verbesserung geschehen ist. (*Abg. Weikhart: Jetzt sagen Sie uns, ob das in Wien möglich ist! Das existiert für Sie nicht!*)

Außerdem darf ich Ihnen sagen, diese Wohneinheiten, die als sogenannte Sub-Standardwohnungen ausgewiesen worden sind, sind vielfach auch die landwirtschaftlichen Wohnungen. Diese sind vielleicht unter etwas anderen Gesichtspunkten hier zu betrachten, weil man dort nicht einfach auf einmal alles umbauen kann. (*Abg. Weikhart: Das sind die landwirtschaftlichen?*) Die sind miteinbezogen. Selbstverständlich sind diese Wohnungen miteinbezogen. Schauen Sie sich die Wohnungsstatistik an! Gerade in den ländlichen Gebieten ist der größte Anteil an solchen Sub-Standardwohnungen und nicht in Wien. Wenn Sie schon wollen, daß wir die Mittel dorthin lenken sollen, dann werden wir darauf bestehen, daß sie besonders in die ländlichen Gebiete geleitet werden. (*Abg. Moser: Wien hat mehr Sub-Standardwohnungen als Oberösterreich!*) Ja, natürlich, weil Wien auch mehr Wohnungen hat und weil in Wien leider in den letzten Jahren auf diesem Gebiete allzuwenig geschehen ist. Das ist nicht unsere Schuld, sondern da nehmen Sie sich, und gerade Sie, Herr Abgeordneter Moser, bei der Nase und fragen Sie sich, worauf das zurückzuführen ist; ob das nicht auf Ihre antiquierte Haltung auch in der Frage des Mietenproblems zurückzuführen ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sie haben selbst in Ihrem Programm erklärt, der quantitative Nachholbedarf ist weitgehend erfüllt, es gehe in Österreich jetzt also nur mehr darum, den qualitativen Nachholbedarf zu erfüllen. Dazu, glauben Sie, sollten mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. Das Budget für 1970 weist auch mehr Mittel in dieser Hinsicht aus. Sie sagen, das sei unbedeutend, was auf eine natürliche Steigerung zurückzuführen ist. Ich darf Sie aber doch daran erinnern, daß der Rechnungsabschluß für 1968 2915 Millionen ausweist, daß wir im Jahre 1969 3260 Millionen hatten und daß wir in diesem Jahr 3832 Millionen haben, das sind also um mehr als 900 Millionen zusätzliche Mittel. (*Abg. Weikhart: Das ist der natürliche Zuwachs!*) Was heißt der natürliche Zuwachs? Der ist jedenfalls wesentlich höher, als die Budgetsteigerungsrate ist, es sind insgesamt um rund 900 Millionen mehr, das ist mehr, als wir früher durch zusätzliche Anleihen dem Wohnbau noch zugeführt haben.

Es ist schon richtig gewesen, was wir im Wohnbauförderungsgesetz 1968 grundsätzlich beschlossen haben, daß wir nämlich die Mittel, die ursprünglich für den Wohnhauswiederaufbau gedacht waren, nicht sozusagen eo ipso später auch dem Wohnbau zur Verfügung

stellen mußten. Denn man hätte sich ja auf den Standpunkt stellen können, der Wohnhauswiederaufbau ist abgeschlossen, diese Sonder-einnahmequelle hat damit keine Daseinsberechtigung mehr. Wir haben gesagt, alle diese Mittel sollen auch in Hinkunft dem Wohnbau zur Verfügung stehen, und haben damit eigentlich die wesentliche Finanzierungsgrundlage für den Wohnungsbau der nächsten Jahrzehnte geschaffen. (*Abg. Weikhart: Das ist im Gesetz drinnen! Reden Sie doch nicht!*) Und dann kommen Sie daher und sagen, wir hätten im Jahre 1967 nicht Vorsorge getroffen, daß der Wohnungsbau in den nächsten Jahren auch die entsprechenden Mittel hat. Ich glaube, da ist eben nur bei Ihnen das Gefühl des Unbefriedigtseins vorhanden, weil Sie damals aus irgend welchen Gründen nicht mit von der Partie waren, und jetzt genießen Sie sich fast, daß Sie damals nicht dafür gestimmt haben.

Sie haben das ÖVP-Programm hier einer Kritik unterzogen und haben gemeint, wenn in dem Programm nicht mehr drinnen ist, dann hat sich's dieses Programm oder die Österreichische Volkspartei schon gerichtet. Ich möchte gar nicht anstehen zu erklären, daß wir nicht bereits alles erfüllt haben, was selbstverständlich auch zu unseren Programmpunkten gehört. Wir haben uns grundsätzlich dazu bekannt, daß auch von uns ein Assanierungsgesetz und eine moderne Bodenordnung angestrebt wird. Nicht umsonst sind bereits entsprechende Entwürfe im Bautenministerium vorbereitet worden. Dazu gehören auch Überlegungen über eine Neufassung des Gemeinnützigkeitsgesetzes.

Wir glauben aber auch, daß selbstverständlich noch das Wohnbauförderungsgesetz 1968 in manchen Punkten verbesserungsfähig ist. Das, was im ÖVP-Programm enthalten ist, ist nicht ein grundlegend neues Konzept, sondern es sind das eben weitere Schritte in der Erfüllung unserer Programmpunkte, die wir seinerzeit schon festgelegt haben, von denen wir aber glauben, daß der wesentliche Teil bereits durch das Wohnbauförderungsgesetz 1968 erfüllt worden ist.

Herr Kollege Weikhart, wenn Sie eine Forderung hier herausgegriffen haben, betreffend eine vorzeitige Rückzahlung, und geglaubt haben, daß man den Wohnungseigentümern oder auch den Eigenheimbauern oder den Gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften irgendwelche Gewinne in den Rachen wirft, dann möchte ich Sie einladen, das einmal ganz klar und eindeutig zu durchdenken. Es wird keiner diese vorzeitige Rückzahlung in Anspruch nehmen, der nicht aus irgendwelchen, sagen wir mehr psychologischen Gründen eben der Meinung ist, er möchte

Dr. Gruber

dieses Geld zurückbezahlt haben, er möchte die Schulden weg haben, um damit sein Häuschen seinen Kindern schuldenfrei übergeben zu können. Denn nicht nur die Bedingungen beim Wohnhaus-Wiederaufbaufonds, sondern auch bei den anderen Fonds sind so günstig, daß er dieses Geld selbstverständlich weiter in Anspruch nehmen will, wenn ihn nicht irgendwelche anderen Überlegungen zur vorzeitigen Rückzahlung drängen.

Ich bin überzeugt, daß keine Gemeinde und keine gemeinnützige Wohnbauvereinigung von einer solchen Möglichkeit Gebrauch machen wird. Wenn das aber so lukrativ wäre, wie Sie es hier dargestellt haben, dann müßten sich gerade die Gemeinden und die gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen darum reißen, dieses Geld vorzeitig zurückzuzahlen. In Wahrheit überlegen sie sich: Das ist billiges Geld, das sie in Händen haben, die Jahre, in denen sie zurückzahlen müssen, werden sozusagen ihre Rückzahlungsraten immer geringer, was den inneren Wert betrifft, machen, und sie wären eigentlich ungeschickt, wenn sie das täten.

Es gibt sehr viele Eigenheimbesitzer, die sich sagen: Warum soll ich nicht meine Darlehensschuld vorzeitig zurückzahlen, wenn mir die Möglichkeit dazu eingeräumt wird? — Wir werden sehr oft gefragt: Wann kommt das endlich, wann können wir davon Gebrauch machen? Sie fragen nicht deswegen, weil sie irgendwelche Gewinne hier abschöpfen wollen, sondern weil sie eben aus begreiflichen Gründen ihr Haus schuldenfrei haben möchten. (*Abg. Weikhart: Das hätten die Betreffenden jetzt auch machen können!*)

Herr Kollege Weikhart! Die wesentlichen Grundsätze haben wir im Wohnbauförderungsgesetz 1968 verankert. Wir sind der Meinung — das hat unser Herr Klubobmann schon zum Ausdruck gebracht —, daß dieses Gesetz zu den besten Gesetzen auf diesem Sektor gehört, die wir überhaupt vorfinden. Die Herstellung des verfassungsmäßigen Zustandes, das heißt der Länderkompetenz, die Vereinheitlichung der Förderung, die Einführung der Subjektförderung, die Begünstigung der jungen Familien, die soziale Gestaltung des Mietzinses beziehungsweise der Rückzahlungsquote durch die Wohnbeihilfe, die Förderung des Eigentumsgedankens, die Herstellung familiengerechter, das heißt entsprechend großer Wohnungen, all das ist im Wohnbauförderungsgesetz enthalten. Wir haben gar keinen Grund, von diesen Grundsätzen abzugehen.

Ich bin neugierig zu sehen, was Sie dann, wenn Sie in die Situation kommen sollten, dieses Gesetz abändern zu können, tatsächlich an diesem Gesetz antasten. Ich bin der Über-

zeugung, daß Sie letzten Endes nur die Ihnen so unangenehme Bestimmung, betreffend die zwei Drittel für die Eigentumsmaßnahmen, abändern wollen, weil Sie die Förderung des Eigentumsgedankens einfach nicht ausstehen können, da Ihnen das gegen den Strich und gegen Ihr Programm geht. Damit sind Sie natürlich hoffnungslos veraltet, denn viele Ihrer eigenen Leute kommen heute zu uns und wollen bei unseren Wohnbaugenossenschaften Eigentumswohnungen erwerben. Sie erweisen auch Ihren Leuten keinen guten Dienst, wenn Sie in Ihrem Programm wieder eigentumsdiskriminierende Bestimmungen enthalten haben. (*Abg. Weikhart: Das ist ja falsch! Wir sagen: Jeder kann wählen, wie er will! Genügt Ihnen das nicht?*) Nein, das genügt mir nicht. Ich werde mich gleich mit diesen Punkten auseinandersetzen.

Herr Kollege Weikhart! Ich habe ein Heftchen vor mir. Dabei kommt mir ein altes lateinisches Sprichwort in den Sinn, das da ungefähr heißt: Jedes Buch hat sein eigenes Schicksal. — Auch dieses Wohnbauprogramm hat ein eigenes Schicksal. Von in der Öffentlichkeit angepriesenen Wohnbaufachleuten erstellt, bei denen allerdings der Abgeordnete Weikhart gefehlt hat ... (*Abg. Weikhart: Sie scheinen nicht zu wissen, daß ich im Spital gelegen bin! Schämen Sie sich!*) Ich habe einem Ihrer Funktionäre gesagt, wir haben bei der Beratung einer Regierungsvorlage auf Ihre Erkrankung Rücksicht genommen. Ihre eigenen Parteifreunde haben bei der Erstellung des Wohnbauprogramms auf Ihre Erkrankung nicht Rücksicht genommen. Vielleicht wollten sie gerade diese Zeit dazu benützen. (*Abg. Weikhart: Das ist aber schmähsch von Ihnen, kann ich Ihnen sagen! Ich würde mich schämen, so etwas zu sagen! — Weitere Zwischenrufe.*) Sie können sich ruhig schämen; ich habe nichts dagegen. (*Ruf bei der SPÖ: Sie sollen sich schämen!*)

Herr Kollege Weikhart! Dieses Wohnbauprogramm kommt mir wie ein Mixtum compositum mit falschen Prämissen, mit einigen wenigen brauchbaren Vorschlägen und uralten Ladenhütern, die Sie bis jetzt nicht angebracht haben, vor. Schon die Prämissen sind falsch. (*Abg. Dr. Hertha Firnberg: Eine sehr konkrete Kritik ist das! Das ist nichts anderes als eine Beschimpfung!*) Ich werde ja auf die Einzelheiten eingehen. Haben Sie doch etwas Geduld! (*Abg. Weikhart: Von Ihnen kann man nicht mehr verlangen: Schmähsch, schmähsch, Menschen diffamieren!*) Frau Kollegin Dr. Firnberg! Sie dürfen die ÖVP in jeder Hinsicht herabsetzen, Sie dürfen sagen, die ÖVP hätte die Bevölkerung bewußt in die Irre geführt. Das alles dürfen Sie sagen. Wenn

14598

Nationalrat XI. GP. — 170. Sitzung — 17. Dezember 1969

Dr. Gruber

aber ich sage, daß hier alte Ladenhüter angeboten werden, dann ist das etwas, dessen man sich schämen soll. Ich kann einfach nicht einsehen, warum es hier zweierlei Maß geben soll: Sie dürfen alles, wir dürfen nichts. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*) Mit dieser Methode können wir uns absolut nicht einverstanden erklären.

Ich habe Ihnen schon gesagt, daß die Prämissen nicht stimmen, daß all das, was in Ihren Vorbemerkungen enthalten ist, einfach bei den allgemeinen Punkten nicht stimmt, daß Sie von der Wohnungszählung 1961 ausgehen, deren Ergebnisse einfach nicht mehr den Tatsachen des Jahres 1969 entsprechen. Sie haben aber das Programm 1969 erstellt. Sie glauben, daß Sie noch immer mit Ziffern, die längst überholt sind, operieren können. Sie erklären, daß auf jeden Fall 1 Million Wohnungen gebaut werden sollen. Das ist eine sehr globale Rechnung, die Sie hier anstellen. Ich darf Ihnen jetzt sagen: Ich bin mir dessen bewußt, daß Sie auch eine andere Berechnungsart aufstellen können. Wenn ich also annehme, daß diese 13.000 zusätzlichen Wohnungen, die Sie anführen, stimmen — das sind also zusätzliche Haushalte pro Jahr —, wenn ich annehme, daß es stimmt, daß pro Jahr 5000 Wohnungen abgebrochen oder zweckentfremdet werden ... (*Abg. Horr: Viel zu wenig!*) Das schreiben aber Sie in Ihrem Programm. Wenn das zuwenig sind, dann hätten Sie das dort sagen sollen, Herr Kollege Horr! (*Abg. Horr: Trotzdem zuwenig!*) Das steht in Ihrem Programm. (*Abg. Weikhart: Wir haben das als Minimum angenommen!*) Er wirft mir immer vor, daß ich zu einem Punkt rede, von dem ich nichts verstehe, liest aber die Publikationen seiner eigenen Partei nicht. (*Abg. Horr: Da brauche ich Sie dazu, Sie Demagoge, Sie!*)

Wenn ich annehme, daß wir bei 2.600.000 Wohneinheiten und bei einer Abnutzungsdauer von 100 Jahren 1 Prozent des Wohnungsbestandes erneuern müssen, dann sind das 26.000 Wohneinheiten. Ihre 18.000, die Sie anführen, dazu, dann wären das 44.000 Wohnungen pro Jahr.

Mag sein, daß es zu niedrig gegriffen ist, wenn ich sage, daß ein Haus eine Bestandsdauer von 100 Jahren hat. Es gibt aber genug Häuser, die durchaus einen längeren Bestand haben. Wenn ich etwa eine Bestandsdauer von nur 50 Jahren annehmen würde — das würde bedeuten, daß alle Wohnungen, die vor 1919 gebaut wurden, „weggrasiert“ werden müßten; ich glaube, niemand von Ihnen kann sagen, daß alle diese Häuser durchwegs abbruchwürdig sind —, dann käme ich bei dieser Rechnung auf einen jährlichen Wohnbaubedarf

von 70.000 Wohnungen. Nehmen wir an, daß die Wahrheit in der Mitte liegt, und sagen wir, daß pro Jahr etwa 55.000 bis 60.000 Wohnungen gebaut werden müssen, um erstens die Erneuerung zu garantieren und zweitens — das möchte ich hier betonen — die 5000 Abbruchwohnungen, die aber eigentlich schon in die 1 beziehungsweise 2 Prozent einbezogen werden müßten, und Ihre 13.000 zusätzlichen Wohnungen hernehme, dann ergibt sich noch lange nicht der jährliche Wohnungsbedarf von 100.000 Wohnungen, den Sie annehmen. (*Abg. Weikhart: Wir haben also keinen qualitativen Wohnnotstand in Österreich nach Ihren Ausführungen?*) Natürlich haben wir ihn, aber das ist schon in der Rechnung, die ich jetzt aufgestellt habe, mitinbegriffen. Tun Sie doch nicht so, als ob ... (*Abg. Weikhart: Dann führe ich Sie in Wien herum, und schauen Sie sich das an! — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen.*) Das ist mir ja auch bekannt. (*Abg. Weikhart: Der Kollege Moser nach Graz und ein anderer nach Wiener Neustadt oder sonst irgendwo hin!*) Das ist mir doch auch bekannt. Das habe ich doch bei meiner Rechnung schon alles mit berücksichtigt. Aber Sie glauben, daß Sie diese schlecht ausgestatteten Wohnungen in einem Zeitraum von etwa vier Jahren sozusagen erneuern können. Denn wenn es 415.000 Sub-Standardwohnungen gibt und Sie wollen pro Jahr 100.000 Wohnungen bauen, dann müssen Sie innerhalb von vier Jahren alles restlos bereinigt haben. Von dieser Voraussetzung gehen Sie selbst nicht aus. (*Abg. Weikhart: Ist schon wieder falsch, was Sie sagen!*) Bei mir ist alles falsch, und bei Ihnen ist alles richtig. (*Abg. Weikhart: 1980 erreichen wir 100.000 Wohnungen!*) Ich weiß. (*Abg. Weikhart: Na also! — Präsident Wallner gibt erneut das Glockenzeichen.*) Da müßten aber die Sub-Standardwohnungen alle schon längst ausgemerzt sein. Sie könnten sich nur mehr auf die Erneuerung des Wohnungsbestandes beschränken. (*Abg. Lanc: Schlimm wäre das?*) Nein, das sage ich gar nicht. Ich glaube aber nicht, daß Ihre Rechnung, wenn Sie global 1 Million Wohnungen angeben, stimmt. Ich habe gesagt, daß schon Ihre Prämisse im Wohnungsprogramm nicht richtig ist.

Als zweites darf ich Ihnen sagen, daß wir jetzt schon bemerken — und das bemerken alle in der Wohnungswirtschaft Tätigen —, daß wir vom Verkäufermarkt zum Käufermarkt übergehen. Es ist nicht mehr so, daß die Wohnungsgesellschaften und Wohnungsgenossenschaften die Wohnungen, die sie errichten, auch alle an den Mann bringen können, sondern daß es wesentlich darauf ankommt, daß genau dort gebaut wird, wo ein Bedarf ist.

Dr. Gruber

(*Abg. Weikhart: Kostenfrage ist es!*) Das ist es nicht nur. Ich werde noch darauf zurückkommen.

Drittens möchte ich sagen: Im besten Fall können Sie eine Steigerung bei den geförderten Wohnungen erzielen, nicht aber bei den frei finanzierten Wohnungen. Auf Grund der Statistik der gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen haben wir im Jahre 1967, glaube ich, 32.000 öffentlich geförderte Wohnungen gehabt. Daher ergibt sich, daß ein Anteil von etwa 20.000 Wohneinheiten frei finanziert sein muß (*Abg. Weikhart: Das haben wir ja gesagt!*), nicht öffentlich gefördert. Durch Ihr Wohnbauprogramm werden Sie den Impuls auf die frei finanzierten Wohnungen selbstverständlich nicht verstärken können, sondern Sie müssen die Zahl der öffentlich geförderten Wohnungen hier verstärken. (*Abg. Weikhart: Das tun wir doch! — Abg. Moser: Das hat ja der Weikhart gesagt! — Abg. Weikhart: Das tun wir doch!*)

Lassen Sie mich noch einen Schritt weiter gehen. Das bedeutet, daß Sie hier selbstverständlich eine Verdoppelung der Mittel ansetzen müßten, um etwa zu Ihrer Ziffer zu kommen; ich gebe zu: nicht im ersten Jahr, nicht im zweiten Jahr, aber wenn Sie den Zeitraum bis 1980 nehmen — wenigstens in der Hälfte dieses Zeitraumes. Das bedingt natürlich, daß Sie wesentlich höhere Geldmittel auch dafür ansetzen müssen. (*Abg. Weikhart: Bis 1975 auf keinen Fall!*) Es würde — wie Sie selbst ausführen — auf 100.000 Wohneinheiten pro 1000 Einwohner eine Steigerung auf 12 bis 13 Wohneinheiten ergeben. Ich habe errechnet, daß es etwa 14 Wohneinheiten ergeben würde. Ich gebe aber zu: Beziehen Sie die Vermehrung der Bevölkerung bis zum Jahre 1980 mit hinein und nimmt man etwa 7,7 Millionen Einwohner an, dann dürfte diese Rechnung mit 13 Wohneinheiten stimmen.

Das würde bedeuten, daß wir mit unserer Wohnbauleistung an der Spitze aller Länder der Welt stehen. Ich glaube nicht, daß es realistisch ist, in einem Zeitraum von 10 Jahren an die Spitze aller Länder vorankommen zu wollen, weil auch die Mittel, die Sie vorschlagen, dafür nicht tauglich sind. (*Abg. Lanc: Und die anderen Länder bleiben in 10 Jahren stehen? — Abg. Weikhart: Die bleiben stehen oder fallen?*) Herr Kollege Lanc! Sie sind auch tatsächlich in den letzten Jahren gefallen. (*Abg. Staudinger: Auch keine Ahnung!*) Schweden ist von 12 Wohneinheiten auf 10,4 Wohneinheiten pro 1000 Einwohner gefallen. Die deutsche Bundesrepublik ist gefallen. Die Schweiz ist gefallen. (*Abg. Weikhart: Und ist schon wieder im Steigen! Das müssen Sie überlesen haben! Alle drei Länder!*)

Wir werden erst sehen, ob sie tatsächlich steigen. Wahrscheinlich steigen sie, aber nur deswegen, weil die Wohnungsgröße auch reduziert wird. Das ist derzeit jedenfalls nicht unsere Absicht.

Auch Sie gehen auf die 70 m² Wohngröße zurück, während wir jetzt 76 m² haben. (*Abg. Weikhart: Noch einmal: Der Schnitt!*) Der Schnitt? (*Abg. Weikhart: Ich habe es deutlich gesagt!*) Jetzt ist auch 76 m² der Schnitt. Was wollen Sie denn? Das ist auch eine Durchschnittsgröße. (*Abg. Steiner: Gruber! Bemüh dich nicht!*) Ich glaube, daß Ihnen das kaum klarzumachen ist.

Nach Ihrem Programm wollen Sie 45 Prozent der Gesamtbausumme als öffentliches Darlehen geben. Das halte ich für den interessantesten Vorschlag Ihres gesamten Programms. Ich glaube, daß man über diese Dinge tatsächlich reden könnte. Diese 45 Prozent stehen allerdings einerseits in einem Widerspruch mit der ursprünglichen Fassung Ihres Programms — dort waren 35 Prozent vorgesehen — und stehen andererseits in einem eklatanten Widerspruch mit dem, was Sie bei der Beratung des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 von uns verlangt haben. Damals haben Sie nämlich 70 Prozent verlangt. (*Abg. Staudinger: Schizophrenie!*) Diese Idee ist bei Ihnen damals nicht vorhanden gewesen. (*Abg. Weikhart, auf Abg. Staudingerweisend: Bleiben Sie bei Ihrem Greißlerladen!*)

Trotzdem möchte ich sagen: Es kann Ihnen etwas Neues einfallen, und es kann uns etwas Neues einfallen. (*Abg. Lanc: Also, uns ist etwas eingefallen!*) Dieser Gedanke ist es tatsächlich wert, daß man sich mit ihm beschäftigt. Womit ich aber nicht sagen möchte, daß ich auch Ihrer Forderung zustimme, daß diese Darlehen auf 25 Jahre rückzahlungsfrei gegeben werden sollen. Wenn ich hier so hohe Geldmittel auf 25 Jahre rückzahlungsfrei gebe, dann muß ich mich damit abfinden, daß praktisch — 75 Prozent, rechne ich mit einem dreiprozentigen Geldwertschwund, oder 50 Prozent, rechne ich mit einem zweiprozentigen Geldwertschwund pro anno — dieser Wert des dahingegebenen Geldes verloren ist. Ich sehe nicht ein, daß wir auf alle diese Rückflüsse, die wir derzeit sowohl beim Wohnhaus-Wiederaufbaufonds als auch beim Bundeswohn- und Siedlungsfonds und bei der Wohnbauförderung haben, verzichten sollten, weil sie eine wesentliche Stütze auch der Einnahmen darstellen.

Sie müssen den Betrag dann noch einmal in Rechnung stellen, wenn Sie die Berechnung über die Kosten Ihres Programms anstellen. Sie müssen nämlich dazuschreiben: minus dieser Rückflüsse. Auf die verzichten Sie

14600

Nationalrat XI. GP. — 170. Sitzung — 17. Dezember 1969

Dr. Gruber

nämlich auf 25 Jahre. *(Abg. Moser: Wo haben Sie das her? Daß die Rückflüsse, die 25 Jahre gestundet sein sollen, zur Finanzierung verwendet werden sollen? Wo haben Sie das geträumt?)* Diese Rückflüsse haben wir bis jetzt immer wieder für den Wohnbau zur Verfügung gestellt. Verzichten Sie auf diese Rückflüsse, dann fehlt das bei den Mitteln, die zum Wohnungsbau zur Verfügung stehen. Das ist eine so klare Rechnung wie nur etwas!

Nun eine Frage zu den Annuitätenzuschüssen. *(Abg. Nimmervoll: Machen Sie eine Rechnung! — Abg. Moser: Herr Kollege Nimmervoll! Ich würde mit Ihnen über diese Fragen nicht fachsimpeln!)* Herr Kollege Weikhart! Sie haben gesagt, daß das 200 Millionen Schilling pro Jahr ausmachen würde. Sie haben gesagt, daß das ein Schnitt ist. Ich kann mich dieser Ihrer Berechnung nicht anschließen. Ich habe eine Berechnung angestellt: Bei 30.000 Wohneinheiten benötige ich im ersten Jahr bereits 105 Millionen Schilling für den Annuitätenzuschuß. *(Abg. Weikhart: Sie müssen besser zuhören!)* Ich habe zugehört. Ich habe sehr aufmerksam zugehört. *(Abg. Weikhart: Ich habe ausdrücklich gesagt, daß die 200 Millionen Wohnbeihilfen sind!)* Demgemäß haben Sie die Kosten des Annuitätenzuschusses überhaupt nicht angegeben. *(Abg. Weikhart: Sie sind so nervös! — Abg. Dr. Withalm: Er ist überhaupt nicht nervös!)* Also ich nehme zur Kenntnis, daß das nicht Annuitätenzuschüsse waren, sondern Wohnbeihilfen.

Die Annuitätenzuschüsse erstellen sich bei mir bei nur 30.000 geförderten Wohnungen für das erste Jahr auf 105 Millionen Schilling. Das ergibt bereits im zehnten Jahr 1050 Millionen Schilling, über 1 Milliarde Schilling bereits an Annuitätenzuschüssen, die laufen sogar noch weiter. Jetzt frage ich Sie: Haben Sie bei Ihrer Finanzierung auch mitberücksichtigt, was die Annuitätenzuschüsse kosten? Das klingt nämlich alles recht schön und gut, wenn ich den Quadratmeterzins auf 7,60 S ... *(Abg. Weikhart: Verlassen Sie sich nur auf uns!)* Dann stimmt aber Ihre Rechnung vorn und hinten nicht. Außerdem darf ich Ihnen sagen, Herr Staatssekretär Weikhart, Sie könnten ... *(Abg. Weikhart: Das werden Sie bestimmen!)* Rechnen kann ich auch einigermaßen. *(Abg. Weikhart: Aber richtig muß es nicht sein!)* Dann müssen auch Ihre Berechnungen nicht stimmen.

Diese Methode, Herr Kollege Weikhart, könnten Sie jetzt schon in Wien anwenden, wenn Sie in der Wiener Landesregierung den Beschluß fassen, daß pro Wohneinheit nur 45 Prozent der Gesamtbaukosten gegeben werden und aus den Geldern, die der Gemeinde Wien für den Wohnbau sonst noch zur Ver-

fügung stehen, Annuitätenzuschüsse gegeben werden. Dann könnten Sie dieses System bereits ausprobieren, dem steht gar nichts im Wege. Das Wohnbauförderungsgesetz 1968 ist flexibel genug, daß Sie hier das Exempel statuieren, ob diese Rechnung aufgeht oder nicht. *(Abg. Ofenböck: Die Wiener haben anders gerechnet! — Abg. Weikhart: Sie haben weit besser gerechnet, weil eine Wiener Wohnung weit billiger kommt als nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968! Da brauchen Sie nur zu fragen!)* Sie haben in Ihrem Konzept angegeben, welche Berechnungsgrundlage Sie genommen haben. Sie haben gesagt, eine Wohnung mit 72 Quadratmeter mit Baukosten von 3600 S ergibt Kosten von 260.000 S pro Wohnung. Das habe ich mir aus Ihrem Programm herausgenommen und nicht aus den Fingern gesogen.

Ich gebe aber zu, daß der Gedanke, die Annuitätenzuschüsse mit der Zeit abzubauen, ein sehr sinnvoller Gedanke ist, weil man damit — und das ist das einzige, glaube ich, was überhaupt neu ist an Ihrem Programm — auch die Wohnungskosten mit den Einkommenserhöhungen in etwa gleichziehen kann. Gerade dieser Gedanke ... *(Abg. Lanc: Gibt es seit 1964 in Wien! Erste „Slavik-Aktion“!)* Daß Sie die Annuitätenzuschüsse nach zehn oder zwölf Jahren reduzieren oder abbauen, ich glaube, dem ist an sich gar nichts entgegenzusetzen, weil hier ja gewisse ... *(Abg. Steininger: Gott sei Dank!)* Selbstverständlich. Ich stehe nicht an, so etwas anzuerkennen. Ich bin nur nicht der Meinung, daß man es so machen kann wie Sie, daß Sie alles in den Grund und Boden verteufeln und gar nichts Gutes an dem lassen, was in Österreich geschehen ist.

Sie haben in Ihrem Wohnungsprogramm auch die Möglichkeit enthalten, daß auch Wohnungen bis zu 150 Quadratmeter Größe gefördert werden können. Ich erinnere mich noch so gut daran, als wir diese Bestimmung des Wohnbauförderungsgesetzes beraten haben, welche erbitterten Widerstand Sie dieser Obergrenze entgegengesetzt haben. Ich erinnere mich noch daran, wie die Kollegin Wondrack dagegen angekämpft und gesagt hat, daß das etwas ist, was nur für Kapitalisten in Frage käme und so weiter. Siehe da, etwas, was Sie damals verteufelt haben, ist jetzt auf einmal in Ihrem Programm drinnen. Ich freue mich, daß es drinnen ist. Ich freue mich aber nicht, daß Sie trotzdem die Durchschnittsgröße der Wohnungen senken wollen.

Sie haben in Ihrem Programm ein System sozial differenzierter Wohnbeihilfen drinnen. Das ist eine Forderung. Ich frage Sie: Ist denn das, was im Wohnbauförderungsgesetz

Dr. Gruber

1968 steht, nicht ein System sozial differenzierter Wohnbeihilfen? Wenn es nicht sozial differenziert ist, dann ist das die Schuld der einzelnen Bundesländer, die die Möglichkeit hätten, diese soziale Differenzierung durchzuführen. In Oberösterreich haben wir sie durchgeführt. Wenn Sie in Wien Klagen haben, dann kann ich Ihnen noch einmal sagen: Hie Rhodus, hie salta! Machen Sie es doch!

Sie haben in Ihrem Programm drinnen: Aufbringung der Mittel. Sie schreiben verschämt, hier sind ergänzende Maßnahmen notwendig. Ich frage Sie: was verstehen Sie unter diesen ergänzenden Maßnahmen? Verstehen Sie etwa nur das darunter, was Sie einen Punkt später sagen: eine Änderung des Systems der Wohnbau- und Wohnbauförderungsbeiträge? Was wohl eine Erhöhung dieser Beiträge heißen soll, sicherlich nicht eine Änderung nach unten. Verstehen Sie unter „ergänzenden Maßnahmen“ nur diese Erhöhung der Wohnbauförderungsbeiträge, oder denken Sie noch an weitere Steuern oder sonstige Einnahmequellen? (*Abg. Weikhart: Legen Sie uns nicht etwas in den Mund, was Sie herauslesen!*) Sie schreiben hier von ergänzenden Maßnahmen. Ich frage Sie, was darunter zu verstehen ist.

Sie sagen, es sei keine Diskriminierung ... (*Ruf bei der ÖVP: Er weiß es nicht! — Abg. Weikhart: Er weiß das so wenig, wie Ihre Partei weiß, wie Sie es finanzieren! Sie wissen überhaupt nichts!*) Herr Kollege Weikhart! Sie sagen, es sei keine Diskriminierung der Eigentumswohnungen, der Eigenheime drinnen. Ist es etwa keine Diskriminierung, wenn bei Eigentumswohnungen und Eigenheimen 20 Prozent Eigenmittel erbracht werden müssen, während bei Mietwohnungen nur 10 Prozent Eigenmittel erbracht werden müssen? (*Abg. Weikhart: Und trotzdem billiger kommen als nach der Bundeswohnbauförderung 1968!*) Sie argumentieren: Dafür erwerben ja diese Personen Eigentum. Bleibt denn etwa bei den Mietwohnungen die Wohnung im öffentlichen Eigentum? Da erwirbt ja auch jemand das Eigentum an diesem Haus. Dort ist es halt irgendeine Wohnbaugesellschaft, eine Wohnbaugenossenschaft, die mit staatlichen Förderungsmitteln begünstigt Eigentum erwerben darf, während der einzelne das nicht darf. Das ist keine Diskriminierung? Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß nach der letzten Statistik 50 Prozent der in Österreich fertiggestellten Wohnungen von physischen Personen errichtet worden sind. Der allergrößte Teil davon sind Eigenheimbauer. Sie diskriminieren hier also etwa 40 bis 45 Prozent derjenigen, die in Österreich mit eigenen Mitteln Eigenheime errichtet

haben, wenn Sie so vorgehen. (*Abg. Ing. Kunst: Das stimmt nicht!*)

Mit der Aufbringung der Kapitalmarktmittel wird sich ein anderer Sprecher meiner Fraktion noch beschäftigen. Da liegt auch allerhand drinnen. Wenn Sie glauben, mit der Abänderung des bisherigen Bausparsystems dieselben Bausparmittel zusammenzubringen, dann täuschen Sie sich.

Mir ist jedenfalls bei der Lektüre Ihres Programms etwas nicht klargeworden. Sie wollen mehr Wohnungen bauen, Sie wollen den einzelnen Wohnungswerber weniger belasten, also der braucht weniger zu zahlen, das ganze kostet angeblich nicht mehr. Also ich muß schon sagen: Dieses Kunststück bringen wirklich nur Sie fertig. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Wahrscheinlich bringen nur wir es fertig! — Abg. Gratz: Die ÖVP trainiert schon wieder auf Opposition!*)

Ich hätte noch zwei Fragen: Die erste Frage, Herr Kollege Weikhart: Sie schreiben hier von der Konzentration der Bauvereinigungen. Heißt das etwa, daß sie zwangsweise fusioniert werden sollen oder daß man den einzelnen Bauvereinigungen doch den eigenen Willen läßt? Ihr Programm ist in diesem Punkt nicht ganz klar. In diesem Punkt hätte ich gerne Aufklärung gehabt. (*Abg. Gratz: Warum? Sie wählen uns ja ohnedies nicht!*) Die Bauvereinigungen sind nicht lauter Rote, Herr Kollege Gratz, da sind auch andere Leute dabei, die daran sehr interessiert sind. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Verlassen Sie sich auf uns!*)

Sie haben in Ihrem Programm einen Anspruch dessen statuiert, der einen Wohnbauparvertrag auf eine Wohnung abschließt. Ich möchte Sie fragen: An wen richtet sich dieser Anspruch? Zu wem kann er gehen und sagen: Ich habe jetzt einen solchen Sparvertrag abgeschlossen, gebt mir eine Wohnung! Etwa zur Gemeinde? Heißt das dann, daß alle gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen der Gemeinde die von ihnen errichteten Wohnungen zur Vergabe anbieten müssen? Wenn die Gemeinden diesen Anspruch befriedigen wollen, haben die einzelnen Bauträger noch ein Recht über die Vergabe der Wohnungen, die sie errichten? Das ist die Frage, die sich dabei verbirgt.

Oder: Was geschieht, wenn eine Diskrepanz zwischen Ansprüchen und Angebot auftritt? Sie schreiben da hinein, diese Ansprüche müssen sich dann danach richten, wie viele Wohnungen fertiggestellt werden. Was heißt das? Werden die Wartezeiten verkürzt, wenn etwa das Angebot nicht groß genug ist?

Sie haben also geglaubt, mit diesem Anspruch auf eine Wohnung weiß Gott was hier

14602

Nationalrat XI. GP. — 170. Sitzung — 17. Dezember 1969

Dr. Gruber

hineingenommen zu haben. In Wahrheit haben Sie gar nichts Besonderes entdeckt.

Ich darf noch zum letzten Punkt Ihres Programms etwas sagen, weil Sie selbst darauf Bezug genommen haben, auf den Punkt V: Modernes Miet- und Wohnrecht. Woran ich mich hier gestoßen habe, ist vor allem das Wort modern. Denn das, was in diesem Punkt angeboten und angepriesen wird, ist alles eher als modern. Das ist das Reaktionärste auf diesem Gebiet, was man sich überhaupt vorstellen kann. Da wird jeder Fortschritt einfach negiert. (*Abg. Weikhart: Das ist schon Ihr Training als Oppositionsredner! — Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*) Nein, keineswegs! Ich möchte Ihnen nur den Nimbus zerstören. Mir kommt das so vor wie bei Rilke, wo es heißt: „Reiten, reiten, reiten, durch den Tag, durch die Nacht, durch den Tag.“ Sie schreiben auf die Plakate: Bauen, bauen, bauen — ich glaube, auch durch den Tag und durch die Nacht. Immer nur bauen, ohne daß Sie eine Vorstellung haben, wo das Ganze enden soll. (*Abg. Staudinger: Bei Rilke ist er gestorben!*)

Dieses „moderne Miet- und Wohnrecht“ enthält die gar nicht neue Forderung, daß der gesamte Instandhaltungszins unbefristet zurückgelegt werden muß. Das heißt, es bleibt dem einzelnen Hauseigentümer überhaupt keine Möglichkeit einer Verfügung über das, was er aus seinem Eigentum einnimmt. Ich verstehe das schon. Das ist einfach die kalte Enteignung des Althausbestandes, die Sie auf Ihre Fahnen geschrieben haben, und was da drinnen steht, ist nur eine ganz konsequente Forderung.

Sie erheben wieder die Forderung nach dem Reparaturausgleichsfonds. Ich hätte mir gedacht, Sie lassen sich etwas Neues einfallen. Die ersten Zeitungsmeldungen über Ihr Programm haben ja hoffen lassen, daß Ihnen hier etwas eingefallen wäre. Aber es ist Ihnen wieder nur das Alte eingefallen. Sie schreiben nach wie vor vom Wohnungstausch, den Sie verlangen. Der Kollege Weikhart hat heute davon schon gesprochen. Das heißt also: Würde heute eine alleinstehende Frau ihre Wohnung ohne Zustimmung des Hauseigentümers tauschen und zieht ein neuer Mieter ein, hat dieser Mieter selbstverständlich das Recht, diese Wohnung wieder auf Kinder und Kindeskinde zu vererben. Das heißt also, Sie wollen die Bestimmungen des Mietrechtsänderungsgesetzes, die wir beschlossenen haben, auf diese Weise durchkreuzen. Daher schreiben Sie auch an den Beginn dieses Kapitels: „Die unsozialen Auswirkungen des Mietrechtsänderungsgesetzes müssen beseitigt werden.“

Das also ist das moderne Miet- und Wohnrecht. Ich muß schon sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wenn man sich etwas näher mit diesem Programm beschäftigt, dann fällt dieser Nimbus, den Sie sich da gegeben haben. Das sind verwaschene Versprechungen, die Sie hier geben, und da, glaube ich, ist es besser, wenn sich die österreichische Bevölkerung am 1. März an jene Leistungen hält, die die Österreichische Volkspartei auf diesem Gebiet schon erbracht hat. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Wallner: Während der Rede des Abgeordneten Dr. Gruber hat ihm der Abgeordnete Horr die Worte zugerufen: Sie sind ein Demagoge! Ich erteile ihm deswegen einen Ordnungsruf.

Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Horr.

Abgeordneter Horr (SPÖ): Meine Damen und Herren! Diesen Ordnungsruf nehme ich sehr gerne zur Kenntnis. Ich hätte nur eine große Bitte an den Herrn Präsidenten: Wenn er das bei einem hört, dann soll er das auch bei allen anderen hören. Denn wenn man von Enteignung spricht und davon, daß es reaktionäre Kräfte bei uns geben würde, das ist dann nicht viel anders. Ich könnte aber noch andere nichtssagende Fragen, die er hier aufgerollt hat, nennen. Aber eines möchte ich zu den Ausführungen des Herrn Dr. Gruber sagen: Entweder hat er so eine ungeheure Angst oder die gesamte Österreichische Volkspartei, denn was er hier gesagt hat, spricht er wohl wirklich aus Angst. Denn bei unserem vernünftigen Programm hat Dr. Gruber selbst festgestellt, daß es immerhin einen sehr wesentlichen Teil gibt; es gibt Gedanken, die er selbst manchmal schon vertreten hat, mit denen er sogar konform geht ... (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Das ist Ihre Meinung. Wir sind der Meinung, wenn man das, was gut ist, als Enteignung, als reaktionär bezeichnet, dann bedaure ich eine Partei, die einen solchen Redner ans Pult bringt!

Bei der Wohnbauförderung haben Sie doch noch einige andere Fragen angeführt. Die Wohnbauförderung gibt es nicht nur in Wien, sondern auch in anderen Ländern. Ich erinnere mich, daß der Landeshauptmann von Niederösterreich Maurer knapp vor den Landtagswahlen erklärte, wie viele Wohnungen in Niederösterreich — er hat die Zahl 11.000 angeführt — gefördert werden. Wir haben Berechnungen durchgeführt und festgestellt, daß es eine Förderung von 62.000 S pro Wohnung gibt. Wir haben auch mit den verschiedensten regionalen Banken gesprochen. Noch niemals in der Zweiten Republik hat es eine so starke Verschuldung der Wohnungssuchenden ge-

Horr

geben, als es derzeit durch die Wohnbauförderung 1968 gibt. Hier kann man denken, wie man will. Tatsache ist, daß der Wohnungssuchende, ob er sich selbständig ein Häuschen baut oder ob er bei einer Genossenschaft oder bei einer Gemeinde eine Wohnung bekommt, noch niemals soviel zahlen mußte, als dies bei der Wohnbauförderung 1968 der Fall ist.

Es wird davon gesprochen, daß in Wien Geld zurückgehalten wird. Wann wird endlich einmal das, was seinerzeit der Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und darüber hinausgehend der Wiederaufbaufonds an Geldern für die Länder gegeben hat, an diese Genossenschaften von den Ländern gezahlt werden? Es gibt heute noch Genossenschaften, die jetzt Zuteilungen bekommen für Wohnhäuser, die bereits seit zwei Jahren bewohnt sind. Wir müssen beim Schulbau feststellen, daß hier dasselbe der Fall ist, Schulen, wo der Unterricht bereits voriges Jahr begonnen hat. Sie sehen also, wie es aussieht.

Ein paar Worte zu dem Artikel der Innung, der hier angeführt wurde. Ich habe das Gefühl, daß der letzte Artikel der Innung ein bestellter Artikel gewesen ist. Ich muß das hier sagen. Denn wenn Sie das ganze Jahr die Bauzeitung lesen und dann feststellen, daß knapp vor der Debatte hier im Hohen Haus auf einmal der erste positive Artikel dieses Jahres erscheint, wo man natürlich in dieselbe Kerbe hineinschlagend wie Doktor Gruber das Programm einer kommenden Wohnbauförderung der SPÖ in Grund und Boden vernichtet, dann können Sie mir nicht verübeln, wenn ich glaube, daß das ein bestellter Artikel ist.

Ich möchte darüber hinaus auch etwas zur Wohnungsverbesserung sagen. Es wurde davon gesprochen, daß man von den 31, 32 Prozent auf Grund von Verbesserungen bereits auf 16 Prozent gekommen ist. Ich sage Ihnen — ich kenne genügend Wohnungen, jeder kann mit mir hingehen —: Das ist alles relativ! Wenn Sie wollen, können Sie morgen wieder den Prozentsatz von 30 und mehr annehmen. Es kommt darauf an, was ich in eine Wohnung einbaue und wie ich es einbaue. Wenn ich die Wasserleitung vor der Tür habe und ich baue sie nun in die Wohnung ein, dann ist das auch eine Verbesserung. Das bedeutet aber noch lange nicht, daß man diese Wohnung wirklich als solche betrachten kann, die den allgemeinen Anforderungen entspricht.

Wenn man von der Verbesserung der Wohnungen spricht, dann soll man auch daran denken, daß der Wohnungsbau vor dem Jahre 1919 — außer den Prunkbauten —, was die Wohnungen selbst anbelangt, wenn Sie wollen,

auch in ländlicheren Gebieten, den Bewohnern nicht sehr günstig war. Sehen Sie sich die Balkonwohnungen an, Tür an Tür, sehen Sie sich darüber hinaus die Gänge mit zwei Toiletten für 16 Familien an, und sehen Sie sich auch die Wasserleitungen an, die es heute noch zu vielen Tausenden gibt. Und wenn Sie sich die Fundamentierungsarbeiten ansehen, werden Sie feststellen, daß man heute vom Boden herauf, aber, wenn Sie wollen, selbst in die Erde hinein, trocken bauen kann, was damals noch lange nicht der Fall war, weil damals erst ab einer gewissen Höhe trocken bauen überhaupt möglich war.

Ich will nicht zu allen diesen Fragen Stellung nehmen; vielleicht noch zu einer einzigen Sache, zum Wasserwirtschaftsfonds, weil dieser besonders hervorgehoben wurde.

Wir haben im Wasserwirtschaftsfonds, bevor man noch über die Milliardengrenze gekommen ist, von Sitzung zu Sitzung unsere Anträge gestellt. Um ehrlich zu sein, muß man auch sagen, daß dort beide großen Fraktionen vom ersten Tag an richtig erkannt haben, daß man nicht nur Häuser bauen soll, sondern auch für Wasserversorgung und Abwässer die notwendigen Einrichtungen schaffen muß. Daher sind laufend gemeinsame Resolutionen mit Empfehlungen an die Regierung beschlossen worden, die dann später ihren Niederschlag gefunden haben.

Es wird auch von den Brücken geredet. Ein Redner der ÖVP hat Melk, Krems, Deutsch Altenburg erwähnt. In Melk und Krems gibt es zwei Bauhütten, und dort arbeiten zwanzig Personen. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* In Deutsch Altenburg, so stellte ich selber fest, ist der Spatenstich knapp vor den Wahlen erfolgt, aber ich sehe nichts, was sich dort sonst weiter abspielt. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)*

Zur Wohnbauforschung, wo wir in Österreich in der Welt tonangebend sein könnten, möchte ich sagen: Sehen Sie sich einmal die Vergaben an. Da gibt es zwei, drei Bevorzugte, und wenn man Einspruch erhebt und fragt, warum und wieso, dann hört man nur: Na ja, die haben ja dieses bekannte Forschungsprojekt. Ich habe mir auch die letzte Liste angesehen und festgestellt, daß man wieder sehr einseitig — was eigentlich die Banken tun sollten — ein Forschungsprojekt genehmigt hat und daß man es an einen Betrieb vergeben hat, von dem ich nur hoffen kann, daß er wenigstens die notwendigsten Forschungsergebnisse für die übrige Bauwirtschaft erarbeitet.

Ich möchte noch andere wichtige Fragen hier anführen. Wann wird es endlich so weit sein, daß man neben den Empfehlungen in Österreich einheitlich bauen kann? Wir haben

14604

Nationalrat XI. GP. — 170. Sitzung — 17. Dezember 1969

Horr

in der Nähe von Schladming einen kleinen Bau mitten in der Planung. Auf einmal kommt der Architekt und sagt: Wir müssen eine Änderung vollziehen; es muß ein Luftschuttkeller eingebaut werden. — In Niederösterreich brauchen wir noch keinen Luftschuttkeller, aber in der Steiermark brauchen wir einen. (*Abg. Dr. Gorbach: In Niederösterreich ist das ein Weinkeller!*) Das ist dann nur für die Herren aus der Landwirtschaft, die wissen, wo der Weinkeller ist. — Ich möchte die Frage stellen: Wann wird man endlich dazu kommen, wenigstens so weit eine Absprache durchzuführen, daß nicht in jedem Land eine andere Bauordnung existiert? Das kann schon allein für die Vorbereitung nicht sehr günstig sein.

Noch einige andere Fragen, die zwar nicht direkt, aber doch indirekt zu dem Problem des Bauens gehören: die Frage der Fremdarbeiter, die Frage der Unterkünfte, die Frage der Schlechtwetterregelung.

Man hat heute so groß von dem derzeit niedrigsten Stand der Arbeitslosen gesprochen. Ich habe schon voriges Jahr Gelegenheit gehabt, der Frau Minister Rehor den Stand der Arbeitslosen mitzuteilen. Ich stelle heute fest, daß wir allein von Ende Oktober bis Ende November eine Zunahme um 26,2 Prozent oder um 12.388 Personen hatten; am Stichtag 15. 12. gab es in Niederösterreich allein im Bau- und Holzgewerbe und Steingewerbe, das dazugehört, rund 4000 Arbeitslose, davon allein über 3000 in der Bauwirtschaft.

Warum meine Damen und Herren? Deshalb, weil für die Bauwirtschaft, was die Ausbildung der jungen Menschen anbelangt, fast nichts geschieht. Wenn ich Ihnen sage, daß im Jahre 1959 von 206.000 Beschäftigten fast 17.000 Lehrlinge waren und im Jahre 1969 von 195.000 Beschäftigten 10.270 Lehrlinge sind, dann werden Sie selbst dieses starke Absinken erkennen. Dieses Absinken der Zahl der jungen Menschen, das jetzt gegeben ist, ist deshalb zu verzeichnen, weil — man kann noch immer auf Baustellen gehen, wo man will — zwei Drittel der Baustellen in Österreich den Anforderungen einer vernünftigen Unterbringung ganz einfach nicht entsprechen. Die Arbeiten werden allerdings vergeben. Ich weiß schon, man könnte sagen, das gehört zum Sozialministerium, aber weil das eben in einen Zusammenhang damit zu bringen ist, bin ich der Meinung, daß dieses Problem genauso das Ministerium für Bauten und Technik interessieren müßte.

Die Führungskräfte werden in der Bauhandwerkerschule ausgebildet, aber die Vervollkommnung der Ausbildung über die Berufsschule hinaus ist ganz einfach nicht gegeben, es besteht nur die private Kurstätigkeit in den Berufsförderungsinstituten oder im Wirtschaftsförderungsinstitut.

Nun zur Schlechtwetterregelung. Auch hier könnte man sagen, das Sozialministerium wäre zuständig. Aber auch hier hätte das Bautenministerium einen berechtigten Anspruch, mitzureden.

Was müssen wir feststellen, wenn die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer sich einmal zusammensetzen und einen vernünftigen Vorschlag unterbreiten? — Er wird negiert und ganz einfach überhaupt nicht erledigt. Es wird notwendig sein, eine gewisse Vereinheitlichung durchzuführen, neben der Vereinheitlichung die Ausdehnung der Sommerstunden; man müßte die Frage der Hebestunden behandeln, also das Aufwerten. Man könnte Stunde um Stunde in der Woche aufwerten; auch das ist berücksichtigungswert, denn sonst passiert es, daß die nach zwei, drei Stunden nach Hause gehen, und mittags — wie es oft der Fall ist — wird es dann schön. Aber noch stärker wie etwa diesen Sommer, wo es fast keine Schlechtwetterstunden gegeben hat, könnte man die nicht verfallenen Schlechtwetterstunden des Sommers in den Winter verlegen, also in die zweite Periode. Das durchzuführen ebenso wie auch den Vorschlag der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, den Beitrag auf 1,2 Prozent zu erhöhen, wäre meiner Überzeugung nach eine absolute Notwendigkeit, und damit würde sicherlich Verschiedenes erreicht werden.

Ich habe noch ein paar Fragen zur Arbeitsmarktverwaltung, über die ich vorher bereits etwas gesagt habe und zu der ich nur feststellen will, daß die Statistik im Berichtszeitraum vom 1. 1. bis 15. 11. über die Ersuchen der Arbeitsmarktverwaltung null Fälle und über Ersuchen von schulischen Einrichtungen 52 Fälle aufweist. Immerhin bei 180.000 Beschäftigten, bei denen fast ein 80prozentiger Rückstand, eine rückläufige Bewegung beim Nachwuchs gegeben ist, ist das eine sehr, sehr schlechte Frequenz.

Ich komme zu den Fremdarbeitern. Diese Woche ist einmal davon gesprochen worden, daß die Fremdarbeiter deshalb nicht nach Österreich kommen, weil wir nicht die notwendigen Kontingente genehmigen. Wir haben Kontingente von etwa 15.000 genehmigt, und es fehlen noch immer einige hundert. Ich darf die Zahlen von 1967 anführen, wo 21.150 genehmigt wurden und nur 19.000 nach Österreich gekommen sind, von 1968, wo von zirka 15.000 nur 14.000 nach Österreich gebracht werden konnten, und von 1969, wo 15.000 genehmigt wurden und 14.300 nach Österreich kamen. Hier ist festzustellen, daß wir natürlich jetzt, wo wir selbst im eigenen Land bereits Arbeitslose haben, keine Genehmigung geben können. Es wird jeder verstehen, daß man, wenn man in der eigenen Bevölkerung arbeitslose Fach-

Horr

arbeiter hat, keine Arbeitsmöglichkeit für fremde Facharbeiter schaffen kann. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Das kommt davon, weil Sie nicht hier waren und das nicht gehört haben. Für Sie, gerade für Sie als Unternehmer werde ich das nicht zweimal sagen. Sie können es nachlesen. (*Der Präsident übernimmt den Vorsitz.*)

Noch ein paar Worte zur Winterarbeitslosigkeit. Ich habe die Zahlen der Winter 1966, 1967, 1968 und 1969 bei mir, und ich muß für das gesamte Baugewerbe feststellen, daß die Winterarbeitslosigkeit ganz besonders stark zugenommen hat. Währenddem wir 1966 21 Prozent oder fast 44.000 Winterarbeitslose hatten, waren es 1967 19 Prozent, 1968 25 und 1969 — das ist die angeblich „rückläufige“ Bewegung — 27,2 Prozent oder 54.648 arbeitslose Bauarbeiter. Das sind die tatsächlichen Zahlen. Ich möchte Ihnen darüber hinaus sagen, daß es dieses Jahr nicht anders sein wird, denn wir haben diese Woche einen starken Zugang. Ich muß also noch einmal feststellen, daß man auf dem Gebiet des Arbeitsmarktes nicht allzuviel getan hat.

Bei der PAF — also bei der Produktiven Arbeitslosenfürsorge —, die im Einvernehmen mit dem Sozialministerium durchgeführt wird — wir reden ja immer davon, daß wir in Österreich eine Verwaltungsreform brauchen —, wäre es sehr leicht, eine solche Verwaltungsreform durchzuführen, denn dort werden zwar die Gelder, die Gesamtsummen, in dem Fall 81 Millionen Schilling, angegeben, aber dann werden, weil es eben gewisse Schwierigkeiten gibt, nur 63 Millionen genehmigt.

Wenn man die Anzahl der geförderten Personen betrachtet, dann ist das immerhin die sehr stattliche Anzahl von 46.751 Personen oder vom derzeitigen Stand an Beschäftigten immerhin 37 Prozent.

Sie sehen, meine Damen und Herren — ich habe einige Beispiele dafür angeführt —, wie wichtig es ist, daß man endlich zu einer vernünftigen Lösung, und zwar zu einer gemeinsamen Lösung, sei es in der Frage der Produktiven Arbeitslosenfürsorge, sei es in der Frage des Nachwuchses im Baugewerbe, sei es in der Frage der Schlechtwetterregelung, kommt, wenn Sie wollen, auch in der Frage der Löhne, denn es wird immer wieder davon gesprochen, wieviel man angeblich im Baugewerbe verdient.

Ich habe hier den letzten Stand der kollektivvertraglichen Löhne des Baugewerbes. Danach verdient der Polier 828 S in der Woche, der Facharbeiter nach dem vollendeten ersten Gehilfenjahr 16,65 S die Stunde, angelernte Bauarbeiter etwas weniger.

Solche angelernte Bauarbeiter werden ja immer mehr gebraucht. Dazu könnte die Forschung, gerade was die Vorfabrikation auf dem Wohnungssektor anbelangt, ihren Teil beitragen. Ich will hoffen, daß die Firma, die damit betraut wurde, die notwendigen Unterlagen dafür liefert, denn in unserem kleinen Land Österreich haben wir neun verschiedene Fabrikationen. Das leistet sich nicht einmal das große Deutschland, das leistet sich Schweden nicht und, wenn Sie wollen, auch andere Länder nicht, die ich hier gar nicht anführen will.

Es liegt also im argen bei der Bauwirtschaft, und wenn hier große Prognosen gestellt werden, dann mache ich darauf aufmerksam, daß die Erfüllung dieser Prognosen nur dann möglich sein kann, wenn man beginnt, die Fragen der Unterkünfte, der Löhne, der Schlechtwetterregelung und die anderen wichtigen Fragen zu regeln. Ansonsten befürchte ich, daß diese Prognosen — die an und für sich ja nicht immer zutreffen müssen — auf keinen Fall zutreffen werden.

Einzelfragen möchte ich hier nicht mehr angehen; ich möchte nur sagen, daß die Arbeiter in diesen Berufsgruppen äußerst schlecht gestellt sind. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Ing. Helbich. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Ing. Helbich (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich heute einmal mit der Rentabilität des österreichischen Autobahnbaues beschäftigen. Über die Notwendigkeit des Autobahnbaues in Österreich gibt es ja keinerlei Meinungsverschiedenheiten, denn überall im ganzen Land, in allen Bundesländern, wo man hinkommt, wird der Bau der Autobahnen gefordert, er soll forciert werden, er soll zügiger gemacht werden. Wir müssen es auch tun. Alles, was möglich ist, wird getan, denn es kommt eine große Motorisierungswelle auf uns zu, die bewirken wird, daß sich die Zahl der Kraftfahrzeuge bis zum Jahr 1980 verdoppelt. Auf diesen Tag, der ja in zehn Jahren kommen wird, müssen wir uns vorbereiten, und da muß noch manches geschehen.

Ein unzulängliches Straßennetz wirkt sich auf ein mögliches Wirtschaftswachstum und einen steigenden Wohlstand hemmend aus. Daher müssen wir alles tun, daß von dieser Seite keinerlei Schwierigkeiten zu erwarten sind.

Schauen wir uns einmal den Nutzen eines ausgebauten Straßennetzes in Österreich an. Man bekommt erstens verringerte Betriebskosten. Das heißt, wenn es möglich ist, die Lastkraftwagen und die Personenkraftwagen von den Bundesstraßen B auf die Bundes-

14606

Nationalrat XI. GP. — 170. Sitzung — 17. Dezember 1969

Ing. Helbich

straßen A zu bringen, gibt es bedeutende Betriebseinsparungen bei Treibstoff und bei Reifen. Der Zeitaufwand verringert sich sehr stark. Wenn man bedenkt, daß man noch vor wenigen Jahren von Salzburg nach Wien fünf Stunden gefahren ist und es jetzt in drei Stunden bewältigen kann, so sieht man, daß hier gewaltige Einsparungen gegeben sind. Auch die Unfallkosten können bedeutend gesenkt werden. Wir wissen, daß auf gut ausgebauten Straßen bedeutend weniger Unfälle passieren als auf noch nicht ausgebauten Straßen. Die Amortisationskosten für Fahrzeuge bewegen sich in sehr hohen Beträgen. Wir wissen, daß jährlich für 5 Milliarden Schilling Fahrzeuge aller Art, also Personenkraftwagen, Lastkraftwagen und so weiter, importiert werden. Es ist daher nicht gleichgültig, ob diese Fahrzeuge auf schlechten oder auf guten Straßen fahren. Außerdem kann das Transportvolumen auf guten Straßen erhöht werden, ebenso kann sich die Umschlaghäufigkeit bei Lastkraftwagen bedeutend erhöhen. Nicht zuletzt wird der Fahrkomfort besser. Es ist ja nicht gleichgültig, wenn man von Innsbruck nach Wien fährt, ob man dann dort wie gerädert am Ziel ankommt, oder in einer Verfassung, daß man seinen Verpflichtungen in bester Kondition, wenn ich so sagen darf, nachgehen kann.

Eine Untersuchung der Technischen Hochschule in Berlin hat ergeben, daß bei Straßen, wo die Neigungen von 4 auf 2 Prozent gesenkt werden konnten, eine Treibstoffersparnis von 30 Prozent bei Lastkraftwagen und von 10 Prozent bei Personenkraftwagen eintreten kann.

Neue Straßen, die nun in Österreich angelegt werden, haben Kurvenhalbmesser zwischen 700 und 1000 Meter. Wenn nun ein Halbmesser von 700 auf 350 Meter gesenkt wird, also die Kurven enger werden, so liegen die Mehrkosten bei Treibstoff und Reifen bei 6 Prozent, wenn der Halbmesser von 350 auf 225 Meter verringert wird, so betragen diese Mehrkosten 10 Prozent und unter 115 Meter sogar 20 Prozent.

Wir sehen daher, daß die moderne Trassenführung von ganz entscheidender Bedeutung ist, und in unserem gebirgigen Land Österreich, wo es viele Steigungen und viele Kurven gibt, ist daher ein großzügig ausgebautes Straßennetz von besonderer Bedeutung.

Eine deutsche Untersuchung hat ergeben, daß die Treibstoffersparnis — ich komme noch dazu, wieviel Treibstoff in Österreich verbraucht wird — in Deutschland, wenn man von einer Landstraße auf eine Autobahn übergeht, rund 30 Prozent und die Zeitersparnis 27 Prozent beträgt. Bei Stadtautobahnen waren nach der Untersuchung aus Deutschland, wenn

es also möglich war, den Verkehr aus dem normalen Stadtverkehr auf eine Stadtautobahn herauszubringen, diese Einsparungen bis zu 100 Prozent.

Es ist daher höchst wahrscheinlich, daß man, wenn es möglich ist, den überwiegenden Verkehr in einem begrenzten Zeitabschnitt von den Bundesstraßen B auf die Bundesstraßen A zu bringen, dadurch eine Treibstoffersparnis allein von 30 Prozent erzielen könnte. Wenn man bedenkt, daß im Jahre 1968 bei LKWs der Dieselölverbrauch 2,7 Milliarden, daß der Benzinverbrauch 6,6 Milliarden Schilling betrug, also zusammen rund 9,3 Milliarden, dann wäre die theoretische Ersparnis rund 3 Milliarden Schilling.

Aber nicht nur beim Benzinverbrauch und Dieselölverbrauch, sondern auch beim Reifenverbrauch wirken sich natürlich großzügiger ausgebaute Straßen stark aus. In Belgien zum Beispiel hat eine Untersuchung ergeben, daß ein um 50 Prozent geringerer Reifenverbrauch festzustellen ist, wenn es gelingt, den Verkehr auf gut ausgebaute Straßen zu bringen. In England kommt man sogar zu höheren Zahlen.

Wir wissen, daß der Reifenverbrauch in Österreich im vergangenen Jahr rund 1 Milliarde Schilling ausmachte. Es wäre daher eine angenommene Ersparnis von 30 Prozent gleich 300 Millionen Schilling.

Bei gut ausgebauten Straßen sind natürlich auch die Reparaturkosten bedeutend geringer. Wie ich schon erwähnt habe, sind die Importe von allen Fahrzeugen in Österreich sehr groß. Im Vorjahr wurden allein Ersatzteile für 650 Millionen Schilling aus dem Ausland hereingebracht. Bei besseren Straßen würden auch auf diesem Gebiet weniger Importe benötigt werden.

Sehr wichtig ist auch die Amortisation bei allen Kraftfahrzeugen. Man stellt fest, daß zwei Drittel der Wertminderung der Kraftfahrzeuge auf Grund des Verbrauches eintreten. Wenn also ein Kraftfahrzeug auf schlechten Straßen fährt, erleidet es natürlich eine größere Entwertung als auf guten Straßen. Nur ein Drittel der Amortisationskosten ist auf die Alterung, wenn ich so sagen darf, zurückzuführen.

Eine amerikanische Untersuchung hat ergeben, daß die Lebensdauer von Kraftfahrzeugen bedeutend ansteigt. Schwere PKWs haben eine Lebensdauer von nicht mehr sieben, sondern von zehn Jahren. Mittlere PKWs weisen eine Steigerung von sechs auf zehn Jahre auf und leichte PKWs, die also am empfindlichsten sind, eine solche von fünf auf zehn Jahre auf. Wenn wir bedenken, daß ja bei uns hier große Importe stattfinden,

Ing. Helbich

so kann es nicht gleichgültig sein, wie der Straßenzustand in Österreich ist. Im Jahre 1968 importierten wir um 3938 Millionen Schilling Personenkraftwagen, um 733 Millionen Lastkraftwagen, um 108 Millionen Spezialfahrzeuge sowie um 105 Millionen Omnibusse; zusammen sind das 4884 Millionen Schilling. Wenn wir nun den amerikanischen Vergleich zugrunde legen und annehmen, daß die Amortisation von sieben auf zehn Jahre steigen würde, so wäre das allein eine Einsparung auf diesem Sektor von 300 Millionen Schilling im Jahr.

Wenn wir untersuchen, wer denn die Personenkraftwagenbesitzer in Österreich sind, so stellen wir fest, daß sie in überwiegendem Maße den Arbeitnehmern zuzuzählen sind, die zu ihren Arbeitsplätzen und sonst unterwegs sind. 1956 waren nur 37 Prozent Arbeitnehmer, 1968, also zwölf Jahre später, sind es bereits 66 Prozent, und 1980 werden es 70 Prozent sein. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika sind 82 Prozent der Personenkraftwagenbesitzer Arbeitnehmer.

Nun zählen wir das zusammen und rechnen das bei einem Personenkraftwagen mit einem Kubikausmaß zwischen 1000 und 1500 cm³ bei einer Fahrleistung von rund 15.000 km pro Jahr durch. Was macht hier die Kostenersparnis aus? Die Betriebskosten des Jahres betragen: Amortisation 5962 S, Treibstoff 5756 S, Öl 575 S, Reifen 416 S, Wartung 3993 S. Das ergibt zusammen 16.703 S Jahreskosten bei 15.000 km Fahrleistung. Das ist ein Durchschnittssatz von 1,12 S. Und wenn wir einen Durchschnitt der vorher erwähnten Einsparungen nehmen, so können wir 30 Prozent sagen, das wären 34 Groschen. Wenn nun 30 Prozent von 16.000 S rund 5000 S ausmachen und wir 1 Million PKWs haben, so müssen wir feststellen, daß die theoretische Einsparung für die österreichische Volkswirtschaft 5 Milliarden Schilling beträgt.

Wie schaut das nun bei den Lastkraftwagen aus? Die Kosten bei den LKW betragen: Treibstoff 0,84 S, Reifen 0,55 S, Wartung 0,74 S, Amortisation 0,47 S, Summe des LKW-Aufwandes pro Kilometer 2,60 S. Einsparung 29 Prozent. Nach dem gleichen Verfahren kann man feststellen, daß 76 Groschen Einsparung gegeben sind. Wenn man das mit 40.000 km multipliziert und mit 80.000 LKW, die es in Österreich gibt, wäre eine theoretische Ersparung von 2,4 Milliarden Schilling gegeben. 5 Milliarden Schilling bei PKW, 2,4 Milliarden Schilling bei LKW, also zusammen 7,4 Milliarden Schilling, wenn es möglich wäre, den Verkehr von Bundesstraßen B oder Landesstraßen auf Bundesstraßen A zu bringen. Also gewaltige Beträge, die hier aufscheinen!

Zeit ist Geld, und die Zeitkostenersparnis ist überall in den benachbarten Ländern und Staaten und auch in Amerika von immer größerer Bedeutung. Ich sagte schon, daß die Zeitkostenersparnis allein auf der Strecke zwischen Salzburg und Wien etwa 40 Prozent beträgt.

Einer französischen Untersuchung zufolge ist die Ersparnis dort, wenn es möglich ist, von den Landesstraßen auf die neuausgebauten Autobahnen zu kommen, zwischen 30 Prozent und 70 Prozent. Man nimmt an, daß in unserem gebirgigen Gelände in Österreich, wenn die Autobahnen, die beschlossen sind, langsam ihrer Verwirklichung entgegengehen, die Zeitersparnis rund 30 Prozent beträgt.

Eine Untersuchung in den Vereinigten Staaten hat ergeben, daß 60 Prozent der Kraftfahrzeugbesitzer die Autobahnen in den Vereinigten Staaten deswegen wählen, um Zeit zu sparen, und nur 5 Prozent nehmen die Autobahn wegen der Sicherheit.

Wir haben daher auf den österreichischen Autobahnen der Sicherheit eine besondere Bedeutung beigemessen. In Amerika versuchte man einmal, ein Sicherheitsauto zu erzeugen. Das heißt, es war besonders ausgerüstet. Wenn etwas passieren sollte, dann sollte möglichst wenig Personenschaden entstehen. Dieses Sicherheitsauto, von dem man glauben sollte, wo doch Tausende und Zehntausende Verkehrstote in Amerika zu beklagen sind, daß es gerade dort ein besonderes Bedürfnis wäre, ist fehlgeschlagen. Dieses Sicherheitsauto war fast unverkäuflich, und man hat die Produktion wieder eingestellt.

Man hatte bei diesem Auto Bleche verwendet gehabt, die besonders günstige Schrumpfungerscheinungen gehabt haben. Man hat besondere Glasarten verwendet, die besonders blindarm waren und eine splitterfreie Wirkung hatten. Man hat das Lenkrad elastisch konstruiert, damit bei einem bestimmten Druck das Lenkrad nachgeben kann. Man hätte besondere Polsterungen am Dach und an der Stirnseite des Autos vorgesehen gehabt, um elastischer zu sein, wenn es eben zu einem Zusammenstoß kommt.

Man hat dann gefragt: Was wollen die Amerikaner denn eigentlich für ein Auto? Es wurde erklärt: Sie wollen ein sportliches Auto haben, sie wollen ein schnelles Auto haben, sie wollen ein rasantes Auto haben, und sie wollen ein europäisches Auto haben.

Daher ist es, glaube ich, unsere Pflicht, daß wir hier alles tun, um für die Sicherheit auf den österreichischen Straßen zu sorgen. Es darf kein Geld gescheut werden, um Leitschienen, Markierungen, griffige Fahrbahnoberflächen,

14608

Nationalrat XI. GP. — 170. Sitzung — 17. Dezember 1969

Ing. Helbich

Leitpflöcke, Randstreifen und so weiter zu errichten, um die Sicherheit auf den Straßen besser zu gestalten.

Ich darf nun noch ganz kurz einen Blick auf die Unfallkosten werfen. Mancher wird vielleicht sagen: Na ja, über Unfallfolgekosten soll man eigentlich nicht reden, das ist ja traurig. Man kann doch nicht berechnen, was ein Toter oder ein Verletzter womöglich kostet. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit hat aber eine diesbezügliche Berechnung angestellt, die besagt: Wenn man einen Verkehrstoten mit 500.000 S, einen Verletzten mit 100.000 S und einen Unfall mit Sachschaden mit 10.000 S bewertet, so würde man, da sich zum Beispiel im Jahr 1967 über 100.000 Verkehrsunfälle mit 2100 Toten und über 68.000 Verletzten ereigneten, hier zu Kosten von 10 Milliarden Schilling kommen, die bei den Unfällen auf den österreichischen Straßen entstanden sind.

Wenn wir nach Deutschland hinausgehen, so sehen wir, daß wir dort ähnliche Zahlen haben. Allein im Jahre 1966 waren die Unfallfolgekosten in Deutschland 7 Milliarden D-Mark, und im Jahre 1967 waren sie 10 Milliarden D-Mark oder rund 70 Milliarden Schilling.

Der Einfluß von gut ausgebauten Straßen auf die Unfälle hat eine ganz entscheidende Bedeutung. Denn wir stellen fest, daß pro einer Million gefahrener Kraftfahrzeugkilometer auf der Autobahn 0,42 Unfälle entstehen und auf den Bundesstraßen B 2,15. Also wir haben auf den Bundesstraßen B eine fast rund fünfmal so hohe Unfallhäufigkeit als auf den Autobahnen. Daher müssen wir alles tun, um das hier weiter zu forcieren. Das Hohe Haus wird also nach dem 1. März 1970 sich damit zu beschäftigen haben.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Die möglichen Kostenersparnisse können bei Betriebskosten, Zeitkosten und Unfallkosten bei einem PKW rund 76 Groschen und bei einem LKW rund 2,11 S betragen. Das sind gewaltige Beträge! Wenn wir das nun sehen und das mit der PKW-Anzahl und mit der Anzahl der Lastkraftfahrzeuge multiplizieren, so stellen wir fest, daß wir bei allen drei Sparten — Betriebskosten, Zeitkosten und Unfallkosten — bei den PKW auf eine Einsparung von fast 15 Milliarden Schilling und bei den LKW zu einer theoretischen Zahl von 6 Milliarden Schilling kämen.

Wir wissen, daß das 100 Prozent wären. Aber wenn man nur 20 Prozent nimmt, so wären es 4 Milliarden Schilling. Wenn wir die Wahrscheinlichkeit nur mit 10 Prozent annehmen, so sind es 2 Milliarden Schilling. Und 5 Prozent wären sogar noch 1 Milliarde Schilling. Wir sehen: Hier liegt also wahnsinnig viel darinnen.

Tun wir daher alles, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren, um den Straßenbau in der Zukunft zu fördern! Wir werden uns im Frühjahr nächsten Jahres damit zu beschäftigen haben. Denn ein volkswirtschaftliches Vermögen liegt in den Straßen und liegt — wenn Sie wollen — auf den Straßen. Wir haben diese Situation zu erfassen.

Wollen wir daher alles tun, auf besseren Straßen in eine bessere Zukunft zu fahren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Melter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Melter (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Ing. Helbich hat als Vorredner festgestellt, daß alle drei Fraktionen in diesem Hohen Haus den Wunsch zum Ausdruck gebracht hätten, der Straßenbau und insbesondere der Autobahnbau mögen noch zügiger fortgeführt werden, als dies derzeit der Fall ist. Wir Freiheitlichen bekräftigen diese Äußerung des Herrn Ing. Helbich von ganzem Herzen.

Wir haben auch dadurch unter Beweis gestellt, daß wir für den Autobahnbau in Österreich eintreten, daß unser Abgeordneter Gustav Zeillinger zwei Anträge bezüglich einer zusätzlichen Finanzierung der Brennerautobahn-AG eigenhändig unterschrieben hat, mit Kollegen von den beiden anderen Fraktionen.

Nun hat der Abgeordnete Regensburger die Gelegenheit benützt, in Abwesenheit des Abgeordneten Zeillinger (*Abg. Regensburger: Was kann ich dafür, wenn er nicht da ist!*) hier einige Äußerungen von dieser Stelle aus zu machen (*Abg. Regensburger: Ist es vielleicht meine Schuld, wenn er nicht da ist? — Weitere Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen*) und einen Angriff gegen eine Person zu starten, die sich nicht zur Wehr setzen kann. (*Zwischenrufe der Abg. Suppan und Regensburger.*) Herr Abgeordneter Regensburger! Sie haben so viele Leute in diesem Hohen Haus und Sie haben Hilfskräfte in den Gängen und in den Kanzleien dieses Hauses und auch außerhalb dieses Hauses, die Sie sehr schnell informieren können, und zwar über verschiedene Unterlagen und Zusammenhänge, sodaß Sie jederzeit die Möglichkeit haben, allfällige von Ihnen als unsachlich bezeichnete Angriffe zu widerlegen.

Wenn Sie aber hierherkommen und nur einen einzigen Brief des Herrn Hofrates Dr. Dultinger zitieren, der eine Entgegnung durch den Abgeordneten Zeillinger erhalten hat, so ist das eine einseitige Information dieses Hohen Hauses und demzufolge nicht

Melter

zielführend. Ich muß mir deshalb erlauben, Ihnen einiges aus dem Entgegnungsbrief auch zur Kenntnis zu bringen. (*Abg. Regensburger: Das ist dann genau so einseitig!*) Nein, ich habe beide Briefe ... (*Weitere Zwischenrufe.*)

Präsident: Also bitte! Diese Debatte hat ja keinen Zweck. Am Wort ist der Abgeordnete Melter.

Abgeordneter **Melter** (*fortsetzend*): Jedenfalls darf ich Sie darauf aufmerksam machen, Herr Abgeordneter Regensburger, daß es der Präsident dieses Hauses, Herr Dr. Maleta, für notwendig befunden hat, den Herrn Dr. Dultinger, einen Mann, der jahrelang eine hohe Position in einer Behörde dieses Staates bekleidet hat, darauf aufmerksam zu machen, daß er verschiedene Bestimmungen der Geschäftsordnung mißachtet hat. (*Abg. Regensburger: Das hat mit dieser Sache überhaupt nichts zu tun!*) Das hat damit zu tun, Herr Regensburger! (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Regensburger.*)

Präsident: Bitte, meine Herren! Wer hier sprechen will, der kann sich ja dann zum Wort melden.

Abgeordneter **Melter** (*fortsetzend*): Das hat ganz eindeutig damit zu tun, weil Doktor Dultinger unter Umgehung dieser Geschäftsordnungsvorschriften den Versuch unternommen hat, die Öffentlichkeit einseitig zu informieren unter Heranziehung von Äußerungen und Meinungen, die vertraulich verhandelt worden sind. (*Abg. Dr. van Tongel: Brennerautobahn! — Abg. Staudinger: Greifen Sie jetzt jemanden an?*)

Aus dem Brief des Herrn Präsidenten Maleta darf ich Ihnen zitieren. Sie werden ja nicht behaupten wollen, daß Dr. Maleta zur freiheitlichen Fraktion gehört. Dr. Maleta hat geschrieben:

„Die im Rahmen des Artikels aufgestellten Behauptungen, wonach ‚es dem Unterausschuß gelungen sei, in allen Punkten die Aussage des Rechnungshofes zu entkräften‘ stellen daher einen Bruch der Vertraulichkeit der Verhandlungen des Unterausschusses dar, der umso schwerer wiegt, als es den durch die Vertraulichkeit der Beratungen gebundenen Mitgliedern des Unterausschusses nicht möglich ist, zu den in dem Artikel aufgestellten Behauptungen Stellung zu nehmen.“ (*Abg. Regensburger: Das waren doch die Beratungen im Rechnungshofausschuß!*)

Diese Behauptungen des Generaldirektor-Stellvertreters der Österreichischen Bundesbahnen basieren nicht auf Tatsachen, sondern sind eine Entstellung. Denn der Rechnungshofunterausschuß hat jedenfalls festgestellt,

daß die Erhebungen des Rechnungshofes sachlich gerechtfertigt und die Kritiken angemessen waren. (*Abg. Regensburger: Nur am Rande!*) Nein, eben nicht am Rande, sondern dort, wo es wesentlich ist! (*Abg. Regensburger: Nein!*) Ganz eindeutig. Dafür könnte man, wenn sie nicht an die Vertraulichkeit gebunden wären, die Mitglieder des Unterausschusses als Zeugen führen. Aber Sie wissen ganz genau, daß Sie hier das Gegenteil behaupten können, weil eben andere sich eher an die Vorschriften halten als Ihre Gewährsleute. (*Abg. Regensburger: Sagen Sie vielleicht, daß Dr. Dultinger unser Gewährsmann ist?*) Ich weiß nicht, ob er auch dem ÖAAB angehört. Bisher wußte man nur, daß der dem BSA angehört. (*Heiterkeit. — Abg. Dr. van Tongel: Der um schwarze Hilfe geworben hat!*)

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Also bitte, meine Damen und Herren! (*Abg. Staudinger: Sie sind so empfindlich, wenn Leute zitiert werden, die nicht im Hause sind, aber ...!*)

Abgeordneter **Melter** (*fortsetzend*): Herr Abgeordneter Staudinger! Ich habe keine Behauptungen aufgestellt. Aber die Möglichkeit als solche besteht; insbesondere dann ... (*Abg. Regensburger: Herr Abgeordneter Melter, wenn es um die Ehre eines Menschen geht, stehen wir auch für einen Sozialisten ein!*) Das ist sehr schön von Ihnen, aber dann dürfen Sie nicht gleichzeitig die Ehre eines anderen mit unsachlichen Äußerungen angreifen. (*Beifall bei der FPÖ.*) Sonst qualifizieren Sie sich sehr schlecht als Moralhüter. (*Abg. Regensburger: Stellen Sie einmal den Brief des Abgeordneten Zeillinger an Dr. Dultinger seinen Ausführungen vom 19. November gegenüber!*) Ich darf aus dem Brief des Herrn Dr. Dultinger jetzt etwas zitieren. Auf Seite 4 schreibt er:

„Die Abneigung gegen die Osttrasse hat einen viel weniger wissenschaftlichen Grund: sie geht bei einigen Leuten darauf zurück, daß sie an der Seetrasse ... Geld verdient hätten.“ — Das ist eine Feststellung des Herrn Dr. Dultinger.

Ich frage Sie: Wer hat Geld verdient? Wer hat mehr Geld verdient deshalb, weil die nun vom Herrn Dr. Dultinger ausgewählte Trasse 32 Millionen Schilling mehr gekostet hat? Das ist jetzt die spezielle Frage, die ich an Sie richte. Also bei einem größeren Gesamtaufwand wird wahrscheinlich der Verdienstanteil ebenfalls entsprechend größer gewesen sein.

Aber es waren nicht die Leute, die man hier durch Herrn Dr. Dultinger ebenfalls

14610

Nationalrat XI. GP. — 170. Sitzung — 17. Dezember 1969

Melter

angegriffen hat. (*Abg. Regensburger: Das ist eine glatte Verdrehung!*)

Präsident: Also bitte, meine Herren! Diese Zwiegespräche sind ja wirklich zwecklos, vielleicht sprechen wir jetzt zur Sache. (*Abg. Dr. van Tongel: Was heißt „Zwiegespräche“? Melter ist am Wort!*) Jetzt spreche ich! Es kann sich dann der Abgeordnete Regensburger zum Wort melden.

Abgeordneter **Melter** (*fortsetzend*): Jedenfalls steht dem Abgeordneten Regensburger eine Durchschrift des Schreibens des Herrn Dr. Dultinger an den Abgeordneten Zeillinger zur Verfügung. Er kann ja dort nachlesen, was ich hier zitiert habe. Das ist eindeutig aus diesem Brief heraus, ohne Aussprachefehler, ohne Entstellung, ohne Weglassung.

Der Herr Dr. Dultinger schreibt auf Seite 5: „Und wenn Sie von drei Professoren sprechen, die vor der Osttrasse warnten, so muß ich nochmals sagen: Niemand hat vor der Osttrasse gewarnt, sondern es ist lediglich mehrfach festgestellt worden, daß man die Seetrasse für ausführbar halte.“

Dem darf ich gegenüberstellen aus dem Brief Zeillinger, Seite 4. Dort wird darauf hingewiesen, daß der anerkannte Münchner Professor Dr. Jelinek am 23. August 1968 folgendes ausgeführt hat (*Abg. Regensburger: Herr Kollege Melter, sagen Sie bitte auch, wer Professor Jelinek bestellt hat!*):

„Sehr geehrter Herr Kollege, besten Dank für Ihr Schreiben vom 25. Juni 1968 mit Ihrer Stellungnahme an die Brennerautobahn-AG und mit dem Bericht von Professor Dr. Fritsch vom 24. Juni 1968.

Mit großem Interesse habe ich diesen abschließenden Bericht gelesen und bin in meinem Eindruck bestärkt worden, daß keinerlei technische oder wirtschaftliche Gesichtspunkte für die nun anscheinend endgültig gewählte Osttrasse sprechen. Da mir auch keine verkehrspolitischen Gründe bekannt sind, kann ich nur annehmen, daß es allgemein politische Gründe sein müssen, die die Brennerautobahn-AG zur Wahl dieser Trasse veranlaßt haben. Vielleicht steht noch zu viel Geld zur Verfügung, mit dem man noch ein paar Kunstbauwerke mehr unterbringen wollte?“

Das ist einem Schreiben eines anerkannten internationalen Fachmannes auf dem Gebiete des Verkehrswesens zu entnehmen, der keinerlei finanzielle Interessen in diesem Zusammenhang vertreten hat. Das ist also eine eindeutige Kritik ... (*Abg. Regensburger: Sagen Sie, Herr Kollege Melter, auch, wer den Professor Jelinek bestellt hat?*) Herr Regensburger! Hier wollen Sie also andeuten, daß derjenige, der bestellt, auch die Richtung

des Gutachtens bestimmt. Damit deklassieren Sie auch das Gutachten, das der Hofrat Dr. Dultinger für die jetzt inkriminierte Hangtrasse eingeholt hat. Sie sind es also, der hier Sachverständige diskriminiert, indem Sie ihnen unterstellen, daß sie das Gutachten so abgeben, wie der es wünscht, der es bezahlt. (*Abg. Dr. Mussil: Das hat er überhaupt nicht gemacht! — Abg. Regensburger: Vier Sachverständige!*) Das ist ganz eindeutig Ihren Äußerungen zu entnehmen. (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Und nun zu offensichtlich gewordenen Tatsachen. Die Brennerautobahn-AG ist also von Sachverständigen darauf hingewiesen worden, daß die Hangtrasse, die jetzt gewählt worden ist, riesige Gefahren birgt und daß sich diese Gefahren nun ausgewirkt haben.

Es wurde seinerzeit unter Hinweis auf die eingeholten Gutachten von Dr. Dultinger darauf hingewiesen, man habe die Risiken berücksichtigt, und in den Baumaßnahmen wäre man so vorgegangen, daß diese Risiken ausgeglichen worden wären. Tatsache ist nun jedoch, daß in dem betreffenden Bereich an der Hangbrücke ein Knick aufgetreten ist und daß die Differenz in den Höhen dimensionen im Vergleich zu den Vorhersagen wesentlich größer ist, und zwar etwa eineinhalb bis zwei Meter. Das bedeutet, daß eine Gefährdung der Benutzer dieses Straßenteiles vorliegt, wenn man nicht bereit ist, noch einige Millionen dort hineinzustecken.

Das haben Sie zu verantworten, weil Sie hier den Hofrat Dr. Dultinger unterstützen, der es nicht wahrhaben wollte, daß eben andere Sachverständige hier ein genaueres und besser fundiertes Gutachten abgegeben haben.

Interessant war auch Ihr Hinweis auf den Dambruch in Longarone. Der Damm in Longarone war ein Staudamm, er mußte also einem Wasserdruck widerstehen, während die Dammschüttung am Brennersee ja kein Staudamm gewesen wäre, sondern nur die Unterlage für eine Autobahn ohne Wasserdruck beziehungsweise mit einem Wasserdruck, der die statischen Verhältnisse dieser Schüttung naturgemäß verbessern muß.

Es zeigt sich also, daß man hier mit Argumenten arbeitet, die keinesfalls sachlich fundiert sind, und daß man Äußerungen von sich gibt, die jedenfalls nicht geeignet sind, eine positive Zusammenarbeit zwischen unseren zwei Fraktionen zu fördern. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Babanitz. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Babanitz** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Bei der heutigen Behandlung des Kapitels Bauten und Technik wurde bereits von einigen meiner Vorredner auf die besonderen Probleme und auf die besondere Bedeutung dieses Ressorts im Rahmen der Volkswirtschaft und im Rahmen der Bauwirtschaft im besonderen hingewiesen.

Ich möchte mir erlauben, als Vertreter der Arbeitnehmer in der Bauwirtschaft gleichfalls auf einige Probleme, die im besonderen die Bauarbeiter direkt betreffen, einzugehen, selbst dann, wenn das eine oder das andere bereits gesagt wurde, weil ich glaube, daß man im Interesse der gesamten Bauwirtschaft auch einiges ruhig doppelt und mehrfach sagen kann.

Es ist in der modernen Volkswirtschaft eine feststehende Tatsache, daß die öffentliche Hand mehr als drei Viertel des Bauvolumens beeinflußt und mehr als die Hälfte davon selbst finanziert. Es ist auch eine Tatsache, daß in diesem Zusammenhang der öffentlichen Hand meiner Meinung nach zwei besondere Aufgaben zukommen müssen. Die eine dieser Aufgaben ist die Verteilung der Bauaufträge innerhalb eines Kalenderjahres, und zwar so, daß möglichst während des ganzen Jahres eine kontinuierliche Beschäftigung gewährleistet ist. Die zweite große Aufgabe wäre, daß der Bund für die Bauwirtschaft dafür sorgen müßte, daß die Glättung der jährlichen Konjunkturschwankung durchgeführt wird.

Ich muß aber namens der Arbeitnehmer in der Bauwirtschaft feststellen, daß diese wichtigen Aufgaben im Rahmen des Budgets, aber im Bautenministerium im besonderen in den letzten drei Jahren nicht erfüllt wurden. Ich stehe aber auch nicht an, namens der Bauarbeiter heute hier festzustellen, daß sich gerade die Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter, aber ich glaube auch die Vertreter der Bauunternehmer von der Schaffung eines eigenen Bautenministeriums im Jahre 1966 sehr viel an Hilfe für die Bauwirtschaft, für eine stärkere und durchgehende Beschäftigung in diesen Sparten erwartet haben. Es sei daher nochmals festgestellt, daß diese Erwartungen, vor allen Dingen die von mir eingangs aufgezeigten Aufgaben, in dieser nun zu Ende gehenden Legislaturperiode weder vom Bund noch vom Bautenministerium erfüllt worden sind.

So ist zum Beispiel die Winterarbeitslosigkeit in den letzten Wintern gerade im Baugewerbe besonders stark gestiegen. Der Anteil der im Winter beschäftigten Arbeitnehmer in

der Bauwirtschaft — und zwar im Vergleich zur Beschäftigung im Sommer — betrug 1968 und 1969 — der Vergleich ist jeweils 1. Jänner zum 31. Juli — nur mehr 63 Prozent, während 1966, und zwar auf Grund der Auswirkungen des Budgets 1965, das bekanntlich noch ein Koalitionsbudget war, und auch des Restbudgets für 1966 und des Budgetprovisoriums, der Anteil der Beschäftigten im Winter zu den Sommermonaten immerhin noch 73 Prozent betragen hat. Das heißt also, daß die Winterarbeitslosigkeit in diesen Jahren um 10 Prozent gestiegen ist.

Diese Feststellung läßt sich auch noch durch die amtlichen Ziffern des Sozialministeriums untermauern. Ich darf eine Tabelle aus den statistischen Zusammenstellungen der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter vom Februar 1969 zitieren, die dem Herrn Bundesminister bei dieser Tagung überreicht wurde. Es waren beschäftigte Arbeiter und Lehrlinge in der Bauwirtschaft während der Winter- und der Sommermonate in Österreich:

Im Jahre 1966 150.921 Arbeitnehmer am 31. Jänner und 215.897 am 31. Juli;

1967: 149.280 Beschäftigte am 31. Jänner, 211.194 am 31. Juli;

1968: im Winter am 31. Jänner nur mehr 132.372 Beschäftigte und im Juli, im Sommer, 200.926;

1969 am 31. Jänner 125.700 Beschäftigte und am 31. Juli 195.400 Beschäftigte.

Das heißt, daß die Zahl der beschäftigten Bauarbeiter von 1966 bis 1969 am 31. Jänner, dem jeweiligen Stichtag, um mehr als 25.000 zurückgegangen ist und am 31. Juli im selben Zeitraum um 20.497; das heißt nochmals, daß wir in diesen Jahren in der Bauwirtschaft um 20.500 Bauarbeiter weniger beschäftigt haben als im Jahre 1966.

Daraus ergibt sich meiner Meinung nach für uns die Frage: Wenn der Herr Vizekanzler Dr. Withalm heute vormittag im besonderen ein Loblied auf die Bautätigkeit des Bundes und auf die Bautätigkeit des Bautenministeriums gesungen hat, dann möchte ich ihn ganz offen fragen, ob er sich auch diese Zahlen angesehen hat. Ich glaube, wenn er sie gesehen und gekannt hätte, dann hätte er seine Lobrede etwas in den Hintergrund drängen müssen und er hätte weniger Positives über die Leistungen des Bundes im Baugeschehen sagen können.

Es ergibt sich aber auch eine ähnliche Betrachtung, wenn man sich den Beitrag des Baugeschehens zum Bruttonationalprodukt ansieht, und zwar im Vergleich zu 1964.

Babanitz

Das Bruttonationalprodukt des Jahres 1964 betrug 221,2 Milliarden Schilling, die Bauwirtschaft hat zu diesem Bruttonationalprodukt 21,5 Milliarden Schilling beigetragen, das ist ein Anteil von 9,7 Prozent, während bis 1966 noch eine Steigerung festzustellen war und 1966 das Bruttonationalprodukt auf 260,5 Milliarden gestiegen ist, wozu die Bauwirtschaft noch 28,9 Milliarden beigetragen hat, was einen Prozentsatz von 11,1 ausmacht.

1969 — ich möchte die anderen Zahlen nicht genau anführen — ist zwar ein Ansteigen der Summe, aber nicht des Prozentanteiles festzustellen. Auf Grund der Vorschau, die noch gar nicht voll bauwirksam geworden ist, soll das Bruttonationalprodukt etwa 319 Milliarden Schilling erbringen, der Anteil der Bauwirtschaft ist ziffernmäßig auf 31,4 Milliarden gestiegen, der Prozentsatz ist aber auf 9,8 Prozent zurückgegangen.

Ich darf daher sagen, daß auch nach diesen Zahlen meine Feststellungen, daß die Bauwirtschaft in den letzten drei beziehungsweise vier Jahren nicht in dem entsprechenden Ausmaß gefördert wurde, zutreffend und richtig sind.

Ich glaube auch, daß ich damit auf alle Reklameversuche, die das Bautenministerium immer wieder bei jeder Gelegenheit durchführt, hingewiesen habe, und ich möchte erwidern, daß es vernünftiger wäre, wenn man weniger Reklame machen würde, sich aber dafür bemühen würde, mehr Mittel der Bauwirtschaft zuzuführen. Denn eine weitere Tatsache kann man auch nicht abstreiten beziehungsweise ergibt sich real, daß nämlich die Bauproduktion bereits 1967 stagnierte, daß sie 1968 sogar „real um etwa 3 Prozent“ hinter 1967 zurückgeblieben ist und daß 1969 ebenfalls keine Belebung zustande gekommen ist.

Wenn man nun das Budget 1970 und im besonderen das Baubudget einer näheren Betrachtung unterzieht, und zwar alles, was nach Meinung des Bautenministeriums bauwirksam werden sollte, dann kann man zwar feststellen, daß ziffernmäßig mehr Mittel vor allem für den Hochbau eingesetzt worden sind, daß aber für die gesamten Ausgaben doch im Endeffekt fraglich ist, ob sie tatsächlich bauwirksam werden. Die Ausgaben des Bundes für „Bauten — Instandhaltungen von Bauten“ werden einschließlich der Fonds und Förderungen etwa 13,7 Milliarden Schilling betragen, das sind 9 Prozent des Gesamtbudgets.

Der Hochbau mit 6,5 Milliarden Schilling erfährt gegenüber 1969, wie ich schon erwähnte,

eine Steigerung um etwa 13 Prozent, der Tiefbau mit 7,2 Milliarden nur eine Steigerung um 5 Prozent. Ich darf sagen, daß diese Verschiebung und diese bessere Dotierung des Hochbaues vom Standpunkt der Arbeitnehmer begrüßenswert wäre, weil der Hochbau bisher und auch im weiteren die Möglichkeit der Mehrbeschäftigung von Arbeitnehmern bringen kann und bringen soll. Die Frage bleibt allerdings, ob diese Mittel rechtzeitig bauwirksam werden.

Wenn ich eine kurze Vorschau auf den 1. März halten darf, beziehungsweise den Termin 1. März ins Auge fasse, dann glaube ich feststellen zu dürfen, daß Ansätze zwar im Voranschlag 1970 enthalten sind, aber kaum bauwirksam werden dürften, denn vor dem 1. März werden keine wesentlichen Bauaufträge tatsächlich hinausgehen, obwohl gerade im Hochbau und hier vor allem wieder im Schulbau ein sehr wesentlicher Fehlbestand gegeben ist.

Hohes Haus! Die speziellen Probleme im Zusammenhang mit dem Wohnbau wurden hier bereits sehr leidenschaftlich diskutiert. Es wurden die Meinungen gesagt, ich möchte mich damit nicht mehr befassen. Ich glaube aber, daß es für die Arbeitnehmer und auch für die Bauunternehmer sehr wichtig wäre, wenn man im Bundesministerium für Bauten und Technik auch einmal darangehen würde, die Vorschläge der Sozialpartner ernsthaft zu sichten und zu verwirklichen. Ich darf wieder einmal darauf verweisen, daß die Interessenvertretung der Bauarbeiter bereits mehrmals Vorschläge, und zwar die „Neuordnung der Bauwirtschaft 1966/67“ und 1969 „Vorschläge zur Regelung der Winterarbeitslosigkeit“ gemacht hat, die Bauarbeitergewerkschaft hat aber auch bei den Vorschlägen mitgewirkt, die bei der Bautagung der Bundesinnung der Baugewerbe im Jahre 1968 zusammengefaßt wurden und die dann dem Ministerium überreicht worden sind.

Ich glaube, daß es notwendig wäre, diese Vorschläge einer Verwirklichung zuzuführen.

Wenn man aber sieht, wie weit das Ministerium bisher bereit war, auf diese Vorschläge einzugehen, dann muß ich sagen, daß dabei nicht allzuviel herausgekommen ist. Man hat zwar einen „Beirat für Bauwirtschaft im Bautenministerium“ gegründet und, so weit ich es beurteilen kann, wird zumindest theoretisch dort verhältnismäßig vernünftig beraten. Aber das Endergebnis ist, das habe ich schon erklärt, „weniger Beschäftigte im Baugewerbe“.

Der „Terminplan“ — auch darüber wurde bereits von meinem Kollegen Wielandner

Babanitz

gesprochen — ist in Salzburg bereits seit langem in Anwendung. Dieser Terminplan wurde mit 1. 1. 1969 im Bautenministerium angenommen beziehungsweise zur Verfügung gestellt und sollte angewendet werden. Ich darf aber trotzdem hier feststellen: Herausgekommen ist bis jetzt nichts. Es wäre vielleicht interessant, wenn der Herr Bundesminister bei Gelegenheit die Mitglieder des Bautenausschusses oder das Hohe Haus informieren würde, wie sich der Terminplan im Jahre 1969 ausgewirkt hat, jedenfalls ist die Winterarbeitslosigkeit nicht zurückgegangen und sie droht im Jahre 1969/70 im Baugewerbe durch den frühen Wintereinbruch noch stärker zu werden und länger zu dauern als bisher.

Ich darf mir erlauben, Hohes Haus, auch hier einige Vergleichszahlen zu nennen. Die Dauer der Winterarbeitslosigkeit für etwa 35.000 Bauarbeiter betrug im Winter 1965/66 7 bis 10 Wochen, 1967/68 war diese Winterarbeitslosigkeit bereits auf 12 bis 16 Wochen angestiegen, wobei der Höchststand an Bauarbeitern, die arbeitslos gewesen sind — jeweils im Jänner — mit 53.000 im letzten Winter zu verzeichnen war. Kollege Horr hat bereits in diesem Zusammenhang auf diese Probleme hingewiesen. Ich kann hier also ruhig darüber hinweggehen, weil ich glaube, daß im Sozialministerium, aber auch im Bautenministerium doch Maßnahmen getroffen werden müßten, um diese Winterarbeitslosigkeit wesentlich zu lindern.

Es wäre notwendig, daß auch die vorgesehenen Maßnahmen, wie PAF, Wintermehrkosten-PAF, einer Vereinheitlichung zugeführt werden, damit nicht nur die Großbetriebe, sondern auch die Kleinbetriebe diese Maßnahmen in Anspruch nehmen können. Vor allem wäre im Interesse der Bauwirtschaft und damit natürlich auch im Interesse der Bauarbeiter notwendig, daß die Wintermehrkosten-PAF im Prozentanteil zum Bauvorhaben gegeben werden sollte, denn es ist nicht gut möglich, daß einerseits im Bundesministerium für soziale Verwaltung der Förderungsbeitrag auf Grund der Beschäftigung des einzelnen Mannes gegeben wird, während auf der anderen Seite im Bautenministerium, soweit es zuständig ist, Prozentsätze angewiesen werden.

Ich glaube auch, daß sich bei Betrachtung dieser Probleme zeigt, wie notwendig der Terminplan wäre, weil man damit die Arbeitsleistung in der Bauwirtschaft mehr als bisher steuern und lenken könnte.

Ich darf in diesem Zusammenhang auf zwei Probleme oder zwei Bauvorhaben in meinem eigenen Wahlkreis eingehen, Beispiele, die ich aus der persönlichen Erfahrung kenne und von

denen ich glaube, daß man sie in Zukunft nicht so durchführen sollte, wie man es gerade dieses Jahr gemacht hat. Der Herr Bundesminister wird sicher das Baulos „Haniftal“ beziehungsweise die Straße Parndorf—Neusiedl/See in Richtung Eisenstadt kennen, ein Großbauvorhaben, das durch eine Überbrückung der Eisenbahnlinie Sicherheit im Straßenverkehr bringen sollte. Dieses Baulos wurde im Budget 1969 beschlossen, und zwar im Dezember 1968, die Bauausschreibung, die Vergabe hat bis Oktober 1969 gedauert. Im Oktober 1969 hat man mit dem Bauen begonnen auf einer Straße, von der seit mehr als 20 Jahren bekannt ist, daß sie durch Schneeeverwehungen sehr gefährdet ist. Man hat dort an Stelle von Schutzmaßnahmen durch die Aufführung von Abdeckmaterial bewirkt, daß sie noch schneller zugeweht wird als sonst. Die Folgen haben wir am 4. Dezember 1969 gesehen, als der Winter eingebrochen ist. Innerhalb von wenigen Stunden war dort auf dieser Straße infolge der Schneeeverwehungen ein Chaos, herbeigeführt durch die neu aufgerissene Baustelle, ein Chaos, das zum Zusammenbruch des gesamten Verkehrs in den Seewinkel geführt hat, weil diese Straße die einzige Verbindungsstraße von Wien in den Seewinkel ist.

Ein zweites Beispiel: In der Landeshauptstadt Eisenstadt hat man mit der Umfahrung ebenfalls im September beziehungsweise Oktober 1969 begonnen. Straßenzustand oder Bauzustand: Mitten in der Landeshauptstadt eine Baugrube von ein bis zwei Meter Tiefe! Der gesamte Verkehr muß umgeleitet werden, er kann nicht bewältigt werden. Ich ersuche daher, daß sich einige Herren des Bautenministeriums an einem Wochentag in der Früh oder am Abend ansehen, wie dort der Verkehr umgeleitet und verkraftet werden muß.

Ich könnte sicherlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, noch einige solcher Beispiele aus anderen Bundesländern anführen. Ich glaube daher, es wäre notwendig, daß laut Terminplan die Vergabe, die Planungsarbeiten wirklich so zeitgerecht durchgeführt werden, daß mit einer sinnvollen Anwendung der Bauprodukte gerechnet werden kann. Die Folge ist, daß nicht nur jetzt in den Wintermonaten Erschwernisse für den gesamten Straßenverkehr auftreten, es ergibt sich dabei auch die Frage, ob die Mittel, die hier verbaut werden — es sind einige 100.000 Schilling — nicht verloren sind, weil im Frühjahr die gesamte Arbeit wiederholt werden muß.

Es ist daher verständlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß die Sozialisten unter solchen Voraussetzungen dieser Budgetpolitik keine Zustimmung geben können.

14614

Nationalrat XI. GP. — 170. Sitzung — 17. Dezember 1969

Babanitz

Und nun darf ich zum Abschluß, wie jedes Jahr, noch auf einige Wünsche meines Wahlkreises zu sprechen kommen. Ich nehme an, Herr Bundesminister, Sie werden nicht überrascht sein, wenn ich an die Spitze dieser Wünsche die Frage der Autobahn Süd durch das Burgenland stelle, und zwar Ihre Entscheidung, die Sie am Karfreitag — ich habe es Ihnen schon im Ausschuß gesagt und möchte es hier wiederholen —, an einem schwarzen Karfreitag des Jahres 1969 ... (*Bundesminister Dr. Kotzina: Mittwoch, den 2. April!*) Herr Bundesminister, Sie haben gesagt, Sie haben Ihre Entscheidung getroffen. Ich war nicht dabei. Ich kann mich also nur von dem Zeitpunkt an als informiert betrachten, zu dem Sie die Entscheidung der Öffentlichkeit bekanntgegeben haben. Sie waren wahrscheinlich der Meinung, für die Burgenländer sei eben der Karfreitag der beste Tag, an dem sie vielleicht am wenigsten merken, was gemacht wurde. (*Bundesminister Dr. Kotzina: Nein, am Mittwoch schriftlich!*) Ihre Entscheidung im stillen Kämmerlein erfolgte am Mittwoch. Im Fernsehen, im Rundfunk und in den Zeitungen ist Ihre Entscheidung am Freitag publik gemacht worden. Über diese Tatsache kommen Sie nicht hinweg. Ich sage daher nochmals, Herr Bundesminister: Der Karfreitag 1969 war ein schwarzer Karfreitag für das Burgenland!

Ich möchte Herrn Abgeordneten Helbich kurz zitieren, dessen Ausführungen ich voll zustimme, weil er aufgezeigt hat, wie notwendig Straßenbauten sind. Er hat in seinen Ausführungen — ich hoffe, daß ich das richtig notiert habe — erklärt, es werde sich zeigen, daß sich ein unzureichendes Straßennetz wirtschafts- und wachstumshemmend auswirkt.

Herr Bundesminister! Nachdem diese Entscheidung, diese politische Entscheidung gegen das Burgenland gefallen ist, ist damit auch bewiesen, daß es, hätte man den wirtschaftlichen Aufstieg des Burgenlandes gewollt, notwendig gewesen wäre, die Autobahn Süd über das Burgenland zu führen.

Ihre Entscheidung ist gefallen. Das Burgenland hat sich unter Führung unseres Landeshauptmannes Kery einmütig bemüht, einen Ausgleich für diese Ihre Entscheidung zu bekommen. Ich hoffe, daß der berechnete Anspruch, der mit dem Burgenland nunmehr vereinbart wurde, auch realisiert wird. Jedenfalls hoffen wir, daß nach dem 1. März 1970 die berechnete Aussicht besteht, mehr Hilfe für das Burgenland zu bekommen, als dies bei der ÖVP-Alleinregierung in dieser Legislaturperiode der Fall gewesen ist.

Es geht, Herr Bundesminister, konkret um folgendes: Wir erwarten, daß die Schnell-

straße Wien—Eisenstadt—Mattersburg, die ja zugesagt wurde, nicht nur bis Mattersburg, sondern autobahnähnlich bis Oberpullendorf und Oberwart ausgebaut wird. Die Zusage, daß diese Straße als vierspurige kreuzungsfreie Autostraße fixiert werden möge, haben Sie und der Herr Bundeskanzler bereits gemacht. Wir werden — auch das wurde heute bereits gesagt — bei der Behandlung der Neubewertung der Bundesstraßen Gelegenheit haben festzustellen, ob diese Zusagen tatsächlich eingehalten werden.

Es geht aber vor allem auch noch darum, daß diese Straßenbauten aus Sondermitteln errichtet werden, denn auch die Autobahnen in den anderen Bundesländern werden aus Sondermitteln gebaut. Auch das Burgenland hat, glauben wir, ein Recht darauf, daß Sondermittel für diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden.

Sehr verehrter Herr Bundesminister! Es geht aber auch darum, daß die bereits zugesagten Anschlüsse der Schnellstraße Eisenstadt—Wiener Neustadt—Oberwart—Hartberg an die Autobahn verwirklicht werden müssen. Es geht darum, daß diese Maßnahmen vor allen Dingen rasch in Angriff genommen werden, um, wie ich schon eingangs sagte, den wirtschaftlichen Anschluß des Burgenlandes auch weiterhin zu ermöglichen.

Ein weiterer Wunsch des Burgenlandes wäre, daß der Baubeginn der Ostautobahn, die bereits fixiert ist und die über Bruck nach Nickelsdorf durch das Burgenland führen soll, auf dem burgenländischen Abschnitt doch vorgezogen werden möge, damit mit dem Bau im burgenländischen Abschnitt eventuell bereits im Jahre 1972 begonnen werden kann. Ich glaube, daß dieser Wunsch auch insofern berechtigt ist, als die Mittel für den Autobahnbau erhöht werden und das Burgenland dadurch natürlich benachteiligt wird, weil es bisher keine Autobahnbauten hatte. Es bestünden damit mehr Möglichkeiten, im Burgenland nicht nur Bundesstraßen zu bauen, sondern auch die von mir eben angeführten Autobahnen zu verwirklichen.

Nun noch einige Wünsche zum Hochbau. Hier darf ich noch einmal die Wünsche des Burgenlandes zum Ausdruck bringen, vor allem den Wunsch, daß die bereits begonnenen Bauvorhaben auf dem Hochausektor ausfinanziert werden sollen. Ich denke da vor allen Dingen an das Bundesrealgymnasium in Oberpullendorf, an die Höhere Technische Lehranstalt Pinkafeld. Wir glauben, daß hierfür höhere Bundesbeiträge als bisher zugewiesen werden sollten.

Mein besonderer Wunsch, den Sie ebenfalls kennen, Herr Bundesminister, bezieht sich

Babanitz

auf das Bundesrealgymnasium in Neusiedl am See, ein Projekt, über das bereits seit einiger Zeit verhandelt wird, bei dem bereits mit dem Bau begonnen werden sollte, wo aber — ich möchte das ausdrücklich feststellen — bis heute — in den letzten Tagen hatten wir allerdings Schlechtwetter — mit dem Bau nicht begonnen werden konnte. Ich möchte ersuchen, dafür zu sorgen, daß die für 1969 vorgesehenen 2 Millionen nicht verfallen, sondern zusätzlich zu den 12 Millionen, die für 1970 vorgesehen sind, verbaut werden, damit doch noch der Bau bald begonnen und die Anstalt bald in Betrieb genommen werden kann. Denn die Klassenzustände des Realgymnasiums in Neusiedl am See sind mehr als beängstigend. Ich glaube, davon konnte sich auch der Herr Unterrichtsminister im heurigen Sommer überzeugen.

Wir hätten im Burgenland auch noch einige Wünsche, über die vielleicht noch nicht gesprochen wurde, die ich aber hier bereits geltend gemacht habe: das ist das Bundesamtsgebäude in Güssing. Auch hier wäre der Baubeginn dringend notwendig, weil dort das Gymnasium und die Hauptschule gemeinsam erbaut werden sollten und weil auf der anderen Seite in Güssing ein Gebäude für verschiedene amtliche Dienststellen notwendig wäre.

Das gleiche gilt für die Landeshauptstadt Eisenstadt, wo ebenfalls ein Amtsgebäude für die Sicherheitsdienststellen notwendig wäre.

Ein Wunsch, der im Augenblick vielleicht etwas überheblich erscheinen mag, der aber ebenfalls durch die Schülerzahl bedingt ist, betrifft die Überlegung, in Eisenstadt ein zweites Gymnasium zu erbauen. Ich glaube, man kann Schülerbegabungen nur dann ausschöpfen, wenn auch die Möglichkeit geschaffen wird, daß die Schüler in entsprechenden Räumen Unterricht erhalten.

Abschließend darf ich daher feststellen: Wir erwarten, daß die Wünsche des Burgenlandes in Zukunft mehr als bisher vom Bund berücksichtigt werden. Wir glauben, daß dann, wenn wir nach dem 1. März keine ÖVP-Alleinregierung mehr haben werden, diese Erwartung noch am ehesten erfüllt werden wird. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Josef Schlager. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Josef Schlager (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Da ich nach dem Abgeordneten Regensburger der erste steirische Redner bin, gestatten Sie mir doch eine Feststellung. (*Rufe bei der ÖVP: Regensburger ist doch ein Tiroler!*) Richtig: Als Steirer nach dem Tiroler, wollte ich sagen. Ich lasse mir diese Berichtigung gerne gefallen.

Ich möchte doch die Feststellung treffen, daß der Herr Abgeordnete Regensburger eine Polemik gegen Steirer angebracht hat, gegen Steirer, deren Verhältnisse der Tiroler Regensburger sicherlich nicht kennt, eine Polemik deswegen, weil steirische Funktionäre, und zwar sozialistische Funktionäre, an der Eröffnung des Autobahnteilstückes Graz—Gleisdorf nicht teilgenommen haben.

Ich möchte dazu feststellen: Die steirische ÖVP hat zwei Tage vor der Eröffnung dieses Autobahnteilstückes eine Polemik gegen die Sozialisten entfacht, die absolut nicht stichhältig war. Daß sie nicht stichhältig beziehungsweise nicht angebracht war, hat auch die „Kleine Zeitung“ vom 12. Dezember insofern zum Ausdruck gebracht, als sie die Polemik dargestellt hat und im Schlußsatz zu folgender Äußerung kam:

„Warum aber dann, so sei heute gefragt, eine solche Parteipolemik am Vorabend der Autobahneröffnung?“

Der Herr Abgeordnete Regensburger hat seine Äußerung über das Fernbleiben sozialistischer Funktionäre wie folgt formuliert:

„Wie ich aus der Presse entnehmen konnte, haben die sozialistischen Mandatäre und Funktionäre aus der Steiermark nicht teilgenommen. Wahrscheinlich konnten sie nicht mit zusehen, wie der Herr Bundesminister für Bauten und Technik einer Reihe von Beamten, Arbeitern und Angestellten Ehrenzeichen überreicht hat, die ihnen auf Grund der Leistungen vom Herrn Bundespräsidenten verliehen wurden.“

Zuerst die Polemik, und hinterher eine Feststellung, eine Verdächtigung (*Abg. Steininger: Verleumdung!*) und eine Verleumdung. Ich sage eines: Wenn der Herr Abgeordnete Regensburger auch nur einen Funken von Fairneß in seinem Leib hat, dann nimmt er diese Verleumdung, diese Verdächtigung hier im Hohen Hause zurück. (*Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Hartl: Das ist keine Verdächtigung, das war die pure Wahrheit!*)

Ich möchte mich heute wieder mit einigen Problemen der Steiermark beschäftigen. (*Abg. Dr. J. Gruber: Judenburg!*) Judenburg kommt auch dran, allerdings aus einem bestimmten Grund. Sie haben recht!

Vor zwei Tagen hat uns der Herr Bautenminister die Prognose für das Jahr 1980, in diesem Buch (*„Verkehrsprognose 1980 — 2000“*) zusammengefaßt, überreicht. Ich stelle fest, daß diese Prognose, die vom Herrn Professor Dipl.-Ing. Dr. techn. Josef Dorfwrith erstellt wurde, eine wertvolle Grundlage dafür ist, um eine Übersicht zu bekommen, wie sich der Straßenverkehr in der Zukunft entwickeln

Josef Schlager

wird. Es ist nur zu hoffen, daß die zuständigen Stellen im Bautenministerium und vor allen Dingen in den Planungsabteilungen der Landesbauämter die Reihung der Straßenbauvorhaben nun nach dem tatsächlichen Verkehrsaufkommen, wie es in dieser Prognose festgehalten ist, vornehmen werden. (*Bundesminister Dr. Kotzina: Warum glauben Sie, daß wir es gemacht haben?*) Ich werde es gleich sagen.

Ich bin überzeugt davon, daß die vorliegende Prognose für solche Entscheidungen ein wertvoller Behelf sein wird und daß damit endlich einmal vermieden wird, daß Entscheidungen und Reihungen von Straßenbaulosen nach politischen Gesichtspunkten vorgenommen werden. (*Abg. Dr. J. Gruber: Hat es nie gegeben!*) Das ist Ihre Behauptung, ich könnte das Gegenteil sagen. (*Abg. Dr. J. Gruber: Sagen schon, aber beweisen!*)

Beim Studium dieser Verkehrsprognose konnte ich feststellen, daß einige Straßen im steirischen Raum zu jenen gehören, die eine sehr große Verkehrsdichte aufweisen.

Dazu einige Beispiele: Verkehrsdichte auf der Bundesstraße 17 — in der Prognose vom Jahre 1965 ausgewiesen, weil sich die anschließende Darstellung schon auf das Jahr 1980 bezieht —: Raum Semmering—Mürzzuschlag: durchschnittlicher Tagesverkehr 3000 bis 6000 Fahrzeuge. Raum Mürzzuschlag—Kapfenberg: 6000 bis 10.000 PKW. Raum Kapfenberg—Bruck: 10.000 bis 15.000 PKW. Raum Bruck—Graz: 6000 bis 10.000 PKW. Raum Bruck—St. Michael bei Leoben: 6000 bis 10.000 PKW. Raum St. Michael bei Leoben bis zur Landesgrenze Kärnten: 3000 bis 6000 PKW.

Ich habe schon gesagt, daß diese Prognose für das Jahr 1965 hier graphisch eingetragen ist. Von 1965 bis 1969 hat sich der Bestand an Personenkraftwagen von 790.000 auf über eine Million erhöht. Außerdem kann man feststellen, daß die vorliegende Prognose für 1980 einen PKW-Stand von 2.181.000 vorsieht und daß die Vollmotorisierung mit 3.238.000 — nur auf dem PKW-Sektor — erreicht sein wird.

Man müßte nun annehmen, daß diese Zahlen, die in der Prognose enthalten sind, den Straßenbauplanern schon seit längerer Zeit bekannt sind.

Meine Damen und Herren! Wenn man in der Steiermark wohnt, hat man allerdings das Gefühl, daß diese Straßenbauplaner die Zahlen bis heute noch nicht kennen. Der ungenügende Ausbau der Bundesstraße 17 auf steirischem Boden ist dafür ein schlagender Beweis. Wenn man diese Straße in der Steiermark befährt (*Abg. Dr. Withalm: Ein „Schlager“-Beweis!*) — es könnte auch ein „Schlager“-

Beweis sein —, spürt man, daß diese Straße das Stiefkind des steirischen Straßenbaureferenten, aber auch das Stiefkind des Herrn Bautenministers ist. (*Zwischenruf des Abg. Guggenberger.*)

Fährt man von Wien Richtung Steiermark, so kann man feststellen, daß die Straßenverhältnisse bis Neunkirchen ausgezeichnet sind. Von Neunkirchen bis zum Semmering sind wenigstens Teilstücke einer dritten Spur ausgebaut. Aber ab dem Semmering gibt es nun bei der gleichen Verkehrsdichte nur mehr ein Fahren auf einer Spur in jeder Richtung. Die Unfallsziffern vom Semmering bis zur Landesgrenze sprechen eine sehr, sehr deutliche Sprache.

Herr Bautenminister! Damit Sie nicht sagen, daß wir Sozialisten alles kritisieren, möchte ich vorlesen — ich habe es schon einmal zitiert —, was ein bekannter Motor-Journalist, und zwar der Journalist Christmann vom „Kurier“, über die Bundesstraße 17 schon im Jahre 1967 gesagt hat. Mit Genehmigung des Herrn Präsidenten gestatte ich mir, diesen Artikel vorzutragen:

„Man nennt sie Bundesstraße 17, und sie ist ein Skandal. Sie ist die Hauptverbindungsader von Wien nach dem Süden, nach Italien. Sie ist wahrscheinlich mehr befahren als die Bundesstraße 1 nach dem Westen, denn der Österreicher — und der Wiener im besonderen — hat im Sommer nun einmal den Hang nach dem Süden, sprich Italien.“

Die echte Bundesstraße 17, die gute Verbindung nach dem Süden, hört in Neunkirchen auf. Dann wird die Bundesstraße zu einer Provinzstraße letzter Ordnung. Zu einer zweispurigen Straße..., die von Lastern und Tankern befahren wird und die teilweise in katastrophalem Zustand ist.

Die Bundesstraße 17 ist eine typisch österreichische Fehlplanung. Man hat sie wahrscheinlich schon vor Jahren zu den Akten gelegt, weil man sich sagte: „Es kommt ja doch die Autobahn.“ Nun, die Autobahn ab Wr. Neustadt läßt auf sich warten, und die Bundesstraße wird wieder aktuell.“ — Viele Äußerungen von Fachexperten beweisen das. — „Aber es ist zu spät, um Jahre zu spät.“ — So schreibt Christmann. — „Was sich die zuständige Behörde wohl dachte? Planloser geht es kaum mehr. Mit wenigen Ausnahmen. Diese Ausnahmen sind beispielsweise die Umfahrungen von Gloggnitz oder Leoben. Aber man sehe sich die Leobner Umfahrung genau an. Das mindeste, was man verlangen müßte, wäre eine vierspurige Fahrbahn gewesen. Aber nichts. Hier wurde ein neues Werk von Haus aus schlecht interpretiert.“

Josef Schlager

Die Bundesstraße 17 müßte schon durchgehend vierspurig befahrbar sein. So wie die Neunkirchner Allee. Denn der Verkehr überrollt diese Straße. Es gibt kein Warten auf die Autobahn nach dem Süden. Das wird die derzeitige Automobilgeneration nicht mehr erleben!

Die zuständige Behörde — und nun komme ich wieder auf die Steiermark zu sprechen, und das schreibt auch Christmann in diesem Artikel — „hat vor allem im Raum Steiermark ... die Bundesstraße 17 verkommen lassen. ... Sie ist nicht verkehrssicher genug.

Die Kraftfahrer Österreichs fordern Soforthilfe.“ — So hat Christmann vor zwei Jahren geschrieben.

Herr Bundesminister! Ich frage Sie: Was ist in diesen zwei Jahren auf der Bundesstraße 17 tatsächlich geschehen? (*Abg. Machunze: Sehr viel!*) Ich weiß, einige Baulose wurden begonnen. In aller Eile wurde jetzt vor den Wahlen eine Kriechspur über die Perchau zur bestehenden Fahrbahn dazugefleckt. Ich weiß, daß man bei Leoben zweibahnig gebaut hat. Gleich darauf hat man dann eingesehen, das das nicht haltbar ist, und man klebte auch dort eine Kriechspur dazu. Das Baulos Bruck an der Mur wurde nun angefangen. Jetzt befindet sich eine größere Baustelle im Raume Kaisersberg — St. Michael. Hier wurde die Eisenbahn mit einer Brücke überfahren und ein Stück Straße neu angelegt. Und an diesen Brückenbauten sieht man schon wieder, daß die neue Straße wiederum nur zweibahnig geführt wird. Ich habe Sie im Ausschuß gefragt, Herr Bundesminister, warum man denn, wenn Sie selbst schon vor einiger Zeit erklärt haben, daß die Bundesstraße 17 bis Judenburg vierbahnig geführt werden soll, dieses neue Straßenstück wiederum zweibahnig baut? Und jeder Kraftfahrer, der das nun feststellt, fragt sich, welche Pläne hat man denn überhaupt im Bautenministerium.

Ich kann nur sagen, ich bin der Meinung, daß der Ausbau der Bundesstraße 17 vierbahnig nicht nur bis Judenburg, sondern bis zur kärntnerischen Landesgrenze durchgezogen werden müßte. Denn gerade der Abschnitt von Knittelfeld bis zur kärntnerischen Landesgrenze ist außerordentlich schlecht, hat viele Steigungen und Kurven und hat vor allem sehr, sehr viele Verkehrsfallen. Es wird doch seitens des Bautenministeriums immer wieder behauptet, und wir sehen überall die Tafeln: „Wir bauen Straßen für die Zukunft“. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, diese Tafeln sind in meinen Augen gegenüber den gegebenen Tatsachen eine reine Augenwischerei. (*Abg. Hartl: Wischen Sie sich*

einmal mit so einer Tafel die Augen aus! — Heiterkeit bei der ÖVP. — Ruf bei der SPÖ: Das war aber jetzt sehr witzig!) Probieren Sie es einmal, Herr Abgeordneter Hartl! (*Abg. Hartl: Ich nicht! Sie haben es ja gesagt!*)

Ich bin überzeugt, daß es Ihnen, Herr Bundesminister, beim Baulos Kaisersberg genau so gehen wird wie bei der Umfahrung Leoben. Es wird Ihnen genau so gehen wie bei der Umfahrung Gratkorn. Alle Kraftfahrer, und nicht nur die Kraftfahrer, die Bevölkerung dieser Orte greift sich an den Kopf, wie man in der heutigen Zeit derartige Umfahrungen zweibahnig bauen kann. In Gratkorn plant man jetzt sogar einen neuen Tunnel und überlegt sich, wie man nun endlich die zweite Fahrbahn dazubringen soll. Ich bin der Meinung, es geht um Steuergelder, die verbaut werden. Erhöhte Kosten sind erhöhter Verbrauch von Steuergeldern. Hier müßte man doch schon länger vorplanen und die Entwicklung auf dem Kraftfahrsektor deutlicher erkennen.

Es ist ein Gebot der Stunde, daß endlich mit dem Ausbau der B 17 energisch begonnen wird. Allein auf dem Straßenstück, wie ich schon gesagt habe, im oberen Murtal gibt es Unfälle auf Unfälle. Eine Generalsanierung ist außerordentlich notwendig. Das obersteirische Industriegebiet mit seinen großen Sorgen braucht dringend ausgezeichnete Straßenverbindungen, braucht dringend Straßenverbindungen, damit dieses Gebiet in seiner wirtschaftlichen Entwicklung nicht gehemmt wird.

Im obersteirischen Raum — der Herr Abgeordnete Kreml ist nicht da — ist der langsame Ausbau der Präbichlstraße schon ein Sorgenkind Nummer eins geworden. Versprochen vor jeder Wahl, vor jeder Wahl wieder ein Teilstück, und dann wurde immer wieder gesagt: Die schwierigen geologischen Verhältnisse und dergleichen mehr lassen das Bauen auf diesem Stück nicht weiterkommen. Ich bin der Meinung, daß dieses Straßenstück gerade jetzt wieder durch geplante Maßnahmen der Österreichischen Bundesbahnen — man hat ja hier im Hause schon gesprochen, daß beabsichtigt sei, den Personenverkehr über den Präbichl einzustellen — besondere Aktualität erhalten hat. Der Abgeordnete Troll, der heute auch krank ist, hat schon des öfteren auf den dringenden Ausbau dieser Straße hingewiesen.

Und nun, meine Damen und Herren, kann ich Ihnen eine Kostbarkeit nicht vorenthalten. Hochinteressant war ein Gespräch meiner Kärntner Freunde mit einem Straßenbaureferenten der Österreichischen Volkspartei

14618

Nationalrat XI. GP. — 170. Sitzung — 17. Dezember 1969

Josef Schlager

über den Straßenbau in der Steiermark. Dieser ÖVP-Mandatar hat meinen Freunden gesagt, man erkenne die Steiermark allein an der Bundesstraße 17. Das glaube ich sehr wohl. Bis zum Semmering geht es ganz schön, und nach der steirischen Landesgrenze, in Kärnten, geht es auch wieder sehr schön. Und dieser ÖVP-Straßenbaureferent kann nicht verstehen, daß man zum Beispiel den Ausbau der Bundesstraße an der südlichen Landesgrenze durch das Waldgebiet der Soboth dem Ausbau der Bundesstraße 17 vorzieht. Das hat ein ÖVP-Straßenbaureferent über die Straßenbaupolitik und Planung in der Steiermark sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. Und wir Steirer verstehen das auch nicht! (*Abg. Machunze: Kollege Schlager! Wo ist da die Kostbarkeit?*) Die Kostbarkeit? Hier geht es darum, welche Verkehrsdichte die Straßen aufweisen. Wir gönnen auch den südlichen Ausbau der Straße, aber dort, wo der Verkehr zum Erliegen kommt, muß doch gebaut werden und doch nicht zuerst in einem abgelegenen Gebiet. Das werden Sie doch begreifen, Herr Abgeordneter Machunze. Sie kennen die Dinge doch genau genug. (*Abg. Machunze: Herr Kollege Schlager! Kritisieren Sie doch nicht die Wiener, wenn Sie vom Parlament zur Oper drei Viertelstunden brauchen!*) Ich habe über die Straßenbauprogramme des Bundes zu sprechen. (*Abg. Gratz: In der Steiermark braucht man nur einige Bäume umzuschneiden, um die Straße breiter zu machen! Wollen Sie in Wien Häuser niederreißen? — Zwischenruf des Abg. Dr. J. Gruber.*) Ach, Herr Abgeordneter Gruber, auf die Bäume komme ich auch noch. (*Abg. Dr. J. Gruber: Aber Sie wollen doch nicht hinaufklettern?*) Nein, ich klettere sicher nicht.

In die Zukunft blickend, müßte doch alles getan werden, meine Damen und Herren, damit jetzt schon die Vorbereitungen getroffen werden, damit das obersteirische Industriegebiet auch einen Anschluß an die zukünftige Tauernautobahn erhält. Ich weiß, daß nun im oberen Murtal im Raume Niederwölz, im Raume Teufenbach die Umfahrungen gemacht wurden. Aber in einer Ausschusssitzung haben Sie mir auch einmal erklärt, Herr Bundesminister, Sie werden überprüfen, ob man nicht jetzt schon die Brückenbauwerke so auslegen kann, daß später einmal eine Schnellbahn auch in diesem Raume als Anschluß an die Tauernautobahn gebaut werden kann und damit diese Brücken auch später in diesem Baulos eingebaut werden können.

Ich bin der Meinung, wenn schon der steirische Straßenbaureferent, der Herr Landeshauptmann Josef Krainer, diese Entwicklung nicht sieht oder nicht sehen will, so müßte

doch der Herr Bundesminister als Aufsichtsorgan Vorsorge dafür treffen, daß die berechtigten Straßenbauwünsche der Obersteiermark erfüllt werden.

Aber die Bundesstraße 17, meine Damen und Herren, ist ja auch noch aus einem anderen Grunde bekannt. Teile der Bundesstraße 17 genießen auch aus einem anderen Grunde einen mehr als traurigen Ruf. Immer wieder tauchen heftige Diskussionen dann auf, wenn es auf Straßenstücken mit Alleeebäumen zu tödlichen Unfällen kommt. Ein solches berüchtigtes Straßenstück gibt es auch auf der Bundesstraße 17, und zwar im Raume von Judenburg.

Sehen Sie sich einmal die Unfallzahlen allein auf diesem kurzen Stück der Allee an. 24 Tote und 496 Verletzte forderte in den letzten fünf Jahren die Grünhüblallee auf der Bundesstraße 17 bei Judenburg, der von der Bevölkerung inzwischen mit Schauern der Namen „Todesallee“ verliehen wurde. 1965 waren es 3 Tote und 94 Verletzte, ein Jahr später zählte man 6 Tote und 96 Verletzte, 1967: 2 Tote, 67 Verletzte, 1968: 87 Verletzte und 4 Tote, und heuer bereits eine traurige Steigerung um 100 Prozent, nämlich 9 Tote und 114 Verletzte. Eine traurige und furchtbare Bilanz, die noch mehr an Schrecken und Angst erfährt, wenn man die Worte der in nächster Nähe wohnenden Menschen hört, daß die Allee seit Kriegsende schon mehr Menschenleben gefordert hat, als sie überhaupt Bäume zählt.

Aber auch eine Kärntner Zeitung, und zwar die „Kärntner Volkszeitung“, schreibt über diese Allee. Ich weiß schon, warum. Es ist noch nicht lange her, daß Kärntner auf diesem Straßenstück verunglückt sind:

„Statt Naturschützer und Tierschützer müßten Schützer der Menschheit auf den Plan treten. Die Entfernung der Todesallee ist ein Gebot der Stunde. Das Leben von Menschen, die bestehende Geschwindigkeitsbeschränkungen nicht beachten, muß trotzdem höher stehen als schöne und landschaftlich wertvolle Alleeebäume.“

In diesem Zusammenhang habe ich mir gedacht, was sagt das Ausland dazu. Hier habe ich eine Photokopie eines Artikels des Allgemeinen Deutschen Automobil-Clubs. Hier schreibt man mit aller Deutlichkeit: „Bäume gehören in die Landschaft — nicht an die Straße“.

In diesem Artikel wird mit aller Deutlichkeit erklärt — wenn ich ihn zitieren darf —:

„Es kann heute nicht mehr um die Frage gehen, ob Bäume am Straßenrand überhaupt gefährlich sind — sie sind es, denn durch sie werden Unfallfolgen zweifellos erheblich ver-

Josef Schlager

schlimmert. Beinahe jeden Tag kann man in den Zeitungen schreckliche Beispiele hierfür finden.

Auch das Argument ‚Schuld ist doch der Autofahrer, nicht der Baum‘ ist kein Argument, denn es ist absurd, einen Autofahrer, selbst wenn er Schuld hat, deswegen quasi zum Tode am Baum zu verurteilen und auch seinen (völlig unschuldigen) Mitfahrern Tod und lebenslanges Siechtum zu vergönnen.

Dies wieder einmal zur Sprache zu bringen, war unerlässlich.“ (*Abg. Hartl: Da müssen wir alle Bäume wegreißen!*) Ob es aufs Wegreißen allein ankommt? Es wird sicherlich andere Sicherungsmaßnahmen geben. Man müßte nur nachdenken, wie man diese Gefährlichkeit der Alleebäume ausschalten kann.

Nun hat es eine Befragung gegeben, gerade zu dieser Todesallee. Befragt wurden ein Wiener, ein Kärntner, ein Obersteirer und ein Grazer. Alle haben sich mit Nachdruck dafür ausgesprochen, daß in dieser Allee etwas geschehen sollte.

Ich verstehe, daß der Naturschutz seine Bedenken hat, aber in der Zeitschrift „Freie Fahrt“ hat man auch einen Naturschützer, einen Oberförster, zum Wort kommen lassen. Was sagt nun dieser, der doch sicherlich der geeignete Mann ist, den Naturschutz zu wahren, und der das größte Interesse daran hat? Dieser Fachmann kommt zu dem Schluß, „daß Straßenbäume eine Gefahrenquelle für den Verkehr sind, bisher Tausende von Menschenleben vernichtet haben und weiter gefährden und deshalb beseitigt werden müssen. So gebührt dem klaren Bekenntnis eines Mannes, dessen berufliche Lebensaufgabe es ist, den Wald und die Bäume zu schützen, Respekt.“

Ich weiß schon, daß man bei schweren Unfällen immer wieder dieses Problem anschneiden wird, aber hinterher geschieht wieder lange nichts. Ich habe dem Urteil dieses Naturschützers und Forstmannes wirklich nichts hinzuzufügen. Ich glaube, auch bei uns steckt man den Kopf in den Sand, anstatt sich einmal richtig zu überlegen, wie man die Gefahr von solchen Alleen bannen könnte.

Nun, meine Damen und Herren, wurde ich schon gefragt, ob ich nicht auch noch zum Realgymnasium Judenburg komme. Ich wollte dieses Problem nicht anschneiden. Es wurde schon hart genug in der vorigen Budgetdebatte von diesem Pult aus diskutiert.

In der Zwischenzeit ist ein Jahr vergangen. Und wenn Sie glauben, meine Damen und Herren, daß der Spatenstich vorgenommen worden ist, dann irren Sie sich. In der Zwischenzeit hört man nämlich schon wieder nichts. Man spricht, es sei in Planung. Es wäre aber höchst an der Zeit, daß der Herr Bauten-

minister im Falle des Baues des Realgymnasiums Judenburg wieder einmal eine Erklärung abgeben würde. Im Ausschuß hat er nämlich versprochen, daß mit dem Bau unverzüglich, das heißt im Herbst, begonnen wird und daß man in ein oder zwei Jahren diese Schule gebaut haben wird. In Judenburg glaubt man das nicht.

Noch etwas anderes. Es ist doch eine erhöhte Schülerzahl. Die Raumnot in Judenburg ist noch viel, viel größer geworden und damit natürlich die Schwierigkeiten mit der erhöhten Schülerzahl. Die Bevölkerung wünscht nichts sehnlicher, egal von welcher Partei, als daß nun dieses Gymnasium gebaut wird.

Meine Damen und Herren! Ich habe das hier nicht politisch aufgezogen. Ich habe selbst drei Kinder an diesem Gymnasium gehabt. Ich war selbst im Elternverein tätig, da war ich noch gar nicht Abgeordneter. Ich kenne die zehnjährige Leidensgeschichte des Baues des Realgymnasiums Judenburg. Da können Sie den sachlichen Abdruck haben, wie es wirklich zugegangen ist bei den Bemühungen, daß nun in Judenburg endlich das Realgymnasium gebaut werden sollte.

Aber wie macht man es in der Österreichischen Volkspartei? (*Abg. Hartl: Gut!*) Nach Ihrer Ansicht. Nach meiner Ansicht schlecht, völlig klar. In Weißkirchen bei Judenburg hielt die Österreichische Volkspartei ein sogenanntes Jugendparlament ab, veranstaltet von der Jungen Generation in der Österreichischen Volkspartei, mit dem sinnigen Titel „Wehe dem, der lügt!“ Prominentester Gesprächspartner dieses Jugendparlamentes war der Herr Landeshauptmann Krainer.

Nun darf ich Ihnen zitieren, was der Herr Landeshauptmann Krainer im Falle Judenburg bezüglich meiner Person gesagt hat, und darum habe ich das früher unterstrichen. Der Herr Landeshauptmann Krainer sagte: „Wäre es auf den SPÖ-Abgeordneten Schlager angekommen, würde das Bundesgymnasium Judenburg noch lange nicht gebaut.“ Meine Damen und Herren! Eine solche Behauptung heißt die Wahrheit auf den Kopf stellen. Der Titel „Wehe dem, der lügt!“ wird zur Ironie. Ich habe mir dabei folgendes gesagt: Wenn der Herr Landeshauptmann der Steiermark in Anbetracht der kommenden Landtags- und Nationalratswahlen zu solchen Mitteln greifen muß, um Abgeordnete der Sozialistischen Partei zu diffamieren, dann bin ich auf dem richtigen Weg, und ich werde die Bevölkerung meines Wahlkreises nach wie vor mit allem Nachdruck vertreten. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Haberl. Ich erteile es ihm. (*Abg. Hartl: Wieder ein Steirer!*)

Abgeordneter Haberl (SPÖ): Hohes Haus! Auch ich muß zu einigen Wahlkreisfragen sprechen, möchte aber doch auch einige allgemeine Bemerkungen zum Straßenbau machen.

Es ist sicher erfreulich, daß wir diese Verkehrsprognose erhalten haben. Sie liefert sehr wertvolle Hinweise zur Überprüfung der eigenen Meinung für unser eigenes Gebiet und die Verkehrssituation. Ohne Zweifel sind in der Vergangenheit auf diesem Gebiet manche Fehlleistungen vorgekommen. Es würde sicher noch eine Reihe von Fragen geben, die man ausreichend durchdiskutieren müßte.

Es ist heute schon angeführt worden, daß die Auswahl der Baulose nicht immer erklärbar ist. Aus der Einleitung dieser Verkehrsprognose geht hervor, daß 76,8 Prozent unserer Straßen unter 7,5 m breit sind. Daher ergibt sich vielfach die Tatsache, daß Straßen, die fertig sind, bereits kurz nach ihrer Übergabe zu schmal sind. Es wird damit die Frage aufgeworfen, ob diese Bauweise nicht schon auf kurze Sicht zu einer Vergeudung öffentlicher Mittel führt. Das gleiche gilt — auch das wurde schon angeschnitten — für die Brückenbauten, denn offensichtlich müssen in Kürze viele Straßen wieder verbreitert werden.

Kollege Schlager hat im besonderen die Frage der Steiermark angeschnitten. Auch ich möchte sagen, daß das Straßenbaukonzept der Steiermark in der Vergangenheit sicher nicht richtig gewesen ist. Es gibt viele, viele Beispiele, die das bestätigen.

Man hat seinerzeit die Bedenken, die bezüglich des Ausbaues im Mürztal und im Murtal vorgebracht wurden, hinweggewischt, und es hat auf dem Straßenbaugelände in der Steiermark große Unsicherheit gegeben.

Man hat anscheinend die Bedeutung der Nord- und Südverbindung für dieses Bundesland nicht richtig erkannt. Es gibt dazu viele Pressestimmen, die das unterstreichen. Der „Kurier“ hat erst im heurigen Jahr dazu Stellung genommen und bestätigt, daß man erst jetzt zu einem moderneren Konzept für die steirischen Straßen findet und daß die sehr konservative steirische Straßenplanung umgekrempelt werden muß.

Nun zu etwas, was ich bereits im Ausschuss angeschnitten habe und wo die Auskunft des Herrn Ministers nicht befriedigend gewesen ist, das ist das Straßenkreuz Liezen. Fast die gesamte Pyhrnstraße ist ausgebaut, nur das schlechteste und frequentierteste Stück, nämlich die Ortsdurchfahrt Liezen, nicht. Man muß wirklich fragen, nach welchen Gesichtspunkten und nach welcher Dringlichkeit beim Ausbau vorgegangen wird.

Der Herr Minister hat diesen Ausbau für 1969 in Aussicht gestellt. Jetzt haben wir gehört, daß er auch 1970 nicht durchgeführt werden soll.

Was am bedrückendsten ist: Obwohl diese Frage nun schon lange Jahre eine Rolle spielt, ist man heute anscheinend noch immer nicht so weit, daß man sich zu einer endgültigen technischen Lösung durchgerungen hat. Es hat zuerst immer geheißt: Der Ort wird umfahren, durch eine Galerieverbauung!, jetzt heißt es wieder, die Durchfahrt durch den Ort soll beibehalten werden. Es gibt also jahrelang keine Klarheit in dieser Sache, es ist anscheinend noch überhaupt kein Plan vorhanden — wobei aber diese Frage nicht nur für die Nord-Süd-Verbindung, sondern auch für die West-Ost-Verbindung, die sich hier treffen, von außerordentlicher Bedeutung ist.

Das zweite, das auch eine Nord-Süd-Strecke betrifft, ist die Eisen-Bundesstraße. Im ÖVP-Programm habe ich gelesen, mehr als bisher sollen strukturell schwache und durch die geographische Lage benachteiligte Grenzlandgebiete besonders gefördert werden. Hier handelt es sich um kein Grenzland, sondern dieses Gebiet ist mitten in Österreich. Aber niemand hilft, einen ordentlichen Straßenanschluß herzustellen. (*Abg. Dr. J. Gruber: Es wird ja gebaut!*) Kollege Gruber! Es hat jahrelang Streit um das Kraftwerk Kastenreith-Steweag gegeben. (*Abg. Dr. J. Gruber: Das habt ihr gemacht!*) Der Krainer, meinst du? (*Abg. Dr. J. Gruber: Die Steirer!*) Die Leute sind damals vom Herrn Landeshauptmann Krainer getröstet worden, es ist ihnen gesagt worden: Wenn das große Kraftwerk nicht gebaut wird, dann wird es in diesem Gebiet einen verstärkten Straßenbau geben. Während der Zeit des Kraftwerkstreites hat der Straßenbau so wie alle Investitionen jahrelang geruht, und auch bis jetzt ist kein ordentlicher Anschluß hier hergestellt. Dieser Krieg ist auf dem Rücken der Bevölkerung ausgetragen worden.

Es gibt auch keine Möglichkeiten, dort Industrie Gründungen durchzuführen, weil sie vielfach an den schlechten Verkehrsverhältnissen scheitern. Am meisten betroffen ist hier die Eisen-Bundesstraße, besonders das Gebiet Weyer-Altenmarkt, wo es seit Jahren Gewichtsbeschränkungen gibt. Oft ist diese Straße überhaupt gesperrt, und es gibt hier überhaupt keine Verbindung.

Hier eine Frage an den Herrn Minister. Im Budget sind für diese Straße 32 Millionen Schilling ausgeworfen, während der Minister vor einigen Tagen in einer Anfragebeantwortung dem Kollegen Radinger mitgeteilt hat, daß nur 22 Millionen zur Verfügung stehen.

Haberl

Hohes Haus! Noch etwas, was ich im Ausschuß bereits angeschnitten habe: die Errichtung einer Kaserne in Admont. Eine Frage, bei der von Zeit zu Zeit die Bewohner Admonts immer wieder mit Versprechungen darauf aufmerksam gemacht werden, daß dieser Bau unmittelbar bevorstehe. Ich darf darauf verweisen, daß der Grundkauf schon vor langer Zeit durchgeführt wurde; es wurde ein Grundstück vom Stift Admont gekauft. Vor einer Wahl hat es Flugschriften an die Bevölkerung gegeben, wo es bereits 1965 von Seiten der ÖVP geheißsen hat, daß in den nächsten Jahren mit diesem Bau begonnen wird und daß 30 bis 40 Millionen Schilling dafür investiert werden. Im Jahre 1965 hat dann Minister Prader auf eine Anfrage von mir mitgeteilt, daß, wenn Budgetmittel zur Verfügung stehen, in drei Jahren dieser Bau bereits fertig sein wird. 1968 haben ÖVP-Gemeinderäte dieser Gegend wieder kundgetan, daß sie alles zur Verwirklichung dieses Vorhabens unternehmen werden. Und nun sagt der Minister im Budgetausschuß, vor 1972 wird keine Aussicht sein, diesen der Gemeinde schon x-mal versprochenen Bau überhaupt durchzuführen.

Hohes Haus! Zum Schluß zu einem Problem, das den Bezirk Liezen besonders bewegt: das ist das Realgymnasium in Stainach. Dieses Realgymnasium konnte seinerzeit überhaupt nur mit Mitteln und mit der Bereitschaft der Gemeinden des Bezirkes, den Zinsendienst zu übernehmen, errichtet werden. Aber sofort nach der Fertigstellung hat sich erwiesen, daß dieser Bau weitaus zu klein ist, und heute, nach einigen Jahren, stellt sich heraus, daß er doppelt so groß hätte gebaut werden müssen. Das ist deshalb für diesen Ort und für diese Schüler so bedrückend, weil sehr wenig Schüler aus dem Ort, wo sich das Gymnasium befindet, kommen, sondern 80 bis 85 Prozent sind Fahrschüler, für die der Unterricht in Ausweichklassen und an Nachmittagen besonders beschwerlich ist.

Alle öffentlichen Stellen, die Professoren und die Elternvereinigung, haben immer wieder auf den Zustand aufmerksam gemacht, und sie sind vor einiger Zeit damit getröstet worden, daß man ihnen gesagt hat, sie stehen an zweiter Stelle der Projekte der Schulerweiterungsbauten.

Nun sagt aber der Bautenminister, daß das Unterrichtsministerium für 1970 dieses Projekt gestrichen, zurückgestellt hat und daß dadurch dieses dringende Bauvorhaben auch 1970 nicht mehr in Angriff genommen werden kann; eine Situation, die keinesfalls von den Betroffenen verstanden werden kann, denn es ist sicherlich eines der dringendsten Projekte des Bundes auf diesem Gebiet. Das Erschütternde ist: Trotz der gemachten Zu-

sagen liegt anscheinend noch überhaupt keine konkrete Planung für diesen Bau vor.

Herr Minister! Sie haben heute gesagt, daß Sie Ihr besonderes Augenmerk auf diese Schulbauten richten. Ich kann für den Bezirk und für das Bundesrealgymnasium Stainach sagen, daß von diesem Augenmerk hier noch nichts spürbar ist.

Ich habe versucht, hier einige Probleme aufzuzeigen, Hohes Haus, und ich muß sagen, daß eigentlich auf kleinstem Raum eine Reihe von Versäumnissen vorhanden ist, die ich im Interesse meines Wahlkreises heute hier nochmals aufzeigen mußte. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Moser. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Moser** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Redner der Österreichischen Volkspartei haben heute wieder einmal, möchte ich sagen, den Versuch unternommen, diese Regierung als eine gute Regierung hinzustellen und vor allem jene Gesetze, die in Österreich den Erwerb von Wohnungen verteuert haben, die die Zinse praktisch hinaufgesetzt haben, die den Kündigungsschutz geschwächt haben, geradezu als Wohltat zu preisen, die Österreich zu seinem Glück noch gefehlt hat.

Wie schaut es denn nun aber in der Praxis mit diesen Gesetzen aus? Ich hätte mich heute gar nicht zum Wort gemeldet, aber jetzt ist mir die Gelegenheit außerordentlich willkommen, einen Fall hier darzustellen und Ihnen, Herr Minister, auch zur Kenntnis zu bringen, der sich gerade erst vor wenigen Tagen ereignet hat.

Wie schaut es also aus mit diesen vielgepriesenen Bestimmungen im besonderen aus des Wohnbauförderungsgesetzes 1968? Da ist in Graz ein Hausbesorger in einem Haus, das seinerzeit mit Mitteln des Wohnhaus-Wiederaufbaugesetzes errichtet worden ist. Er bewohnt dort eine Hausbesorgerwohnung, bestehend aus Zimmer und Küche, und seine Familie umfaßt drei erwachsene Personen und ein Kind, also vier Personen. Weiß Gott, eine Zimmer-Küche-Wohnung für drei Erwachsene und ein Kind ist eine zu kleine Wohnung.

Nun hat der Mann durch fleißige Arbeit und dadurch, daß er sich überhaupt nichts gegönnt hat, Geld erspart und hat in demselben Haus eine freigewordene Wiederaufbauwohnung gekauft. Auch eine kleine Wohnung. Er hat sie gekauft, und der Kaufvertrag wurde am 3. Oktober 1967 unterzeichnet. Und am 5. Oktober 1967 wurde dieser Kaufvertrag zur Vergebührung beim Finanzamt Graz angemeldet.

14622

Nationalrat XI. GP. — 170. Sitzung — 17. Dezember 1969

Moser

Bis hierher ist eigentlich alles in Ordnung. Aber nun läßt sich das Finanzamt, meine Damen und Herren, zehn Monate Zeit, um den betreffenden Kaufvertrag zu vergebühren und nach Bezahlung der Grunderwerbsteuer die Unbedenklichkeitsbescheinigung auszustellen, die ja eine der Voraussetzungen dafür ist, daß der Erwerber dieser Wohnung seinen Antrag auf Intabulation im Grundbuch überhaupt einbringen kann. Zehn Monate läßt sich also dieses Finanzamt Zeit! (*Abg. Dr. J. Gruber: Ich habe einen Fall mit zweieinhalb Jahren!*) Und was geschieht jetzt? Ich hätte noch gar nichts gesagt, wenn sie sich diese zehn Monate Zeit gelassen hätten. Aber was kommt jetzt? Das Bautenministerium verlangt nun von dem betreffenden Erwerber sofort eine 15prozentige Bezahlung der offenen Darlehensschuld und für die Zukunft eine erhöhte Tilgungsrate von 3 Prozent. Und zwar mit dem Hinweis darauf, daß am 1. Jänner 1968 das Wohnbauförderungsgesetz 1968 in Kraft getreten ist, daß die Intabulation erst im August 1968 erfolgte — nicht aus Verschulden des Erwerbers, sondern aus Verschulden der Behörde, der Finanzbehörde, die sich zehn Monate Zeit gelassen hat! —, daß er also erst im August 1968 ins Grundbuch kommen konnte und daher nach Wirksamwerden des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 grundbücherlicher Eigentümer wurde und nun 15 Prozent der offenen Darlehensschuld und für die Zukunft 3 Prozent an Tilgung zu bezahlen hat. Ein Hausbesorger, dessen Einkommen Sie, Herr Minister und meine Damen und Herren, wahrscheinlich alle selbst abschätzen können!

Der Mann ist erschüttert, er schreibt an das Bautenministerium: Bitte, Ministerium, ich hätte darüber gerne einen Bescheid, denn ich möchte, weil ich das als Unrecht empfinde, weil mir kein Verschulden nachgewiesen werden kann, weil schuld daran die Finanzbehörde ist, zum Verwaltungsgerichtshof gehen.

Was tut Ihr Ministerium, Herr Minister? Von Bescheid keine Rede, sondern einen Brief schreibt man am 21. November unter der Zl. St 890/138-IV 29/69 an den Herrn Franz Schriebl, so heißt die betroffene Partei, und teilt ihr mit:

„Auf Ihr Schreiben vom 14. d. M. wird festgestellt, daß für die Vorschreibung des außerordentlichen Rückzahlungsbetrages und der erhöhten Tilgungsraten nicht der Zeitpunkt der Begründung des außerbücherlichen Eigentumsrechtes durch Abschluß des Kaufvertrages, sondern die Einverleibung der Eigentumsübertragung im Grundbuch maßgeblich ist. Da in Ihrem Fall die grundbücherliche Einverleibung ... erst nach dem 1. Jänner 1968

erfolgt ist, kann von der Vorschreibung des außerordentlichen Rückzahlungsbetrages und der erhöhten Tilgungsraten nicht Abstand genommen werden.“

Meine Damen und Herren! Ich muß sagen, ich halte das geradezu für eine Frotzelei, wenn der Betreffende auf die Stunde genau nachzuweisen imstande ist, daß nicht in seiner Person auch nur irgendein Verschulden gelegen ist, sondern daß die Finanzbehörde durch das Zuwarten von mehr als zehn Monaten ihn über diesen Termin hat hinübereitschicken lassen. Da kann ich doch nicht hergehen und sagen: Das ist mir egal. Weil eine staatliche Behörde säumig geworden ist, mußt du, Staatsbürger, jetzt die Strafe dafür zahlen.

Meine Damen und Herren! Ich empfinde das ebenso wie der Betroffene als Unrecht, und ich würde Sie, Herr Minister, sehr im Interesse auch des Ansehens der staatlichen Behörden gebeten haben, daß Sie in diesem Fall Ordnung machen, daß Sie in diesem Falle nachforschen, ob tatsächlich die Behauptung stimmt, daß das Finanzamt den Fall zehn Monate hat liegen lassen und daher die Intabulation erst nach dem 1. Jänner 1968 möglich geworden ist.

Wenn sich das herausstellt, dann erwarte ich, Herr Minister, und ich glaube, dann erwarten wir alle als Abgeordnete und Volksvertreter in diesem Hause von diesem Ministerium, daß das Unrecht, das dem Betreffenden zugefügt werden soll, beseitigt wird. Denn dann hat der zu zahlen, der den betreffenden Staatsbürger in diese Situation gebracht hat. Das zu dem einen.

Zum anderen, meine Damen und Herren: Es ist heute schon viel davon geredet worden, daß fast 25 Jahre nach dem Wiedererstehen unserer Republik, an deren Beginn ja diese wahnsinnigen und furchtbaren Zerstörungen des zweiten Weltkrieges und unvorstellbare Not gestanden haben, es bis heute noch ein Problem gibt, das nicht zufriedenstellend gelöst werden konnte. Es ist das Problem der Versorgung der Familien in Österreich mit gesunden und modernen Wohnungen. Wir Sozialisten waren es — und dieses Recht nehmen wir für uns in Anspruch; unsere Partei ist ja bekanntlich in einer Zeit entstanden, in der Arbeiter, ja auch Angestellte und vor allen Dingen die ältere Generation in Kellerlöchern und in Dachbodenstuben, ja auch in den Ziegelöfen draußen vor den Toren von Wien zusammengepfercht hausen mußten —, unsere Partei war es, die es sich seit eh und je zum Ziel gesetzt hat, diese unwürdigen Wohnverhältnisse in Österreich zu ändern und zu beseitigen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Zweifellos — und das sagen wir auch mit einem gewissen Stolz — ist in der Vergangen-

Moser

heit Beachtliches geschehen, und wir sind auch ein gutes Stück vorwärtsgekommen. Aber gelöst ist dieses Problem leider bis heute nicht. Und immer schon war es auch die unverrückbare Auffassung der Sozialisten, daß die Versorgung unserer Menschen mit modernen und gesunden Wohnungen nicht eine Angelegenheit des privaten Gewinnstrebens oder eine reine Frage der Rentabilität sein kann und darf, sondern daß diese Frage vielmehr einen sehr vorrangigen Platz in unserer gesamten Sozialpolitik einzunehmen hat und damit in sehr hohem Maße auch ein öffentliches Anliegen ist.

Es wurde heute schon dargestellt, woran es liegt, daß heute noch Tausende und Hunderttausende junge und ältere Menschen nicht entsprechend versorgt werden konnten. Berechnungen einer Expertengruppe haben nun ergeben, daß wir in Österreich derzeit etwa einen Mangel von rund einer Million moderner gesunder Wohnungen haben und daß wir eine Million gesunder moderner Wohnungen errichten müßten, um über die ärgsten Schwierigkeiten zunächst hinwegzukommen. Das war nun der Ausgangspunkt der Überlegungen, die die Expertenkommission der Sozialistischen Partei zu dieser Frage gehabt hat. (*Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.*)

Ein weiterer Ausgangspunkt für die Arbeiten war aber auch die Erkenntnis, daß der zukünftige Wohnungsbau selbstverständlich den sozialen Notwendigkeiten und Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechen muß. Und wenn es nun das Ziel sein soll, 1 Million Wohnungen zu bauen, dann ist, meine Damen und Herren, jedem klar, daß dieses Ziel natürlich nicht schlagartig verwirklicht werden kann.

Mit der herkömmlichen Wohnbauförderung des Bundes werden ja etwa 25.000 bis 28.000 Wohnungen gefördert, und etwa die gleiche Zahl von Wohnungen wird ja durch zusätzliche Förderung von Ländern und von Gemeinden, aber auch im privaten Bausektor hergestellt. Unter der Annahme, daß die private Bautätigkeit — und das möchte ich noch einmal betonen, weil es offenbar auf der rechten Seite des Hauses nicht gehört wurde — nicht steigt, daß sie gleichbleibt, müssen wir also die Zahl der bundesgeförderten Wohnungen jährlich schrittweise um 5000 erhöhen, um damit im Jahre 1980 auf 75.000 bundesgeförderte Wohnungen zu kommen, zu denen noch die etwa 25.000 Wohnungen der Gemeinden, Länder oder dem privaten Sektor dazukommen, sodaß ab dem Jahre 1980 insgesamt 100.000 Wohnungen jährlich errichtet werden. Und bis zum Jahre 1980 werden auf diese Art 775.000 Wohnungen errichtet.

Den Fachleuten und denen, die sich mit diesen Fragen beschäftigen, war natürlich klar, daß die Steigerung der Zahl der öffentlich geförderten Wohnungen nicht aus Mitteln des Budgets erfolgen kann, vor allen Dingen auch im Hinblick darauf, was an Erbe die Österreichische Volkspartei und ihre Alleinregierung einer kommenden Regierung ab dem März 1970 hinterlassen wird. Vor allem im Hinblick auf den gigantischen Schuldenstand, vor allen Dingen auch im Hinblick auf die Tatsache, daß ja nicht ein Groschen für den Wohnbau bisher im Bundesbudget zur Verfügung gestellt wurde.

Es bleibt daher nichts anderes übrig, als in stärkerem Maße als bisher Mittel des Kapitalmarktes für den Wohnbau heranzuziehen. Und natürlich, meine Damen und Herren, selbstverständlich bringt der erhöhte Einsatz von Kapitalmarktmitteln a priori zunächst einmal höhere Belastungen. Aber ich möchte hier doch eines mit großer Deutlichkeit sagen: Für den Interessierten an einer Wohnung, für den Wohnungssuchenden kommt es ja gar nicht so sehr darauf an, wie die Wohnung finanziert wurde, für den Wohnungssuchenden ist ja allein interessant, was er für die Wohnung zu bezahlen hat. Das ist das entscheidende. Und wenn daher durch ein System von unterstützenden Maßnahmen der Aufwand für die Wohnung auf ein tragbares und zumutbares Maß abgesenkt wird, so glaube ich, daß diesen sozialen Erfordernissen durchaus entsprochen wird. Und diese unterstützenden Maßnahmen sehen wir eben darin, daß zu den Kapitalmarktmitteln, die im Schnitt etwa 42,5 Prozent der Baukosten betragen sollen, ein Annuitätenzuschuß gegeben werden muß, der bei Miet- und Genossenschaftswohnungen 3 Prozent und bei Eigentums- und Eigenheimwohnungen 2,2 Prozent betragen soll, was aber bedeutet, daß in beiden Fällen — in beiden Fällen! —, also sowohl für Miet- und Genossenschaftswohnungen als auch für Eigentumswohnungen und Eigenheime, die Rückzahlungsrate pro Quadratmeter der Wohnnutzfläche rund 7,60 S ausmachen wird. Wir glauben, daß der Betrag von 7,60 S ein Betrag ist, der im allgemeinen entsprechen könnte. Dort, wo er zu hoch ist, muß aber dann noch durch eine zusätzliche differenzierte individuelle Beihilfe der Wohnungsaufwand auf das zulässige und auf das richtige Maß abgesenkt werden.

Der Herr Abgeordnete Gruber hat heute hier gesagt, weil wir die Eigentumswohnung und das Eigenheim nur mit 40 Prozent öffentlicher Mittel und 40 Prozent Kapitalmarktmittel und 20 Prozent Eigenleistung finanziert wissen wollen, das wäre eine Diskriminierung

14624

Nationalrat XI. GP. — 170. Sitzung — 17. Dezember 1969

Moser

der Eigentumswohnung oder des Eigenheimbaues. Meine Damen und Herren, ich halte das für gar keine Diskriminierung. Im Gegenteil, ich bin sogar sehr der Meinung, daß es dort, wo mit Hilfe von allgemeinen Mitteln, mit Hilfe von Steuermitteln, die jeder österreichische Staatsbürger aufbringen muß, privates Eigentum geschaffen werden soll, auch durchaus richtig ist, wenn eine höhere Eigenleistung von den Betroffenen verlangt wird. Andererseits aber liegt die Diskriminierung weiß Gott nicht vor, wenn man bedenkt, daß auch der, der eine Eigentumswohnung oder ein Eigenheim erwirbt, der allgemein unterstützenden Maßnahmen des Annuitätenzuschusses durchaus teilhaftig wird.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch noch einmal wiederholen, weil mir scheint, daß es die Österreichische Volkspartei nicht zur Kenntnis nehmen will, daß es die Auffassung von uns Sozialisten ist, daß die Wahl der Rechtsform einer Wohnung dem einzelnen freigestellt sein muß, echt freigestellt sein muß. Ob er ein Eigenheim bauen will, ob er eine Eigentumswohnung will, ob er in eine Mietwohnung oder Genossenschaftswohnung gehen will, das soll seine Entscheidung sein, das soll ihm nicht vorgeschrieben werden durch Prozentsätze der Förderungen: zwei Drittel so und ein Drittel anders, das soll sich tatsächlich nach den Erfordernissen, nach den Wünschen der Bevölkerung richten müssen.

Und noch eines möchte ich dazu sagen: Es ist unsere Auffassung als Sozialisten, daß niemand — niemand! — von der Inanspruchnahme einer gesunden, modernen Wohnung etwa deshalb ausgeschlossen werden soll, weil er das Unglück gehabt hat, in seinem Leben nicht so viel zu verdienen, um die Preise, die heute für Eigentumswohnungen und so weiter verlangt werden, zu bezahlen.

Nun komme ich zu Dr. Gruber, der gemeint hat, seit dem Jahre 1953 sei bis zum Jahre 1967 nichts unternommen worden, um, wie er sich ausdrückte, die Wohnungsfrage in den Griff zu bekommen. Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, ob der Abgeordnete Dr. Gruber vergessen hat, wer die Ursache war, daß wir vor dem Jahre 1967 tatsächlich zu keiner Einigung gekommen sind. Ich glaube, Sie selber waren ja auch Mitglied dieses Ausschusses, der die Wohnbaufrage verhandelt hat, und es war Ihr Generalsekretär, der Vizekanzler Dr. Withalm, der doch erklärt hat: Entweder alles oder gar nichts. Wobei er unter alles eine generelle Mietzinserhöhung gemeint hat und unter gar nichts eben eine Regulierung und eine Vereinheitlichung der Wohnbauförderung, hinsichtlich der wir Sozialisten seit dem Jahre 1954 — man kann es

in jedem Protokoll einer jeden Budgetdebatte seither nachlesen — verlangt haben, daß diese der Bevölkerung unbegreiflichen Differenzierungen endlich beseitigt werden müssen und wir zu einem einheitlichen System der Förderung kommen müssen.

Es war die Österreichische Volkspartei, Herr Abgeordneter Gruber, und einer ihrer prominentesten Vertreter, Ihr Generalsekretär, der eben erklärt hat: Entweder stimmen die Sozialisten einer generellen Zinserhöhung, einer linearen Zinserhöhung in ganz Österreich zu oder es geschieht überhaupt nichts.

Und es ist nichts geschehen. Ich bin stolz darauf, daß wir Sozialisten erklärt haben: Eine generelle Zinserhöhung für alle österreichischen Mieter kommt für uns überhaupt nicht in Frage. (*Beifall bei der SPÖ.*) Das war der Grund, warum tatsächlich damals nichts geschehen ist.

Wenn Herr Dr. Gruber und auch Vizekanzler Dr. Withalm heute so stolz darauf sind, daß in der Zeit von 1966 bis 1968 154.000 Wohnungen fertig geworden sind — und Sie haben bei dieser Passage unterstellt, daß das nun das Werk der Alleinregierung sei —, so darf ich Sie doch in aller Bescheidenheit darauf aufmerksam machen, daß der Bau eines Wohnhauses bei uns im Schnitt heute zwischen 16 und 24 Monaten liegt, daß also die Bauten, die im Jahre 1968 fertig geworden sind, spätestens im Jahre 1967 begonnen wurden, und jene Bauten, die 1966 fertig geworden sind, spätestens im Jahre 1965 begonnen wurden; also zu einer Zeit, da das Wohnbauförderungsgesetz 1968, auf das Sie sich so viel einbilden, überhaupt noch gar keine Wirkung gehabt hat. Das waren ja die Gesetze vorher. Das waren ja die Darlehensmaßnahmen vorher, und nicht das Wohnbauförderungsgesetz 1968!

Ich wundere mich eigentlich, daß niemand, auch der Herr Bautenminister hat anscheinend diese Übersicht noch nicht, uns diese Ziffern sagt, die dann unter der Wirkung des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 tatsächlich aufscheinen werden. Ich glaube, und das haben uns doch die Zeitungen und hat uns die Baubranche mitgeteilt, daß es weniger geworden sind. Ich bin neugierig auf die Ziffern des Jahres 1969, die dann zum großen Teil schon die Wirkung des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 darstellen werden. Aber auf keinen Fall können Sie mit den Ziffern 1966 bis 1968 etwa dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 eine gute Leistung bescheinigen. (*Zwischenrufe.*) Sie haben erklärt, Sie sind stolz, von 1966 bis 1968 154.000 Wohnungen erbaut zu haben, und so unterschwellig dazugesagt, das sei eben die Leistung der Wohnbauförderung, die die Österreichische Volkspartei gemacht hat.

Moser

Es wurde heute viel gestritten um schlecht ausgestattete Wohnungen, ob es 700.000 oder 500.000 oder 450.000 seien. Meine Damen und Herren, ich halte einen solchen Streit für müßig. Fest steht eines: Wir haben eine übergroße Zahl von schlecht ausgestatteten Wohnungen, von Sub-Standardwohnungen, und wir müssen trachten, so schnell wie möglich unsere Wohnbauleistung konsequent zu steigern, um diesen abgewohnten, ungesunden Wohnbestand praktisch nicht mehr benötigen zu müssen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und was heißt eigentlich „gut ausgestattet“ und „schlecht ausgestattet“? Wenn in einer Wohnung etwa die Wasserleitung eingeleitet wird, die vorher nicht drinnen war, und jetzt in der Statistik steht, das sei eine gut ausgestattete Wohnung, dann muß ich sagen: Ich danke schön. Denn noch immer gibt es dann kein Vorzimmer, noch immer gibt es keinen Baderaum, noch immer kein WC in der Wohnung und noch immer keine moderne Grundrißlösung. Nur weil das Wasser jetzt in die Wohnung eingeleitet wurde, jetzt von einer gut ausgestatteten Wohnung zu reden, das ist doch wirklichkeitsfremd, das ist doch nicht das, was wir unter einer modernen und guten Wohnung in Wirklichkeit verstehen. Wenn es aber stimmen sollte, daß wir nicht mehr 700.000 Sub-Standardwohnungen haben, wenn es weniger sind, umso besser, dann werden wir schneller über die Schwierigkeiten hinwegkommen, vor denen gerade unsere jungen Familien in Österreich stehen. Warum sollten wir uns denn nicht den Kopf zerbrechen und uns wirklich bemühen, einen Plan zu erarbeiten, ein Programm zu erstellen, wie wir dieser heute noch herrschenden Geißel in einer überschaubaren Zeit wirklich Herr werden können?

Ich habe mir auch das Wohnbauprogramm der Österreichischen Volkspartei verschafft. Ich muß schon sagen, wenn man das Programm der Österreichischen Volkspartei liest, dann muß man zweimal hinschauen, um einmal zu erkennen, was sie eigentlich meint. Da steht zum Beispiel, daß die bisherigen Maßnahmen der ÖVP auf diesem Gebiete zum kostengerechten Erwerb von Wohnungen geführt haben.

Ich nehme hier die Inseratenspalte des „Kuriere“ her und frage Sie: Meinen Sie unter Kostengerechtigkeit das, was hier Tag für Tag angeboten wird — Sie können es nachlesen —: Mietwohnung, 3 Zimmer, 100.000 S, sofort, 1400 monatlich. Ist das Ihre Kostengerechtigkeit, auf die Sie so stolz sind, daß Sie das als Feststellung in das Programm hineingenommen haben? Oder: Josefstadt, 2 Zimmer, 1480 S Miete. Ist das die Kosten-

gerechtigkeit, die Sie sich vorgestellt haben? Wenn es so ist, dann frage ich: Wer ist denn von den Arbeitern und von den Angestellten in Österreich instande, diese von Ihnen gepriesene Kostengerechtigkeit auch tatsächlich zu bezahlen?

Aber das ist ja gar nicht das Programm, meine Damen und Herren, das die Österreichische Volkspartei in Wirklichkeit verfolgt. Das ist ja nur eine Deklaration, die auf dem Bundesparteitag als Programmentwurf, wie ich glaube, beschlossen wurde. Aber ich lese zum Beispiel mit Erstaunen: Nach diesem Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei hat in Linz die Hausbesitzerhauptversammlung stattgefunden, und dort hat ein prominenter Vertreter der Österreichischen Volkspartei, wie die „Presse“ übrigens vom 25. November berichtet, erklärt, daß sich die Österreichische Volkspartei für eine gründliche Reform des Mietrechtes einsetzen wird.

Meine Damen und Herren! In dem Programm der Österreichischen Volkspartei, das offenbar zur Täuschung dienen soll, steht davon kein Wort drinnen, daß die Österreichische Volkspartei sich für eine — wie sagte der Redner? — „gründliche Reform des Mietrechtes“ einsetzen werde. Was heißt denn eigentlich „Reform des Mietrechtes“? Ich fordere die Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei auf, hier von diesem Pult aus zu erklären, was sie unter gründlicher Reform des Mietrechtes verstehen!

Herr Generalsekretär! Die österreichische Bevölkerung, die österreichische Mieterschaft wäre außerordentlich begierig, von Ihrer Partei zu erfahren, was Sie unter „gründlicher Reform des Mietrechtes“, die Sie laut „Presse“ vom 25. November versprochen haben, tatsächlich verstehen. Denn das hier scheint ja nur ein Ausweichprogramm zu sein, das soll ja nur Punkte beinhalten, wo die Bevölkerung sagt: Schön, es kann nichts geschehen, es wird schon gut gehen.

Sagen Sie doch ehrlich: Was haben Sie vor? Verschweigen Sie es nicht! Bei der Hausbesitzerversammlung haben Sie es getan. Sagen Sie jetzt konkret: Welche Punkte wollen Sie im Mietrecht reformiert wissen? Es steht da „Maßnahmen gegen Bodenspekulation und Bodenwucher“. Mit keinem Wort aber sagen Sie, was Sie zu tun gedenken. Sie lassen alles offen. Meine Damen und Herren! Haben Sie doch den Mut, zu sagen, wie Sie sich das vorstellen!

Wir Sozialisten haben ein bis ins Detail erarbeitetes Programm der Bevölkerung vorgelegt. Jeder kann es nachlesen, jeder kann es nachrechnen, jeder kann es beurteilen. Wenn es ihm gefällt, dann wird er ja dazu

14626

Nationalrat XI. GP. — 170. Sitzung — 17. Dezember 1969

Moser

sagen, wenn es ihm nicht gefällt, wird er meinen, es sei nicht zielführend. Aber wir sagen, was wir wollen. Sie verschweigen, was Sie in Wirklichkeit wollen. In Ihrem Programm findet sich nicht ein Punkt, daß Sie eine generelle, eine gründliche Reform des Mietrechtes in Österreich anstreben.

Sie haben hier versprochen, daß Sie die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen für zusätzliche Mittel für den Wohnungsbau schaffen werden. Nun, der Herr Bundesminister hat heute schon die Katze aus dem Sack gelassen, indem er gesagt hat, diese Mittel werden dadurch gewonnen, daß dem Wohnbaudarlehnsenehmer im Rahmen einer befristeten Aktion gegen entsprechenden Nachlaß eine vorzeitige Rückzahlung schmackhaft gemacht wird. Nun, gar so viel hat eigentlich dabei nicht herausgeschaut in der Vergangenheit, denn diese Möglichkeit bestand ja schon. Diese Möglichkeit besteht im Rahmen des Wiederaufbaugesetzes schon seit langem. 212 Millionen waren das Ergebnis.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie glauben, damit die Wohnungsnot in Österreich beseitigen zu können, dann muß ich sagen: arme Wohnungssuchende! Denn dann werden zuerst die jungen Ehepaare Goldene Hochzeit feiern, bevor sie auf diesem Wege zu einer modernen Wohnung kommen.

Aber noch etwas, meine Damen und Herren! Ich persönlich halte es für gar nicht glücklich, wenn etwa der, der gut verdient, jetzt noch etwas bekommen soll dafür, daß wir ihm das Geld für die Wohnung vorgestreckt haben, wenn er also seine Schulden vorzeitig zurückzahlt. Der arme Teufel aber, der ein kleines Einkommen hat, das gerade hinreicht, um über die 30 Tage des Monats hinüberzukommen, schaut wieder durch die Finger. Er bekommt wieder nichts. Meine Damen und Herren, ich halte das nicht für eine sehr glückliche Lösung.

Das, was Herr Abgeordneter Dr. Gruber heute getan hat, war ja am Beginn zunächst eine Beschimpfung unseres Programms in Bausch und Bogen. Er hat sich damit auf eine Stufe mit den Zinshausbesitzerverbänden in Österreich gestellt. Wenn es keinen anderen Beweis als den gäbe, daß die Zinshausbesitzer unser Programm nicht akzeptieren und daß die Österreichische Volkspartei unser Programm beschimpft, wenn es keinen anderen Beweis gäbe, das allein wäre für mich Beweis genug, daß wir Sozialisten auf dem richtigen Wege sind. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn Sie wirklich die Absicht haben — nichts anderes kann ich ja bei der Reform des Mietrechtes unterstellen —, generell die Zinse hinaufzumerieren, dann sollen Sie auch ehrlich genug sein und das den Menschen

vorher sagen. In der Steiermark hat — der Herr Abgeordnete Schlager hat das ja berichtet — eine Konferenz stattgefunden mit dem Titel „Weh dem, der lügt“. Meine Damen und Herren! Sehen Sie, das ist es ja, was wir ablehnen, was wir aus innerer Überzeugung ablehnen: daß Sie vor den Wahlen den Menschen etwas anderes erzählen, als Sie nach den Wahlen durchführen. Und wenn Sie vor den Wahlen sagen „Weh dem, der lügt“, dann kenne ich auch einen Ausspruch nach der Wahl von einem Ihrer Prominenten, der gesagt hat: „Lug' hin, Lug' her, Hauptsache, daß wir gewonnen haben!“

Sehen Sie, das ist das, was wir mit aller Schärfe ablehnen, eine solche Art der Verschleierung, eine solche Art der Unaufrichtigkeit.

Herr Abgeordneter Gruber hat heute gemeint: Ja, wir brauchen gar nicht hunderttausend Wohnungen pro Jahr zu bauen, das ist viel zuviel. Er hat dann eine Rechnung angestellt. Herr Abgeordneter Dr. Gruber, Sie gehen nur bei dieser Rechnung von einer ganz falschen Voraussetzung aus. Ja, wenn wir heute in Österreich alle Wohnungen, die es gibt, als gute Wohnungen ansehen könnten, dann hätten Sie recht, dann würde ich Ihnen zustimmen, dann brauchen wir keine hunderttausend Wohnungen pro Jahr. Aber bei diesem irrsinnigen Nachholbedarf müssen wir doch trachten, so schnell wie möglich zu hunderttausend Wohnungen zu kommen.

Sie sagten, Herr Abgeordneter Dr. Gruber, die Bauträger bringen heute die Wohnungen ja gar nicht mehr an, und Sie taten so, als ob schon ausreichend Wohnungen vorhanden wären. Meine Damen und Herren! Wir haben viel zuwenig Wohnungen! Aber die Wohnungen, die vorhanden sind, sind viel zu teuer für solche Schichten, die die Wohnungen in Österreich brauchen. *(Zustimmung bei der SPÖ.)* Das ist der Grund, warum sich die Bauträger heute schon schwertun.

Sie werden doch, nehme ich an, das Ergebnis der Meinungsumfrage auch erfahren haben, aus dem hervorgeht, daß gerade die jungen Ehepaare in die alten, schlechtesten Wohnungen einziehen müssen, weil sie nicht imstande sind, die Preise für eine neue, für eine moderne Wohnung zu zahlen. Das ist doch etwas Erschütterndes, was wir hier feststellen müssen.

Wir wollen gerade den umgekehrten Weg haben. Wir wollen, daß die Menschen aus diesen alten, schlechten Wohnungen heraus endlich in gesunde Wohnungen übersiedeln können.

Wenn Sie gemeint haben, Herr Abgeordneter Dr. Gruber, wir wären inkonsequent, weil wir in unserem ersten Entwurf gesagt haben:

Moser

35 Prozent sollen mit öffentlichen Mitteln finanziert werden, und dann seien wir auf 40 und 45 Prozent gegangen, aber bei der Wohnbauförderung 1968 hätten wir 70 Prozent verlangt, so sage ich sehr offen, meine Damen und Herren: Wenn wir eine Wohnung nur zu 35 Prozent mit öffentlichen Mitteln finanzieren, dann steigt entweder der Annuitätenaufwand auf ein Ausmaß, das wir nicht mehr seriös finanzieren können, oder die Wohnbelastung steigt auf ein Ausmaß, das wir jenen, für die wir bauen wollen, nicht zumuten können.

Es waren — das ist gar kein Geheimnis — gar nicht so sehr die Fachleute als vielmehr die Politiker in der Sozialistischen Partei, die gesagt haben: Ihr Herren Fachleute, zerbrecht euch den Kopf! Mit einer solchen Belastung können wir ja gar nicht seriös wirken! Das treibt entweder die Zinse hinauf, sodaß die Menschen die Wohnung nicht nehmen können, oder wir haben die Mittel im Staatshaushalt oder auf dem Kreditsektor nicht, mit denen wir die Annuitätenzuschüsse finanzieren wollen. — Das ist der Grund, warum wir auf die 40 und 45 Prozent gekommen sind. *(Abg. Dr. J. Gruber: Ich habe die Handschrift von Weikhart und Moser sehr wohl erkannt!)*

Aber in der Wohnbauförderung 1968 gibt es ja gar keine Annuitätenzuschüsse. *(Abg. Dr. J. Gruber: Aber Wohnbeihilfen!)* Ja, sehen Sie, das ist wieder ein ganz anderes Kapitel. Die Wohnbeihilfe ist etwas ganz anderes als ein Annuitätenzuschuß. Und natürlich, wenn Sie ohne Annuitätenzuschüsse die Belastung aus der Finanzierung einer Wohnung auf ein tragbares Maß absenken wollen, dann gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder die öffentlichen, niedrig verzinslichen Darlehen möglichst hoch ansetzen, womit Sie die Belastung naturgemäß absenken, oder aber eine allgemeine Stützung in Form von Annuitätenzuschüssen, die unserer Meinung nach deshalb sinnvoller sind, weil sich das Bauvolumen, das Baukapital durch die Hereinnahme wesentlicher Mittel aus dem Kapitalmarkt ungleich mehr vergrößern läßt.

Sie haben dann noch folgendes gesagt, Herr Abgeordneter Dr. Gruber: Ihnen gefällt nicht, daß wir das öffentliche Darlehen für die Dauer der Laufzeit des Kapitalmarktdarlehens rückzahlungsfrei stellen. Sie meinten, das müßte ja auch gleich zurückzufließen beginnen. Herr Abgeordneter Dr. Gruber, ich bitte Sie, doch eines einmal mitzuüberlegen: Wenn Sie unserer Meinung sind, daß etwa ein Betrag von 7,60 S als Ausgangspunkt angemessen ist, wenn aber die Rückzahlung des Kapitalmarktdarlehens ohne Annuitätenzu-

schuß 10,50 S oder 11,00 S ausmacht, dann müssen Sie die Differenz von 10,50 S auf die 7,60 S in Form eines Annuitätenzuschusses dazugeben. Wenn Sie nun zu den 10,50 S noch weitere 2 S oder 3 S Rückfluß des öffentlichen Darlehens dranhängen und damit eine Belastung von 13 S haben und sie auf 7,60 S absenken, müssen Sie auch die ganze Differenz als Annuitätenzuschuß dazugeben. Das heißt, Sie bezahlen mit dem Annuitätenzuschuß sich selber die Rückzahlung des öffentlichen Darlehens.

Das hielte ich aber für einen Schildbürgerstreich, wenn man aus der linken Tasche sich selber in die rechte Tasche die Rückzahlung des öffentlichen Darlehens zahlen würde.

Sie haben ja gar nicht einmal soweit danebengeraten, Herr Abgeordneter Dr. Gruber, bei den Annuitätenzuschüssen. Natürlich, wir haben uns das ganz genau errechnet. Es sind keine 105 Millionen Schilling, es sind genau 92 Millionen Schilling, wenn Sie das nachrechnen. Es war gar keine Schwierigkeit, das zu errechnen. 30.000 Wohnungen haben Sie gesagt. Nehmen Sie also im Jahre 1971 etwa einen Baukostenaufwand von 3900 S oder 3970 S, dann kommen Sie auf ein Erfordernis von 8,3 Milliarden Schilling, die Sie benötigen. Davon etwa 42,5 Prozent Kapitalmarktmittel würden rund 3,5 Milliarden Schilling bedeuten. Wenn Sie im Schnitt 2,6 Prozent abstützen, dann kommen Sie genau auf 92 Millionen Schilling, denn die 2,6 Prozent liegen ja genau in der Mitte zwischen den 2,2 und den 3 Prozent, die die Annuitätenzuschüsse bei Mietwohnungen beziehungsweise Eigenheimen oder Eigentumswohnungen ausmachen sollen.

Aber bei noch etwas sind Sie im Unrecht, Herr Abgeordneter Dr. Gruber. Die Durchschnittsgröße der Wohnungen ist ja nicht 70 Quadratmeter. Ihre Durchschnittsziffer errechnet sich aus der Summe aller gebauten Wohnungen, gleichgültig, wie sie finanziert worden sind. Die Durchschnittsgröße, die von uns auf der gleichen Basis gerechnet wurde, ist 75 Quadratmeter. Wir sind genau dort, wo Sie uns hinreklamieren hätten wollen. Genau bei 75 Quadratmeter Durchschnittsgröße im gesamten Bauvolumen liegen auch wir.

Konzentration der Bauvereinigungen. Meine Damen und Herren! Eines ist mir klar: Ein zielstrebiges Programm, wie es die Sozialisten vorgelegt haben, das auch ein Instrument der Strukturpolitik sein soll, wird nicht über Hunderte von Baugenossenschaften und Bauträgern zielstrebig verwirklicht werden können.

Sie wissen, Herr Abgeordneter Dr. Gruber, doch selber sehr genau, daß im Verband der gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften

14628

Nationalrat XI. GP. — 170. Sitzung — 17. Dezember 1969

Moser

sehr starke Bestrebungen zur Konzentration der Baugenossenschaften vorhanden sind. Und nichts anderes wollen wir, als diese Bestrebungen des Verbandes der gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften in einem Sinne zu unterstützen, daß diese Bestrebungen auch tatsächlich zu einem Erfolg führen.

Wenn Sie nun gemeint haben, daß der Abschnitt V unseres Programms reaktionär sei: Ich lasse mich auf dem Sektor von Ihnen gerne reaktionär nennen. Ich sage ja dazu, daß die Verfallsfrist, die jetzt im Gesetz steht, endlich beseitigt wird.

Herr Abgeordneter Dr. Gruber! Ich bin Ihnen dankbar, daß Sie heute zum erstenmal zugegeben haben, daß der Zinshauseigentümer jene Zinse, die die Mietparteien für die Instandhaltung des Hauses bezahlen, für seine privaten Zwecke verwendet. Denn nichts anderes haben wir von diesem Pult aus gesagt.

Ich bin dafür, daß die Bestimmung beseitigt wird, daß dieser Zins, den die Parteien für die Instandhaltung des Hauses zu bezahlen haben, jetzt nach wenigen Jahren nicht mehr für diesen Zweck verwendet werden soll. Ich bin sehr dafür, daß diese Zweckbestimmung so lange bleibt, solange an dem Haus noch Reparaturarbeiten durchzuführen sind. *(Abg. Dr. J. Gruber: Also immer!)*

Ich sage also durchaus ja zur Beseitigung dieser Verfallsfrist.

Und ich sage genauso ja zu dem Tauschrecht, das wir in einem Mietrecht verankert wissen wollen. Nur, Herr Abgeordneter Dr. Gruber, nicht so, wie Sie es interpretieren möchten, nämlich daß ein Mieter einfach sagt: Ich tausche, und ich frage keinen. Nein! Wenn Sie unser Programm studieren und wenn Sie den Mut zur Wahrheit und zur Ehrlichkeit haben, dann hätten Sie dazu sagen müssen, daß wir vorsehen, daß dann, wenn sich der Eigentümer eines Hauses aus nicht triftigen Gründen weigert, einem im Interesse der Partei gelegenen Wohnungstausch zuzustimmen, die Behörde nach objektiven Gesichtspunkten entscheiden soll, ob dem Tausch zugestimmt wird, ob der Tausch vollzogen werden kann oder nicht.

Das ist eine Konstruktion, die nichts mit einer kalten Enteignung zu tun hat. *(Rufe bei der ÖVP: Was denn!)* Wenn begründete Einwendungen gegen den Tauschpartner oder sonstige triftige Gründe vorliegen, dann wird die Behörde diese triftigen Gründe objektiv zu würdigen haben.

Natürlich sagen wir ja dazu, daß die unsozialen Bestimmungen, die durch das Mietrechtsänderungsgesetz in unser österreichisches Mietrecht eingeschmuggelt worden sind, wieder

beseitigt werden, daß wir die Bestimmungen, die den Kündigungsschutz auflockern, wieder strenger fassen.

Wir sagen ja dazu, Herr Abgeordneter Dr. Gruber, daß jenen Parteien in Althäusern, die durch Reparaturarbeiten und durch die Inanspruchnahme des § 7 des Mietenrechtes über ihre Leistungsfähigkeit hinaus finanziell belastet werden, ebenfalls ein Härteausgleich gegeben wird, ebenfalls eine Mietzinsbeihilfe, ein Reparaturausgleich gegeben wird oder wie immer Sie das nennen wollen, daß ihnen soziale Hilfe gegeben wird. Wir sagen ja dazu, und wir vertreten das, auch wenn es Ihnen nicht recht ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Abgeordneter Dr. Gruber, Sie haben auch gemeint, daß Hunderttausende Wohnungen in der Vergangenheit schon modernisiert und zu guten Wohnungen geworden wären. Ich frage mich: Wenn eine Wohnung heute modernisiert wird, wer trägt normalerweise die Kosten dieser Modernisierung? Wer trägt die Kosten, wenn das Wasser in eine Wohnung eingeleitet wird, wer trägt die Kosten, wenn in einer Speisekammer etwa eine Dusche installiert wird? In 99,99 Prozent der Fälle zahlt der Mieter diese Kosten, nicht der Eigentümer des Hauses! Der Mieter zahlt diese Kosten!

Das ist auch der Grund, warum wir in diesem Punkt V unseres Programms eine Forderung aufgenommen haben, daß der Mieter, der jetzt, wenn er erhebliche Investitionen vorgenommen hat, keinen Groschen dafür bekommt, wenn er geht, wenn er weichen muß oder wenn er auszieht, einen angemessenen Ersatz für seine wertvermehrenden Investitionen erhalten muß.

Herr Bautenminister, Sie haben sich heute vormittag dazu bekannt, daß ein Bodenbeschaffungs- und ein Assanierungsgesetz erforderlich wäre. Ich kann es nur bedauern, daß diese Erkenntnis bei Ihnen und bei der Österreichischen Volkspartei erst so spät durchdringt, denn wir bräuchten es nicht erst, wie Sie sagen, zu Beginn der nächsten Legislaturperiode, wir bräuchten schon mehrere Legislaturperioden zurück ein solches modernes Baulandbeschaffungs- und Assanierungsgesetz, um eben die Frage der Wohnungsnot in Österreich zufriedenstellend lösen zu können.

Wenn der Herr Abgeordnete Regensburger gemeint hat, das Wohnbauförderungsgesetz 1968 sei sachgerecht und zielgerecht, dann muß ich doch wirklich annehmen, daß er die Dinge in der Praxis nicht verfolgt, denn sonst müßte er doch wissen, daß alles dagegen Sturm läuft, daß — so wie es in diesem Gesetz heißt — die Rückstände nach dem Zeitpunkt der Einreichung nummernweise aufgearbeitet werden müssen. Wissen Sie, was das heißt?

Moser

Das heißt gerade das Gegenteil von zielgerecht und sachgerecht. Dadurch werden nämlich heute in Orten Häuser gebaut, wo es in der ganzen Gemeinde keinen Wohnungsuchenden mehr gibt, nur weil dieses Ansuchen stur nach der Nummer erledigt werden muß. Das ist gerade das Gegenteil von zielgerecht und sachgerecht.

Der Herr Generalsekretär und Vizekanzler Dr. Withalm hat heute gemeint, er könne, wenn er gefragt würde, welche bedeutendsten Gesetze in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung gemacht worden sind, ohne zu überlegen sagen: die Wohnungsgesetze. Dazu muß ich sagen: Wahrlich eine arme Bilanz, Herr Generalsekretär! (*Abg. Dr. Withalm: Wir sind bescheiden! Wir sind zufrieden!*) Das Wohnbauförderungsgesetz 1968, das die Wohnungen verteuert hat — ja, wissen Sie denn nicht, daß es heute bei einer Wohnung 13 S bis 17 S allein an Rückzahlungsraten gibt —, das Mietrechtsänderungsgesetz, das die Zinse auch für die Arme-Leute-Wohnung freigegeben hat, das den Kündigungsschutz gelockert hat.

Das Wohnungsverbesserungsgesetz, meine Damen und Herren: In welchem Zustand ist denn dieses Gesetz dem Parlament vorgelegt worden? Die Gemeinden waren darin nicht enthalten, die Mieter haben überhaupt keinen Schutz gehabt, es gab keine Definition, was erhaltungswürdig ist. Soll ich alles das aufzählen, was wir Ihnen in mühsamen Verhandlungen, deshalb, weil Sie sich unseren Argumenten dann einfach nicht entziehen konnten, buchstäblich abgerungen haben, sodaß, wenn schon kein gutes Gesetz daraus geworden ist, wenigstens ein Gesetz entstanden ist, das verhindert, daß Fehlinvestitionen erfolgen?

Wenn Sie das, Herr Vizekanzler Dr. Withalm, als die Krönung der Tätigkeit dieser Regierung ansehen, dann wiederhole ich: Dann ist es eine arme Bilanz, denn dann geben Sie selber zu, daß diese ÖVP-Alleinregierung die drängenden Probleme bis heute in ihrer Tiefe gar nicht erkannt hat und daher auch gar nicht imstande ist, diese drängenden Probleme überhaupt zu lösen.

Es ist daher, meine Damen und Herren, wirklich höchste Zeit, daß Österreich eine andere Regierung bekommt (*Heiterkeit bei der ÖVP*), die sich nicht wie die jetzige darüber den Kopf zerbricht, wie man die Einkommen zu Lasten und zum Nachteil der Unselbständigen umverteilen kann, sondern die willens und bereit ist, den echten Sorgen unseres Volkes entgegenzutreten. Diese Regierung, die ÖVP-Alleinregierung hat das nicht getan. Diese Regierung, die ÖVP-Alleinregierung, hat das Vertrauen, das sie im Jahre 1966 bekommen hat, schon lange verspielt, und daher ist es Zeit, daß sie geht. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Spezialberichterstatter verzichtet auf ein Schlußwort.

Damit ist die Aussprache über die Beratungsgruppe XIII beendet.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe XIII. Diese umfaßt Kapitel 64: Bauten und Technik.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Kapitel in der Fassung der Regierungsvorlage ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Die Tagesordnung dieser Sitzung ist erschöpft. Ich breche die Verhandlungen ab.

Die nächste Sitzung berufe ich für heute um 17.45 Uhr mit folgender Tagesordnung ein: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1388 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1970. Spezialdebatte über die Beratungsgruppe X. (*Unruhe im Saal.*) — Bitte, Sie haben dann fünf Minuten lang Ruhe. Hören Sie jetzt bitte zu.

Diese umfaßt Kapitel 65: Verkehr, Kapitel 78: Post- und Telegraphenanstalt, Kapitel 79: Österreichische Bundesbahnen, Kapitel 66: Verstaatlichte Unternehmungen.

Die jetzige Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 17 Uhr 40 Minuten

Berichtigung:

In der 161. Sitzung hat auf S. 13854 rechte Spalte die 27. Zeile von unten zu lauten: ort für ein Bad für Wr. Neustadt Katzelsdorf